REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 408 · 20.11.1997

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 49 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Gremlizas späte Reue - Js.
2. München: Nazi-Aufmarsch abgeblockt - Al., Nürnberg
3. Ein Glücksfall, kein Modell. Die Oktoberrevolution und die Revision des Leninismus - Js.
4. Rot-Grün ist die Antwort. Was war die Frage? Kritische Anmerkungen zur SPD/GAL-Koalition in Hamburg - Gaby Gottwald
5. Aufruf: Freiheit für die Gefangenen aus der RAF!
6. Urbanitenschwarm oder latenter Bürgerkrieg? - Uwe Rada
7. Jospin und der Streik der Routiers - Bernhard Schmid
8. An Shell-Öl klebt Blut - noch immer. Ken-Saro-Wiwa-Woche in Hamburg - Thomas Mösch
9. Nicht nur ein Krieg um Worte. Mit Napalm und Günter Grass durch krasse Zeiten? - Thomas Klein
10. Freiheit für Ismail Besikci. Türkischer Soziologe wird wegen Anti-Kemalismus verfolgt - Peter Nowak
11. Ein Freispruch in drei Versionen. Die schriftliche Urteilsbegründung im Lübecker Brandprozeß - Marco Carini
12. SPD agiert für "law and order". Das Demoverbot in Saalfeld und die Folgen - Angelo Lucifero
13. Sprachanalyse als Lügendetektor. Ethnologen prüfen die Herkunft von Flüchtlingen - Beat Leuthardt
14. Rassismus und Antisemitismus im Fußball - was tun? - Dietrich Schulze-Marmeling
15. FC St. Pauli: Kratzer im braun-weißen Lack - gw.
16. Vier Jahre rechter Bombenterror. Österreich: Die Inszenierung des Einzeltäters Franz Fuchs - Hannes Hofbauer
17. Vereinigte Linke im Doppelpack. Spaniens "Izquierda Unida" ist gespalten - Dirk Hempel
18. Der Prozeß gegen Herri Batasuna. Statt Verhandlungen setzt die spanische Regierung auf Repression - Solikomitee Ramos Vega
19. Bougainville - Siberstreif am Horizont. Waffen schweigen - Kriegsparteien reden wieder miteinander - Vo
20. "Ich bin diesem Land etwas schuldig." Interview mit Ruth Deutsch de Lechuga, Mexico
21. "... damit alles beim Alten bleibt." Opposition erzielt Zugewinne bei Parlamentswahlen in Argentinien - l.p.tisso
22. Irak: Souveräne Briganten. Der Krieg zwischen den kurdischen Parteien weitet sich aus - Thomas Uwer
23. Import-Export-Kontrakte. Über das äußere und innere Sanktionsregime im Irak - A. Fischer- Tahir, Ch. Pommerening
24. Osttimor: Nachrichten aus einem besetzten Land - Monika Schlicher
25. Der edle Versuch, einen Vulkan zu löschen - Ruth Pfriem
26. Victor Serge, Beruf: Revolutionär. Vor 50 Jahren starb Victor Serge - Christoph Jünke
27. Im Schlafwagen an die Macht. Zur Geschichte des Faschismus, 2. Teil: Von den Anfängen bis zum "Marsch auf Rom" - Js.
28. "Nur das Phantastische ergreift die Menschen." Theodor Herzl und die Anfänge des Zionismus - Kt.
29. Vor 25 Jahren. Als der KB zur Wahl der SPD aufrief - Willi Klaus Goltermann, Knut Mellenthin
30. Polizei behindert Castor-Parade in Ahaus - Komitee für Grundrechte und Demokratie
31. Nix mehr! Wir sind unberechenbar! - Die Guten
32. Dialog mit einem Mythos. 40. Internationales Leipziger Festival für Dokumentar- und Animationsfilme - Alexander Buchs, Maria Pins
33. Deutsche bei Titos Partisanen - Gerd Bedszent
34. Fin de Siècle oder Frank Deppes Hoffnung auf einen neuen Sozialismus - Werner Ruhoff
35. Kapitalismus in kollektiven Strukturen. Kai Ehlers antwortet seinem Rezensenten
36. Gnadenlos gegen die deutsche Linke. Ein Buch zur Goldhagen-Rezeption - Werner Rätz
37. Klarstellung zu den Kritiken an "Gollwitz und die Heuchler" in ak 407 - ak-Redaktion

38. Idylle und Zwangskollektiv. Eine Erwiderung auf den Artikel "Gollwitz und die Heuchler" aus ak 407 - Thomas v. der Osten-Sacken
39. Was für ein Eigentor! Zur Gollwitz-Debatte - ef.
40. Koalition der Heuchler? Gollwitz und die deutsche Linke - Udo Wolter
41. Mit Lug und Trug zur Revolution. Guerillastrategien für das Kommunikationsgeflecht - Gottfried Oy
42. 40.000 DM für ak - das muß es Euch schon wert sein! - ak-Redaktion
43. LeserInnenbriefe
44. Quelldatei 40.htm
45. Quelldatei 48.htm
46. Bombenleger gefaßt
47. Grüne in Sektlaune
48. Antirassismus
49. Krieg im Irak?

1. Gremlizas späte Reue

Autor: Js. · Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:22

Manchmal erlebt mensch sogar beim Durchblättern von konkret noch Überraschungen. In der November-Ausgabe lesen wir auf Seite 4 folgende Notiz:

"Die Zeitschrift ‚AK` erinnert daran, daß Gremliza vor zwanzig Jahren bezüglich der RAF dazu aufgefordert hat, ‚jeden Waffenfund anzuzeigen, jeden Paßdiebstahl zu melden, jeden Unterschlupf zu verweigern, den letzten Rest einer Solidarität, die diese Bombenleger selbst nie geübt haben, zu entziehen`, und äußert die Ansicht, daß im Herbst 1997 in KONKRET ‚ein Wort der Selbstkritik und des Bedauerns angebracht gewesen` wäre. Was der ‚AK` hier einmal hat, ist: recht: Gremlizas Kolumne vom Mai 1977 war (auch unter Anrechnung mildernder Zeitumstände) ein Text, dessen er sich heute, da viele sind, die dergleichen damals gern geschrieben hätten, schämt. Und von dem er hofft, er habe noch weniger bewirkt als andere, klügere."

Zwar verblüfft an dem späten Widerruf die distanzierte Formulierung in dritter Person: "Gremliza hat ..., Gremliza schämt sich". Wir sind dennoch geneigt, das für bare Münze zu nehmen, und schließen die Akte mit einem Lob der Penetranz - unsere Erinnerung an Gremlizas Fehltritt war die dritte innerhalb von vier Jahren.

Js.

2. München: Nazi-Aufmarsch abgeblockt

Autor: Al., Nürnberg · Rubrik: Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:45

Ein für den 8. November von der NPD in München geplanter Großaufmarsch Rechtsradikaler wurde abgeblockt. Oberbürgermeister Ude (SPD) und die Gerichte, die noch am 1. März zugelassen hatten, daß die NPD gegen die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht etwa 5.000 Alt- und Neonazis mobilisierte, verboten kurzerhand eine Wiederholung des Spuks. Es wurde jedoch auch eine antifaschistische Gegendemonstration untersagt, was mit einem Großaufgebot von über 1000 Polizeibeamten durchgesetzt wurde. Die Rechtsradikalen unternahmen keinen Versuch, sich trotz Verbot zu zeigen.

Im Vergleich zum 1. März ist ein markanter Positionswechsel der Stadtspitze zu registrieren. Er ist zu einen im sensiblen Datum begründet: Am 8. November jährt sich der Hitler-Putsch, der 1923 in München stattfand. Außerdem ist es der Vorabend zur Reichspogromnacht von 1938. Der SPD-Oberbürgermeister Ude argumentierte zu Recht, daß die wahlpolitisch bedeutungslose Altnazipartei NPD, die sich zuletzt in Hamburg mit 0,1% begnügen mußte, mit der Wahl von Ort und Zeitpunkt "bewußt an nationalsozialistische Traditionen" anknüpfe mit dem Ziel, "die Opfer der Nazi-Diktatur zu verhöhnen". Die Israelitische Kultusgemeinde wertete die beabsichtigte NPD-Aktion als "ungeheure Provokation". Andere Kräfte aus dem demokratischen und linken Spektrum sahen dies ebenso.

Neben dem Datum trugen die geänderten politischen Rahmenbedingungen zum Scheitern der Rechtsradikalen bei: Während die NPD gegen die Wehrmachtsausstellung mit ihren Positionen auch in der CSU Widerhall fand und sich an die Spitze einer Welle schwarz-brauner Empörung setzen konnte, war sie nun isoliert. Dagegen verbreiterte sich das antifaschistische Bündnis um Gewerkschaften und SPD-Kreisverbände, da sich die Nazi-Aktion direkt gegen die SPD-Zentrale richten sollte.

Die NPD hatte ursprünglich angekündigt, aus Protest "gegen den linken Terror von PDS und Jusos" eine SPD-Fahne verbrennen zu wollen. Schließlich fürchtete die Münchner Stadtspitze einen drohenden internationalen Ansehensverlust der Stadt. Die "weltweite Aufmerksamkeit" hätte München wieder als "Hauptstadt der Bewegung" in die Schlagzeilen gebracht, so Oberbürgermeister Ude.

Die Stadtspitze und die Gerichte zogen sich aus der Affäre, indem sie auf eine politisch sichere Karte setzen: Sie verkündeten, nachdem ein breites Antifa-Bündnis gegen die NPD zu mobilisieren begann und ein Verbot verlangte, ein Doppelverbot und begründeten dies mit angeblich drohenden Gewalttaten. Die Grünen kündigten gegen dieses Urteil und dessen implizite Gleichsetzung von Antifaschisten und Nazis eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht an.

Wie schon am 1. Mai 1996, als die NPD vor das Nürnberger Arbeitsamt ziehen wollte, und ein linkes Bündnis ohne die SPD, aber unter Einschluß des DGB ebenfalls ein Verbot forderte und nur ein Doppelverbot erwirkte, wurde nun auch in München ein relevanter Versuch der NPD, einen Aufmarsch mit überregionaler Bedeutung zu realisieren, mit einem Doppelverbot abgeblockt. Beide Male argumentierten die Gerichte mit angeblich drohenden gewaltsamen Ausschreitungen was in der Sache ziemlich weit an der Realität vorbeiging. Und beides Mal setzten sie eine Nazi-Provokation mit deren Abwehr gleich, die von Linken unter Einschluß maßgeblicher demokratischer Kräfte organisiert wurde.

Dennoch bleibt zu konstatieren, daß Linke immer dann einen Verbotsdruck ausüben können, wenn ein entsprechend breites und handlungsfähiges Bündnis dahintersteht. Das nach einem Doppelverbot regelmäßig auftretende Problem besteht darin, daß Kräfte wie DGB und SPD geneigt sind, sich mit dieser impliziten Gleichsetzung abzufinden, weil das Hauptziel, die Verhinderung der Nazi-Provokation, schließlich erreicht sei. Dann stehen die Linken wieder alleine da. Ihre mehr oder weniger entschlossenen Versuche, trotz Doppelverbots und ausbleibender Nazis Präsenz zu zeigen, leiden dann unter mangelnder Breite, zahlenmäßig geringer Resonanz und einem überwältigenden Polizeiaufgebot, welches Demoansätze wie zuletzt in München erstickt. Eine politische Debatte, wie mit diesen Dilemmata politisch sinnvoll umgegangen werden kann, erscheint sehr lohnend.

Al., Nürnberg

3. Ein Glücksfall, kein Modell. Die Oktoberrevolution und die Revision des Leninismus

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:21

Aus der Geschichte lernen - das ist häufig leichter gesagt als getan. Um 1970, als die "marxistisch-leninistischen" Organisationen und Grüppchen wie Pilze aus der Erde wuchsen, lagen die Dinge scheinbar noch klar. Die Oktoberrevolution war: ein weltgeschichtliches Ereignis, mit dem man sich uneingeschränkt identifizieren konnte; ein großer Aufbruch, zu dem man zurückfinden mußte und der, zusammen mit der chinesischen Kulturrevolution, zeigte, wie die Deformationen des Realsozialismus überwunden werden konnten. Heute, 80 Jahre nach dem Roten Oktober, feiern diejenigen unverdrossen, die der KPdSU bis zuletzt die Treue hielten. In dem folgenden Diskussionsbeitrag geht es um die Oktoberrevolution, Lenin und Gramscis "Revision" des Leninismus. Am Anfang steht eine Polemik gegen die Instrumentalisierung des Roten Oktober in der DDR.

Die Suche im "Wörterbuch der Geschichte" (Dietz-Verlag, Berlin/DDR 1984) gestaltete sich unerwartet schwierig: Zwischen "Oktoberprogramm der Spartakusgruppe" und "OKW (Oberkommando der Wehrmacht)" gibt es keine Eintragung. Auf Umwegen über die Stichwörter "Revolution" und "sozialistische Revolution" landete ich beim Buchstaben G und wurde fündig: fünfzehneinhalb Spalten über die "Große Sozialistische Oktoberrevolution", platzsparend abgekürzt G.S.O. Der Text enthält ziemlich genau das, was man von DDR-Wissenschaftlern der Fachbereiche Geschichte und Marxismus-Leninismus erwarten darf: unbestreitbare historische Fakten, hohle Phrasen und Instrumentalisierung der großen Revolution für die Legitimationsbedürfnisse der SED.

Für die Herausgeber des Wörterbuchs, das laut Verlag an einen "breiten Leserkreis" adressiert ist, war die Oktoberrevolution nicht nur ein "unausbleibliches", sondern auch ein denkbar eindeutiges Ereignis. Mit ihr begann der "weltweite Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus", den sich die Verfasser als linearen Fortschritt vorstellen - die Partei wird's schon richten. Selbst in Rußland konnte sie "die Leichtgläubigkeit der unerfahrenen, vom Siege über den Zarismus trunkenen Massen" innerhalb weniger Monate überwinden und in revolutionäres Bewußtsein verwandeln: "Die Massen waren bereit, unter der Führung der bolschewistischen Partei zum Sturm auf den Kapitalismus anzutreten." Lenin sah das zwar realistischer ("Hinter uns ist die Mehrheit der Klasse ...; hinter uns ist die Mehrheit des Volkes ..."); die SED-Historiker, die diese Sätze zitieren, sehen hingegen monolithische Blöcke am Werk: das Proletariat, die Arbeiter und Bauern, die Werktätigen. Es versteht sich von selbst, daß diese - angeblich - von einem einheitlichen Willen getriebenen, sich selbst befreienden Massen siegen mußten: "In den entstehenden sozialistischen Betrieben war die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen endgültig (!) beseitigt."

Der revolutionäre Elan des Oktober 1917, so steht es geschrieben, spornte noch das DDR-Volk der achtziger Jahre zu großen Taten an: Denn die "Allgemeingültigkeit" der Lehren der Oktoberrevolution werde auch durch "die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik bewiesen, mit denen die Arbeiterklasse und alle (!) anderen Werktätigen der DDR unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu dem von der G.S.O. eingeleiteten weltrevolutionären Prozeß beitragen."

Daß diese Darstellung die DDR-Wirklichkeit grob verfälscht, wissen wir nicht erst heute nach dem kläglichen Zusammenbruch des "sozialistischen Lagers". Weniger eindeutig ist, worin denn die Lehren des Oktober bestehen und inwieweit diese Revolution Modell sein konnte und kann. 80 Jahre danach spricht alles dafür, daß diese Art der Revolution ein Sonderfall bleiben wird. Sie ist auch in der Vergangenheit nirgendwo erfolgreich kopiert worden, obwohl das Modell denkbar einfach ist: Bündnis der Mehrheit des Proletariats und der armen Bauern, bewaffneter Aufstand - beides unter Führung einer revolutionären Partei -, danach siegreicher Bürgerkrieg gegen die Konterrevolution und revolutionäre Vaterlandsverteidigung gegen die imperialistische Intervention.

Stellungs- und Bewegungskrieg

Die Bedingungen für den Umsturz waren im Rußland des Jahres 1917 einmalig günstig: Die Revolution von 1905 lag noch nicht lange zurück; der Sturz des Zarismus im Februar 1917 hatte die Massen von ihrer eigenen

Stärke überzeugt; die Niederlagen im Krieg stärkten die Friedenssehnsucht und schwächten die Kerenski-Regierung, die die Soldaten, überwiegend arme Bauern, in einem verlorenen Krieg verheizte; die Bolschewiki beantworteten diese Situation mit einem genial einfachen Programm: Mit der Forderung "Brot und Frieden" (und Land für die Bauern) eroberten sie die Mehrheit der Sowjets. Der bewaffnete Aufstand war in dieser Situation kein Abenteuer, sondern ein Gebot der Vernunft, auch wenn der sich anschließende opferreiche Bürgerkrieg und die imperialistische Aggression gegen Sowjetrußland voraussehbar waren. (Vgl. Lenins Analyse in "Die Krise ist herangereift" vom 20. Oktober 1917 und seinen Brief an das ZK vom 6. November, dem Vorabend des Aufstandes von Petrograd)

Klugen Köpfen der "kommunistischen Weltbewegung" dämmerte schon frühzeitig, daß der bewaffnete Aufstand von Petrograd und Moskau nicht Modell für die Weltrevolution sein konnte. Antonio Gramsci, der die russische Revolution feierte, bezeichnete sie in einem Artikel vom 5. Januar 1918 provokativ als "Revolution gegen das Kapital" - gegen "Das Kapital" von Marx: Lenin und die Bolschewiki hatten den im zeitgenössischen Marxismus dominierenden ökonomistischen Determinismus überwunden und in einem halbfeudalen Land mit kaum entwickeltem Kapitalismus die Macht ergriffen, um nun den Sozialismus aufzubauen. Daß letzteres nur bei einem Sieg der Revolution auch in entwickelteren Ländern Europas gelingen könnte, war anfangs auch bei den russischen Revolutionären unumstritten.

Als diese Revolutionen ausblieben, machten die Parteien der Kommunistischen Internationale (KI) dafür den Verrat der sozialdemokratischen Führer verantwortlich: Diese hätten das Proletariat zurückgezerrt, statt dessen den Weg der Klassenkollaboration und des Reformismus gewählt (was stimmt) und so die Niederlage der Revolution herbeigeführt (was bezweifelt werden muß).

Es war wiederum Gramsci, der der Verratsthese eine differenziertere Sicht entgegensetzte. In den Gefängnisheften der Jahre 1930/31 bezweifelt er, daß 1919 in Italien, Deutschland und anderswo die Situation wirklich reif war für die Revolution. Denn das kapitalistische System verfügte hier nicht nur über bewaffnete Formationen und diverse Repressionsinstrumente, sondern auch über mächtige Verbündete in der "Zivilgesellschaft", von Gramsci definiert als die "Gesamtheit von Organismen, die gemeinhin ‚privat` genannt werden", also "Gewerkschaften, Parteien, Schulen, aber auch Presse, Literatur, Kirche". (1) Die Existenz der Zivilgesellschaft, die Verfügbarkeit der "sozialen Kader" für die "Schützengräben" der alten Gesellschaft, machte im Westen den Griff nach der Macht erheblich schwieriger: "Im Osten war der Staat alles, die Zivilgesellschaft war in ihren Anfängen und gallerthaft; im Westen bestand zwischen Staat und Zivilgesellschaft ein ausgewogenes Verhältnis, und beim Wanken des Staates entdeckte man sogleich die robuste Struktur der Zivilgesellschaft. Der Staat war nur ein vorgeschobener Schützengraben, hinter welchem sich eine robuste Kette von Festungen und Kasematten befand ..."

Gramscis Folgerung, die er auch schon von Lenin gezogen sieht, ist, "daß es einer Wende vom Bewegungskrieg, der 1917 erfolgreich im Osten angewandt worden war, zum Stellungskrieg bedurfte, welcher der einzig mögliche im Westen war ..." (2) In diesem "Stellungskrieg" sollten die Kommunisten und ihre Verbündeten Einfluß innerhalb der "Zivilgesellschaft" gewinnen, damit die kulturelle Hegemonie erobern und die Revolution vorbereiten: Das revolutionäre Proletariat könne nur dann "herrschende" Klasse werden, wenn es zuvor "führende" Klasse geworden sei.

Die Morgenröte

dauerte nur kurz

Während sich Sowjetrußland, ab Dezember 1922 die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR), auf einem Sechstel der Erdoberfläche behauptete, verebbte die revolutionäre Welle im Westen. Erhebungen wie der Hamburger Aufstand im Oktober 1923 waren Rückzugsgefechte. In Italien war seit Oktober 1922 der Faschismus an der Macht; auch in anderen europäischen Ländern hatten faschistische Bewegungen massenhaften Zulauf.

Die Komintern hielt nichtsdestotrotz an der Orientierung auf die sozialistische Revolution fest. Noch im April 1933, nach dem Machtantritt der Nationalsozialisten, erklärte das Präsidium des Exekutivkomitees der KI: "Die Errichtung der offenen faschistischen Diktatur, die alle demokratischen Illusionen in den Massen zunichte macht und die Massen aus dem Einfluß der Sozialdemokratie befreit, beschleunigt das Tempo ... zur proletarischen Revolution." (3) Eine katastrophale Fehleinschätzung: Das im Oktober 1917 eingeläutete "neue

Zeitalter" ging über in ein Zeitalter der Konterrevolution. An seinem vorläufigen Ende standen Nazi-Deutschlands Vernichtungskriege und Völkermorde.

Der erschöpfte Impuls

Es könnte scheinen, als habe das Beispiel der Oktoberrevolution nach der Befreiung vom Nazismus seine alte Strahlkraft zurückgefunden. In Osteuropa und Teilen Mitteleuropas wurde der Aufbau des Sozialismus auf die Tagesordnung gesetzt. Mit Ausnahme Jugoslawiens, das die kommunistischen Partisanen befreit hatten, vollzog sich die Umgestaltung allerdings nicht durch den bewaffneten Aufstand der Massen. Die Macht hatte die Rote Armee; die KPdSU unter Führung Stalins diktierte die beim Aufbau des Sozialismus einzuschlagende Linie.

Daß die Sowjetunion zur Weltmacht geworden war, verbesserte die Kampfbedingungen der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen entscheidend; 1949 siegte die Revolution in China, dem bevölkerungsreichsten Land der Erde. In den entwickelten kapitalistischen Ländern allerdings stand nirgendwo die Revolution auf der Tagesordnung, auch wenn die kommunistischen Parteien offiziell nach wie vor dem sowjetischen Beispiel nacheiferten. Als PCI-Sekretär Enrico Berlinguer in den siebziger Jahren vom "erschöpften Impuls der Oktoberrevolution" sprach, war die Empörung in der "kommunistischen Weltbewegung" groß. Tatsächlich wollte Berlinguer mit seinem Satz vor allem den opportunistischen Kurs der Anbiederung an die Christdemokratie ("historischer Kompromiß") rechtfertigen. Recht hatte er trotzdem: Auf die überwiegende Mehrheit der potentiell revolutionären Massen Westeuropas übte der Oktober 1917 keine Anziehungskraft mehr aus.

Heute ist die Oktoberrevolution vor allem Gegenstand von Gedenkveranstaltungen. Daran ist nichts auszusetzen; die Revolutionäre von 1917 verdienen auch heute noch Bewunderung für ihre weltgeschichtlichen Taten. Komisch wird die Heldenverehrung allerdings, wenn unmittelbare politische Hoffnungen an sie gebunden werden. Im DKP-Organ UZ (7.11.) macht man sich damit Mut, daß die Zahl der Veranstaltungen heuer erheblich größer sei als 1992, zum 75. Jahrestag. "Jedenfalls ideologisch" habe die DKP das Schlimmste überwunden und gehe nun ihren "Weg weiter, zu neuen Gipfeln und mit dem Oktober von Petrograd im Rücken". Im wahren Glauben liegt die Kraft. Wer es vorzieht, seinen Verstand zu gebrauchen, kommt um das Eingeständnis nicht herum: Die Heldentaten der Oktoberrevolution sind Geschichte, die studiert werden muß; als Mutmacher für die triste Gegenwart sind sie nicht geeignet.

Js.

Anmerkungen

1) Sabine Kebir: Antonio Gramscis Zivilgesellschaft. Hamburg (VSA) 1991, S. 52

2) Antonio Gramsci: Gefängnishefte, Heft 7, § 16; zitiert nach Antonio Gramsci: Gefängnishefte 4, herausgegeben von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug, Hamburg (Argument) 1992, S. 873f.

3) zitiert in Theodor Bergmann/ Mario Keßler (Hrsg.): Aufstieg und Zerfall der Komintern, Mainz (Podium Progressiv) 1992, S. 168

Der Regierung den Rest geben!

Lenins Brief an die Mitglieder des ZK vom 6.11.1917

Genossen!

Ich schreibe diese Zeilen am 24. (1) abends. Die Lage ist über alle Maßen kritisch. Es ist sonnenklar, daß jetzt eine Verzögerung des Aufstands schon wahrhaftig den Tod bedeutet.

Unter Aufbietung aller Kräfte bemühe ich mich, die Genossen zu überzeugen, daß jetzt alles an einem Haar hängt, daß auf der Tagesordnung Fragen stehen, die nicht durch Konferenzen, nicht durch Kongresse (selbst nicht durch Sowjetkongresse) entschieden werden, sondern ausschließlich durch die Völker, durch die Masse, durch den Kampf der bewaffneten Massen.

Der Ansturm der Bourgeoisie ... zeigt, daß nicht gewartet werden darf. Man muß um jeden Preis heute abend, heute nacht die Regierung verhaften, nachdem man die Offiziersschüler entwaffnet hat (sie besiegt hat, wenn sie Widerstand leisten) usw.

Man darf nicht warten!! Man kann alles verlieren!!

Die Bedeutung der sofortigen Machtübernahme: Schutz des Volkes (nicht des Kongresses, sondern des Volkes, in erster Linie der Armee und der Bauern) vor der Regierung ...

Wer soll die Macht übernehmen?

Das ist jetzt nicht wichtig: Mag sie das Revolutionäre Militärkomitee übernehmen "oder eine andere Körperschaft", die erklärt, daß sie die Macht nur den wahren Vertretern der Interessen des Volkes, der Interessen der Armee (sofortiges Friedensangebot), der Interessen der Bauern (vom Boden muß sofort Besitz ergriffen, das Privateigentum aufgehoben werden), der Interessen der Hungernden übergeben wird. (...)

Eine Verzögerung wird die Geschichte den Revolutionären nicht verzeihen, die heute siegen könnten (und heute bestimmt siegen werden), während sie morgen Gefahr laufen, vieles, ja alles zu verlieren.

Wenn wir heute die Macht ergreifen, so ergreifen wir sie nicht gegen die Sowjets, sondern für sie.

Die Machtergreifung ist Sache des Aufstands; ihr politisches Ziel wird nach der Machtergreifung klarwerden.

Es wäre verderblich oder ein rein formales Herangehen, wollten wir die unsichere Abstimmung am 25. Oktober abwarten, das Volk hat das Recht und die Pflicht, solche Fragen nicht durch Abstimmungen, sondern durch Gewalt zu entscheiden. ...

Das hat die Geschichte aller Revolutionen bewiesen, und maßlos wäre das Verbrechen der Revolutionäre, wenn sie den Augenblick vorübergehen ließen, obwohl sie wissen, daß die Rettung der Revolution, das Friedensangebot, die Rettung Petrograds, die Rettung vor dem Hunger, die Übergabe des Grund und Bodens an die Bauern von ihnen abhängen.

Die Regierung wankt. Man muß ihr den Rest geben, koste es, was es wolle!

Eine Verzögerung der Aktion bedeutet den Tod.

Anmerkung:

Der 24. Oktober alten Stils entspricht dem 6. November: der Vortag des Aufstandes von Petrograd.

4. Rot-Grün ist die Antwort. Was war die Frage? Kritische Anmerkungen zur SPD/GAL-Koalition in Hamburg

Autor: Gaby Gottwald · Rubrik: Wahlen; SPD; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:05

Die grüne Basis murrte, aber stimmte letztlich zu: Der Koalitionsvertrag mit der SPD gilt für die nächsten vier Jahre. Willfried Maier, Oberrealo und zukünftiger Senator, konnte aufatmen: Der "politische Selbstmord" der GAL war verhindert worden. Daß das Verhandlungsergebnis ärmlich ist, fand selbst die realofreundliche taz.

Der Gewinner der Hamburger Koalitionsverhandlungen steht fest. Es ist ein seltener kleiner Vogel mit Namen Wachtelkönig. Gesehen hat ihn noch keiner, aber gehört will ihn jemand haben. In seinem Lebensraum werden die geplanten 3.000 Sozialwohnungen nicht gebaut - und woanders auch nicht.

Zudem gibt es endlich drei grüne Regierungsmitglieder, eine Option auf Schließung des AKW Brunsbüttel, die "Hamburger Ehe" und laut Krista Sager eine Summe von Einzelheiten, die insgesamt ein positives Ergebnis darstellen.

Die Hamburger Morgenpost faßte das Ergebnis mit unverhohlener Freude wie folgt zusammen: "Die Ja-Sager: SPD zieht GAL über den Tisch." Die Springer-Presse hingegen konstatierte erleichtert, daß das Vertragswerk ein klares Bekenntnis zum Wirtschaftsstandort Hamburg und die Zustimmung zum Sparkurs des alten Senats enthalte.

Die Erfolge rot-grüner Regierungsbündnisse werden von grüner Seite zunehmend mit ihrem Zustandekommen gleichgesetzt. Die Regierungsbeteiligung gilt als Synonym für Machtbeteiligung - auch wenn in den Verhandlungen für vier Jahre festgeschrieben wird, daß vorhandene Spielräume nicht genutzt werden sollen. Diese postmoderne Variante grüner Realpolitik schadet mehr, als daß sie nützt. Sie verschließt Optionen auf Veränderungen, beschönigt die Verhältnisse und verfestigt bestehende Mißstände. Der ohnehin mickrigen Opposition in diesem Land nimmt sie zudem die parlamentarische Stimme.

Keine Wende

in der Sozialpolitik

Es ist von allen Seiten unbestritten, daß das Hauptproblem heute in der sozialen Frage liegt: Arbeitslosigkeit, soziale Segregation, zunehmende Armutsentwicklung gerade in den Metropolen etc. Es ist ebenfalls unbestritten, daß diese Entwicklung negative Auswirkungen sowohl auf die öffentlichen Haushalte hat als auch auf das Bewußtsein der Bevölkerung. Die Hamburger Bürgerschaftswahlen galten zunächst als Alarmsignal. In allen sozial benachteiligten Stadtgebieten war der Anteil der DVU-Stimmen immens und der Verlust an SPD-Wählern überproportional. Das reiche Hamburg hat bundesweit den zweithöchsten Anteil an Sozialhilfeempfängern. Obwohl die GAL in ihrem Wahlprogramm eine Regierungsbeteiligung an Verhandlungserfolge im Bereich der "sozialen Frage" geknüpft hatte, blieb dieser Bereich völlig unterbelichtet.

Ein Durchbrechen der bisherigen sozialdemokratischen Logik wurde an keinem zentralen Punkt erreicht. Umgekehrt jedoch erreichte die SPD, daß die Grünen ihre sogenannten Symbolthemen aufgaben. Elbvertiefung, Hafenerweiterung und Flughafenausbau finden statt. Die GAL erreichte mehrere kleine Formelkompromisse, deren Umsetzung in der Zukunft zähen Kleinkrieg erfordern wird. Dominant bleibt die Einbindung der Grünen in die gegebene sozialdemokratische Verwaltungspraxis; das Verhandlungsinstrument "Prüfauftrag" wird extensiv genutzt.

In der Arbeitsmarktpolitik gibt es eine deutliche Verschlechterung. Der Haushalt wird gedeckelt, die Standards werden abgesenkt. Mit dem gleichen Fördervolumen sollen mehr Erwerbslose beschäftigt werden. Nach dem Programm "Tariflohn statt Sozialhilfe" zur Beschäftigung von Sozialhilfeempfängern wurden bisher schon Niedriglöhne (entsprechend ca. 80% der unteren Arbeitertarife im öffentlichen Dienst) gezahlt. Die Ausweitung solcher Beschäftigungsmöglichkeiten wird nun erkauft durch eine gravierende Tarifabsenkung für Jugendliche zwischen 18 und 25 Jahren.

Die Grünen beteiligen sich hier an einer Deregulierungsstrategie innerhalb des zweiten Arbeitsmarktes, deren Signalwirkung bundesweit nicht unterschätzt werden sollte. Die Einführung eines Sondertarifs für Jugendliche soll auf einem Niveau erfolgen, das weit unterhalb der gesetzlichen Absenkung durch die Bundesregierung liegen soll. Nach Vorstellung der Verhandlungsführer der SPD-Linken sollen zur Vermeidung von Jugendkriminalität zukünftig Jugendliche für 1000,- DM netto einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen. Nach dem Motto, aus einem Arbeitsplatz mit existenzsicherndem Einkommen mach zwei Billigarbeitsplätze für Jugendliche, werden hunderte existenzsichernde Erwerbsarbeitsplätze vernichtet. Die Rot-grünen Koalitionäre forderten im Vertrag die Arbeitgeberverbände auf, entsprechende tarifliche Neuregelungen für ein Drittel aller geförderten Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen.

Das ehemalige Hamburger Vorzeigeprogramm "Tariflohn statt Sozialhilfe" wird im Jugendbereich nun ergänzt durch das Programm "Sozialhilfe statt Tariflohn" mit freiwilliger Arbeitsaufnahme. Dank Rot-Grün werden zukünftig alleinerziehende Frauen unter 25 Jahren oder junge Familienväter zwar arbeiten gehen dürfen, aber kein halbwegs existenzsicherndes Einkommen mehr haben. Warum jemand dieses "Angebot" ohne Zwang annehmen sollte, konnte in den Verhandlungen nicht geklärt werden.

Das vollmundig verkündete Ausbildungsprogramm von 1000 Plätzen in vier Jahren ist ein Sammelsurium von Fortführungsvorhaben bereits laufender Förderungen, die geringfügig aufgestockt werden sollen; hinzu kommen zaghafte Neuansätze wie eine Produktionsschule mit 40 Plätzen. Programmaufstockungen korrespondieren teilweise mit der Absenkung des Fördersatzes.

Der Bereich Jugend lebt von Umstrukturierung, Vernetzung, Beobachtung, aber nicht von mehr Geld. Die Zahl der Lehrerstellen wird 1998 geringfügiger gesenkt als geplant. Die Qualitätsverschlechterung in der Bildungspolitik erfolgt wesentlich erst ab 1999. Neueinstellungen von Lehrern (als Ersatz für auslaufende Stellen) erfolgen grundsätzlich als 2/3-Stellen im Angestelltenverhältnis.

Bei der " sozialen Stadtentwicklung" und der Armutsbekämpfung werden mehrere Programmteile verzahnt, der Haushaltsansatz wird jedoch nicht aufgestockt. Zusätzliche Bedarfe sollen durch privates sponsoring eingebracht werden.

Unter Rot-Grün wird der soziale Wohnungsbau von jährlich 5.100 Wohnungen auf 3.500 Wohnungen heruntergefahren, obwohl es nach wie vor an preiswertem Wohnraum mangelt. Innerhalb des Förderkonzepts konnte die GAL lediglich den Anteil an Eigenheimförderung im sozialen Wohnungsbau geringfügig senken und die Fehlbelegungsabgabe drücken.

In der Gesundheitspolitik wurde der Status quo festgeschrieben. Investitionen für Krankenhäuser wurden nicht gefordert, der laufende Verrottungsprozeß im Bestand wird verfestigt. Das grüne Symbolprojekt, die Umstrukturierung des Hafenkrankenhauses zu einer Notfallambulanz und einem Gesundheitszentrum mit 40 Betten, war vom Senat bereits vor den Verhandlungen zugesagt worden.

In der Drogenpolitik schmücken sich die Grünen mit Erfolgen, die sie nicht zu verantworten haben. Die Einrichtung von weiteren vier Druckräumen oder Fixerstuben teilte der Hamburger Senat bereits vor der Sommerpause mit. Der repressive Umgang mit der offenen Drogenszene hingegen bleibt, wie er ist. Das viel kritisierte Substitutionsprogramm mit befristeten Zeiträumen und rigiden Zugangsregelungen wird fortgeführt. Hamburg wird keine eigenfinanzierten Programme auflegen.

In der Sozialpolitik gibt es kaum etwas zu berichten, da fast nichts verhandelt wurde. Sozialhilfeempfänger sollen zukünftig auf Wunsch und mit einem Eigenanteil von 10 DM eine Karte für den ÖPNV erhalten, die für Zeiten außerhalb des gängigen Geschäftsverkehrs gilt. Geprüft wird, ob die Kleidergeldpauschale, die letztmals 1994 festgelegt wurde, erhöht werden soll.

Hamburg vorn - bei der Flüchtlingsabschiebung

Das umstrittenste Thema stand am Schluß und behinderte den Zeitplan für die langersehnte Besetzung der Senatorenposten. Intern war in beiden Parteien seit langem die Flüchtlings- und Migrationspolitik zum Stolperstein erkoren worden. Hamburg hat bundesweit mit Abstand die höchste Abschiebequote (Bayern die niedrigste) und gilt als absoluter Hardliner. Die zentrale Forderung der GAL nach Dezentralisierung der Ausländerbehörde auf die Bezirke wurde abgelehnt.

Der grüne Versuch, einem Vorschlag des Leiters des Einwohnerzentralamtes zur Durchsetzung zu verhelfen, scheiterte komplett. Letzterer hatte angesichts der völlig unhaltbaren Zustände in der Hamburger Ausländerbehörde seine Mitarbeiter angehalten, Hamburger Ermessensspielräume bei Aufenthaltsgewährungen voll auszunutzen und eine kundenfreundliche Dienstleistung zu gewähren, bei der im Zweifel für die Ausländer entschieden wird. Dieses Ansinnen wurde in der Vergangenheit in der Behörde ins Gegenteil verkehrt und während der Verhandlungen von der SPD erneut verworfen. Eine bei der Innenbehörde angesiedelte Kommission soll behördliche Verfahrensfragen ausarbeiten. Im Gegenzug erzielte die GAL einen Formelkompromiß: Hamburg will künftig von seinem Recht auf Aussetzung von Abschiebungen in Problemländer dann Gebrauch machen, wenn andere Länder dies auch tun.

In solchen Fällen wird Hamburg prüfen - sogar mittels Materialien von Menschenrechtsorganisationen - und während der Prüfzeit nicht abschieben. Abschiebehaft soll möglichst vermieden werden. Eine Härtefallkommission wie in Schleswig-Holstein oder NRW wird es nicht geben. Dafür soll sich der Ausländerbeauftragte zukünftig auch um Flüchtlinge kümmern. Der von der SPD geforderte, obligatorische Handwurzel-Test (ein aus der NS-Zeit übernommenes Röntgenverfahren) zur Feststellung des Alters bei minderjährigen Flüchtlingen soll durch ein kinderärztliches Gutachten ersetzt werden.

Realos ohne Realpolitik

Fazit: Die ehemalige - auch realpolitische - grüne Option, sozial-ökologische Politik zu formulieren und zu gestalten, ist in Hamburg gründlich gescheitert. Der Verhandlungsverlauf und das Verhandlungsmanagement legen nahe, daß dieses Ziel auch gar nicht ernsthaft angestrebt wurde. Es wurden keine Streitpunkte für die Verhandlung formuliert, weil keine in die Verhandlung eingebracht werden sollten. Gerade die Verhandlungsführenden achteten peinlich darauf, daß keine Störungen durch das Einfordern grüner Essentials auftraten. Die Sozis konnten ihre diebische Freude über das dilettantische Vorgehen der Grünen kaum verheimlichen. Sie hatten nicht damit gerechnet, daß die Grünen von ihnen nichts wollten.

Es ist müßig zu fragen, ob die GALier nur dumm sind oder ob sich der Mainstream der Hamburger Grünen von sozial-ökologischer Politik verabschiedet hat. Die Parole heißt: Rot-Grün ist die Antwort. Die Hauptfrage wurde leider gar nicht erst gestellt.

Die Hamburger Koalition findet besondere Beachtung angesichts der Bundestagswahlen im nächsten Jahr; die Mehrheit der Wahlberechtigten wünscht heute einen Regierungswechsel. Die Verhandlungslinie der GAL ist jedoch keine Werbung für die Grünen; sie lenkt vielmehr das Augenmerk auf die SPD. Wenn Grüne nur als Mehrheitsbeschaffer funktionieren, werden sie weniger Einfluß haben als die FDP. Inhaltliche Annäherungen gibt es bereits zur Genüge. Eine Politik nach dem olympischen Motto "Dabeisein ist alles" ist keine Realpolitik, sondern Ressourcenverschwendung.

Gaby Gottwald

Die Redaktion von ak - analyse & kritik unterstützt diesen Aufruf und fordert die LeserInnen auf sich an der Unterschriftenaktion zu beteiligen.

5. Aufruf: Freiheit für die Gefangenen aus der RAF!

Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:36

Kalender ... Kalender ... Kalender ... Kalender

Kuba - Ein "Yankee" berichtet

Was ist aus Kuba geworden, seit es dem Goliath im Norden allein gegenübersteht? Was tut die Führung, um die Errungenschaften der Revolution zu retten? Wird es eine wirtschaftliche Erholung geben? In seinem Buch "Kuba - Ein ‚Yankee` berichtet" beantwortet Ron Ridenour diese Fragen, und Ernst Fürntratt-Kloep, Herausgeber und Mitarbeiter des Bandes, wird dazu auf seiner Lesereise auch einiges sagen.

München, 23.11., 11.00 h, 3.Welt-Café; Regensburg, 24.11., 20.00 h, Gasthaus "Schildbräu"; Darmstadt, 25.11., 20.00 h, Bessunger Knabenschule; Esslingen, 27.11., 19.30 h, Kulturzentrum Dieselstraße; Wien, 28.11., 19.00 h, Internationales Institut für Frieden; Bludenz, 1.12., 20.00 h, Saal im Reichsfeld, Feldkirch; Mainz, 4.12., 20.00h, ESG / Uni.

Standort Hamburg

50 Jahre lang konnte sich die Lebenslüge halten, daß Hamburgs Besitz- und Bildungsbürgertum wegen seiner liberalen Tradition große Distanz zur NS-Ökonomie gewahrt hätten. Tatsächlich liierten sich diese Schichten jedoch besonders eng mit den Nazis, um als Juniorpartner einer handelsfeindlichen Autarkiepolitik den Standort Hamburg zu retten. Der Sammelband "Kein abgeschlossenes Kapitel - Hamburg im Dritten Reich", herausgegeben von der Hamburger Stiftung für Sozialforschung, enthält dazu wichtige Forschungsergebnisse. Auf der Buchpräsentation werden sie vorgestellt.

Hamburg, 25.11., 19.30 h, HeineBuch, Schlüterstr. 1.

Freiheit für die Gefangenen aus der RAF!

Die Gründe, die die radikale Linke Anfang der siebziger Jahre dazu brachten, vom "Protest zum Widerstand" überzugehen (Ulrike Meinhof), sind keineswegs erledigt. Und weil sie nicht bereit sind, ihre Geschichte zu leugnen, sitzen noch immer zehn Gefangene aus der RAF im Gefängnis. Ihre Freiheit fordern in einer Diskussionsveranstaltung Gabriele Heinecke (Rechtsanwältin), Karl Heinz Roth (Historiker), Jens Stuhlmann (Gefangenenvertreter in Santa Fu), Gisela Wiese (Pax Christi) und Wienke Zitzlaff (Angehörige).

Hamburg, 26.11., 19.30 h, Hörsaal der Hochschule für Wirtschaft und Politik.

Globale Märkte - Flexible Frauen

Vortrag zur Rolle der Frauenarbeit im Rahmen der Globalisierung der Produktion. Köln, 27.11., 20.00 h, Allerweltshaus, Tel. 0221/5103002

Cyberrevolution

Auf dem BUKO-Seminar "Cyberrevolution - Neue Medien und Internationalismus" geht es um die Techniken der Computer und ihre Geschichte, um die Möglichkeiten und die sozialen und kulturellen Implikationen von Internet, Mailboxen und WWW sowie um die Diskussion zwischen ComputerexpertInnen und InternationalistInnen. Referenten sind Johannes Golombek, Tommy Schroedter, Volker Rüsing.

Infos und Anmeldung: BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel. 040/393156, Fax 3907520.

Bonn, 28.-30.11.

Mythos Überbevölkerung

Ein Seminar zur Debatte über "Überbevölkerung" und den Kontext dieser Diskussion. Weitere Informationen und Anmeldung: Arbeitsgemeinschaft katholischer StudentInnen- und Hochschulgemeinden, Rheinweg 34, 53113 Bonn, Tel. 0228/ 92367-0, Fax -15.

Münster, 28.-30.11.

Super-Soja und ewig junge Tomaten

Können solcherlei "maßgeschneiderte" Nahrungsmittel künftig den Hunger in der Welt beseitigen? Das fragen BioSkoplerInnen in der Veranstaltung "Gentechnik gegen Welthunger?" Alda Cotta, in den Niederlanden lebende Historikerin aus Brasilien, und der Essener Journalist Ludger Fittkau glauben nicht, daß die Chemie- und Saatgutkonzerne mit Gentechnologie den Hunger beseitigen werden, den sie durch die weltumgreifende Industrialisierung der Landwirtschaft selbst geschaffen haben. Sie setzen vielmehr auf soziale Bewegungen und Kämpfe wie die der landlosen Bauern und Bäuerinnen in Brasilien.

Essen, 30.11.,11.00 h, Kulturzentrum GREND, Westfalenstr. 311.

Was die Nationalökonomie nicht denken kann

Jeder kann Geld gebrauchen, auch ohne zu wissen, was Geld ist. Wer es trotzdem genauer wissen will, höre den Vortrag "Die Misere der Nationalökonomie. Über die Unfähigkeit der Volkswirtschaft, ihren Gegenstand zu denken" von Hans-Georg Backhaus, der gerade ein Buch über die Dialektik der Wertform bei ça ira veröffentlicht hat.

Freiburg, 2.12., 20.00 h, Jos Fritz-Café, Wilhelmstr. 15.

Nicht nur Zapatisten

Die Linke in Lateinamerika befindet sich in einem spannenden Prozeß der Neuorientierung. Während das "Ya basta!" der mexikanischen Zapatisten weltweit für Aufsehen sorgte, finden zivile Formen des Widerstands und große soziale Bewegungen wenig Beachtung. ak-Autor Albert Sperr, der soeben ein Buch über die Linke in Lateinamerika herausgegeben hat, veranstaltet zum Thema "Lateinamerika und die Antworten der Linken" ein Tagesseminar. Anmeldung: AG International, Ruprechtsberg 9, 84405 Dorfen (schriftl.) oder unter Tel. 08081/3011 (sonntags ab 19 h).

Dorfen, 6.12., 11.00 h bis 18.00 h Ruprechtsberg 9

Frauentreffen gegen Bevölkerungspolitik

Informationen zum aktuellen Stand von Verhütungsmittelforschung, Reproduktionstechnologien und Fötenverwertung, Folgen der Weltbevölkerungskonferenz 1994 in Kairo und Pläne für die Weltbevölkerungskonferenz 1999 in Hannover bzw. zu den Anschlußstellen in der EXPO 2000 - das sind die Themen, die die Frauen gerne diskutieren würden. Tips und Beiträge an Susanne Schultz, c/o Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, Hedemannstr. 14, 10969 Berlin, Tel. 030/2510265; hier gibt es auch Infos. Anmeldung: BUKO-Geschäftsstelle Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel.:040/393156, Fax 3907520.

Bielefeld, 5.-7.12.

Kanther, Schröder & Co., jetzt reicht's!

Der BUKO-Schwerpunkt Rassismus lädt zu einem Ratschlag von Flüchtlings- und MigrantInnenorganisationen ein, um gemeinsame Aktionen gegen die restriktive Asyl- und Migrationspolitik der BRD zu planen, auch in Zusammenarbeit mit der Kampagne "Kein Mensch ist illegal". Anmeldung: BUKO-Geschäftsstelle Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Tel.: 040/ 393156, Fax 3907520.

Wuppertal, 5.-7.12.

Visionen indischer Identität 1947-1997

Selten gezeigte indische Filme und Möglichkeiten, mit indischen Kulturwissenschaftlern und Filmschaffenden zu diskutieren, bietet das Symposion "Visionen indischer Identität 1947-1997 - Kinematographische Ansichten von Indiens 'Multikulturalismus'". Information: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Helga Sieber, Leimenrode 29, 60322 Frankfurt/Main, Tel. 069/959104-0, Fax 558481.

Frankfurt/Main, 4.-7.12., Deutsches Filmmuseum

6. Urbanitenschwarm oder latenter Bürgerkrieg?

Autor: Uwe Rada · Rubrik: Innenpolitik/Innere Sicherheit · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:39

"Eine solche depressive Debatte", seufzte vor kurzem während einer Veranstaltung zum neuen Masterplan Hans Stimmann, als Staatssekretär in Berlin für die Stadtentwicklung zuständig, könne man nur in Berlin führen. Eine Depression, konterte daraufhin der Stadtsoziologe Hartmut Häußermann, sei kein Grund, die Dinge nicht beim Namen zu nennen.

Eigentlich war sie nicht als Therapiestunde gedacht, die Diskussion um den Urbaniten, den neuen Berliner Stadtbürger, auf der dieser Wortwechsel zwischen dem Praktiker Stimmann und dem Theoretiker Häußermann ausgefochten wurde. Doch am Ende verließ der Praktiker den Saal wie ein begossener Pudel. Der Theoretiker, dessen Aufgabe es sonst eigentlich ist, Visionen zu entwerfen, die hernach von den Praktikern beerdigt werden, hatte den Praktiker schonungslos auf den Boden der Tatsachen zurückgeführt. Der Urbanit, das stadtbürgerliche Gestirn am Himmel der Berliner Metropolenträume war schon beim Eintritt in die Erdatmosphäre zerborsten und verbrannt. Stimmann, daran ließ Therapeut Häußermann keinen Zweifel, wird statt urbaniten Hirngespinsten auch künftig mit der Realität vorliebnehmen müssen, jenen, die tatsächlich in der Stadt wohnen und jenen, die da kommen werden, nicht um Urbaniten zu sein, sondern um zu überleben.

Phantomdebatten hat es im Berlin der Nachwendezeit schon einige gegeben. Man erinnere sich nur an den viel zitierten Berliner Architekturstreit von 1993/94, eigentlich ein Fassadenstreit, bei dem anläßlich der sogenannten "kritischen Rekonstruktion" der Friedrichstraße viel über demokratische Glaskonstruktionen und steinernen Faschismusverdacht debattiert wurde, über Nutzer, Nutzungen und Nutzungsmischung dagegen um so weniger. Oder man denke an die größenwahnsinnigen Hochhausplanungen des Architekten Hans Kollhoff, der der erhofften Dienstleistungsmetropole rund um den Alexanderplatz ein Mini-Manhattan implantieren wollte, bis sich herausstellte, daß dieses bloß keiner bauen will. Die vom obersten Planer Stimmann angezettelte Debatte um den "neuen Stadtbürger", alias den "Urbaniten" ist, was den Phantomgehalt angeht, freilich kaum mehr zu überbieten. Damit ist sie gleichzeitig auch der Spiegel für die planerische Befindlichkeit in Berlin, ein weiteres Beispiel für die, wenn man schon einmal im therapeutischen Slang bleibt, "Hauptstadt der Verdrängung".

Der Masterplan gegen steriles Abstandsgrün

Angefangen hatte der neuaufgelegte Urbanismus Stimmanns mit der Vorlage des Berliner Masterplans im November 1996. Vor allem im Ostteil der Stadt wollten Stimmann, sein Senator Peter Strieder und der Stadthistoriker Dieter Hoffmann-Axthelm als Autor des Masterplans Frei- und Grünflächen, aber auch überdimensionierte Verkehrsschneisen privatisieren und hernach kleinteilig, das heißt urban bebauen. 2,5 Millionen Quadratmeter Nutzfläche sollten damit erzielt werden, der Anteil an "hochwertigem" innerstädtischen Wohnen sollte 60 Prozent betragen. Der Historiker Karl Schlögel, dessen Aufgabe es war, die "Urbanisierung" der Berliner Innenstadt in einen Zusammenhang mit der Zivilisierung osteuropäischer Städte überhaupt zu stellen, verriet während der Präsentation des Masterplans: "Wir sind Zeugen der Wiedergeburt der städtischen Tugenden von Distanz und Höflichkeit, aber auch von Elend und entsetzlichen Verbrechen. Die größte Sehenswürdigkeit, die man derzeit in östlichen Städten bestaunen kann, ist das Ende der Stadt als staatliche Veranstaltung und die Wiedergeburt der Bürgerstadt. Der Markt suchte sich den Ort und die Gebäude, die es gab - nur zweckentfremdet und auf ihre ursprüngliche Nutzung wartend. Banken, die Museen geworden, wurden wieder Banken. Pelzgeschäfte, die man zu Fischläden umfunktioniert hatte, wurden wieder Pelzgeschäfte."

Denjenigen, der in den neu gebauten, urbanen Appartements rund um den Fernsehturm wohnen sollte, der in den alten und neuen Banken sein Geld holen und anschließend in den Pelzgeschäften ausgeben sollte, nannte Schlögel den "neuen Stadtbürger". Wodurch sich der "neue" vom "alten" Stadtbürger unterschied, brachte Staatssekretär Hans Stimmann auf den Punkt. Innerstädtisches Grün, polemisierte Stimmann auf einer Veranstaltung der Masterplankritiker, sei heute im wesentlichen zum sterilen Abstandsgrün verkommen. Und außerdem obsolet. Denn der "neue Stadtbürger mit Handy und Laptop" befriedige sein Bedürfnis nach Natur zweimal im Jahr mit einem Flug nach Mallorca. Kein Grund also, die innerstädtischen Grünflächen wie

den Friedrichswerder oder das Areal um den Fernsehturm nicht wieder zu bebauen und damit der Wiedergeburt der Bürgerstadt planerisch auf die Sprünge zu helfen.

Wer darf in die Zentren?

Daß die entscheidende Frage dieser Debatte, für wen da eigentlich geplant und gebaut wird, zu Beginn der Auseinandersetzungen um den Masterplan kaum gestellt wurde, hatte zwei Gründe. Zum einen verfehlten die im Zusammenhang mit dem Masterplan formulierten städtebaulichen Leitbilder wie nachhaltige Stadtentwicklung, Verdichtung vor Außenentwicklung, Rückbau von überdimensionierten Verkehrsschneisen sowie die ideologische Denunziation der Ostberliner Mitte als "vermüllter Stadtraum" ihre beabsichtigte Wirkung nicht, so daß insbesondere die grün-alternative Mittelschicht in Westberlin den Masterplanern den Rücken stärkte. Zum anderen waren zum Zeitpunkt der Präsentation nur wenige und zudem wenig verläßliche Prognosen über die Bevölkerungsentwicklung in Berlin für die kommenden Jahre verfügbar.

Dies änderte sich erst, als im Frühjahr 1997 die Medien der Hauptstadt ein neues Thema entdeckt hatten: die Stadtflucht der Berliner ins Umland. 22.000 Berliner hatten, so die Frühjahrsmeldung des Statistischen Landesamtes, alleine 1996 der Hauptstadt den Rücken gekehrt. Bis zum Jahr 2010 sollten, je nach Prognose, bis zu 210.000 oder gar 400.000 Berliner ins Umland ziehen. Daß ausgerechnet die - vor allem in den Boulevardmedien äußerst aufgeregt geführte - Diskussion um die Stadtflucht die Masterplanung am Ende als Phantomdebatte entlarvte, lag nicht zuletzt an der Arroganz der Planung selbst. Die am Reißbrett in das Weichbild der Stadt montierten Bauklötze wurden eben nicht als Ergebnis stadtplanerischer und empirischer Untersuchungen formuliert, sondern als politisch-ideologische Vorgaben von selbsternannten Stadtbürgern wie Karl Schlögel, Hans Stimmann oder Dieter Hoffmann-Axthelm.

Von den wohlklingenden Leitbildern, mit denen der Masterplan dem geneigten Publikum schmackhaft gemacht werden sollte, von einer Urbanisierung der Innenstadt als Meisterplan gegen die Randwanderung ist heute, knapp ein Jahr später, kaum mehr die Rede. Vielmehr konzentriert Bausenator Jürgen Klemann die verbliebenen Fördergelder auf die Subvention des Eigenheimwohnungsbaus am Stadtrand. Und Stadtentwicklungssenator Peter Strieder erklärt plötzlich, die Umlandabwanderung lasse sich ohnehin nicht aufhalten. Selbst das Paradigma der Nachhaltigkeit, soll heißen des kontrollierten Wachstums, ist obsolet angesichts jüngster Schätzungen, die trotz Regierungsumzug nicht von einem Bevölkerungswachstum, sondern einem Rückgang ausgehen.

Nun stellt sich also tatsächlich die Frage: Für wen, oder aber, gegen wen wird da geplant? Wem bleibt die Mitte der Stadt vorbehalten? Den Touristen, die, wie Hoffmann-Axthelm meint, dort das Zentrum der Bundesrepublik antreffen? Der Regierung, der es, wie der Zeit-Redakteur Klaus Hartung meint, nicht zuzumuten sei, hinter dem postmodernen Glanz der Parlamentsgebäude auf städtische "Brachen" zu treffen? Oder denen, die es, vormalig zu den Rändern gehörend, nun plötzlich in die Mitte drängt, weil es ungemütlich geworden ist, draußen, an den Rändern.

Auf jener Diskussionsveranstaltung, auf der sich der Praktiker Hans Stimmann vom Theoretiker Hartmut Häußermann den Vorwurf der Verdrängung mißliebiger Realitäten gefallen lassen mußte, wurde die Hoffnung auf den "Urbaniten" erstmals öffentlich als Fiktion entlarvt. Lothar Mahnke vom Forschungsinstitut Prognos zum Beispiel prognostizierte für Berlin keinen Urbanitenschwarm, sondern einen Verlust an Besserverdiendenen, der lediglich durch den Zuzug von MigrantInnen etwas ausgeglichen werden könnte. Ein Szenario, das auch Dietrich Flicke teilte. Der Urbanit, so Flicke, würde nur zu geringen Teilen zuwandern. Wenn überhaupt, sei er schon da, etwa in den Szenevierteln von Charlottenburg, Berlin-Mitte oder Prenzlauer Berg. Diese Prognose ist schon deshalb bemerkenswert, weil Flicke als Referatsleiter bei eben jenem Senator arbeitet, der den Masterplan in Auftrag gegeben hat.

Planungen und Realitäten

Doch damit nicht genug. Wie wenig die "Wiederentdeckung der Bürgerstadt" (Schlögel) derzeit in Sicht ist, belegt eine Prognos-Studie vom September 1997. Demnach fliehen bis zum Jahre 2010 nicht nur 400.000 Berliner ins nahegelegene Umland, sondern weitere 1,2 Millionen aus der Stadt: in die Alt-Bundesländer oder ins Ausland. 1,5 Millionen Neuberliner würden im gleichen Zeitraum in die Hauptstadt ziehen. Innerhalb der nächsten zwölf Jahre würde demnach ein Drittel der Berliner Bevölkerung ausgetauscht werden. Berlin würde

damit endgültig zum Transitort, zur Durchgangsstation - und zum Ankunftsort nur noch für jene, die sich hier menschenwürdigere Lebensbedingungen erhoffen als in ihren Heimatstädten in Mittel- oder Osteuropa.

So sehr diese Szenarien bei den Apologeten des Masterplans Irritationen hervorrief - der Publizist Gerwin Zohlen bestand etwa darauf, daß es ja auch die reichen Russen vom Kurfürstendamm gäbe - so sehr machten die Kritiker des Planwerks auf die möglichen Folgen einer verfehlten Planung aufmerksam. Die neue "sozialräumliche Struktur der Städte", vor der Häußermann bereits vor einigen Jahren gewarnt hatte, sei schon längst Realität, sagte Prognos-Mitarbeiter Mahnke. Durch die zunehmende Fluktuation mitsamt der Auflösung gewachsener sozialer Strukturen werde sie sogar noch bestärkt. Die räumliche und soziale Segregation, so Mahnke, verlaufe dabei entlang jetzt schon bestehender Gebietscharakteristika.

Wie diese Charakteristika aussehen, ist unter anderem dem Berliner Sozialstrukturatlas zu entnehmen, den die Gesundheitsverwaltung zuletzt 1997 aktualisiert hat. Sämtliche Innenstadtbezirke, mit Ausnahme von Mitte, weisen in der "Rangskala sozialer Belastung" einen "negativen Sozialindex" auf. In diesem Gebiet wohnen immerhin 26 Prozent der Berliner Bevölkerung. Noch deutlicher werden die Unterschiede, wenn man die westlichen von den östlichen Innenstadtbezirken unterscheidet. Während in Prenzlauer Berg oder Friedrichshain mittelfristig mit einem Bevölkerungsrückgang gerechnet wird, soll den Prognosen zufolge die Bevölkerung in Kreuzberg, Neukölln, Schöneberg, Wedding und Tiergarten sogar zunehmen. Der Grund: Der Bevölkerungszuwachs der nach Berlin kommenden MigrantInnen schlage sich vor allem in jenen Bezirken nieder, in denen der Ausländeranteil ohnehin schon hoch sei. Für Kreuzberg prognostiziert die Stadtentwicklungsverwaltung deshalb einen Anstieg der Ausländerquote von derzeit 33 auf über 40 Prozent im Jahre 2010. In Berlin insgesamt soll der Anteil der ausländischen Berliner von derzeit 13 auf 17 Prozent steigen.

Während der Berliner Innensenator und Ex-General Jörg Schönbohm diese Zahlen seit neuesten zum Anlaß nimmt, vor Überfremdung zu warnen und die - ohnehin nicht unbegrenzt mögliche - Integration an die Integrationsbereitschaft der Deutschen und die Bereitschaft der Ausländer, sich an "deutsche Kultur, Sitten und Gebräuche" anzupassen, knüpft, warnen Wissenschaftler wie Häußermann vor einer steigenden Armutsdynamik. Der Grund: Schon jetzt ist Berlin das Schlußlicht der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland. In der Hauptstadt ist nicht nur die Arbeitslosenquote auf über 16 Prozent gestiegen, auch der Anteil der Sozialhilfeempfänger ist in den vergangenen sieben Jahren um 19 Prozent gewachsen. Hinzu kommt, daß der erhoffte Umbau der Industriestadt Berlin zum Dienstleistungsort im märkischen Sand stecken geblieben ist. Der Wegfall von 350.000 Arbeitsplätzen im verarbeitenden Gewerbe konnte nicht ansatzweise von einem Zuwachs im Dienstleistungssektor aufgefangen werden. Außerdem, so schätzen mittlerweile auch Senatsexperten wie Dietrich Flicke, sei das Wachstumspotential in Sachen Tertiärisierung mit etwa 10 Prozent ohnehin begrenzt. Sein Prognostiker-Kollege Mahnke rechnet deshalb bis zum Jahre 2010 mit nicht mehr als 90.000 neuen Dienstleistungsjobs. Noch düsterer sieht die Arbeitsmarktlage für Jugendliche aus. Allein in den nächsten drei Jahren, so hat es die Senatsjugendverwaltung unlängst in einem "Horrorszenario" errechnet, soll die Jugendarbeitslosigkeit von derzeit 15 Prozent auf 40 Prozent steigen. Im "Europa der Regionen" stünde Berlin damit mit Spanien am unteren Ende der Skala.

Während die urbanen Forscher auf der Suche nach dem neuen Stadtbürger die Berliner Zukunft vornehmlich in Gegenden wie dem Hackeschen Markt (Berlin-Mitte) oder dem Kollwitzplatz (Prenzlauer Berg) suchen, bestehen andere auf der Kenntnisnahme sozialer Realitäten wie in Neukölln, wo mittlerweile jeder siebte Jugendliche regelmäßig vom sozialpädagogischen Dienst des Rathauses betreut wird und jeder achte Jugendliche bereits straffällig geworden ist. Die räumliche Trennung zwischen den sozialen Gruppen, die soziale Segregation, die weitere Aufwertung von Altbauquartieren und die Herausbildung von Räumen der Benachteiligung und Marginalisierung, so lautet die Warnung des Stadtsoziologen Hartmut Häußermann, führten schon jetzt zu einer "latenten Drohung des Bürgerkriegs": Wenn einem wachsenden Teil der Stadtbevölkerung die Hoffnung geraubt werde, ein menschenwürdiges Leben führen zu können, warnt Häußermann, "dann nimmt sich die Stadt insgesamt den sozialen Frieden, dann wird die urbane Kultur der Vielfalt durch unversöhnliche Widersprüche unterminiert".

Augen zu und durch ...

"Nur belehrt von der Wirklichkeit, können wir die Wirklichkeit verändern", hat Brecht einmal gesagt. Was aber, wenn die Wirklichkeit nicht belehrt, sondern man sich vor ihr versteckt. Verdrängung nennt man in der

Psychologie jene Technik der Vorwärtsverteidigung, bei der man sich - im Namen einer glänzenden Zukunft - gerne auf die glorreiche Vergangenheit beruft, die Augen vor der Gegenwart am liebsten verschließt und am Ende nur der Katzenjammer bleibt. In Berlin, der Hauptstadt der Verdrängung, wurde diese Technik in den vergangenen Jahren zur Serienreife entwickelt. Je offenkundiger - wie etwa bei der verpatzten Olympiabewerbung - die Kluft zwischen der eigenen Selbstsicht und der Wahrnehmung von außen wurde, desto entschlossener steckte man den Kopf in den märkischen Sand. Mit mentaler Verdrängung der Realitäten, wie sie auf jener Diskussionsveranstaltung über den neuen Urbaniten etwa Staatssekretär Hans Stimmann vorgeworfen wurde, ist die planerische Sturheit, mit der in Berlin am Masterplan und der Urbanisierung der Mitte festgehalten wird, freilich nicht hinreichend erklärt.

Das Planwerk Innenstadt ist nicht nur ein Werk der Verdrängung von Wirklichkeit, es ist auch eine Planung der Angst vor eben jener Wirklichkeit. Seitdem in den Westberliner Innenstadtbezirken jugendliche MigrantInnen sich auf der Straße jenen Raum zurückerobern, der ihnen sozial, wirtschaftlich und politisch verwehrt bleibt, ist es nicht nur mit der multikulturellen Geduld eines Innensenators Jörg Schönbohm, sondern zunehmend auch mit der einer grün-alternativen Mittelschicht zu Ende. Längst schon hat sich ein großer Teil der ehemaligen Träger der neuen sozialen Bewegungen mit ihrem einst noch universalistischen Anspruch mit der gespaltenen Realität der postmodernen Gesellschaft abgefunden. Der Paradigmawechsel von der Sozial- zur Ordnungspolitik, der die logische Konsequenz eines eben solchen Wechsels von der Kommunal- zur Standortpolitik ist, fand nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Diskussion über den Umgang mit rechtsextremen Gewalttätern auch in den aufgeklärten Mittelschichten zunehmend Anhänger. Den Innensenator wird es freuen, kann er nun doch um so ungenierter erklären, nicht mehr die sozialen Probleme beseitigen zu wollen, sondern diejenigen, die man zum Problem erklärt.

Nun, da die behutsame Stadterneuerung in den Westberliner Innenstadtquartieren gescheitert ist, da sich weniger Stabilisierung als Polarisierung abzeichnet, da es in Kreuzberg und Neukölln, aber auch in manchen Gegenden von Tiergarten, Wedding und Schöneberg ungemütlich zu werden beginnt, stellt sich nicht nur für die Bonner Politiker, sondern auch die Mittelschichten die Standortfrage, vor allem für jene, deren urbaner Lebensentwurf mit einem Wegzug an den Stadtrand nicht vereinbar ist. Der Masterplan ist demnach keine Planung für die neuen Urbaniten - die waren nur die planerische Legitimation -, sondern eine Planung für eine in Aufregung geratene grün-alternative Mittelschicht. Sie fordert nicht nur politisch einen Platz in der bundesdeutschen Gesellschaft, sondern auch räumlich in deren Hauptstadt.

Wie sehr die städtische Spaltung, die der New Yorker Stadtsoziologe Peter Marcuse einmal als "quartered city" mit dem Nebeneinander von der "Stadt des Luxus", der "gentrifizierten Stadt", der "mittelständischen Stadt", der "Mieterstadt" und der "aufgegebenen Stadt" bereits als Normalzustand im Denken dieser Mittelschicht Einzug gehalten hat, zeigte erst vor kurzem die grüne Bundestagsabgeordnete Franziska Eichstädt. Nachdem sie den Masterplan bislang vor allem wegen dessen Leitbilder der Nachhaltigkeit, Verdichtung und so weiter verteidigt hatte, ließ Eichstädt nun - da sich dieser Bild er als Trugschlüsse erwiesen hatten - die Katze aus dem Sack. Angesichts der zunehmenden Polarisierung in der Stadt, sagte Eichstädt, sei es notwendig, die Mitte der Gesellschaft gegen oben und unten zu stärken, einen Ausgleich zu schaffen zwischen Markt und Staat. Damit könne man diese Spaltung zumindest verzögern.

Daß eine gigantische Urbanisierung der Berliner Mitte eben jene Spaltung vielmehr verschärfen wird, daß eine "aufgeräumte" statt einer "verlausten" (Hoffmann-Axthelm) Innenstadt für viele Bewohner der Stadt entweder unbrauchbar oder gleich unbetretbar sein wird, verschweigt Eichstädt besser. Wer gibt schon gerne zu, daß man auch als ehemalige Linke plötzlich begonnen hat, den egalitären Ballast abzuwerfen und plötzlich für die eigene Klientel zu planen und sich in der Mitte zu verschanzen - und sei es nur aus Angst vor den ungemütlich gewordenen Rändern.

Die Urbanisierung der städtischen Mitte, die von Karl Schlögel so herbeigesehnte "Wiederentdeckung der Bürgerstadt" ist für den französischen Soziologen Alain Tourraine deshalb "eines der reaktionärsten Themen des heutigen Lebens", ein "Adelsname für eine Politik der Ausgrenzung". Auch wenn von einer sozialen und ordnungspolitischen Zuspitzung der Städte in hermetisch abgeriegelte Zitadellen und weiträumige Ghettos in Berlin noch keine Rede sein kann, ist - im Zusammenhang mit der Debatte um die Urbaniten ebenso wie mit der medialen Inszenierung der New Yorker "Zero Tolerance"-Politik - eine Wagenburgmentalität doch sichtbar geworden. Daß es, um diese Wagenburg zu verteidigen, freilich keines groß angelegten Masterplans bedurft hätte, weil es gar nicht so viele Wagen und Urbaniten gibt, die man zusammenschieben kann, mag ein Beispiel

aus der Invalidenstraße in Mitte verdeutlichen. Dort in unmittelbarer Nähe eines Marktes, der Ackerhalle, mußte ein Fischladen schließen. Ein Pelzgeschäft, wie es Karl Schlögel im Zusammenhang mit der "Wiedergeburt der Bürgerstadt" gerne gehofft hätte, ist dort freilich nicht wieder eingezogen, sondern ein schnöder Imbiß. Sein Name: Multikulti.

Uwe Rada

Soeben erschienen ist von Uwe Rada: Hauptstadt der Verdrängung - Berliner Zukunft zwischen Kiez und Metropole, Verlag Schwarze Risse, DM 32,-, ISBN 3-924737-39-8

7. Jospin und der Streik der Routiers

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:18

Nach fünf Tagen war alles vorbei, und die französischen Linkskoalition hatte ihre "Bewährungsprobe" bestanden. Der Arbeitskampf der französischen LKW-Fahrer wurde durch ein Abkommen zwischen Unternehmern und der sozialistischen Gewerkschaft CFDT beendet. Zwar sind die übrigen Gewerkschaften sauer, doch der kommunistische Transportminister applaudiert.

Kern des Streits zwischen abhängig Beschäftigten und Unternehmern der Transportbranche, einem extremen Niedriglohnsektor, war die Bezahlung der Arbeitsstunden: Für die gesetzliche Arbeitszeit von 39 Wochenstunden bekommt ein Fahrer bei Berufsbeginn netto 4.997 Franc (1.482 Mark) monatlich. Nach 15 Jahren sind es 5.327 Franc (1.580 Mark) netto. Die anfallenden Arbeitszeiten hingegen sind extrem lang; statt der normalen gesetzlichen Arbeitsdauer von 169 Stunden im Monat - also 39 Stunden in der Woche - arbeiten die Fahrer mitunter bis zu 230, ja 240 Stunden monatlich.

Die Gewerkschaften forderten deshalb in den diesjährigen Auseinandersetzungen eine Lohnerhöhung auf 10.000 Franc (knapp 3.000 Mark) pro 200 Arbeitsstunden - wie schon beim LKW-Fahrerstreik im November 1996. Damals wurde errechnet, daß dies einer Lohnerhöhung um durchschnittlich 23 Prozent entspräche.

Flexibilisierung und Lohnerhöhung

Am Ende der 1996er Streikbewegung hatten die Unternehmer der Branche neben fünf vertraglich vereinbarten Zugeständnissen (u.a. Rente ab 55, Anerkennung des Rechts auf Gewerkschaftsbildung, die Senkung der Zahl unbezahlter Krankheitstage von zehn auf fünf) zwar auch eine Erhöhung der Löhne zugesagt. Doch dieses Versprechen, das nicht vertraglich fixiert worden war, haben sie nicht eingehalten.

Statt dessen weigerten sich die Transportunternehmer erneut, den Lohn nach geleisteten Arbeitsstunden zu bezahlen. Sie strebten eine auf den Zeitraum eines Jahres berechnete Entlohnung an. Die Logik der jährlichen Berechnung von Arbeitszeit (annualisation) ist bei ihnen in Mode gekommen, weil es eine enorm gesteigerte "Flexibilität" der Arbeitskräfte erlaubt: Je nach Auftragslage des Betriebes arbeiten die Beschäftigten während einiger Wochen weit über die wöchentliche Durchschnitts-Arbeitszeit hinaus, während sie in anderen Wochen - bei geringer Auslastung des Betriebs - entsprechend weniger als die Durchschnitts-Arbeitszeit beschäftigt werden.

Der Anteil von Beschäftigten, die auf diese Weise bezahlt werden, stieg in allen Branchen 1996 von 13,3 Prozent (1993) auf 16,6 Prozent. Es ist zu befürchten, daß die durch die Ergebnisse des "Sozialgipfels" vom 10. Oktober auf Betriebs- und Branchenebene verlagerte Verhandlung über die Modalitäten der Einführung der 35-Stunden-Woche eine deutliche Ausweitung der annualisation bringen wird. Hieß es doch schon in einem Entwurf der Regierung über die anzustrebenden Ergebnisse des "Sozialgipfels", die Beschäftigten müßten für die Reduzierung der Arbeitszeit auf 35 Stunden Zugeständnisse bei der Lohnpolitik und bei der "Organisation der Arbeitszeit" machen.

Verhandlungskalküle

Am Wochenende des 1./2. November platzten vorerst die diesjährigen Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und dem größten Unternehmerverband der Transportbranche UFT, der schon Tage vorher eine "Politik des leeren Stuhls" praktizierte. Nicht nur die Gewerkschaft FO vermutete hinter der harten und verhandlungsunwilligen Haltung der UFT eine Strategie des nationalen branchen übergreifenden Unternehmerverbands CNPF, in dem die UFT Mitglied ist.

Trotz der zu erwartenden Vorteile, die die Unternehmer bei den Verhandlungen über die Einführung der 35-Stunden-Woche versuchen werden herauszuschlagen ("Mäßigung" der Lohnentwicklung auf Jahre hinaus, Flexibilisierung der Arbeitszeiten), haben Teile des CNPF "aus Prinzip" einen harten Oppositionskurs gegen die Verpflichtung zur 35-Stunden-Woche eingeschlagen. Sie sind grundsätzlich nicht gewillt, sich von der Politik etwas vorschreiben zu lassen. Der harte Konfrontationskurs der UFT war deshalb wohl eher ein Obstruktionskurs.

UNOSTRA, ein kleinerer Unternehmerverband, schloß hingegen am Wochenende des 1./2. November einen Vertrag mit den Gewerkschaften (mit Ausnahme der KP-nahen CGT), der die Bezahlung von 10.000 Francs für 200 Arbeitsstunden enthielt. Dies widerlegte auf einfache Weise das in den Streiktagen häufig wiederkehrende Gejammer, wonach die kleineren Transportbetriebe eine solche Lohnerhöhung nicht verkraften könnten, denn die UNOSTRA vertritt ausschließlich kleine und mittelständische Unternehmen, während die Großen der Branche in der UFT zu finden sind.

Das Abkommen mit der UNOSTRA weist freilich gravierende Schwachpunkte auf. So wird bei der Frage der Lohnerhöhungen auf 10.000 Francs für 200 Stunden mit keinem Wort auf die Prämien eingegangen, die in der Praxis einen bedeutenden Teil des Lohns der Fahrer ausmachen. Dies bedeutet wohl, daß die Unternehmer einen Teil der Erhöhungen durch Einberechnung der Prämien in den Lohn zurücknehmen werden, wie Le Monde am Wochenende anmerkte.

Regierungspflicht

Die Konfliktlinien, die während dieser Auseinandersetzung auftraten, ließen sich jedoch nicht lange aufrechterhalten. Der Druck von mehreren Seiten, dem Arbeitskampf ein rasches Ende zu bereiten, war extrem stark. Drei Faktoren trugen maßgeblich zu einem schnellen Ende bei: Zum einen entfalteten die LKW-Fahrerstreiks und Straßenblockaden sehr viel rascher ihre Wirkung als noch vor einem Jahr. Zeichnete sich 1996 nach etwa einer Woche ein allgemeiner Benzinmangel im Lande ab, so war dies 1997 bereits in den ersten zwei Tagen des Arbeitskampfes erreicht.

Zudem war der politische Druck zur raschen Beendigung der Streiks auf die Konfliktparteien in diesem Jahr von Anfang an sehr viel höher, der von europäischen Institutionen und den Nachbarländern Frankreichs, aber auch von der Regierung Jospin ausgeübt wurde. Das konservative Vorgängerkabinett Juppé hatte im Vorjahr die Ausweitung des Streiks und der Straßenblockaden relativ passiv und hilflos hingenommen, was wohl daran lag, daß es keine andere Wahl hatte. Einer Vielzahl sozialer und politischer Protestbewegungen in unterschiedlichen Bereichen ausgesetzt, war die Juppé-Regierung zu jener Zeit bereits hoffnungslos in der Defensive.

Die rosa-rot-grüne Koalition unter Lionel Jospin zeigte sich dagegen von Anfang an energischer gegenüber den Streikenden. So erklärte die Regierung, sie werde zwar im allgemeinen Straßenblockaden tolerieren, aber 18 "neuralgische Punkte" (es blieb geheim, welche) durch Polizeikräfte freihalten. Vermutlich waren damit Raffinerien und ähnliche Zentren der Produktion gemeint. So räumte bereits in den ersten Tagen die Polizei die blockierten Grenzübergänge zu Deutschland und Spanien.

Zugleich versuchte das Kabinett auf beide Seiten massiv Druck auszuüben: Sie drängte die UFT, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, und KP-Transportminister Jean-Claude Gayssot versuchte - so der Chef der FO-Fernfahrer Roger Poletti - auf die Gewerkschaften Druck auszuüben, damit sie das von der UNOSTRA mitunterschriebene Abkommen akzeptierten.

Gegen Mitte der ersten Novemberwoche schien sich zunächst eine Verhärtung des Konflikts abzuzeichnen. Im südfranzösischen Vitrolles kam es am 5. November zum Einsatz von Schlägern an einer Straßensperre der Streikenden, bei denen drei Fernfahrer schwer verletzt wurden. Was in manchen deutschen Medien als Prügelei mit aufgebrachten streikunwilligen Fahrern dargestellt wurde, waren in Wirklichkeit Auseinandersetzungen mit Streikbrecherkommandos der Unternehmer. (1)

Dennoch war der Streik bereits am Freitag beendet. Die (sozialdemokratisch orientierte) Gewerkschaft CFDT sowie die kleine CFE-CGC, die überwiegend die höheren Angestellten vertritt, hatten ihre Unterschrift unter ein Abkommen gesetzt, das nunmehr auch von der UFT mitgetragen wurde und bis auf minimale Abweichungen identisch war mit dem Abkommen, das eine Woche zuvor mit der UNOSTRA geschlossen worden war. Offen blieben auch hier die Fragen, ob die Prämien in den Lohn einbezogen würden.

Die beiden anderen großen Gewerkschaftsverbände CGT (KP-nah) und FO (parteiunabhängig-reformistisch) lehnten das Abkommen scharf ab. Sie waren sich aber gleichzeitig bewußt, daß sie gegen die CFDT - die von Anfang an eine große Rolle bei den Straßenblockaden gespielt hatte - die Blockade des Güterverkehrs nicht länger durchsetzen konnten.

Die CFDT hatte seit Ende der achtziger Jahre gezielt im Transportsektor Mitglieder rekrutiert und im Laufe der Jahre eine dominierende Stellung erlangt. Ihre Position wurde durch die Anerkennung des gewerkschaftlichen Organisationsrechts nach dem Streik im letzten Jahr noch gestärkt. Die linksliberale Libération kommentierte am 8./9. November: "Die gewerkschaftliche Organisation hat die Berufsgruppe befriedet."

Transportminister Jean-Claude Gayssot von der KP begrüßte das Abkommen lautstark und machte den Tarifvertrag durch seine Unterschrift alsbald rechtsverbindlich. Libération sprach von der "Wendung des Ministers zum Pragmatismus" und fügte hinzu: "Gestern mußte man sich kneifen, um es zu glauben: Ein KP-Minister, CGT-Mitglied, plädiert vor der Öffentlichkeit des Landes für das Abkommen zwischen CFDT und UFT!"

Bernhard Schmid, Paris

Anmerkung:

1) Am Vormittag des 6. November erschienen die Urheber der Schlägerei zu einer ersten Anhörung vor Gericht. Dabei handelte es sich um Mitarbeiter einer privaten Security-Firma sowie um den Chef einer lokalen mittelständischen Transportspedition.

8. An Shell-Öl klebt Blut - noch immer. Ken-Saro-Wiwa-Woche in Hamburg

Autor: Thomas Mösch · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Nigeria · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:29

Zum zweiten Jahrestag des Justizmordes an dem nigerianischen Schriftsteller und Umweltschützer Ken Saro-Wiwa sowie acht weiteren Aktivisten aus dem Volk der Ogoni gab es wieder weltweit Proteste (zu den Hintergründen siehe ak 407). Sie richteten sich sowohl an die Militärregierung Nigerias als auch an den führenden Ölproduzenten des westafrikanischen Landes, den Shell-Konzern. In Deutschland organisierten nigerianische Oppositionelle und deutsche UnterstützerInnen zum zweiten Mal eine Ken-Saro-Wiwa-Woche, die diesmal in Hamburg stattfand.

Von Vancouver bis Neu-Delhi, von Hamburg bis Lagos - auch in diesem Jahr versammelten sich rund um den 10. November wieder Demonstranten vor Einrichtungen des Shell-Konzerns, reisten nigerianische Oppositionelle und Vertreter der Bewegung für das Überleben des Ogoni-Volkes (MOSOP) durch die Lande, um an den Tod von Ken Saro-Wiwa zu erinnern. Es ging darum, auf die sich zuspitzende politische Situation im bevölkerungsreichsten Land Afrikas aufmerksam zu machen und die Öffentlichkeit darüber zu informieren, daß der Ölkonzern Shell entgegen aller Propaganda sein Verhalten im Niger-Delta keineswegs wesentlich geändert hat. Die umfangreichsten Veranstaltungen zum Todestag von Ken Saro-Wiwa fanden im US-amerikanischen St. Louis (7 Tage) und in Hamburg (5 Tage) statt.

Die Hamburger Aktionswoche war - wie im letzten Jahr in Köln - als zentrale deutsche Veranstaltung konzipiert. Sie stand unter dem Motto "Nigeria: An Shell-Öl klebt Blut - noch immer". Daneben gab es Infoveranstaltungen und Protestaktionen in anderen Städten, darunter Hannover, Köln, Berlin, Dresden und Freiburg. Die Veranstaltungen in Hamburg umfaßten politische Diskussionen, Proteste vor Shell-Einrichtungen, eine Demo, eine Party, einen Gottesdienst und eine Lesung in Deutschland lebender nigerianischer Autoren. Mit jeweils 50 bis 70 Menschen waren sie gut besucht.

Die politischen Diskussionsveranstaltungen sollten die Auseinandersetzung mit der Situation in Nigeria, aber auch mit der Solidaritätsarbeit hier befördern. Den Auftakt machte eine Debatte unter dem Titel "Was droht Nigeria bei einem Bürgerkrieg?". Hintergrund dieser Frage ist zum einen die historische Erfahrung des Krieges um die Abspaltung der damaligen Ostprovinz als "Republik Biafra" (1967 bis 1970). Zum anderen leben die über 400 Ethnien Nigerias, vor allem aber die drei Hauptgruppen, die Haussa-Fulani im Norden, die Yoruba im Südwesten und die Ibo im Südosten, auch 37 Jahre nach der Unabhängigkeit in ständiger Konkurrenz um den Zugriff auf die Zentralmacht und damit auf den Erdölreichtum.

Nigerianer und Deutsche zeichneten in Hamburg ein düsteres Bild der politischen Situation des Landes. Der Hamburger Politikwissenschaftler Rainer Tetzlaff warnte vor einem völligen Zerfall des Staates. Er zitierte den nigerianischen Vorsitzenden des African Leadership Forum, Ayodele Aderinwale, der Nigeria als einen "Vampirstaat" charakterisiert, in dem die Eliten das Land rücksichtslos aussaugen. Eine Zivilgesellschaft existiere nicht mehr, weil die Nigerianer seit den vom Militär annullierten Wahlen von 1993 keine gemeinsamen Ziele mehr hätten.

Der nigerianische Journalist Willy Thomas, Redakteur im Englischen Dienst der Deutschen Welle in Köln, unterstützte diese Analyse: "Den meisten Nigerianern ist das Schicksal der Nation völlig egal." Die Menschen in seiner Heimat hätten sich in eine Art bewußte Apathie zurückgezogen, mit der sie jedes staatliche Handeln boykottierten. Es sei ohnehin allen klar, daß Militär-Diktator Abacha die Macht am Ende der derzeitigen angeblichen Übergangsphase zur Demokratie im Oktober kommenden Jahres nur an sich selbst übergeben werde. Einen Aufstand werde es deshalb so schnell nicht geben.

Der in Hannover lebende Schriftsteller Elias Dunu, Repräsentant der Exil-Opposition United Democratic Front of Nigeria (UDFN) in Deutschland, entgegnete, daß der Widerstand in Nigeria nicht nur passiv sei. Gerade die Gewerkschaften zeigten immer wieder, daß sie noch handlungsfähig seien. Die Opposition sei dabei, sich zu reorganisieren. Das zeige die kürzlich gegründete United Alliance for Democracy (UAD).

Alle Diskussionsteilnehmer waren sich einig über die Erschütterungen, die Afrika drohen, sollte Nigeria wieder, wie einst 1967 im Biafra-Krieg, in einen Bürgerkrieg schlittern. Dies könnte eine Fluchtwelle in dem 100-Millionen-Einwohner-Land auslösen, die ganz Westafrika überschwemmen und bis nach Europa spürbar werden würde. Holger Ehling, Nigeria-Kenner und Pressesprecher der Frankfurter Buchmesse, forderte deshalb von den Europäern, den fortschrittlichen Teil der nigerianischen Opposition stärker zu unterstützen und endlich einen Ölboykott gegen Nigeria durchzusetzen.

Davon jedoch ist international weniger denn je die Rede. Gerade erst hat sich die Gipfelkonferenz der Commonwealth-Länder im schottischen Edinburgh lediglich zu einer um ein Jahr verlängerten Suspendierung der Mitgliedschaft Nigerias durchringen können. "Wir sind vor allem von Labour zutiefst enttäuscht", erklärte denn auch in Hamburg der Gründer der nigerianischen Bürgerrechtsbewegung Civil Liberties Organization (CLO), Olisa Agbakoba. Agbakoba war einer der Anwälte Ken Saro-Wiwas und ist Vorsitzender der neuen Oppositionsvereinigung United Alliance for Democracy (UAD).

Deutsche Komplicenschaft

Enttäuscht zeigte sich Agbakoba auch von der deutschen Bundesregierung. Deutschland sei immerhin einer der wichtigsten Handelspartner Nigerias. Trotz aller Bonner Lippenbekenntnisse gegen das Militärregime verhalte sich die Botschaft in der nigerianischen Metropole Lagos sehr zurückhaltend gegenüber der demokratischen Opposition. Verärgert zeigte sich Agbakoba über den neuesten Lagebericht des Auswärtigen Amts zu Nigeria. Darin wird er selbst als Zeuge dafür benannt, daß es keine prinzipielle Gefährdung zurückkehrender oder abgeschobener Mitglieder oppositioneller Gruppen gebe. Das Gegenteil sei der Fall, betonte Agbakoba. Sofort nach seiner Rückkehr nach Lagos werde er an das Auswärtige Amt und die deutsche Botschaft herantreten und eine Korrektur verlangen. "Deutschland verfolgt die härteste Abschiebepraxis aller westlichen Länder", kritisierte der Menschenrechtler. Kein anderes Land begleite abgelehnte Asylsuchende mit Polizisten, die die Abgeschobenen dann direkt den nigerianischen Behörden übergeben.

Bei der Abschlußveranstaltung am 10. November in Hamburg forderte Agbakoba von der Öffentlichkeit in den Industrieländern auch einen verstärkten Druck auf die transnationalen Konzerne. Die müßten dazu gebracht werden, ihre Bekenntnisse zu Menschenrechten und Umweltschutz auch überall einzuhalten. Wie nötig dies sei, zeige das Verhalten von Shell in Nigeria. Das Unternehmen habe seit der internationalen Kritik an der Verschmutzung des Niger-Deltas vor allem seine Öffentlichkeitsarbeit verbessert, während es Menschen und Umwelt in den Erdölfördergebieten noch genauso schlecht gehe wie vorher. Dies bestätigte auch Bariture Kpuinen, selbst Ogoni und Mitglied von MOSOP, der zur Zeit als Student in Deutschland lebt.

Trotzdem ist in den deutschen Medien heute kaum noch Interesse für das Geschehen im Niger-Delta zu finden, und wenn, dann erscheinen Shell entlastende Artikel. Im Rahmen einer umfangreichen PR-Kampagne hat auch die in Hamburg ansässige deutsche Konzern-Tochter bereits zweimal Journalisten nach Nigeria und im Hubschrauber über das Niger-Delta fliegen lassen. Heinrich Bergstresser, Redakteur bei der Deutschen Welle und Mitautor einer Studie über das Niger-Delta, sieht eine Mitschuld am Erfolg der Shell-Kampagne auch bei den hiesigen KritikerInnen. Zu viele hätten sich in die Diskussion eingemischt, ohne wirklich Ahnung zu haben, und die Kritik an Shell so in den Augen vieler Journalisten diskreditiert. Bergstresser forderte, trotz des abnehmenden öffentlichen Interesses weiter am Ball zu bleiben: "Öl und Energie bleiben auf der Tagesordnung. Das Niger-Delta ist überall, ob in Peru, Ecuador oder am Kaspischen Meer." Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), die sich bereits seit fünf Jahren für die Ogoni engagiert, setzt weiter auf die Verantwortung der Konsumenten. "Wir müssen die Diskussion über ethisches Handeln in der Wirtschaft vorantreiben", forderte der Nigeria-Experte der GfbV, Ulrich Delius. Karl Rössel von der Kölner Anti-Shell-Kampagne will dabei nicht stehen bleiben. Er erhielt viel Beifall für seinen Hinweis, daß das Beispiel Shell zeige, wie wichtig die Forderung nach einer demokratischen Kontrolle der Wirtschaft sei. Für die Organisatoren war gerade diese Diskussion am letzten Tag ein großer Erfolg, da sie wichtige Anstöße für die weitere Arbeit gegeben hat. Auch im nächsten Jahr soll es wieder eine Ken-Saro-Wiwa-Woche geben.

Thomas Mösch, Arbeitskreis Nigeria / Aktion Ogoni Hamburg

9. Nicht nur ein Krieg um Worte. Mit Napalm und Günter Grass durch krasse Zeiten?

Autor: Thomas Klein · Rubrik: Rüstungsexport · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:27

"Müssen wir uns schämen für unser Land?" fragte Mitte Oktober die Bild in fetten Lettern auf der Titelseite. Günter Grass hatte mit seiner Laudatio auf den Schriftsteller Yasar Kemal, dem der "Friedenspreis des deutschen Buchhandels" verliehen wurde, eine heftige Diskussion entfacht. Stein des Anstoßes war eine von CDU/CSU-Politikern als "ungeheuerliche Behauptungen" bezeichnete Passage am Ende seiner Rede, in der er die Türkei-Politik der Regierung anprangerte: "Wer immer hier die Interessen der Regierung Kohl/Kinkel vertritt, weiß, daß die Bundesrepublik Deutschland seit Jahren Waffenlieferungen an die gegen ihr eigenes Volk einen Vernichtungskrieg führende Türkische Republik duldet. Nach 1990 (...) sind sogar Panzer und gepanzerte Fahrzeuge der ehemaligen Volksarmee der DDR in dieses kriegsführende Land geliefert worden. Wir wurden und sind Mittäter. Wir duldeten ein so schnelles wie schmutziges Geschäft. Ich schäme mich meines zum bloßen Wirtschaftsstandort verkommenen Landes, dessen Regierung todbringenden Handel zuläßt und zudem den verfolgten Kurden das Recht auf Asyl verweigert."

Wenn Grass hier überhaupt ein Vorwurf zu machen ist, dann sicher nicht der parteipolitisch motivierte, und völlig unsubstanzielle, er habe einen "intellektuellen Tiefstand" (CDU-Generalsekretär Hintze) erreicht, sondern vielmehr der, daß er nur sehr kurz auf diesen Sachverhalt einging. Dabei mangelt es bei diesem Thema nicht an brisanten Fakten: In einem 1992 veröffentlichten Bericht von amnesty international wurde z.B. der türkischen Polizei Morde und Folter vorgeworfen. Insbesondere Spezialtruppen, u.a. ausgebildet von Offizieren der Bundesgrenzschutzeinheit GSG9, seien für den Terror verantwortlich. Unter der Überschrift "Todesschwadrone in der Türkei" nahm beispielsweise die Frankfurter Rundschau am 8. Mai 1992 diesen Bericht zum Anlaß, wenig Erfreuliches aus dem NATO-Partnerland zu berichten. Die Erkenntnisse der Bundesregierung offenbarten dagegen, wie zu allen Zeiten, einen Zustand politisch gewollter Ahnungslosigkeit. Als amnesty international feststellte: "Seit 1980 sind mehr als eine viertel Million Menschen aus politischen Gründen in Haft genommen worden, gefoltert wurden sie fast alle", entgegnete die damalige Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Irmgard Adam-Schwaetzer: "Amnesty sagt, es würde systematisch gefoltert. Diese Hinweise haben wir nicht."

Nicht nur bezüglich der Menschenrechtsverletzungen ist dieser Bonner Realitätsverlust zu verzeichnen. Als ab 1991 die Türkei von der Bundesregierung den Großteil der Ex-NVA-Waffen erhielt, wurden diese kurze Zeit später im Kriegsgebiet eingesetzt. Doch trotz unzähliger Zeugenaussagen, Fotos und Filmbeiträgen, die belegen, daß ein vertragswidriger Einsatz dieser Waffen (gegen die Zivilbevölkerung des Landes) stattfindet, blieb auch hier die Bundesregierung ihrer Politik der Verschleierung und Leugnung von Fakten treu. Klaus Kinkel erklärte gebetsmühlenartig: "Die Bundesregierung hat keine Erkenntnisse, daß in der Türkei deutsche Waffen im Einsatz sind."

Schade, daß die Mitglieder der Bundesregierung offensichtlich jahrelang keine Zeitung lasen. Andernfalls hätten sie sonst die Konsequenzen ihrer Politik vor Augen gehabt und zu ganz neuer Erkenntnisgewinnung kommen müssen. Dabei genügte schon die Betrachtung einiger Schlagzeilen in der überregionalen Presse: "Ankara gibt den Einsatz deutscher Waffen gegen Kurden zu" (FAZ 28.3.92); "Türkei benutzt NVA-Waffen" (FR 17.7.92), Deutsche Granaten gegen Kurden - ein britischer Bericht: Türken beschießen Sirnak mit deutschen Granaten" (taz 17.9.92).

Die "ungeheuerlichen Behauptungen" mit den entsprechenden Fakten angereichert, ergeben ein klares Bild: Deutschland hat mehr Waffen in die Türkei geliefert, als alle anderen europäischen Länder zusammen. Während die Bundesregierung ab Beginn der neunziger Jahre zum wichtigsten Waffenlieferanten wurde und deutsches Kriegsgerät bei den Dorfzerstörungen und Vertreibungen in Kurdistan allgegenwärtig sind, reagiert die Bundesregierung sehr gereizt auf Kritik an ihrer Türkei-Politik. Vor dem Hintergrund der geschilderten Fakten äußerst verständlich, wenn auch, was die Reaktion von Pastor Hintze betrifft, politisch gesehen eine Dummheit. Klaus Kinkel hat hier einen Erfahrungsvorsprung - das Ganze ist für ihn seit Jahren kein Thema mehr.

Sogar der Vorwurf an die Türkei, international geächtetes Napalm einzusetzen, hat gegenwärtig keinerlei offizielle Reaktionen zur Folge: Im arabischen Programm eines britischen Fernsehsenders erhob am 25. Oktober der Vorsitzende der PUK (Patriotischen Union Kurdistans) schwere Vorwürfe gegen die sich völkerrechtswidrig auf nordirakischem Territorium befindlichen türkischen Truppen. Diese setzten, so der PUK-Vorsitzende Talabani, auch international geächtete Napalm-Bomben ein. Am 29. Oktober erklärt die PUK in einer weiteren Pressemitteilung, türkische Kampfflugzeuge hätten erneut, bei einem Angriff auf PUK-Stellungen in der Region Shakhi-Soor, Napalm-Bomben eingesetzt. Reaktionen, Nachfragen, Wünsche nach Aufklärung dieses schweren Vorwurfs an die Adresse der Türkei von verbündeten Ländern, von Außenminister Kinkel? Fehlanzeige!

Lediglich Organisationen aus der Friedensbewegung erhoben erneut die Forderung, endlich eindeutige Konsequenzen zu ziehen. Unabhängig davon, ob der Vorwurf gegen die türkischen Invasionstruppen, international geächtete Waffen einzusetzen, in nächster Zeit auch von anderen Seiten bestätigt werde, sei die Entwicklung im Nordirak, so die Kampagne gegen Rüstungsexport aus Wiesbaden, Grund genug, von der Bundesregierung ein klares Signal einzufordern: Die dauerhafte, völkerrechtswidrige Besetzung von fremdem Territorium müsse mit einem sofortigen Waffenembargo beantwortet werden.

Aber auch das ist für den zuständigen Minister Kinkel schon seit Jahren "kein Thema". Nach dem Motto: Was kein Thema ist, wirft auch keine unangenehmen Fragen auf. Am Ende werden sonst noch solche Fragen gestellt, wie z.B.: "Müssen wir uns schämen für unsere Regierung?" - Pastor Hintze wüßte darauf bestimmt eine Antwort.

Thomas W. Klein

Kontakt: Kampagne gegen Rüstungsexport, Wiesbaden, Tel. 0611 / 910 23 50, Fax 37 18 38

10. Freiheit für Ismail Besikci. Türkischer Soziologe wird wegen Anti-Kemalismus verfolgt

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:14

Anläßlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an den türkischen Schriftsteller Yasak Kemal wurde wieder verstärkt über die Repression gegen Intellektuelle in der Türkei geschrieben und gesprochen. Während der Fall des blinden Schriftstellers Esber Yagmurdereli Aufsehen erregte, gilt dies für den türkischen Soziologen Dr. Ismail Besikci nicht.

Wenige Tage nach der Verleihung des Friedenspreises wurde Esber Yagmurdereli wegen staatskritischer Schriften inhaftiert. Die deutschen Medien berichteten ausführlich über den Fall. Die türkischen Behörden versuchten, Yagmurdereli zur Einreichung eines Gnadengesuchs zu bewegen. Der türkische Staatspräsident Demirel hatte bereits vorher angekündigt, in diesem Fall einen positiven Entscheid zu verkünden. Da ein solches Gnadengesuch mit einem Schuldeingeständnis verbunden wäre, weigerte sich Yagmurdereli entschieden, diesen Weg zu gehen. Trotzdem wurde er wenig später freigelassen. Die Türkei will sich ihren Weg in die EG nicht verbauen.

Doch nicht alle inhaftierten Intellektuellen erfahren so viel Aufmerksamkeit. Nur wenige Medien berichten über das Schicksal des Soziologen Dr. Ismail Besikci. Dabei ist er einer der am längsten inhaftierten politischen Gefangenen Europas. Die Gesamtzahl der gegen ihn gerichteten Anklagen beläuft sich auf knapp 100. Insgesamt wurde er zu 76 Jahren und sieben Monaten schwerer Haft und zu einer horrenden Geldstrafe verurteilt. Seit 1978 sitzt er mit kurzen Unterbrechungen im Zuchthaus und ist durch die Haftbedingungen mittlerweile schwer erkrankt. Seine Bücher werden immer wieder beschlagnahmt und seine Verleger ebenfalls mit Haftstrafen belegt.

Eine Internationale Konferenz, die am 24./25.10.97 in der Berliner Humboldt-Universität stattfand, bildete den Startschuß für die Kampagne "Freiheit für Ismail Besikci - Freiheit für Meinung und Wissenschaft in der Türkei". Mit Appellen, Unterschriftensammlungen und weiteren öffentlichen Aktionen soll Druck für Besikcis Freilassung gemacht werden. Über 500 Prominente aus der ganzen Welt haben bereits unterschrieben. Demnächst wird sich auch das Europaparlament mit der Repression gegen den Soziologen beschäftigen. Ob die Türkei auch in diesem Fall - wie bei Esber Yagmurdereli - nachgeben wird, muß bezweifelt werden.

Leider war das Interesse an der Konferenz gering. Das könnte daran liegen, daß Besikci im Unterschied zu den meisten türkischen Intellektuellen den Kemalismus ablehnt und eine Zukunftsperspektive für die Türkei nur in der Überwindung dieser Ideologie sieht. In einem Beitrag aus dem Zuchthaus, in dem sich Besikci direkt an die KonferenzteilnehmerInnen wendet, bekräftigte er diese Position. Er bezeichnete den Kemalismus als eine nationalistische Staatsideologie, deren Grundlage eine Synthese aus Demokratiefeindschaft und Westorientierung sei. In seinen soziologischen Studien setzt sich Besikci immer wieder mit der kemalistischen Ideologie auseinander. Er sieht darin die Fortsetzung der chauvinistischen Ideologie des "Türkentums", die während der letzten Jahre des Osmanischen Reiches entstand und mit deren Hilfe der Zerfall des Reiches durch extremen Nationalismus aufgehalten werden sollte.

Im zunächst multinational verfaßten Osmanischen Reich lebten Menschen türkischer, arabischer, kurdischer, tscherkessischer, albanischer, rumänischer, lassischer, serbischer und armenischer Nationalität. Unabhängigkeitsbestrebungen auf dem Balkan im letzten Jahrhundert beendeten die Osmanische Herrschaft in dieser Region. Mit der Trennung Albaniens vom Osmanischen Reich kurz vor Beginn des 1. Weltkriegs verlor das Osmanische Reich seinen letzten Stützpunkt auf dem Balkan. Das Aufkommen extrem nationalistischer Strömungen war eine Reaktion auf diese Niederlage. Fortan hatte in der Türkei nur eine - die türkische - Nationalität zu gelten. In der Verfassung wurde die unteilbare "Einheit der Nation mit ihrem Volk und ihrem Land" festgeschrieben. Wer sich widersetzte, wurde deportiert oder ermordet. Das bekamen in den Jahren 1915-1917 die Armenier zu spüren. Ca. 2,5 Mio. Männer, Frauen und Kinder wurden ermordet. Damals leisteten auch KurdInnen Hilfsdienste bei den Massakern, bevor sie selber Opfer des türkischen Nationalismus wurden.

Für Besikci hat der Kemalismus nie den Charakter einer undemokratischen, chauvinistischen Staatsideologie verloren. Er stellt für ihn das größte Hindernis auf dem Weg zu Demokratie und Meinungsfreiheit dar.

"Gedanken, die den Kemalismus kritisieren, werden auf der Grundlage von Paragraphen und Gesetzen verfolgt." (Reader zur Konferenz für die Freiheit für Ismail Besikci. Für die Freiheit der Meinung und Wissenschaft in der Türkei). So wurden im Jahr 1930 Wissenschaftler mit schweren Strafen belegt, die die damalige offizielle kemalistische "Sonnen-Sprach-Theorie" in Frage stellten. Nach dieser extrem nationalistischen Sichtweise soll türkisch die erste gesprochene Sprache der Menschheit sein. Heute werden Historiker verfolgt, die die Beziehungen der Kemalisten zu Frankreich und Großbritannien untersuchen.

Ebenfalls eine Untersuchung wert sind die Beziehungen zwischen der kemalistischen Türkei und der damaligen deutschen Regierung. An den Massakern gegen Armenier waren deutsche Militärs beteiligt. Während des NS-Regimes wurden die Beziehungen zur Türkei weiter ausgebaut. Trotzdem hat der Kemalismus nicht nur unter den Linken in der Türkei viele Anhänger, die Besikci heftig bekämpfen. Selbst manche hiesigen Antinationalen sehen im Kemalismus ein Bollwerk gegen den Islam und den kurdischen Nationalismus. Ihnen wären die Schriften Besikcis über den Charakter des Kemalismus ebenfalls zu empfehlen.

Peter Nowak

Wer sich über die Kampagne "Freiheit für Ismail Besikci" informieren oder sie unterstützen will, kann sich an das Kurdische Institut für Wissenschaft und Forschung e.V. wenden, Finowstr. 27 HH, 12045 Berlin, Tel: 030/6821145, Fax:030/6810243.

Dort ist auch der Konferenz-Reader zum Preis von DM 5,- erhältlich.

11. Ein Freispruch in drei Versionen. Die schriftliche Urteilsbegründung im Lübecker Brandprozeß

Autor: Marco Carini · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:38

Die "Wahrheit" hat drei Versionen. Mit der am 24. Oktober signierten schriftlichen Urteilsbegründung legte das Lübecker Landgericht unter Vorsitz des Richters Rolf Wilcken zum dritten Mal eine Begründung vor, warum der Libanese Safwan Eid im Lübecker Brandprozeß freizusprechen war. Verblüffend daran: Das erste Prozeßresümee, mit dem Wilcken bereits im vergangenen April den Freispruch des Angeklagten ankündigte, die mündliche und jetzt die schriftliche Urteilsbegründung ähneln einander nicht nur kaum - sie widersprechen sich sogar in zentralen Punkten.

Befand das Gericht noch im April, daß die Ergebnisse der Beweisaufnahme Safwan Eid nicht belasten würden, bewertet es dieselben Fakten inzwischen so, daß der Angeklagte mindestens Mitwisser, wenn nicht sogar Tatbeteiligter der Brandstiftung gewesen sei, bei der im Januar 1996 zehn Menschen im Flüchtlingsheim an der Lübecker Hafenstraße starben.

Blenden wir zurück: Am 23. April zieht Rolf Wilcken überraschend eine eindeutige Bilanz der ersten 52 Verhandlungstage. Selbst wenn er alle offenen Fragen "in dubio contra reo" - im Zweifel gegen den Angeklagten - bewertete, sähe er keine Notwendigkeit für die Verteidigung, dem Gericht weiteres Entlastungsmaterial zu präsentieren, führt der Jurist aus. Wilcken wörtlich: "Entlastung setzt eine hinreichende Belastung von Safwan Eid voraus, die wir nach dem jetzigen Stand der Dinge nicht haben". Daß Safwan Eid freigesprochen werden wird, ist an diesem 23. April so gut wie amtlich.

Obwohl sich am Stand der Dinge nichts ändert, begründet Wilcken am 30. Juni den Freispruch mündlich ganz anders - im Zweifel für den Angeklagten. Plötzlich wägt der Richter selber Ent- und Belastendes für und gegen Eid ab, spricht von Indizien gegen den Libanesen, die aber für eine Verurteilung nicht ausreichen würden.

Besonders die für Wilcken "glaubwürdige" Zeugenaussage des Sanitäters Jens L., dem Eid kurz nach dem Brand mit den Worten "Wir warn's" seine Tatbeteiligung gestanden haben soll, stellt er in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Doch da der Tathergang, den Safwan Eid beschrieben haben soll, nicht mit dem vom Gericht rekonstruierten Brandverlauf übereinstimmt, räumt Wilcken ein, daß der Sanitäter den Angeklagten "möglicherweise falsch verstanden" habe.

Von diesem Mißverständnis ist in der nun vorliegenden schriftlichen Urteilsbegründung keine Rede mehr. Ohne neue Fakten zu benennen, geht das Landgericht jetzt davon aus, daß die Aussage von Jens L. "ein Indiz für die Tatbeteiligung des Angeklagten" sei, das immerhin "einen - wenn auch schwerwiegenden - Verdacht" gegen den Angeklagten begründe. Vom Wahrheitsgehalt der Aussage des Sanitäters ausgehend, spielt das Gericht unter der Prämisse "im Zweifel für den Angeklagten" nun plötzlich mehrere Varianten der direkten und indirekten Tatbeteiligung durch.

"Die Äußerung ‚Wir waren's` besagt nichts über die Art der Teilnahme", führt die Urteilsbegründung aus. Safwan Eid könnte die Brandlegung selbst ausgeführt, andere dazu angestiftet oder schlicht Beihilfe geleistet haben. Zwar sei "ein Verdacht in diesem Sinne gegen den Angeklagten weiterhin gegeben", streut der Gerichtsbeschluß noch einmal massive Zweifel an der Unschuld Eids, doch sei auch eine andere Variante denkbar: Mit "wir" könnte der Angeklagte die HausbewohnerInnen gemeint haben, ohne selber an der Brandstiftung beteiligt gewesen zu sein.

Sollte der Libanese - in dubio pro reo - erst nach der Brandstiftung von den Tatumständen erfahren haben, so könne er nicht der Strafvereitelung überführt werden, da "sein Informant ein Familienangehöriger gewesen sein" könnte, den Safwan Eid nicht belasten müsse. Im Klartext: Der Angeklagte, gegen den es nach Richter Wilckens Auffassung im April noch "keine hinreichende Belastung" gab, wird in der schriftlichen Urteilsbegründung zum Mitwisser, der auch Tatbeteiligter gewesen sein könnte.

Das Urteil legt nahe, daß die Täter aus der Umgebung des Angeklagten kamen und Safwan Eid sie zumindest kennt.

Die ebenfalls tatverdächtigen vier Jugendlichen aus Grevesmühlen werden dagegen von allen gegen sie erhobenen Vorwürfen freigesprochen. Auch hier verliert die schriftliche Urteilsbegründung anders als die mündliche und das Zwischenresümee vom April deutliche Worte: Die "Möglichkeit des gewaltsamen Eindringens von Personen von außen" sei "ausgeräumt" worden und nur eine "nicht ernstlich in Betracht zu ziehende Denkmöglichkeit"!

Auch wenn die neue Freispruchinterpretation für Safwan Eid keine konkreten Folgen hat und öffentlich kaum wahrgenommen wurde, so hat sie doch weitreichende Konsequenzen: Auf Basis der schriftlichen Begründung ist eine Neuauflage der Ermittlungen gegen die Grevesmühlener fast unmöglich geworden. Die Botschaft des Urteils lautet: Deutsche Neonazis haben hier keinesfalls gezündelt. Es waren die Flüchtlinge, die ihre MitbewohnerInnen und eventuell sich selber verbrannt haben. Das bedeutet: Die vielfach gescholtene Staatsanwaltschaft hat zumindest in die richtige Richtung ermittelt.

Hatten es sich die Anwältinnen von Safwan Eid und den meisten anderen Brandopfern bislang offengehalten, neue Ermittlungen zu fordern, eine Klage gegen die Grevesmühlener zu erzwingen oder die Staatsanwaltschaft wegen Strafvereitelung im Amt anzuzeigen, können die Ermittler ihre einseitigen Recherchen nun auf die Urteilsbegründung stützen. "Der Vorwurf, die Anklage habe auf wackligen Beinen gestanden, ist jetzt entkräftet", frohlockte Staatsanwalt Michael Böckenhauer nach dem Urteil. Er frohlockte zu Recht. Denn in der 53seitigen Gerichtsschrift findet sich an keiner Stelle mehr eine kritische Würdigung der Ermittlungstätigkeit. Auch hier hat der Gerichtsbeschluß einen anderen Tenor als die mündliche Verkündung. Im Juni hatte der Richter noch betont, "daß die Ermittlungen nicht immer das Maß an zu fordernder Gründlichkeit erreicht haben und die Kammer auch darum vor Beweislücken gestanden hat".

Der Satz hatte das schleswig-holsteinische Justizministerium veranlaßt, unmittelbar nach dem Prozeßabschluß zu verkünden, es werde prüfen, "ob es zu Ermittlungspannen" der Anklagebehörde "gekommen ist". Diese Prüfung sollte auf Grundlage des schriftlichen Urteils erfolgen, das jetzt die Staatsanwaltschaft von jeder Schuld freispricht - ihr Ergebnis ist damit vorgezeichnet.

Noch einen Satz hatte Wilcken den Ermittlern am 30. Juni ins Stammbuch geschrieben: Er warf ihnen vor, "einen möglichen Geschehensablauf auf der Basis einiger Zeugen zu rekonstruieren, andere Zeugenaussagen außer Betracht zu lassen ... und ganze Komplexe wie den Vorbauabbrand und Tod des Sylvio Amoussou zu negieren". Zudem kam der Richter zu dem Ergebnis, daß es im Haus "zwei Primärbrände gegeben hat", einen davon - wie von der Verteidigung vermutet - im hölzernen Vorbau des Flüchtlingsheimes.

Die offenen Fragen zum Tod Amoussous - der anders als die anderen Brandopfer im hölzernen Vorbau starb und keine für einen Brandtod typischen Rußpartikel in der Lunge aufwies - und die Frage, wer - wenn nicht von außen eingedrungene Fremde - den Brand im Vorbau legte, löst das Gericht nun selber mit einem kühnen Szenario:

Als es im ersten Stock schon brannte, sei Amoussou möglicherweise "nach unten in den Vorbau" gegangen, "um sich zu retten". Als der Flüchtling die Brandstelle passierte, könne unbemerkt "seine Bekleidung Feuer gefangen haben". Erst im Vorbau soll dann "das Feuer an Sylvio Amoussous Bekleidung ... urplötzlich zu einer eine starke Hitze entwickelnden Stichflamme geworden sein, die Sylvio Amoussous Tod ... herbeiführte" und auch noch den Vorbau in Brand setzte.

Warum Wilcken ohne neue Fakten seine Bewertung der Rollen, die Safwan Eid, den Grevesmühlenern und der Staatsanwaltschaft in dem Verfahren zukamen, innerhalb eines halben Jahres grundlegend veränderte, wird vermutlich sein Geheimnis bleiben. Für die Angehörigen der Brandopfer bedeutet die Wende aber nicht nur, daß nie aufgeklärt werden wird, wer die Verantwortung für den Tod ihrer Familien trägt. Die Opfer dürfen zudem fortan wieder als mögliche TäterInnen bezeichnet werden.

Marco Carini

Nachdruck aus: taz Hamburg, 4.11.97

12. SPD agiert für "law and order". Das Demoverbot in Saalfeld und die Folgen

Das Demonstrationsverbot in Saalfeld/Saale und die Folgen

Autor: Angelo Lucifero · Rubrik: SPD; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:46

Das Konzept der Neonazis ist in Saalfeld aufgegangen. Sie machen ein bißchen Randale, schüren durch Drohanrufe und Flugblätter gegen "linke Gewalt" Angst und melden eine Gegendemonstration an. Prompt tritt die Koalition der Stammtischbrüder, der konservativen Politik incl. SPD und der Lokalpostille Ostthüringer Zeitung (OTZ) in die Falle. Sie entfachen eine Gegen-Kampagne zur geplanten Demonstration gegen rechte Gewalt und rechten Konsens.

Hinter dem Handeln der Politik stehen immer Interessen - diesmal trieb den Bürgermeister Beetz und Landrat Dr. Thomas (CDU) das Ansehen der Stadt: Tourismus. Außerdem offenbarte sich ein ganz konkretes Interesse des Innenministers Dewes (SPD): Er will bei den nächsten Landtagswahlen im Landkreis ein Direktmandat gewinnen.

Die Protest-Aktionen am 11. und 12.10., an denen sich auch viele GewerkschafterInnen beteiligten, haben eine große Bedeutung, weil die Propaganda des Saalfelder Bürgermeisters, des Landrates, des Innenministers Dewes und der Lokal-Postille OTZ Lügen gestraft wurde.

Damit wurde das Thüringer Bündnis, anders als es die Koalition der Mitte zur Wahrung von "law and order" wollte, gestärkt und wird mit den Saalfeldern weiter arbeiten. Adäquat wird die Antwort allerdings nur dann, wenn es uns gelingt, viele Menschen auch und vor allem in Saalfeld zu gewinnen. Die "Front" verläuft nämlich nicht zwischen uns und den Menschen, die durch die Medien aufgehetzt wurden oder nicht die notwendige Courage haben, sich zur Wehr zu setzen; diese gilt es zu gewinnen für einen antirechten Konsens.

Wer an diesem Bündnis weiter arbeiten will und nicht nur nach der Bestätigung der eigenen Haltung sucht, muß sich mit den Handlungsbedingungen der Bündnispartner auseinandersetzen. Und die sind für die Gewerkschaften eher schwierig. Sie sind durch Resignation und Frust aus den verlorenen Kämpfen der letzten Jahre nicht gerade gestärkt, um sich an die Spitze von spontanen Aktionen zu stellen. Auch ich hätte mir eine Reaktion gewünscht, wie Ende der siebziger Jahre, als in Frankfurt am Main eine gewerkschaftliche Demonstration gegen die NPD verboten wurde: Mehr als 20.000 GewerkschafterInnen demonstrierten trotz des Verbots.

Im Moment sind wir jedoch von solcher Stärke weit entfernt. Da Gewerkschaften Mitglieds- und keine Kaderorganisationen sind, sind sie der Entwicklung des Zeitgeistes und der Beeinflussung durch die Massenmedien ausgesetzt. Und diese sind minderheitenfeindlich, antidemokratisch, rassistisch und voller Gleichgültigkeit gegenüber gesellschaftlichen Entwicklungen. Einige Mitglieder quittierten die Haltung der Gewerkschaften zur Saalfelder Demonstration mit ihrem Austritt.

Ein Blick auf die nachfolgende Berichterstattung im Landkreis und die Äußerungen der dörflichen Politelite zeigt, wohin der Zug gehen soll. Während in der Medienschlacht von regionalen Zeitungen vor der verbotenen Demostration tunlichst unterlassen wurde, die Gewerkschaften auch nur zu erwähnen, und sich der ganze Haß auf "die Chaoten" und auf mich entlud, richtet sich seit dem 10.11. die Propaganda gegen die Gewerkschaften, die als offensichtlich doch wichtig erkannte Säule des Bündnisses geschwächt werden sollen. Das ist praktizierter rechter Konsens.

So kompliziert die Rolle von Gewerkschaften in antifaschistischen Bündnissen ist, so produktiv kann sie sein: Die Gewerkschaften können mit der notwendigen Glaubwürdigkeit Bindeglied zum eher gemäßigten Antifaschismus und -rassismus sein. In Thüringen wurde von der Koalition der Mitte, den neuen Noskes und einem Lumpenjournalismus der Deutsche Winter eingeläutet.

Wie weiter?

Aufrufe und Plakate, die der Propaganda des rechten Konsenses in die Hände gearbeitet haben, dürfen sich nicht wiederholen. Damit sind unter anderem Publikationen gemeint, die fälschlicherweise das Jugend- und

Kulturzentrum Gorndorf als "nationales Jugendzentrum" stigmatisiert haben, und das bundesweite Plakat, das vom Landratsamt und der veröffentlichten Meinung als Nahrung für die Gewaltthese benutzt werden konnte. Dieser Aktionismus half nicht, die Suppe zu pfeffern, sondern sie zu versalzen. Wer will, daß der rechte Konsens in Saalfeld zumindest in die Defensive getrieben wird, muß im Bündnis mit lokalen Initiativen und Organisationen gegen eine Politik der verbrannten Erde und gegen falsche "Fronten" wirken und eine Debatte mit den EinwohnerInnen führen.

In der Auseinandersetzung auf juristischer Ebene läuft eine Anzeige gegen den Polizeidirektor von Saalfeld, außerdem wird mit der Verbotsverfügung beim Verwaltungsgericht ins Hauptverfahren gegangen.

Die politische Nacharbeit besteht in einer Reihe lokaler und landesweiter Veranstaltungen, Diskussionsveranstaltungen, Infostände, einer Demonstration in Erfurt gegen Repression, einer Sonderzeitung und vieles mehr. Damit soll das Thüringer Bündnis gegen den rechten Konsens gestärkt werden. Am Ende dieser Entwicklung wird eine gewaltige und friedliche Demonstration in Saalfeld stehen.

Zur landesweiten Weiterentwicklung der Bündnisarbeit hat das "Parlament gegen Rechts" am 8.11. in Erfurt mit knapp 300 TeilnehmerInnen eine hervorgehobene Rolle gespielt

A. Lucifero,

GewerkschafterInnen gegen

Rassismus und Faschismus

Veranstaltungshinweis:

Diskussionsveranstaltung mit Burkhard Schröder:

"Ostdeutsche Städte in der Hand der Rechten?"

Am 8. Dezember 1997 um 18 Uhr im ÖTV-Bildungszentrum, Saalfeld

13. Sprachanalyse als Lügendetektor. Ethnologen prüfen die Herkunft von Flüchtlingen

Autor: Beat Leuthardt · Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Schweiz · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:41

Was in der Hamburger Ausländerbehörde in Einzelfällen schon Praxis ist, soll nun in einem bundesweiten "wissenschaftlichen Versuch" getestet werden: Durch eine Sprachanalyse soll im Zweifelsfall die Herkunft von Flüchtlingen bestimmt werden.

Die Einführung dieser Sprach- und Länderanalysen geht auf ein internationales Gremium zurück, dem als Kernstaaten in der Vordenkerrolle neben der Schweiz auch die BRD, Schweden und die Niederlande angehören. Sie treffen sich seit einiger Zeit regelmäßig, um sich in Asyl- und Migrationsfragen gegenseitig "zu unterstützen".

Im Entwurf für den nächsten Bundeshaushalt werden für das neue Verfahren 2,4 Mio. DM bereitgestellt. Damit sollen in nächsten Jahr rund 4.000 dieser zweifelhaften Untersuchungen durchgeführt werden. Geplant sei, so ein Sprecher des Bundesinnenministeriums, vor allem afrikanische Asylsuchende genauer zu prüfen.

Das schweizerische Bundesamt für Flüchtlinge führt solche Untersuchungen seit Juni 1997 durch. Zuständig hierfür ist die im Frühjahr vom Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) gegründete Fachstelle "Lingua". Sie setzt "EthnolinguistInnen" ein, darunter Professoren aus halb Europa, aber auch z.B. aus Algerien. Sie sollen Asylsuchende, über deren Herkunft die Behörde Zweifel hegt, durch Sprach- und/oder Ländergutachten einem Herkunftsland zuschreiben.

Dank dieser "wissenschaftlichen" Arbeit können unerwünschte AusländerInnen künftig häufiger und schneller abgeschoben werden. In allen Fällen gelangen Menschen ohne Papiere zur ethnologischen Überprüfung. Laut "Lingua"-Projektbeschreibung handelt es sich um "Zehntausende". Das Vorgehen kommt dann zur Anwendung, wenn ein Asylsuchender ohne Papiere in Abschiebehaft sitzt oder im Flughafentransit festgehalten wird. Das Ziel der "Lingua"-Verantwortlichen ist es, durch die amtlichen Sprach- oder Ländergutachten den mutmaßlichen Herkunftsstaat davon zu überzeugen, den teilweise üblichen Widerstand gegen eine Rückübernahme des Abzuschiebenden aufzugeben und für den Betreffenden Papiere auszustellen. So kann der Grundsatz umgangen werden kann, wonach kein Land der Welt einen Abzuschiebenden zurücknimmt, wenn nicht nachgewiesen wird, daß es sich um einen seiner Staatsbürger handelt.

Auch Asylsuchende, deren Verfahren noch läuft, sind betroffen. Mit Hilfe der ethnolinguistischen Untersuchungen können Kosten gespart werden, Abschiebungen sind leichter zu begründen. Wo in einem einheitlichen Sprachraum unterschiedliche Herkunftsstaaten existieren, besteht für die Behörde erhöhte Alarmbereitschaft, denn die Asylsuchenden könnten ja statt des tatsächlichen Staates jenen mit den größten Chancen auf Asyl als ihre Heimat nennen. Asylbewerber aus dem Kosovo, Afghanistan oder dem Irak haben in den meisten europäischen Staaten bessere Chancen auf Asyl als Menschen aus Albanien, dem Iran oder aus Pakistan. Ähnliches gilt für Sprachräume in Westafrika.

Unbestechlich und "asylneutral"

Die "Lingua"-Methode ist einfach: Der Asylsuchende wird von einem Experten zur angegebenen Herkunftsregion geprüft. Innerhalb von dreißig Minuten muß der Ethnolinguist herausfinden, wo die betreffende Person "am stärksten inkulturiert" worden sei. Der Experte stellt seine Fragen über eine Telefonleitung aus einem Nebenraum, denn zu seinem Schutz erfahren weder die geprüften Asylsuchenden noch die Öffentlichkeit seine Identität. Neben solchen "Direktanalysen" werden - zum Beispiel im Auftrag der Niederlande - auch Sprachaufzeichnungen auf Kassette analysiert. Analysen von Videoaufzeichnungen sind ebenfalls geplant.

Die Erfolgsquote der bisher in 172 Fällen vorgenommen Analysen soll sehr hoch sein. Bei 86 Prozent der Befragten hat der Experte das Herkunftsland "mit Sicherheit" bezeichnen können. Bei acht Prozent der Befragten erfolgte dies mit "überwiegender Wahrscheinlichkeit". Nur in den restlichen sechs Prozent aller Fälle kam keine eindeutige Zuordnung zustande. Rund zwei Dutzend Experten garantieren für dieses Resultat.

Die Euphorie wurde vor Monatsfrist gedämpft. "Die Schweiz engagiert Ethnologen, um auf falsche Flüchtlinge Jagd zu machen" titelte die Westschweizer Tageszeitung Le Nouveau Quotidien am 30.9.1997. Der Experte habe Fallen aufgestellt, um den Asylsuchenden einer falschen Herkunft zu überführen, schrieb die Journalistin. Heftige Proteste der Behörde gegen diesen Artikel konnten abgebügelt werden: Die Journalistin beherrscht die Sprache des befragten Asylsuchenden perfekt und verstand daher die Befragung in vollem Umfang.

Kritik an der Befragungstechnik übte auch Yves Brutsch vom Genfer "Centre Social Protestant", einem Hilfswerk aus der französischsprachigen Schweiz. Brutsch hält bei einem solchen Analysesystem eine "enorm hohe Fehlerquote" für unvermeidlich. Es brauche keineswegs Ausdruck mangelnder Glaubwürdigkeit zu sein, wenn der Befragte z.B. die Personen auf den Banknoten des Herkunftslandes nicht kenne, betont er. Ebensowenig aussagekräftig sei ein untypischer Sprachakzent.

Sprachliche Unterschiede herauszuarbeiten sei bloß ein Teilaspekt der in Bern angewandten "relativ neuen ethnographischen Linguistik", wehrt sich der "Lingua"-Verantwortliche Florentin Lutz. Ebenso werde Erlebniswissen abgerufen, etwa mit Fragen wie: "Wie riecht es auf dem Markt von Pristina im Kosovo?" oder "Beschließt man den Kauf dort per Handschlag?" Zudem würden die Experten, um unverfälschte Aussagen zu erhalten, die Prüflinge "emotionalisieren", wodurch "Spuren des Ursprünglichen klar zum Vorschein" kämen.

Schon jetzt werden von der Polizei immer mehr Analysen angefordert, um Asylsuchende noch im Transitbereich des Flughafens Zürich abfertigen zu können. Die Expertisen müssen aufgrund der haftähnlichen Situation binnen zwei Tagen fertig sein. "Entscheidet der Gutachter auf ein anderes Land, als der Asylbewerber angibt, hat der kaum noch Chancen einzureisen", heißt es beim BFF. Rechtlich sei das Vorasylverfahren vollständig korrekt, die "Lingua"-Methode sei "asylneutral". Denn die Untersuchungen könnten "ebenso auch die Glaubwürdigkeit des Befragten untermauern".

KritikerInnen monieren jedoch, daß der Vertrauensgrundsatz verletzt werde: Die Unglaubwürdigkeit des Asylsuchenden erscheine dadurch als Regel, eine wahrheitsgemäße Aussage als Ausnahme.

Doch für Lutz funktioniert "Lingua" rein wissenschaftlich. Daß das BFF ein Glücksfall sei, weil er da nicht nur den Finanzbedarf seiner Familie decken, sondern auch seine Linguistik "ganz in der Praxis, am Menschen" anwenden könne, glaubt mensch ihm aufs Wort.

Proteste gegen "Kaffeesatzlesen"

Langsam entwickeln sich Proteste gegen die Vorgehensweise. Die "Schweizerische Ethnologische Gesellschaft" rang sich nach vier Wochen zu einer Stellungnahme durch: Sie "verurteilt solche Vorgehensweise und distanziert sich von 'Ethnologen', welche diese praktizieren." Diese Methoden seien persönlichkeitsverletzend und stünden "im Widerspruch zur Ethik und zu den Praktiken der Ethnologie", so die Präsidentin Joanna Pfaff-Czarnecka.

In der BRD versucht Pro Asyl Protest zu organisieren. Pro Asyl-Geschäftsführer Günter Burkhardt befürchtet, daß Bonn die Zusatzausgaben von 2,4 Mio. DM hinterher durch ebenso zweifelhafte Abschiebebescheide in ein angebliches Abschiebeland rechtfertigen müsse. Wer glaube, mit Sicherheit von Sprachphänomenen auf die Staatsangehörigkeit eines Menschen schließen zu können, betreibe "Kaffesatzlesen". Dabei kann sich Pro Asyl auf kritische Stellungnahmen aus der juristischen Fakultät der Universität Stockholm und auf das niederländische Flüchtlingswerk berufen.

Beat Leuthardt

14. Rassismus und Antisemitismus im Fußball - was tun?

Autor: Dietrich Schulze-Marmeling · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Antirassismus, Antinationalismus; Sport · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:06

Der folgende Artikel ist ein Beitrag für das "Vienna Symposium on Football Culture, Globalisation and Racism", das am 10. und 11. November in Wien stattfand. Dietrich Schulze-Marmeling setzt sich darin mit den Defiziten offizieller Antirassismus-Politik der nationalen Fußballverbände auseinander.

Die offizielle Politik beschränkt sich weitgehend auf "Public Relation"-Aktionen. "PR-Aktionen" gegen Rassismus und Antisemitismus sind nicht per se schlecht und abzulehnen. Als begleitende Maßnahme können sie durchaus hilfreich sein. Aber die Wirkung von "PR"-Aktionen verpufft, wenn sie zu allgemein gehalten sind und nicht mit konkreten, für die Öffentlichkeit überprüfbaren Schritten verbunden werden (s.u.). Schlecht ist außerdem, wenn diese "PR"-Aktionen mehr oder weniger von oben verordnet und ihre Inhalte zuvor nicht mit den Beteiligten diskutiert werden. Noch schlechter ist, wenn sie primär der Aufpolierung des eigenen Images dienen und somit den Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus lediglich als Mittel zum Zweck benutzen.

Dies führt zwangsläufig zu Peinlichkeiten, die die Glaubwürdigkeit einer Kampagne unterminieren. Teil der DFB-Kampagne "Mein Freund ist Ausländer" war ein Fernsehspot mit dem damaligen Nationalmannschaftskapitän und Bayern-München-Leithammel Lothar Matthäus und seinen beiden Vereinskameraden Jan Wouters und Christian Ziege. Hauptdarsteller Matthäus wurde später gleich zweimal öffentlich rassistischer Ausfälle bezichtigt. Zunächst soll der "Vorzeigefußballer" (O-Ton DFB) auf dem Münchener Oktoberfest einem niederländischen Touristen mitgeteilt haben: "Dich haben sie wohl bei Adolf vergessen." Wenig später soll der Kapitän auf dem Düsseldorfer Flughafen eine Gruppe Berliner Basketballerinnen darüber aufgeklärt haben, daß Mitspieler Valencia ("unser Schwarzer") "so einen Langen" habe, wobei er die Länge mit beiden Händen andeutete und auf sein Geschlechtsteil zeigte.

Jan Wouters soll nach seiner Rückkehr in die niederländische Heimat einen Gegenspieler marokkanischer Herkunft in rassistischer Weise beschimpft haben, worauf sich der niederländische Fußballverband immerhin zu einer offiziellen Abmahnung genötigt sah. Beim Anti-Rassismus-Festival in Barcelona fehlte Spaniens Mittelfeldstar Fernando Hierro. Eine Woche zuvor soll Hierro den aus Kamerun stammenden Keeper von Deportivo La Coruna, Song'o, als "schwarzen Bastard" beleidigt haben. Das Opfer drohte daraufhin: "Wenn Hierro in der nächsten Woche beim Anti-Rassismus-Spiel dabei ist, werde ich nicht auflaufen."

Sowohl im Fall Matthäus wie im Fall Hierro bemühten sich die heimischen Medien und Funktionäre, ihre Galionsfiguren vom Rassismus-Vorwurf reinzuwaschen oder die Angelegenheit zu bagatellisieren. Was nur ein Indiz dafür ist, wie es um ihr eigenes Bewußtsein in dieser Angelegenheit bestellt ist.

Fußballfunktionäre und "Asylantenwitze"

Die Defizite der offiziellen Kampagnen reflektieren aber nicht nur Oberflächlichkeit und ein mangelhaftes Problembewußtsein ihrer Architekten. Von UEFA-Präsident Lennart Johannsson ein ernsthaftes Engagement gegen den Rassismus zu erwarten, wäre wahrlich zu viel verlangt. Schließlich wissen wir von dem Mann, daß "ein Saal voll von Schwarzen (...) verflucht dunkel" ist. Und wenn diese Schwarzen "in Rage geraten, ist es nicht mehr so lustig." Dave Hill schrieb in seinem Buch "Out of His Skin" über die Mentalität der Fußballfunktionäre: "Sehen Sie sich die Männer in den Direktorenlogen genauer an, und Sie finden so ziemlich die gleiche Mentalität wie hinter den Toren; die gleiche Einstellung gegenüber Frauen, gegenüber Ausländern, die gleichen unerschütterlichen Stereotypen über was es heißt, ein richtiger Mann zu sein. Oft besteht der einzige Unterschied zwischen dem Vorsitzenden und dem Rowdy darin, daß letztere über das Team besser informiert sind."

Was man in dieser Funktionärswelt zuweilen erlebt, ist abstoßend und erschütternd. Vor einigen Monaten hatte ich das - im nachhinein betrachtet äußerst zweifelhafte - Vergnügen, im Anschluß an einen Fernsehauftritt mit einem hochrangigen Funktionär eines prominenten Bundesligaklubs zu tafeln. Als dieser Funktionär zwischenzeitlich sein Jackett vermißte, munterte er unsere Herrenrunde mit einem kleinen "Asylantenwitz" auf: "Hier laufen doch wohl keine Asylanten herum?"

Die Defizite im Umgang mit Rassismus und Antisemitismus sind aber auch dem Umstand geschuldet, daß sich der Fußball Anregungen und Ratschlägen, die von "außerhalb" kommen, vehement verweigert. Die Funktionäre betrachten ihre Fußball-Welt als ein geschlossenes, vom Rest der Gesellschaft abgekoppeltes System mit eigenen Spielregeln. Wann und in welcher Form mit der "Außenwelt" in Kontakt getreten wird, bestimmen allein sie. Wobei die "Außenwelt" oftmals nicht erst vor dem Stadion beginnt, sondern bereits außerhalb der Funktionärsetage.

Rechtsradikale Schlachtrufe und Gesänge werden nicht weiter ernst genommen oder schlichtweg ignoriert. Als kürzlich bei einem Länderspiel Tausende "Steht auf, wenn ihr Deutsche seid" sangen, war dies für den DFB keine Distanzierung wert. Vermutlich wurde dem einen oder anderen Funktionär dabei ganz warm ums Herz. Häufig vernimmt man auch, die Schlachtrufe und Gesänge seien ein völlig natürlicher Teil von Fan-Rivalität und deshalb "unpolitisch". Als ob zu ihnen keine Alternativen existieren würden.

Der FC Bayern

und seine rechten Fans

Ein anschauliches Beispiel für derartige Ignoranz bietet der deutsche Rekordmeister FC Bayern. Der von einer Europaliga träumende Club rühmt sich, eine weltoffene Adresse zu sein. Stolz listet man im offiziellen "Jahrbuch" auf, wie viele ausländische Spieler für den FC Bayern bereits gegen den Ball getreten haben. Der FC Bayern wurde vor und während der Nazi-Zeit von seinen Gegnern als "Judenclub" denunziert. Im Gegensatz zu anderen Münchener Klubs hieß der FC Bayern auch jüdische Bürger willkommen. Der nationalsozialistische Terror sorgte allerdings dafür, daß von dem Beitrag der jüdischen Bürger nur noch wenig übrig blieb. In den offiziellen Publikationen wird das Schicksal von Kurt Landauer, bis 1933 Präsident des FC Bayern, nur mit einem Satz erwähnt: "Kurt Landauer mußte aus ‚rassenpolitischen` Gründen in die Schweiz emigrieren." Das Wort "Jude" wird tunlichst vermieden, und die anderen jüdischen Mitglieder des Klubs finden überhaupt keine Erwähnung. Man könnte fast meinen, daß dem Verein das Mitwirken von jüdischen Bürgern noch nachträglich peinlich ist.

Wohl auch deshalb fällt es einem Teil des "Hardcore-Supports" des FC Bayern nicht schwer, rechtsradikale und antisemitische Gesänge wie "SS, SA, Bavaria" und "Ajax ist ein Judenclub" zu intonieren. Da nicht sein darf, was aber leider ist, wird das Problem seitens der FCB-Verantwortlichen bis heute totgeschwiegen und geleugnet.

Nicht nur für den FC Bayern gilt: Rechtsradikale und Hooligans sind für die Vereinsverantwortlichen bei weitem nicht so unbequem wie kritische Fanzine-Macher und unabhängige Fan-Initiativen, die in fundierter Weise die Politik ihrer Vereine hinsichtlich der Eintrittspreisgestaltung, Versitzplatzung etc. hinterfragen. Was die Vereinspolitik anbelangt, so stellen die Hools und Rechtsradikalen, oftmals "treue Fans", keine ernsthafte Herausforderung dar. Zur Herausforderung werden sie aus der Sicht der Verantwortlichen erst dann, wenn die kritischen Fanzine-Macher und andere ihre Existenz und ihre Aktivitäten öffentlich problematisieren. Denn hierdurch könnte der Vermarktungsstrategie des Klubs ein Schaden entstehen. Der Zorn der Verantwortlichen gilt auch dann weniger den Hools und Rechtsradikalen, sondern den "Nestbeschmutzern", die mit der Angelegenheit "unnötigerweise" an die Öffentlichkeit gingen, für "negative Schlagzeilen" sorgten und mittels dieser den Klub zum Handeln nötigten.

Das Beispiel des FC Bayern verweist darauf, wo das eigentliche Problem liegt. Einige hundert Fans, die rechtsradikale Gesänge und Schlachtrufe anstimmen, müßten keine großen Kopfschmerzen bereiten, wenn der Verein eine klare Haltung beziehen würde. Ganz abgesehen davon, daß es subtilere und weitaus verbreitetere Formen von Rassismus und Diskriminierung gibt als das Verhalten dieser Fans. Viel problematischer ist, daß der Klub dieses Verhalten nicht für sonderlich problematisch erachtet.

Nicht-Deutsche unerwünscht

Der Lackmustest für die Bereitschaft der Verbände/Klubs und ihrer Funktionäre, dem Rassismus den Kampf anzusagen, können kaum allgemein gehaltene "PR"-Kampagnen sein. Kampagnen wie "Mein Freund ist Ausländer" erhalten auch deshalb die Zustimmung von Funktionären und Spielern, weil sie politisch nichts kosten, dem Problem nur höchst oberflächlich zu Leibe rücken und kein längerfristiges Engagement erfordern. Die Solidarisierung mit dem für die eigenen Farben kickenden ausländischen Star ist eine relativ leichte

Übung. Zwar schwingen auch bei der Beurteilung ausländischer Stars durch die Funktionäre häufig rassistische Untertöne mit, aber als das Merchandising ankurbelnder "Showstar" ist der Ausländer weitgehend akzeptiert.

Weitaus interessanter ist deshalb, wie sich der Klub gegenüber den Ausländern außerhalb des Spielfelds verhält. Jeder Bundesligaklub hält sich heute seine Ausländer - allerdings nur auf dem Spielfeld. Auf den Rängen werden sie fast ausschließlich von deutschstämmigen Bürgern bestaunt, von den Funktionärsetagen wollen wir hier gar nicht reden.

Was tut ein Klub beispielsweise, um in seiner Stadt lebende ausländische Communities/ethnische Minderheiten zu integrieren und zu mobilisieren? Das rote Dress des FC Liverpool tragen längst auch Farbige, aber wie viele Menschen aus dem Liverpooler Stadtteil Toxteth finden den Weg an die Anfield Road? Als bei Borussia Dortmund in den 80ern mit Erdal Keser ein Türke kickte, kamen trotzdem nicht mehr Mitglieder der großen türkischstämmigen Minderheit in der Stadt zu den Heimspielen des Vereins.

In der Regel sind die "ethnischen Minderheiten" in den Stadien deutlich unterrepräsentiert, wofür es Gründe geben muß. Einer der Gründe lautet, daß sie sich im Stadion nicht heimisch fühlen. Im schlimmsten Falle befürchten sie rassistische Belästigungen. Im besten Falle hoffen sie auf ihre Duldung. Aber wer geht schon gerne zu einer Party, von der er weiß, daß er dort nicht willkommen ist?

Die Vereine hüllen über dieses Problem den Mantel des Schweigens, um statt dessen ein "kulturell" bedingtes Desinteresse dieser Communities am Fußball auszumachen, womit die Verantwortung allein bei diesen liegt. Vermutlich ist man gar nicht unfroh darüber, daß sie dem Stadion fernbleiben. Wer weiß, welche Probleme sich durch ihre Anwesenheit ergeben würden. So geraten aber sämtliche "PR"-Aktionen, in denen Ausländerfreundlichkeit beschworen wird, mehr oder weniger zu Alibiveranstaltungen.

Mir ist kein Beispiel bekannt, wo ein Bundesligaverein von sich aus gezielt auf diese Communities zugegangen wäre - mit der erklärten Absicht, sie als Fans und Stadionbesucher zu gewinnen. Die Klubs müssen sich diesbezüglich konkrete Ziele setzen. Hierzu bedarf es eines klubeigenen "Ausländerbeauftragten", der die Vernetzung mit den Institutionen dieser Communities und außerhalb des Fußballs angesiedelten antirassistischen Initiativen sucht.

Dietrich Schulze-Marmeling

15. FC St. Pauli: Kratzer im braun-weißen Lack

Autor: gw. · Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus; Sport; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:26

Die Weichen für eine "bessere" - ganz auf Entertainment bauende - Fußballwelt schienen beim FC St. Pauli 1910 gestellt. Vor einigen Monaten wurde ein Aufsichtsrat installiert, der die Pläne des Vereinspräsidenten, Architekten und Übervaters "Papa" Heinz Weisener abnicken bzw. forcieren wird. Die vereinsinterne Opposition - vor allem die seit Mitte der 80er Jahre hinzugekommenen Fans - wurde per Rücktrittsdrohung des Mäzens außen vor gehalten, um die Modernisierungspläne des Präsidiums nicht durch kritische Fragen zu gefährden. Die Stimmung im "etwas anderen Verein" war also nicht nur durch den Abstieg aus der ersten Liga und die teilweise erbärmlichen Spiele in den Keller gerutscht.

Für weiteren Zündstoff sorgt jetzt das jüngst im Göttinger Verlag Die Werkstatt in der Reihe "Große Traditionsvereine" erschienene St.-Pauli-Buch "You'll never walk alone". René Martens, freier Journalist und Pauli-Fan, widmet sich in einem Kapitel dem Namensgeber der heutigen Spielstätte des Vereins, Wilhelm Koch. Der Vereinsvorsitzender von 1931 bis 1945 und von 1947 bis 1969 hat, so deckt Martens auf, sein Vermögen "zu einem gewichtigen Teil den Nazis zu verdanken." Er kam zu Geld, als die beiden jüdischen Besitzer der Fell- und Häutehandelsfirma, Arensberg & Sekkel, 1933 nach Schweden fliehen mußten. Wilhelm Koch und ein Kompagnon wurden zu neuen Geschäftsführern bestellt. Von 1937 bis 1945 war Koch Mitglied in der NSDAP und im NS-Reichsbund für Leibesübungen. 1947 wurde ihm vom Advisory Board der britischen Militärregierung bestätigt, er sei "only hanger-on" - "nur Mitläufer" gewesen. Prompt wurde Koch wieder zum Vereinsvorsitzenden des FC St. Pauli gewählt. 1970, kurz nach seinem Tode, erhielt das Stadion auf dem Heiligengeistfeld den Namen des langjährigen Vereinsvorsitzenden - wohl auch, so wird der Koch nachfolgende Präsident zitiert, um finanzielle Forderungen der Koch-Erben abzumildern.

Das St.-Pauli-Mitglied Ronny Galczynski griff nun die Enthüllungen auf, um auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung den Antrag auf Umbenennung des Stadions einzubringen. Immerhin - so der Fanbeauftragte Sven Brux - sei der FC St. Pauli "bei der Bekämpfung von Rechtsradikalismus im Fußball Vorbild in ganz Europa." Das für diese Vorbildfunktion von antifaschistischer Seite heftig gearbeitet werden muß, zeigen die Reaktionen im Vorfeld und auf der Jahreshauptversammlung. Der stellvertretende Vereinsvorsitzende Christian Hinzpeter ist es leid, "sich mit Dingen zu beschäftigen, die in keinem anderen Verein eine Rolle spielen." Es gebe "Sachen, die mindestens genauso wichtig sind." Noch deutlicher wurden die Senioren des Vereins, der "Alte Stamm", wie sie sich nennen. Eine "Ahnenforschung" lehnen sie rundweg ab, wohl auch aus Eigeninteresse (vielleicht ließe sich bei dem einen oder anderen etwas Belastendes finden). Kurzerhand wird der FC St. Pauli zum Arbeiterverein "mit vielen Sozialdemokraten und Kommunisten" umgedeutet. Die Tatsachen sehen anders aus: "Sportbegeisterte, sozialdemokratische oder kommunistische Arbeiter aus St. Pauli favorisierten vor 1933 die linken Vereine Fichte St. Pauli und Hansa 10, die beide dem Arbeitersportbund angehörten. Der FC hingegen war ein bürgerlicher und nationalistischer Verein," schreibt René Martens und belegt dies durch etliche markante Zitate aus der Vereinschronologie. Am liebsten hätte der "Alte Stamm" die linken Nestbeschmutzer aus dem Versammlungssaal und dem Verein geworfen. Wegen der nicht eindeutigen Mehrheitsverhältnisse und der Polarisierung auf der Versammlung zog Galczynski seinen Antrag ("nicht aus inhaltlichen Gründen") zurück. Wie in solchen Fällen üblich soll nun eine unabhängige Untersuchungskommission die Vorwürfe gegen Koch prüfen.

Unabhängig von diesem unbefriedigenden Ergebnis ist klar, daß sich die Forderung nach einer Stadionumbenennung nicht mehr unter den Tisch kehren läßt. Auch wenn der Verein aus "tausend Kompromissen" besteht (so Sven Brux), darf es in der Frage Umbenennung keinen Kompromiß geben. Es ist schon Armutszeugnis genug, daß es bei der regen Fanszene so lange gedauert hat, bis die Fakten auf dem Tisch lagen.

gw.

René Martens: FC St. Pauli - You'll never walk alone, Verlag Die Werkstatt, Göttingen 1997, 350 Seiten, 39,80 DM

16. Vier Jahre rechter Bombenterror. Österreich: Die Inszenierung des Einzeltäters Franz Fuchs

Autor: Hannes Hofbauer · Rubrik: Österreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:34

Am 1. Oktober 1997 wurde in der kleinen südsteirischen Gemeinde Gralla bei Leibnitz ein Mann verhaftet, der während einer Routinekontrolle der Polizei eine Rohrbombe gezündet hatte. Das Hölleninstrument zerfetzte ihm beide Hände und verletzte einen der kontrollierenden Gendarmen am Auge. Zwei Tage später ließ Innenminister Karl Schlögl verlauten, man habe mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit den langgesuchten Bombenbauer festgesetzt, der unter dem Namen "Bajuwarische Befreiungsarmee" ausländerfeindlich motivierte Attentate begangen hatte. Seither ist die politische Dimension einer Bombenserie, die vier Roma getötet und zwölf weitere ÖsterreicherInnen zum Teil schwer verletzt hatte, in den Hintergrund getreten. Die Justiz bereitet sich auf einen Indizienprozeß gegen den vermeintlichen Einzeltäter Franz Fuchs vor.

Beginnen wir am Ende der Geschichte: Franz Fuchs fuhr seit Tagen auffällig aggressiv durch sein Heimatdorf Gralla, wie die Nachbarn später berichten sollten. Am 1.10. verfolgte er mit seinem japanischen Wagen zwei Frauen, die sich auf den Weg ins nahe Slowenien machten, um dort die Kostenvorteile des West-Ost-Gefälles zu nützen und ihr Auto aufzutanken. Auf der Rückfahrt bedrängte Fuchs die beiden so herausfordernd, daß sie sich vorerst nicht getrauten auszusteigen. Der Ehemann einer der beiden Frauen wurde darauf aufmerksam und verständigte von zu Hause aus die Gendarmerie - ein durchaus ungewöhnlicher Vorgang in einem kleinen, verschlafenen Nest im bäuerlichen Südosten Österreichs. Franz Fuchs wartete in seinem Auto, öffnete dem nach den Fahrzeugpapieren fragenden Gendarmeriebeamten die Wagentür, stieg aus und zündete eine Rohrbombe, die er fest in beiden Händen hielt. Schwer verletzt wurde der Wahnsinnige festgenommen und abtransportiert. Alles sah danach aus, als ob hier ein Psychopath seinen eigenen Selbstmord geplant hätte, der aus technischer Unversiertheit mißlungen war - die Sprengkraft der Bombe war zu gering gewesen.

Tags darauf tauchen Spekulationen auf, bei dem festgenommenen Franz Fuchs könnte es sich um das "Bombenhirn" der seit vier Jahren tätigen "Bajuwarischen Befreiungsarmee" (BBA) handeln. Die Polizei findet in seinem Haus Schriftstücke der rechten Terrorgruppe sowie fünf weitere einsatzbereite Rohrbomben, eine davon als Sprengfalle im Blumentopf getarnt. "Er ist es!", titelte der Boulevard.

Die Bombenserie

Seit Dezember 1993 erschüttert eine rechtsextrem motivierte Anschlagserie die Alpen- und Donaurepublik. 25 Briefbomben wurden verschickt sowie drei Rohrbombenattentate durchgeführt, bei denen insgesamt vier Menschen ums Leben kamen und zwölf zum Teil schwer verletzt wurden. Begonnen hatte die Serie in der ersten Dezemberwoche 1993, als zehn Briefbomben an Personen verschickt wurden, die als ausländer- und integrationsfreundlich gelten. Der Wiener Bürgermeister Helmut Zilk war das prominenteste Opfer, die Explosion zerriß seine rechte Hand völlig. Weiterhin kamen ein steirischer Flüchtlingspfarrer, eine ORF-Mitarbeiterin aus der Minderheitenredaktion und die Sekretärin eines Anwaltsbüros, das einen islamischen Kulturverein vertrat, zu Schaden. Vieles deutete damals darauf hin, daß die zehn Briefbomben als "Rache" für die zehn Gefängnisjahre ausgesandt wurden, zu denen Neonazi-Führer Gottfried Küssel, der Nachfolger des an AIDS verstorbenen Michael Kühnen als Chef der "Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition" (VAPO), Ende September 1993 verurteilt worden war.

Vier weitere Briefbombenserien in den Jahren 1994 bis 1996 zielten unter anderem auf die Stiefmutter des Kurzzeit-Innenministers und betont ausländerfreundlich auftretenden Caspar Einem, das Flüchtlingshochkommissariat UNHCR in Wien, die schwarze TV-Moderatorin Arabella Kiesbauer in München, die Mutter des kroatischstämmigen Pop-Barden Kurt Ostbahn, den SPD-Vizebürgermeister Dietrich Szameit aus Lübeck, auf mehrere grüne österreichische Abgeordnete und einen slowenischen Kulturverein. 14 von 25 versandten scharfen Briefbomben explodierten, in mehreren Fällen war die Zündvorrichtung defekt, und eine Serie fiel noch im Aufgabebriefkasten der klirrenden Kälte zum Opfer, vier Briefe zerstörten sich dabei selbst.

Am 5.2.1995 wurden im burgenländischen Oberwart vier Roma Opfer einer tödlichen Sprengfalle, die unter einer Tafel mit der provokativen Aufschrift: "Roma zurück nach Indien" als Rohrbombe versteckt war. Am selben Tag explodierte eine mit weniger brisantem Sprengstoff gefüllte Bombe im nahen Stinatz, einer

kroatisch besiedelten Ortschaft. Ein Mitarbeiter des Umweltdienstes kam dabei zu Schaden. In Salzburg wurden zeitgleich 15 Rohrbombenattrappen in der Innenstadt ausgelegt - als wollten die Täter ihren rassistischen Diskurs mit Bombentechnik unterlegen: Grobkörniges, todbringendes Material für die Roma, feinen Sand für kroatische Burgenländer und bloßen Schrecken für die deutschsprachigen Landsleute. Schon davor waren einem Polizisten bei der Untersuchung einer Sprengfalle, die an der Außenwand des einzigen slowenischsprachigen Gymnasiums in Klagenfurt angebracht war, beide Hände weggerissen worden. Monatelang hatte die Polizei damals versucht, den Klagenfurter Anschlag dem Rotlichtmilieu zuzuordnen - nach dem Mord an vier Roma in Oberwart verschwand diese Theorie ohne großes Aufsehen in der Schublade.

Die Bekennerschreiben

Ein erstes eindeutig zuordenbares Bekennerschreiben datiert vom September 1994. Dieser sogenannte "Peterle"-Brief erging an den damaligen slowenischen Außenminister. Eine "Salzburger Eidgenossenschaft - Bajuwarische Befreiungsarmee" übernahm darin die Verantwortung für den Briefbombenterror. Darin aufgelistete "Volksfeinde" wie der Klagenfurter Verleger Lojze Wieser, der einen Monat später Adressat einer Nitroglyzerin-Sendung war, wurden nicht gewarnt. Wochenlang versuchten die Sicherheitsorgane im Herbst 1994, die Existenz dieses Bekennerschreibens - inklusive der vorhandenen Liste gefährdeter Personen - zu leugnen.

Die "Bajuwarische Befreiungsarmee" stellte sich in mehreren Schreiben als übergeordnete Organisation unabhängig voneinander agierender Kampftrupps dar, die sich Namen wie "Rüdiger Graf von Starhemberg", "Herzog Oadilo von Bayern" oder "Andreas Hofer" gaben. Ein 28seitiges Bekennerschreiben vom 7. Juni 1995 wurde in der Öffentlichkeit bekannt, mehrere Zeitschriften druckten große Teile davon ab. Das an den Anwalt von Nazi-Chef Gottfried Küssel adressierte Pamphlet war als Geschichtsunterricht zur Herstellung einer rechtsradikalen Öffentlichkeit gedacht. Das Konzept ging auf: Wochenlang diskutierte das ganze Land über die Heroen des österreichischen Deutschtums. Graf Starhemberg beispielsweise leitete im Jahre 1683 die Verteidigung der Stadt Wien gegen die Türken; ein Nachfahre gleichen Namens beteiligte sich 1923 als Austrofaschist am Hitlerputsch in München. "Dieses Land haben unsere Ahnen in fünfhundertjährigem Kampf erobert, als noch kein griechischer oder römischer Gelehrter jemals die Vokabel ‚Slawe` (= anständiger Österreicher und Demokrat) gehört hatte. Dieses Land hat 1500 Jahre lang uns gehört, und so soll es bleiben." Damit schließen die Autoren ihr ostmärkisches Bekenntnis.

Auch die Opfer wurden symbolträchtig ausgesucht. Es ist auffällig, daß dabei kein einziger Ausländer Ziel eines Anschlages geworden war. Die drei zahlenmäßig am stärksten vertretenen autochtonen ethnischen Minderheiten - Roma, Kroaten, Slowenen - bildeten hingegen die zentralen Attentatsziele der Terrorkampagne; ebenso Politiker, die für Integrationsmaßnahmen verantwortlich sind, oder öffentlich auftretende Personen, die in der Wahrnehmung der BBA "volksfeindlich" oder "volksfremd" agieren.

Die allermeisten der späteren Opfer traten kurz vorher im Fernsehen auf, um oft recht unspezifisch den einen oder anderen integrationsfreundlichen Satz ins Mikrophon zu sagen. Diese gezielte Beliebigkeit, mit der die Nazis ihre Opfer via Bildschirm aussuchten, stellte das Medium Fernsehen ex post ein zweites Mal in ihren Dienst. Nicht nur wurde breit und ausführlich über die Inhalte der BBA-Bekennerschreiben spekuliert, sondern auch darüber, warum die eine oder andere Sendung, der eine oder andere Auftritt eines späteren Briefbombenadressaten auslösend dafür war, um Ziel einer durchweg rassistisch motivierten Attacke zu werden. Diese "rechtsradikale Gegenöffentlichkeit" beinhaltete auch, daß die Opfer nicht nach einer bestimmten ideologisch begründbaren Hierarchie ausgesucht werden. Die Frauen importierende Partnervermittlerin aus Linz oder Arabella Kiesbauer - beide im Juni 1995 Adressatinnen von Briefbomben - sind sicherlich keine großen Antifaschistinnen, aber sie störten durch den Import ausländischer Mütter oder durch ihr Äußeres als Schwarze das Idealbild deutscher Rassenherrlichkeit.

Womit auch schon die inhaltliche Schwäche der BBA angesprochen ist. Ihr intellektueller Rassebegriff vom reinen Deutschtum ist in der heutigen österreichischen Gesellschaft schwer vermittelbar - auch deshalb, weil sich der Mainstream des Rassismus im Lande gegen wirtschaftliche und soziale Konkurrenten wie türkische und jugoslawische Gastarbeiter oder bosnische Flüchtlinge wendet. Der jenseits ökonomischer Rationalität liegende Rassenhaß, der sich abstrakt gegen historische Feinde und zahlenmäßig unbedeutende ethnische Minderheiten richtet, muß ohne die gängigen Bedrohungsmuster auskommen. Er geriert sich als rechtsradikale "Philosophie" mit Belehrungsanspruch.

Einzeltätertheorie versus rechte Verschwörung

Dieser ideologischen Verschrobenheit zum Trotz - oder vielleicht gerade wegen dieser - fand die BBA heimliche Sympathie bei Teilen der Sicherheitsorgane. Persönliche Verbindungen mögen dafür eine Voraussetzung gewesen sein, die Opferprofile taten ihr übriges. Im Mai 1993, also ein halbes Jahr vor der ersten Briefbombenwelle, tauchte in Wiener Polizeiämtern ein Flugblatt auf, in dem eine "Notwehrgemeinschaft der Sicherheitswachebeamten", die sich selbst das Kürzel "NS" gab, gewissen Personenkreisen ihre Schutzwürdigkeit absprach, weil sie für die "Umvolkung" Deutsch-Österreichs verantwortlich wären. Namentlich erwähnt waren Politiker, Anwälte, Historiker und Journalisten, die teilweise auch in späteren BBA-Bekennerschreiben wieder auftauchten. Im rechtsradikalen Jargon stand da zu lesen: "... sehen wir von der Notwehrgemeinschaft der Sicherheitswachebeamten (NS) uns außerstande, für die Sicherheit der Umvolkungspolitiker zu garantieren, da diese durch ihr verbrecherisches Handeln jede Schutzwürdigkeit ihrer Person verwirkt haben."

Dieses im Mai 1993 auf Polizeidienststellen kursierende Flugblatt nahm die Anschläge auf Integrationspolitiker vorweg. Ein halbes Jahr später verlor der Wiener Bürgermeister mit antifaschistischer Vergangenheit, Helmut Zilk, die linke Hand, als er daheim nichtsahnend einen Brief öffnete. "Wir wehren uns!", lautete die zynische Grußbotschaft am Ende des Textes. In einem ersten Interview nach dem Anschlag rief Zilk dazu auf, den neuen Anfängen rechtsradikaler Umtriebe zu wehren, indem er an Anschläge auf Telephonzellen erinnerte, mit denen illegale Nationalsozialisten während seiner Jugend in den 30er Jahren den anti-reichsdeutsch agierenden Austrofaschismus provozierten. Noch in derselben Nacht, als Zilk dieses Interview gab, explodierte eine Telephonzelle in einem Wiener Arbeiterbezirk. Die Atmosphäre war gespenstisch.

Polizeipannen, wie das Verschwinden eines Ordners mit Drohbriefen, den die grüne Klubchefin (entspricht dem Amt einer Fraktionsvorsitzenden, ak) Madeleine Petrovic den Sicherheitsorganen zwecks sprachwissenschaftlicher Untersuchung zur Verfügung gestellt hatte, oder das monatelange Verschweigen der Existenz von Bekennerbriefen durch den Sicherheitsdirektor ließen im linken und kultur-liberalen Milieu ein Gefühl der Angst entstehen. Niemand wußte mehr, wieweit die Bombenbauer der BBA mit Teilen der Polizei oder des militärischen Geheimdienstes HNA (Heeresnachrichtenamt) zusammenarbeiteten. Interne Kenntnisse aus den jeweils aktuellen Fahndungen tauchten unvermutet in kurzen Bekennerschreiben auf; selbst die Namen von Fahndern wurden darin der Presse indirekt zugespielt. Die Möglichkeit einer Verschwörung stand im Raum, Historiker diskutierten in seriösen politischen Magazinen ganz offen darüber.

Mit der Verhaftung des Franz Fuchs Anfang Oktober 1997 änderte sich dies schlagartig. Der neue sozialdemokratische Innenminister vom rechten Parteiflügel, Karl Schlögl, der seinen Amtsvorgänger, den integrationsfreundlichen Caspar Einem, abgelöst hatte, postulierte nach Rücksprache mit seinem Sicherheitsdirektor Michael Sika die Einzeltätertheorie. Der 48jährige Franz Fuchs soll für die 25 Briefbomben, die Rohrbombenmorde, die Bekennerschreiben und alle begleitenden Maßnahmen allein verantwortlich sein. Ausschlaggebend für diese Behauptung sind in der Hauptsache technische Übereinstimmungen der Rohrbomben von Oberwart, mit der vier Roma getötet wurden, mit der von Gralla, die Franz Fuchs selbst schwer verletzte. Dem gegenüber steht zwar ein Bekenntnis des 48jährigen Wasserbautechnikers, Mitglied der BBA zu sein, jedoch nur in untergeordneter Funktion als "kleines Rädchen", wie er sich ausdrückte. Und tatsächlich haben die Ermittler bis heute keine Bombenwerkstatt gefunden, in der die beschlagnahmten Rohrbomben gebaut hätten werden können. Auch das umfangreiche historische Wissen, wie es in den Bekennerbriefen zum Ausdruck kommt, wird Franz Fuchs nicht zugetraut.

Der Untersuchungshäftling wird als im Kern unpolitisch beschrieben, kommt aus einem sozialdemokratischen Elternhaus und soll - so die Boulevardpresse - aus enttäuschter Liebe zu einer Slowenin, die ihn vor mehr als 10 Jahren verlassen hat, zum "Ausländerfeind" geworden sein. Unbestritten sind seine technischen Fähigkeiten auf physikalischem und chemischem Gebiet. Gearbeitet hat der als verschlossen geltende Mann im Rahmen kleinerer Elektrizitätsprojekte in Kärnten und der Steiermark. Viel Geld hat er damit nicht verdient. Warum sein Sparbuch bei der Einsicht des Untersuchungsrichters dennoch mit stattlichen Summen ausgestattet war, erklärt das Inneministerium wenig glaubhaft mit Spekulationsgewinnen an der Börse.

Warum die Behörden trotz sichtbarer Mängel an der Einzeltätertheorie festhalten, hat mehrere Gründe. Zum ersten ist sie praktisch. Ein isoliertes technisches Genie, psychotisch veranlagt und offensichtlich bereit, sich in selbstmörderischer Absicht in die Luft zu sprengen, kommt als Staatsfeind gerade richtig. Er läßt all die als

echt ausgewiesenen Bekennerschreiben und ihre rassistischen und deutsch-österreichisch-tümelnden Inhalte mit einem Schlag vergessen. Die chemische Zusammensetzung des verwendeten Wassers, die Substrate des Nitroglyzerins allein werden bedeutend; und mit ihnen kennen sich die Herren Laboranten im Polizeidienst aus.

Es ist fraglos wichtig, sich den technischen Perfektionen des oder der Täter auf die Spur zu setzen. Ganz offensichtlich hat Franz Fuchs etwas mit den Bombenanschlägen zu tun. Die Frage bleibt: Konnte er die ganze Kampagne allein ausführen? Die von den Fahndern zu Rate gezogenen Historiker und Szenekenner sagen nein. Weder war ein Mensch allein in der Lage, die verschiedenen Opfer und ihre Profile auszukundschaften, noch ist es wahrscheinlich, daß technisches und historisches Wissen, zweiteres ohne Studium und ausreichende Bibliothek, einem einzigen Kopf entspringen. Allein die Frage, wie ein Mann mittlerer Statur ohne Hilfe die schwere Rohrbombe zum Tatort nach Oberwart hat bringen können, droht die Einzeltäterthese zu sprengen. Daß die Behörden dennoch von ihr ausgehen, macht stutzig. Denn mit jedem Tag, der seit der Verhaftung von Franz Fuchs vergangen ist, könnten Spuren, die ins polizeiliche oder geheimdienstliche Milieu geführt hätten, verwischt worden sein.

Auch der Druck von links läßt mit der Einzeltätertheorie nach. Jeder und jede kann sich nun selbst ein Bild machen von dem Wirrkopf, der vier Jahre lang die österreichische Innenpolitik radikalisiert hatte. Tatsächlich: die Einsicht in die Einzeltäterschaft ist für einen geübten Österreicher verlockend. Das Radikale wäre nicht politisch, sondern psychotisch. Und der Befund eines Gerichtsmediziners ist vielen im Lande lieber als eine politische Debatte über den Rechtsterror, der in so mancher Zelle der Sicherheitsorgane auf womöglich mehr als klammheimliche Zustimmung stößt.

Hannes Hofbauer

17. Vereinigte Linke im Doppelpack. Spaniens "Izquierda Unida" ist gespalten

Autor: Dirk Hempel · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:20

Manuel Fraga Iribarne, ein Aushängeschild der alt-franquistischen Rechten Spaniens bleibt weiterhin Ministerpräsident in Galizien. Seine Partei, die "Partido Popular" (1), dessen Ehrenpräsident er ist, fuhr bei den örtlichen Wahlen am 19. Oktober exakt denselben Stimmenanteil ein wie vor vier Jahren: 52,1 Prozent. Der 75jahrige "Don Manuel", der schon zu Regierungszeiten Francisco Francos einen Botschafterposten und ein Ministeramt bekleidete, wird damit wohl vier weitere Jahre Landeschef des nordwestspanischen Galiziens bleiben. Ein Posten, den er bereits seit 17. Dezember 1989 innehat.

Für Manuel Peña Rey, den Kandidaten der Vereinigten Linken "Esquerda Unida - Izquierda Unida" (2), fiel das Ergebnis des Urnengangs weit weniger positiv aus: Ganze 13.950 Stimmen konnte die Formation des 59 Jahre alten Arztes für sich verbuchen. Ein Anteil von mageren 0,87 Prozent. 1982 erhielt die Kommunistische Partei (3) hier bei spanienweiten Wahlen noch knapp 1,3 Millionen Stimmen. Allerdings mußte Peña Reys Gruppierung gegen eine ähnlich lautende Linksformation antreten: die "Esquerda Unida - Esquerda Galega" (4).

Im Gegensatz zur von ihr abgespaltenen EU-IU war die mit EH-EG abgekürzte Konkurrenz jedoch nicht mit einer eigenständigen Liste angetreten. Statt dessen hatte sie sich im Rahmen eines Bündnisses zur Wahl gestellt. Zusammen mit der PSdeG (5) und "Os Verdes" (6) wollte man "Don Fraga" seinen Ministerpräsidentensessel streitig machen. Ein Reinfall in doppelter Hinsicht: Mit etwas mehr als 310.000 Stimmen (19,40 Prozent) erhielt das Bündnis bei einer höheren Wahlbeteiligung sogar weniger Stimmen als 1993 allein die PSdeG. Bei den letzten Wahlen hatten zusammengerechnet noch über 27 Prozent der Wählenden für die drei Partnerparteien votiert. Gleichzeitig führte die diesjährige Allianz zur Spaltung in EU-EG und EH-IU.

Galizischer Olivenbaum

Etwa zwei Jahre vor den galizischen Regionalwahlen hatte die Nationalversammlung - laut Statut das höchste Gremium der damals noch geeinten "Esquerda Unida" - nämlich "jegliche feste oder generelle Allianz mit der aktuellen Politik von PSdeG-PSOE" abgelehnt. Mit der regionalen Vertretung der PSOE (7), die unter Felipe González zu dieser Zeit das Land regierte, sollte demnach allerhöchstens in einzelnen Sachfragen zusammengearbeitet werden.

Ansonsten gelte es aber den Sozialisten eine Opposition von links entgegenzusetzen. Nachdem die konservative PP im März 1996 als Sieger aus den spanienweiten Wahlen hervorging und González durch Jóse Maria Aznar López ersetzt wurde, änderte die EU allerdings ihre Strategie.

Angeführt von Anxo Guerreiro wurde vom galizischen Linksbündnis nun der Pakt mit den Sozialdemokraten angestrebt. Die Wahlen vom 19. Oktober, so Guerreiro im Vorfeld, seien "eine historische Chance für Galizien und für die Linke, ein wichtiger Wendepunkt zur Überwindung jener Hindernisse, die die Linke spalten". So verhandelte Guerreiro mit der PSdeG und den galizischen Grünen über ein Olivenbaum-Bündnis nach italienischen Vorbild. Am 12. Mai dieses Jahres wurde man sich einig und beschloß die Kandidatur als Listenverbindung.

Für Peña Rey und seine Gefolgschaft ein klarer Verstoß gegen den Beschluß vom November 1995. Sie forderten eine außerordentliche Nationalversammlung zur Abstimmung über die neue Strategie und reichten mehr als 300 Unterschritten ein, die dies unterstützten. Das laut Statuten erforderliche Drittel der Mitgliedschaft - in der EU sind rund 1.300 Leute organisiert - zur Beantragung einer außerordentlichen Versammlung verfehlte man jedoch. Guerreiro sah deshalb wenig Anlaß, den von ihm eingeschlagenen Kurs zu ändern.

Nach etwa zwei Monate weitete sich der regionale Konflikt zur spanienweiten Krise der Vereinigten Linken aus. Julio Anguita, die Nummer eins der IU, setzte der galizischen Führung ein Ultimatum zur Einberufung einer außerordentlichen Nationalversammlung. Die Parteibasis dürfe schließlich nicht außen vor gelassen werden. Daß zwischenzeitig schon fast alle Ortsverbände, sowie der Politische Rat der "Esquerda Unida" den Koalitionsbeschluß abgesegnet hatten, interessierte den heute 56 jährigen dabei nicht. Mit dem Projekt einer

"ökosozialistischen Alternative" von PSdeG, EU und den Grünen zu Fraga war Anguita nicht einverstanden, weil letztendlich nur die Sozialisten davon profitieren würden.

Am 13. September reiste Julio Anguita, zugleich auch Chef der PCE, ins galizische Santiago de Compostela, um die Kandidatur von Manuel Peña Reys und dessen EU-IU zu unterstützen. Rückhalt erhielt er dabei von zehn Regionalvorsitzenden der "Izquierda Unida", die ein Manifest zur "Unterstützung von Julio Anguita" unterzeichneten. Darin bemängeln sie angebliche Versuche, eine Debatte unter den Mitgliedern der Organisation zu verhindern, sowie eine "Demoralisation" der sozialen Basis. Die Anguita-Anhänger zielen damit auf jene Politiker ab, die sich hinter die Bündnispolitik Guerreiros stellen und Julio Anguita einen diktatorischen Führungsstil vorwerfen oder von mangelnder innerorganisatorischer Demokratie sprechen.

Zu diesen gehören beispielsweise Diego López Garrido, Generalsekretär der "Demokratischen Partei der Neuen Linken" (8) oder seine Parteikollegen Martin Berriolope und Juan José González, die IU-Vorsitzenden von Kantabrien und Kastillien-La Mancha. Auch Rafael Ribó, Vorsitzender der "Iniciativa per Catalunya" (9), und Albert Taberner, die Nummer eins der "Esquerra Unida del País Valencià", (10) unterstützten die Linie der EU-EG. Wie diese sind beide Organisationen der IU angegliedert, gelten jedoch als eigenständig.

IU-weite Differenzen

Genau an dieser Konfliktlinie erfolgte am 27. September dieses Jahres die Spaltung der bis dahin Vereinigten Linken. Auf Antrag Julio Anguitas widerrief der Politische Rat der Organisation den Pakt mit EU-EG sowie der "Initiative für Katalonien", schloß die PDNI als Organisation aus der IU aus und enthob die regionalen Führungen in Kantabrien und Kastillien-La Mancha ihres Amtes. Die Ausgeschlossenen wiederum planen nun ein gemeinsames neues Linksbündnis als Alternative zur "Izquierda Unida".

Die Auseinandersetzungen um die richtige Wahltaktik in Galizien ist allerdings nur der Anlaß, keineswegs aber die Ursache der erfolgten Spaltung. Schon seit etlicher Zeit gibt es Differenzen über Strategie und Inhalte der Organisation. Die jetzt ausgeschlossene PDNI verstand sich als Erneuerungsfraktion. So richtet López Garrido den Vorwurf an Anguitas PCE: "Sie hat es nicht verstanden, sich fortzuentwickeln, sich zu modernisieren und auch nicht, sich neue Forderungen anzueignen". Statt Fundamentalopposition setzt die PDNI auf Realpolitik.

Das macht sich bei verschiedensten Themen bemerkbar: So gelten PDNI und IC als Befürworter der europäischen Union. Gegen das EURO haben sie nichts, solange dem Projekt ein europaweites Sozialprogramm zur Seite gestellt wird. Der PCE hingegen will davon nichts wissen. In Sachen Arbeitsgesetzgebung stellen sich die Linksrealisten auf die Seite der sozialdemokratischen Gewerkschaften und setzen auf Verhandlungen unter den Sozialpartnern. Der PCE bevorzugt hingegen Mobilisierungskampagnen zur Durchsetzung besserer sozialer Standards, steht damit in Spanien aber auf ziemlich verlorenem Posten. Ähnliches gilt für eine Neuregelung des spanischen Rentensystems, die von den Gewerkschaften mit der Regierung ausgehandelt wurde. PDNI/IC bewerten das Übereinkommen positiv, während die PCE auf organisierte Massenproteste setzt.

Größtes Konfliktpotential stellt jedoch die Aufarbeitung der vergangenen 13 Regierungsjahre von Felipe González dar. In den Augen der Kommunisten sind zahlreiche Korruptionsfälle, die Morde der staatlichen Todesschwadrone GAL und die neoliberale Wirtschaftspolitik während der PSOE-Regierungszeit willkommene Möglichkeiten, die IU als einzige wirkliche linke Kraft Spaniens herauszustellen und so zu etablieren - gerade in Abgrenzung zur González-Partei. Die Sozialisten müßten "sich offen zu ihren Fehlern bekennen; jene, die sich aus öffentlichen Kassen bedient haben, von Ämtern ausschließen". Falls die PSOE nicht von der neoliberalen Wirtschaftspolitik Abstand nehme, so das PCE-Parteiblatt Mundo Obrero, wäre eine Zusammenarbeit nicht denkbar. So wird von PCE-Kräften immer wieder eine politische Aufarbeitung der Vergangenheit eingefordert, hingegen vertrauen PDNI und IC auf die spanische Justiz. Julio Anguita nicht so richtig: Erst Ende August hatte er den Generalstaatsanwalt und einen vorsitzenden Richter am höchsten spanischen Gerichtshof der "Manipulation" bezichtigt, den Richter einen "mutmaßlichen Verbrecher" genannt und damit landesweites Entsetzen hervorgerufen.

Für PDNI und IC ist die PSOE hingegen potentieller Bündnispartner gegen die Konservativen. Die IC hat sich so mit der PSC (11) bereits auf eine gemeinsame Kandidatur bei den Regionalwahlen im kommenden Jahr geeinigt. Auch die PDNI strebt eine Regierungsbeteiligung nach italienischem oder französischem Vorbild an. Seine Partei, erklärt López Garrido, sehe sich dabei zwischen den "Utopisten" der PCE und den "extremen

Realisten der PSOE". Auf keinen Fall wolle man bloßer Mehrheitsbeschaffer der Sozialisten sein, so der 50 jährige Madrileño.

Alte Konflikte

werden aktuell

Der gesamte Konflikt ist übrigens älter als die "Izquierda Unida" selbst. Bereits Anfang der Achtziger Jahre gab es in der PCE einen ähnlichen Streit um eine "Erneuerung" der kommunistischen Positionen. Eine Reihe von Parteiausschlüssen folgte, davon betroffen war unter anderem Cristina Almeida, heute PDNI-Vorsitzende und Parlamentsabgeordnete. Auffällig ist, daß neben Almeida, die meisten PDNI-Funktionäre ehemalige KP-Mitglieder sind.

Als sich vor über elf Jahren die "Izquierda Unida" zusammenfand, war Almeida eine der Mitgründerinnen und arbeitete damit de facto wieder mit jener Partei zusammen, die sie zuvor rausgeschmissen hatte.

Zunächst setzte die IU 1986 auf den kleinsten gemeinsamen Nenner: Das Nein zur NATO-Mitgliedschaft Spaniens. Diese hatte die PSOE einst abgelehnt, sich beim Referendum vom 12. März 1986 aber für den Verbleib im Militärpakt ausgesprochen. Aus der Mobilisierung für das "No" entstand die "Izquierda Unida" als pluralistische linke Kraft. Für die PCE war das auch als Möglichkeit gedacht, zurückgehende Wahlergebnisse aufzufangen, nachdem man Ende der 70er/Anfang der 80er teilweise sehr hohe Stimmenanteile erreicht hatte. Beim letzten Urnengang vor der IU-Gründung konnte die PCE aber nur noch 3,6 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen.

Die jetzige Spaltung ist also im Prinzip von Beginn an vorprogrammiert, nahm ihren konkreten Anfang jedoch erst im April 1992, als sich innerhalb der IU-Führung eine Gruppe von Kritikern zusammenfand, unter ihnen auch Almeida, die eine stärkere realpolitische Orientierung forderten und sich dann im vergangenen Jahr als Partei formierten. Ausschlußgrund war letztendlich aber nicht der realpolitische Ansatz der PDNI.

Beizeiten neigt der PCE nämlich selbst zu solchen Anwandlungen. Schon 1984 beispielsweise konstituierte sich unter der Leitung Julio Anguitas, damals Bürgermeister von Córdoba, in Andalusien die Wahlplattform "Izquierda Unida - Convocatoria por Andalucia" (12), der auch die Grünen der südspanischen Region angehören. Mittlerweile beteiligt sich die Formation seit Mai 1996 gemeinsam mit der dortigen PSOE unter Ministerpräsident Manuel Chaves und der regionalistischen "Partido Andalucista" (13) an der andalusischen Regierung. Paradox, daß auch der aktuelle IU-CA-Vorsitzende Antonio Romero zu den Unterzeichnern des Manifestes zur Unterstützung seines Duz-Freundes Anguita gehört. Verärgert hat dem KP-Chef vermutlich, daß Anxo Guerreiro ihn nur telefonisch von der kurz bevorstehenden Vereinbarung mit PSdeG und "Os Verdes" unterrichtet hatte. Hatte Anguita bis dahin immer alle Fäden der Organisation in seiner Hand gehabt, war das schon fast eine offene Rebellion.

Arg verstoßen haben PDNI, IC und EU-EG in der Tat gegen einen ungeschriebenen Grundsatz der Vereinigten Linken: Daß der PCE den gesamten Laden dominiert. Durch die inhaltlich sehr ähnlichen Positionen der "Neuen Linken", der "Initiative für Katalonien" und der "Vereinigten Linken Galiziens" geriet Anguitas Thron mächtig ins Wanken. Dazu kommt, daß die "Realos" von der sozialistischen Presse des Landes - allen voran der Tageszeitung El País - bewußt hochgepuscht wurden, um Anguita und dessen "orthodoxe" Anhänger unter Druck zu setzen.

Andererseits war ein Teil des PCE von Beginn an darauf aus, die innerorganisatorischen Gegner entweder kleinzukriegen oder aus der IU hinauszutreiben. Immer wieder wurde der Vorwurf laut, die PDNI-Leute seien "submarinos", U-Boote der PSOE. Der zentrale Madrider Sitz der Vereinigten Linken weigerte sich gegenüber Pressevertretern oft genug, Gespräche zu PDNI-Mitgliedern durchzustellen und bis zuletzt weigerte sich der Politische Rat der IU, den Parteienstatus der Neuen Linken anzuerkennen.

Der Ende September erfolgte Rausschmiß wird allgemein als Notbremse Anguitas gewertet. Im Dezember steht nämlich der 5. Kongreß der "Izquierda Unida" an und der gelernte Lehrer will erneut für den Vorsitz kandidieren. Der Ausgang des Wahlgangs galt als nicht unbedingt gesichert. Bis zum Machtwort vom 27. September.

Seitdem steht einer Wiederwahl Anguitas nichts und niemand mehr im Wege. Das ursprüngliche Projekt Vereinigte Linke mußte allerdings dran glauben.

Dirk Hempel

1) Partido Popular (PP), konservative "Volkspartei", derzeit in Spanien an der Regierung.

2) Esquerda Unida - Izquierda Unida (EU-IU), beides heißt "Vereinigte Linke" (ersteres ist allerdings galizisch, letzteres spanisch).

3) Partido Comunista de España (PCE), Kommunistische Partei Spaniens.

4) Esquerda Unida - Esquerda Galega (EU-EG), galizisch für "Vereinigte Linke - Galizische Linke".

5) PSdeG, "Sozialistische Partei Galiziens", galizischer Ableger der PSOE.

6) Os Verdes, galizisch für "Die Grünen".

7) Partido Socialista Obrero Español (PSOE), "Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens".

8) Partido Democrático de la Nueva Izquierda (PDNI), "Demokratische Partei der Neuen Linken".

9) Iniciativa per Catalunya, katalanisch für "Initiative für Katalonien".

10) Esquerra Unida del País Valencià (EU-PV). valencianisch für "Vereinigte Linke des Landes Valencia".

11) Partit Socialista de Catalunya (PSC), katalanisch für "Sozialistische Partei Kataloniens".

12) Izquierda Unida - Convocatoria por Andalucia (IU-CA), "Vereinigte Linke - Projekt für Andalusien".

13) Partido Andalucista (PA), "Andalusische Partei".

18. Der Prozeß gegen Herri Batasuna. Statt Verhandlungen setzt die spanische Regierung auf Repression

Statt Verhandlungen setzt die spanische Zentralregierung auf Repression

Autor: Solikomitee Ramos Vega · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:32

Vom 6. Oktober bis zum 5. November 1997 standen in Madrid 22 Mitglieder des Führungsgremiums der baskischen Partei "Herri Batasuna" (HB) vor Gericht. Ihnen wurde der Prozeß gemacht, weil sie einen Vorschlag der ETA für den Frieden im Baskenland publiziert hatten - "Zusammenarbeit mit einer bewaffneten Vereinigung" befand die Staatsanwaltschaft und forderte für die Angeklagten jeweils acht Jahre Gefängnisstrafe. Nach dem Ende des Prozesses bleiben den Richtern des Obersten Gerichtshofes nun 15 Tage, bis sie, laut gesetzlicher Frist, spätestens am 20. November, nach Redaktionsschluß dieses ak, das Urteil verkünden müssen.

Obwohl vom juristischen Standpunkt aus alles für einen Freispruch spricht, ist eine Verurteilung nicht unwahrscheinlich: Die spanische Regierung und die Massenmedien haben den Prozeß gegen HB zu einem politischen Tribunal gegen die baskische Linke gemacht und, bis hin zu Strafmaß und Urteilsbegründung, detailliert ihre Erwartungen geäußert. Dem Prozeß vorausgegangen war eine propagandistische Kampagne gegen HB, die immer mehr in eine Mobilisierung des spanischen Nationalismus gegen alles Baskische umschlug. Daß ausgerechnet ein Friedensvorschlag als "terroristisch" abgeurteilt werden soll und daß das Plädoyer des Staatsanwaltes zu einer Brandrede gegen das baskische Selbstbestimmungsrecht und für die Unteilbarkeit Spaniens geriet, sagt viel über die Vorstellungswelt der konservativen Regierung der "Partido Popular" (PP) und damit auch über die Zukunft des bewaffneten Konfliktes um das Baskenland.

Tribunal gegen Friedensverhandlungen

HB ist eine legale Partei, die im Baskenland etwa 14 % der Stimmen, das sind 180.000 WählerInnen, erreicht. Sie stellt insgesamt 600 Abgeordnete, StadträtInnen und BürgermeisterInnen. Auch unter den Angeklagten befinden sich sieben Abgeordnete des baskischen Regionalparlaments. Anlaß für die Anklage war, daß HB im Frühjahr 1996 ihre Wahlkampfsendezeit in Radio und Fernsehen dazu nutzen wollte, einen Friedensvorschlag der ETA an die spanische Regierung auszustrahlen. Nachträglich kamen noch zwei Pressemitteilungen dazu, die HB nach tödlichen Anschlägen der ETA herausgegeben hatte, sowie ein angeblich internes HB-Dokument, daß in einer Tageszeitung veröffentlicht worden war. Diese Texte spielten jedoch eine untergeordnete Rolle.

Es ging wohlgemerkt nicht darum, daß HB durch das Publizieren des ETA-Videos "Werbung" für die bewaffnete Organisation betrieben habe. Dieser Straftatbestand existiert in dem im Dezember 1995 neugefaßten Strafgesetzbuch gar nicht mehr. Vielmehr sollen "ETA und die legale Führung von HB anläßlich der Wahlen vom 3. März 1996 eine gemeinsame Strategie mit dem Ziel entwickelt haben, daß erstere mit den Mitteln letzterer ihre Vorstellungen und Ziele an die Öffentlichkeit bringen kann ... mit diesem gemeinsamen Ziel vor Augen haben die Repräsentanten der jeweiligen Organisationen ETA und HB einen Plan betreffend der besonderen Rollen, die jede Seite einnehmen sollte, ausgearbeitet", so die Staatsanwaltschaft.

Zwei der drei Nebenklägerinnen, die Familie des von ETA getöteten PSOE-Politikers Fernando Mujica und die PSOE, schlossen sich der Strafforderung von acht Jahren an, während die "Vereinigung der Opfer des Terrorismus" die Angeklagten zu jeweils 22 Jahren wegen "Mitgliedschaft in ..." und zugleich "Zusammenarbeit mit einer bewaffneten Vereinigung" verurteilt sehen will.

Der 1996 kriminalisierte Wahlspot ist ein kurzer Ausschnitt aus einem bereits am 26. April 1995 unter dem Titel "Demokratische Alternative" von ETA veröffentlicht 20minütigen Videofilm. Drei vermummte und bewaffnete ETA-Mitglieder fordern darin im Namen ihrer Organisation die spanische Regierung auf, in einer Verpflichtungserklärung das Selbstbestimmungsrecht des baskischen Volkes und die territoriale Integrität des Baskenlandes anzuerkennen.

Auf diese Erklärung solle, so ETA, eine Diskussion über die Zukunft des Baskenlandes in allen Sektoren der baskischen Gesellschaft beginnen und schließlich in eine demokratische Abstimmung münden. Um den

demokratischen Charakter des Prozesses zu garantieren, müsse es zuvor eine Generalamnestie für die ca. 550 Gefangenen und ca. 2.000 Flüchtlinge sowie einen Rückzug der spanischen Sicherheitskräfte geben, was einen sofortigen und unbefristeten Waffenstillstand der ETA zur Folge hätte. Die Konfliktparteien sollen sich vorab verpflichten, die Ergebnisse und Folgen der Abstimmung zu respektieren. ETA kündigte für diesen Fall ihre Auflösung als bewaffnete Kraft an.

HB unternahm ab dem Sommer 1995 große Anstrengungen, um eine gesellschaftliche Diskussion über diesen Friedensvorschlag zu organisieren. Die "Demokratische Alternative" wurde in Gewerkschafts- und Stadtteilversammlungen, Universitäten, sozialen Organisationen vorgestellt und öffentlich debattiert. HB lud alle Parteien und Gewerkschaften des Baskenlandes sowie spanische wie internationale Organisationen zu Gesprächen über den Vorschlag ein.

Als HB im Februar 1996 dem spanischen Fernsehen einen Ausschnitt des ETA-Videos als ihren Wahlspot aushändigte, ließ das Oberste Gericht in allen HB-Lokalen Hausdurchsuchungen durchführen und den Parteisprecher Jon Indígoras verhaften. Es wurde allerdings kein einziges Exemplar des inkriminierten Videos gefunden. Indígoras gab an, die letzten Exemplare seien der damals sozialdemokratischen Regierung und der damals noch oppositionellen PP von Aznar zugesandt worden - mit der Bitte, darüber nachzudenken.

Ende Juni 1996 erinnerte ETA die Regierung an die "Demokratische Alternative" und ließ für eine Woche die Waffen ruhen. Der neue Innenminister Mayor Oreja bezeichnete noch am gleichen Tag den Waffenstillstand als "Falle für die demokratischen Parteien" und, so geheißen, lehnten jene den Vorschlag der ETA endgültig ab. ETA antwortete mit einer Bombenkampagne an der Mittelmeerküste.

Im Februar 1997 ließ der Oberste Gerichtshof alle Mitglieder der HB-Führung vorladen und, nachdem sie nicht erschienen waren, verhaften - bis auf Eugenio Aranburu: Er war am Tag nach der Vorladung erhängt aufgefunden worden. Zehntausende protestierten am 15. Februar 1997 in Bilbao gegen die Verhaftungen und den Tod von "Txo". Die baskische Polizei eröffnete das Feuer, Dutzende DemonstrantInnen blieben mit Schußverletzungen liegen. Am 16. April 1997 wurden die Führungsmitglieder freigelassen, nachdem HB insgesamt über eine Million DM Kaution bezahlt hatte. Am 30. April 1997 schließlich wurde die Anklage erhoben, die im Oktober in Madrid verhandelt wurde.

Der erste Prozeßtag begann mit einer Demonstration vor dem gründlich gesicherten Gerichtsgebäude im abgeriegelten Zentrum von Madrid. Etwa 100 Mitglieder der als Nebenklägerin auftretenden "Vereinigung der Opfer des Terrorismus" und Mitglieder faschistischer Parteien verbrannten unter den Augen der versammelten Medienöffentlichkeit baskische Fahnen und ließen die Todesschwadrone GAL hochleben. Als ein Sprecher der Demonstranten trat Ricardo Ynestrillas auf. Er war 1990 wegen des Mordes an dem HB-Abgeordneten Josu Muguruza zu einer Strafe von 95 Jahren verurteilt, aber schon nach einigen Jahren auf freien Fuß gesetzt worden.

Im Gerichtssaal beantragte die Verteidigung zunächst die Ablehnung des Vorsitzenden Richters. Zum einen sei das Gericht von Ministerpräsident Aznar und Innenminister Mayor Oreja mehrfach öffentlich aufgefordert worden, ein hartes Urteil zu sprechen. Außerdem sei die Tochter des Vorsitzenden Richters, eine Polizistin, erst kürzlich zur Leiterin der Arbeitsgruppe "Herri Batasuna" der Staatsschutzabteilung des Innenministeriums ernannt worden. Die Verteidigung führte weiter aus, daß zwei der Beisitzer gegenüber der Presse gesagt hätten, daß sie mit einer Verurteilung rechnete.

Danach lehnte die Verteidigung die von der Staatsanwaltschaft als "unabhängige Sachverständige" benannten Guardia-Civil-Mitarbeiter mit dem Argument ab, einer der Gutachter habe an der Folterung eines baskischen politischen Gefangenen teilgenommen. Die Anträge wurden in - für Verhältnisse der spanischen Justiz - beispielloser Geschwindigkeit abgelehnt, der Prozeß im Anschluß um eine Woche vertagt. Am nächsten Prozeßtag stellte die Verteidigung weitere Anträge, u.a. auf Nichtzulassung eines 200seitigen Gutachtens eines anonymen Guardia-Civil-Mitarbeiters, mit dem die Staatsanwaltschaft die HB-ETA-Connection beweisen wollte. Das Gericht vertagte, ohne eine Entscheidung zu fällen, um eine weitere Woche.

Internationale Beteiligung

Durch die Prozeßverschleppung verhinderte das Gericht die ständige Präsenz der 27 JuristInnen, Vorsitzenden von Menschenrechtsorganisationen und PolitikerInnen aus 13 Ländern, die am Prozeß als

internationale BeobachterInnen teilnahmen bzw. teilnehmen wollten. Aus der BRD waren die PDS-Abgeordneten Winfried Wolf und Marion Seelig angereist. Positiv hingegen war, daß die Richter zumindest einen beträchtlichen Anteil der knapp 30 von der Verteidigung benannten Sachverständigen und ZeugInnen genehmigte, während der Ablehnung des Guardia-Civil-Mannes durch die Verteidigung stattgegeben wurde.

Der Chefredakteur der linken baskischen Tageszeitung egin, die am ersten Prozeßtag noch einmal die "Demokratische Alternative" veröffentlicht hatte, sagte aus, daß sich die Zeitung keinerlei Anklagen wegen der Publikation von ETA-Texten eingehandelt habe. Ein Dutzend Vorsitzender von baskischen Parteien, Gewerkschaften und Friedensinitiativen sowie Universitätsprofessoren bezeugten, daß sie bereits vor der Existenz des Wahlspots den Video auf Einladung von HB gesehen und diskutiert hatten - damit sollte bewiesen werden, daß HB bereits vor dem Wahlkampf im Frühjahr 1996 und auf eigene Entscheidung den Vorschlag verbreitet hatte. Mehrere der Zeugen bezichtigten sich selbst, die "Demokratische Alternative" vertrieben zu haben.

Kommunikationswissenschaftler und Soziologen der baskischen Universität sowie ein Madrider Medienforscher analysierten daraufhin als unabhängige Sachverständige den Inhalt des Videos. Sie stellten fest, daß der Film lediglich den Friedensvorschlag erkläre und keinen Aufruf zum bewaffneten Kampf oder zur Unterstützung von ETA enthalte. Die Aussagen internationaler Sachverständiger wurden nur teilweise und in schriftlicher Form zugelassen. Ein uruguayischer Abgeordneter der Linkskoalition "Frente Amplio" und ein Mitglied der Verhandlungskommission der irischen "Sinn Fein" betonten aus ihrer Erfahrung die Notwendigkeit von Friedensverhandlungen und der Veröffentlichung aller Vorschläge.

Der argentinische Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel schilderte, daß er auf die Bitte von HB hin kurz nach der Veröffentlichung des Friedensangebotes als Vermittler tätig geworden sei. Er habe in ständigem Kontakt mit der in Santo Domingo befindlichen ETA-Verhandlungskommission und der spanischen Regierung gestanden und vergeblich versucht, eine Annäherung zu erwirken. Er sei der festen Überzeugung, daß HB einen authentischen Frieden anstrebt, während die konservative PP nach ihrem Wahlsieg den Kontakt zu ihm sofort kappte und so ein Zeichen gegen die Verhandlungslösung setzte.

Plädoyer gegen ein unabhängiges Baskenland

Eine "Zusammenarbeit" von HB und ETA, wie sie in der Anklageschrift geschildert worden war, konnte die Staatsanwaltschaft nicht beweisen. Am Ende blieb ihr nur noch die schlichte Existenz des Videos als "Beweis". Trotzdem und wie erwartet blieben Staatsanwaltschaft und Nebenklägerinnen bei ihren Strafforderungen. Im Gegensatz zu den Beweisen waren ihre Plädoyers allerdings handfest. Der Staatsanwalt forderte das Gericht auf, sich auf die politische Übereinstimmung zwischen ETA und HB zu konzentrieren, weil es so klarer werde, daß sie ein- und dasselbe seien. Ihr gemeinsames Ziel - Selbstbestimmung für das baskische Volk - sei mit der spanischen Verfassung unvereinbar, laut Artikel 8 werde die Einheit Spaniens durch die Armee garantiert.

Die Botschaft, das Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht sei Terrorismus, rief den einhelligen Protest der baskischen Parteien hervor. Die Staatsanwaltschaft hatte kein Blatt vor den Mund genommen, sondern offen in das Horn des spanischen Nationalismus, wie ihn Regierungschef Aznar versteht, geblasen: "Spanien - einig, groß und frei".

Die Regierung und besonders der zum beliebtesten Mann Spaniens avancierte Innenminister hatten den Prozeß langfristig vorbereitet. Das einschneidende Ereignis in diesem Zusammenhang waren die großen Demonstrationen nach dem Tod des Stadtrates Miguel Blanco im Juli diesen Jahres. Der Regierung war es dabei gelungen, ihr Ziel, die Isolierung von HB, zur Hauptforderung der Demonstrationen zu machen, um im Anschluß den Richtern des Obersten Gerichtshofes mitteilen zu können, was Spanien von ihnen erwartet: "Die juristischen Autoritäten müssen auf der Höhe der Erwartungen der Zeit sein, wenn sie mit HB-Repräsentanten umgehen. Sie müssen den Geist des Gesetzes so anwenden, wie es die Bürger verlangen", und konkreter: "acht Jahre sind zu wenig", so der Innenminister eine Woche nach der Erschießung des Stadtrates durch ETA.

Debatte in der

baskischen Linken

Unbeachtet von der internationalen und spanischen Öffentlichkeit analysierten die verschiedenen Sektoren der baskischen Linken in einer breiten Debatte mit knapp 200 Beiträgen in einer eigenen Rubrik der Tageszeitung egin die politische Situation nach dem Tod des Stadtrates. Die strategischen Vorschläge bezüglich der bündnispolitischen Möglichkeiten, der Ausrichtung des bewaffneten Kampfes und des Zusammenwirkens beider lagen weit auseinander: Manche warnten vor der sozialen Konfrontation innerhalb der baskischen Gesellschaft und forderten eine stärkere Orientierung auf breite Bündnisse gegen den Kurs der Isolierung HBs, andere forderten eine Verschärfung des Kampfes gegen die "spanische" Ideologie in der baskischen Gesellschaft.

Einigkeit herrschte in der Einschätzung der Großdemonstrationen gegen ETA: Begriffe wie "neuer Faschismus" und "antibaskischer Rassismus" kamen fast in jedem Beitrag vor. Die Einheit von Regierung und Regierten, die Gleichschaltung der Medien und der Intellektuellen, die Verfolgungsjagden gegen HB-AnhängerInnen werden von der baskischen Linken nicht ganz zu Unrecht als Ausdruck eines erstarkenden spanischen Nationalismus mit tendenziell faschistischen Zügen betrachtet.

Nur wenige jedoch wiesen in der Debatte darauf hin, daß eine zentrale Organisation der baskischen Linken, ETA, dieser Entwicklung durch die Erschießung von Miguel Blanco zum Durchbruch verholfen hatte. "ETA wirkte am Aufbau der spanischen Nation mit", so ein einsamer Kritiker.

Eines ist nach den Ereignissen im Sommer diesen Jahres klar geworden: Die angestrebten Verhandlungen und ein baldiges Ende des Konfliktes sind nicht in Sicht. Es wird härter werden, und zwar unabhängig davon, was für Konsequenzen die baskische Linke aus diesen Ereignissen mittelfristig ziehen wird. Das zeigt nicht zuletzt der Prozeß gegen "Herri Batasuna".

Solidaritätskomitee

Benjamin Ramos Vega

19. Bougainville - Siberstreif am Horizont. Waffen schweigen - Kriegsparteien reden wieder miteinander

Autor: Vo · Rubrik: Papua-Neuguinea · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:10

Gegenwärtig wird einmal wieder ein Anlauf gemacht, den nunmehr bereits neun Jahre währenden Krieg auf Bougainville, über den ak regelmäßig berichtet hat (s. zuletzt ak 402 und 405), zu beenden und zu einer Friedenslösung zu kommen. Seit dem Sommer haben sich mehrfach Vertreter der Kriegsparteien zu Gesprächen auf Neuseeland getroffen, und für den Januar 1998 werden Verhandlungen auf höchster Ebene angepeilt. Dennoch bleibt Skepsis angebracht, sind doch in den letzten Jahren bereits mehrfach ähnlich hoffnungsvolle Ansätze zur Kriegsbeendigung gescheitert.

Noch im Frühjahr dieses Jahres sah es so aus, als ob eine Beendigung des Krieges auf Bougainville in absehbarer Zeit undenkbar wäre. Ein Versuch der Zentralregierung Papua-Neuguineas (PNG) unter dem damaligen Premierminister Chan, mit Hilfe ausländischer Söldner die Bougainville Revolutionary Army (BRA), die für die Unabhängigkeit der Insel kämpft, zu zerschlagen und die Panguna-Kupfermine, um die der Krieg ganz wesentlich geführt wird, zurückzuerobern, scheiterte kläglich: Massenproteste der Bevölkerung PNG's, unterstützt von Teilen der kriegsmüden papuanischen Armee, führten zum Sturz der Regierung und der Ausweisung der Söldnertruppe (s. ak 402). Das stärkte indirekt die Position der BRA, die ohnehin durch entscheidende militärische Erfolge gegen die Streitkräfte der Zentralregierung im Sommer 1996 in die Offensive gekommen war. Die Truppen der Zentralregierung waren offensichtlich demoralisiert und nicht mehr zu größeren militärischen Operationen in der Lage. Aber sie saßen gleichwohl immer noch auf der Insel, und die BRA war nach wie vor nicht stark genug, sie vollends zu vertreiben, zumal letztere nach wie vor von Australien militärisch unterstützt wurden. So drohte sich der Krieg, dem mittlerweile mehr als 10.000 Menschen (bei einer Gesamtbevölkerung Bougainvilles von rund 160.000 Einwohnern) zum Opfer gefallen sind, auf niedriger Stufenleiter endlos fortzuschleppen. Die BRA kontrollierte die ländlichen Gebiete des Südens und des Zentrums der Insel, die Regierungstruppen den Norden, die Nachbarinsel Buka und die größeren Ortschaften.

Bewegung in die erstarrten Fronten kam durch die Wahlen in PNG im Juni, die Abwahl der Regierung Chan und den Amtsantritt einer neuen Regierung unter Premierminister Bill Skate im Juli, in der sich eine merkwürdige Koalition der alten Chan-Leute und neuer Kräfte aus dem Lager der Nichtregierungsorganisationen und Parteien, die zuvor die Massenproteste gegen die Söldner getragen hatten, zusammenfand (s. ak 405). Diese Regierung bekannte sich zu einer "friedlichen Lösung" auf Bougainville, und um diesen Beteuerungen Nachdruck zu verleihen, wurde erstmals ein Bougainville-Minister eingesetzt, der sich ausschließlich mit dieser Frage befassen soll (dabei handelt es sich um den aus Bougainville stammenden Abgeordneten des papuanischen Parlaments Sam Akoitai), und es wurde geduldet, daß sich Vertreter der mit der Zentralregierung kollaborierenden Provinzregierung Bougainvilles (Bougainville Transitional Government - BTG) zu Gesprächen mit den Aufständischen zusammenfanden.

Auch die BRA und ihr politischer Zweig, das Bougainville Interim Government (BIG), waren zu solchen Gesprächen bereit. Man war nach der Veränderung der Machtverhältnisse in PNG willens, den Friedenswillen der neuen Kräfte auszutesten. Dazu hat sicher nicht zuletzt ein Prozeß persönlicher Vertrauensbildung zwischen dem Führer der Aufständischen, Francis Ona, und dem Abgeordneten John Momis, einem der "großen alten Männer" der Politik Bougainvilles und PNG's, beigetragen (Momis ist Bougainvillean und vertritt die Insel seit der Gründung PNG's 1975 im papuanischen Nationalparlament). Momis war Anfang Juni bei einer Wahlkampfveranstaltung auf Bougainville von einer BRA-Einheit gekidnappt und in Onas Hauptquartier gebracht worden. Dort haben Momis und Ona tagelang miteinander geredet, und schließlich ist Momis von der BRA nach 16 Tagen wieder freigelassen worden. Momis und Ona äußerten danach, daß sie von der Aufrichtigkeit und dem Bestreben des anderen, zu einer friedlichen Lösung des Konflikts zu kommen, zutiefst überzeugt seien und daß sie gemeinsam alles daran setzen würden, eine solche Lösung tatsächlich herbeizuführen.

Auch wenn es Momis und seiner Partei, der Melanesian Alliance, nicht gelang, in der neuen Regierungskoalition vertreten zu sein, so hat er doch offensichtlich gewissen Einfluß auf die Politik der

Regierung Skate in Sachen Bougainville. Dieser Einfluß kann in Richtung auf Verhandlungsbereitschaft wirken.

Der "Geist von Burnham"

Durch die Vermittlung und die Guten Dienste Neuseelands kam es im Juli und Oktober zu Gesprächen zwischen den Kriegsparteien. Vom 13. bis zum 15. Juni hatte es ein erstes informelles Treffen zwischen Vertretern des BIG, des BTG und der neuseeländischen Regierung in Neuseeland gegeben. Bei diesem Treffen wurden die Bedingungen für eine offizielle Gesprächsrunde zwischen BIG und BTG festgelegt. Diese fand vom 5. bis zum 18. Juli - also noch vor der Regierungsbildung in PNG am 22.7. - in Burnham, einer Basis der neuseeländischen Streitkräfte in der Nähe Christchurchs statt und endete mit der Unterzeichnung der sog. "Burnham Declaration" am 18. Juli. An den Gesprächen nahmen nicht nur Repräsentanten von BIG/BRA und BTG teil, sondern auch Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, traditionelle Clan-Führer und vor allem auch Frauen aus verschiedenen Organisationen. Insgesamt waren rund 70 Bougainvilleans bei den Gesprächen zugegen. Die Zentralregierung PNG's und ihre Streitkräfte waren dagegen nicht repräsentiert. Die neuseeländische Regierung hatte für den sicheren Transport aller GesprächsteilnehmerInnen gesorgt und stellte die Infrastruktur, nahm aber selber an den Gesprächen nicht teil.

Von allen TeilnehmerInnen wurde "der Geist von Burnham" sehr gelobt; allenthalben wurde bekundet, daß man sich näher gekommen sei und wieder Vertrauen zueinander gefaßt habe. Die zum Abschluß der Gespräche verabschiedete Erklärung wurde daher auch als ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einer dauerhaften Friedenslösung allseits begrüßt. In der Erklärung wurde vor allem festgehalten: der Wille zu Einheit und Versöhnung der verschiedenen politischen Kräfte Bougainvilles; die Einleitung eines Verhandlungsprozesses zwischen den Führern Bougainvilles und der Regierung PNG's; die Einladung einer UN-Friedenstruppe nach Bougainville; ein Waffenstillstand auf Bougainville, sobald die Friedenstruppe eingetroffen ist; Demilitarisierung der Insel, insbesondere Abzug der papuanischen Streitkräfte und Aushändigung der Waffen der Bougainvilleans an die Friedenstruppen; Aufhebung der über die Insel verhängten Blockade; Vorkehrungen, die es den Menschen auf Bougainville erlauben, "frei und demokratisch als ein Volk ihr Recht wahrzunehmen, ihre politische Zukunft zu bestimmen". Unterzeichnet wurde die Burnham Declaration am 18. Juli von Joseph Kabui, Vizepräsident des BIG und Leiter der BIG/BRA-Delegation, Sam Kauona, Oberbefehlshaber der BRA und Martin Miriori, internationaler Repräsentant des BIG sowie Gerard Sinato, Premier des BTG und Leiter der BTG-Delegation, sowie schließlich John Momis und Sam Akoitai (der wenig später Bougainville-Minister in der Regierung Skate wurde).

Als Zeichen des guten Willens ließ die BRA wenige Tage nach der Erklärung von Burnham fünf Soldaten der Regierungstruppen, die im September 1996 gefangen genommen worden waren, frei. Sie wurden von einem neuseeländischen Kriegsschiff übernommen und in ihre Heimat gebracht. Die neue papuanische Regierung begrüßte die Burnham Declaration und erklärte sich am 22.8. bereit, an weiteren Gesprächen teilzunehmen. Bei einem Besuch auf Bougainville und Buka am 23.8. bekannte sich der neue Premier Skate ausdrücklich zu einer friedlichen Lösung des Bougainville-Konflikts. Allerdings erklärte er nur wenige Tage später (am 28.8.) die Unabhängigkeit Bougainvilles für "nicht verhandelbar".

Ein großer politisch-diplomatischer Erfolg von BIG/BRA war der Besuch des neuseeländischen Außenministers McKinnon auf Bougainville Ende August. McKinnon ging auch in das von der BRA kontrollierte "freie Bougainville" und sprach dort in Roveinang mit Spitzenvertretern von BIG und BRA. Gleichwohl blieb die politische Führung der Aufständischen skeptisch, insbesondere Francis Ona, der insbesondere auf dem politischen Ziel der vollständigen Unabhängigkeit Bougainvilles insistierte. Insgesamt kann jedoch gesagt werden, daß die Burnham-Gespräche vom Juli zu einer deutlichen Verbesserung des politischen Klimas auf Bougainville und zwischen den Kontrahenten führten. Allenthalben griff der Wille zu einem friedenspolitischen Durchbruch Platz.

Burnham II

In dieser Atmosphäre kam es dann auch im Oktober zu einer neuen Gesprächsrunde in Burnham. An Burnham II nahm nunmehr auch eine hochrangige offizielle Delegation aus PNG teil. Sie wurde geleitet vom Chef des Büros des Premierministers, Robert Igara, und auch der gegenwärtige Oberbefehlshaber der

papuanischen Streitkräfte, General Niua (auch bekannt als "Schlächter von Bougainville") war dabei. Insgesamt nahmen diesmal rund 100 Delegierte an den Gesprächen teil, darunter auch zahlreiche örtliche Kommandeure der BRA und der von den papuanischen Streitkräften gegen die BRA aufgestellten bougainvilleanschen "Resistance Forces". Bemerkenswert war auch, daß der Nachbarstaat Solomonen durch eine hochrangige Delegation vertreten war; sie hatte eigentlich nur Beobachter-Status, doch wurde ihr Leiter von allen Delegierten gebeten, als neutraler Dritter die Gespräche zu leiten.

Ergebnis der vom 1.-10.10. währenden Burnham II-Gespräche war die Erklärung einer auf 90 Tage befristeten Waffenruhe auf Bougainville (Burnham Truce). Während dieser Zeit, nicht später als bis zum 31.1.1998, soll es zu Verhandlungen zwischen den höchsten politischen Führern beider Seiten kommen, bei denen über einen formalen Waffenstillstand, die Friedenstruppe für Bougainville und die Demilitarisierung der Insel entschieden werden soll. Die Erklärung zur Waffenruhe vom 10.10. wurde nicht nur von den politischen und militärischen Spitzen der Parteien, also Miriori, Kauona, Igara und Nuia, sondern auch von den lokalen Kommandeuren der BRA und der Resistance unterzeichnet, was ihre Verbindlichkeit und praktische Implementierbarkeit zweifellos erhöht.

In Folge von Burnham I und II soll in diesen Tagen eine weitere Gesprächsrunde beginnen, auf der das Spitzentreffen für Januar 1998 vorbereitet werden soll. Gleichzeitig wird gegenwärtig auf Bougainville an der praktischen Umsetzung der Waffenruhe gearbeitet - offensichtlich mit einigem Erfolg. Auf der ganzen Insel läuft eine "peace awareness campaign"; aus vielen Inselteilen werden lokale Versöhnungszeremonien und Friedenstreffen, an denen sich Kämpfer von BRA und Resistance, papuanische Soldaten und Polizisten und die örtliche Bevölkerung beteiligen, gemeldet. Vielerorts werden lokale und regionale "Friedenskomitees" gebildet. Auch hat bereits - wie bei Burnham II verabredet - eine kleine "Monitoring Group", die die Einhaltung der Waffenruhe beobachten soll, die Insel besucht (sie besteht allerdings derzeit noch lediglich aus australischen und neuseeländischen Offizieren). Die Blockade der Insel und die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der Bevölkerung wurden weitgehend aufgehoben; die Menschen können sich seit Jahren erstmals wieder ungehindert zwischen BRA-kontrollierten und Regierungstruppen-kontrollierten Gebieten bewegen.

Dubiose Rolle Australiens

Auch die australische Regierung hat den Burnham-Prozeß begrüßt und ihre Unterstützung zugesagt. Für die zweite Gesprächsrunde im Oktober hatte Australien den Transport der Delegierten übernommen. Offensichtlich versucht die australische Regierung, einen Fuß in den Prozeß zu bekommen, nachdem er zunächst ohne sie - wohl aber mit neuseeländischer Hilfe - angelaufen war.

Australien ist ein zentraler Akteur für das Kriegsgeschehen auf Bougainville. Es hat jahrelang die papuanische Zentralregierung massiv unterstützt; die papuanischen Truppen wären ohne die Militärhilfe Australiens überhaupt nicht in der Lage gewesen, den Krieg auf Bougainville zu führen. Australisches Interesse ist Erhalt des Staates PNG in der Gestalt, wie er aus australischer kolonialer Abhängigkeit 1975 entlassen worden war, und Sicherung der Kapitalverwertungsinteressen der australischen Bergwerkskonzerne in PNG, darunter auch des Bergbaumultis CRA/RTZ (Conzinc Riotinto of Australia, Rio Tinto Zinc), der vor Kriegsausbruch auf Bougainville eine der weltgrößten Kupferminen betrieben hatte.

Allerdings scheint auf australischer Seite zur Zeit die Erkenntnis handlungsleitend, daß eine "militärische Lösung" des Problems nicht zu erreichen ist. Das hat sie auch in Widerspruch zur alten Regierung Chan gebracht: Die australische Regierung hat das Söldner-Abenteuer abgelehnt und in gewisser Weise auch sabotiert (die Öffentlichkeit erfuhr aus australischen Geheimdienstquellen über die Söldner-Pläne). Und jetzt verfolgt sie eine Linie der Unterstützung der "friedlichen Lösungsbemühungen". Bemerkenswert ist, daß sich der australische Außenminister Downer Ende August erstmals zu offiziellen Gesprächen mit einem Vertreter des BIG getroffen hat und es seither regelmäßige Kontakte zwischen BIG und australischem Außenministerium gibt, was einer faktischen Anerkennung der Aufständischen gleichkommt, die in den Jahren zuvor als "kriminelle und terroristische Elemente" denunziert worden waren.

Doch bleibt Skepsis gegenüber der australischen Haltung allemal angebracht. Beteuerungen australischer Regierungsvertreter, daß es Australien lediglich um Frieden und Menschenrechte gehe und daß das Problem der Mine private Angelegenheit der Minenbetreiber sei, sind hochgradig unglaubwürdig. Auch die Tatsache,

daß just nach Burnham II Australien und PNG ein neues Militärabkommen geschlossen haben, stimmt nachdenklich. Zwar haben australische und papuanische Regierung beteuert, daß dies nichts mit Plänen zu einer Neuaufnahme des Krieges auf Bougainville zu tun habe und daß australische Militärs allenfalls zu Zwecken des zivilen "Wiederaufbaus" oder als Teil einer internationalen Friedenstruppe nach Bougainville gehen würden. Doch muß das auf seiten der Aufständischen mit Mißtrauen betrachtet werden. Schließlich haben BIG/BRA mit Australien bisher sehr schlechte Erfahrungen gemacht, nicht zuletzt auch beim vorletzten Versuch einer Friedenslösung für Bougainville im Herbst 1994, als eine damals aufgestellte internationale Friedenstruppe entgegen der ursprünglichen Vereinbarungen total vom australischen Militär dominiert worden war. Etwas Ähnliches werden sich BIG/BRA nicht noch einmal bieten lassen.

Gleichwohl steht das Problem, daß man Australien als Vormacht der Region und als wichtigste Stütze PNG's irgendwie in einen Friedensprozeß einbeziehen muß, wenn dieser auf Dauer erfolgreich sein soll. Und es ist auch klar, daß eine internationale Friedenstruppe kaum ohne eine gewisse australische (logistische) Unterstützung auskommen wird. Denn diese Friedenstruppe wird weitgehend von den pazifischen Nachbarn Bougainvilles und PNG's gestellt werden müssen (die UN sind allenfalls zu einer Art "Schirmherrschaft" zu gewinnen) - und die sind allein zur Durchführung einer solchen Mission nicht in der Lage. Angesichts dessen wäre zu wünschen, daß sich Neuseeland, welches nicht so negativ belastet ist wie Australien und keine Interessen an der Panguna-Kupermine hat, weiterhin in einem Friedensprozeß engagiert. Jedenfalls wird es auf seiten von BRA/BIG großes politisch-taktisches Geschick brauchen, um mit dem Problem erfolgreich umzugehen.

Und schließlich sollte nicht vergessen werden, daß - selbst wenn der Burnham-Prozeß weiterhin positiv verläuft und es zu einem dauerhaften Waffenstillstand und zu einer international kontrollierten Demilitarisierung der Insel sowie zu substantiellen Verhandlungen zwischen den Kriegsparteien kommt - die zentralen politischen Fragen immer noch einer Lösung bedürfen: die Frage der Selbstbestimmung der Bevölkerung von Bougainville über ihre politische Zukunft, die Frage der Unabhängigkeit Bougainvilles, die Frage eines diesbezüglichen Referendums und die Frage der Kupfermine. Es wird viel Geduld und einen langen Atem brauchen, diese Fragen zu klären. "Unmelanesische Hast" jedenfalls wäre völlig unangebracht und kontraproduktiv.

Vo

20. "Ich bin diesem Land etwas schuldig." Interview mit Ruth Deutsch de Lechuga, Mexico

Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:15

Anfang 1939 emigrierte Ruth Deutsch de Lechuga mit ihrer Familie aus Wien nach Mexico City. Mexico war das einzige Land, das 1938 offiziell im Völkerbund gegen den "Anschluß" Österreichs an Deutschland protestiert hatte. Einzigartig war auch Mexikos Solidarität mit antifaschistischen EmigrantInnen. Den Flüchtlingen der Spanischen Republik gewährte es nach Ende des Bürgerkrieges ohne weitere Formalitäten Asyl.

Die 1920 in Wien geborene Ruth Deutsch de Lechuga blieb auch nach Kriegsende in Mexico, wo sie 1946 ihr Medizinstudium abschloß. Zwischen 1965 und 1979 führte sie ein eigenes medizinisches Labor. Schon seit ihrer Ankunft in Mexico galt ihr Interesse den kulturellen Traditionen ihres Aufnahmelandes. Sie wurde eine bekannte Anthropologin und Fotografin und gilt als Expertin für mexikanische Volkskunst. Eine der größten Maskensammlungen Lateinamerikas befindet sich in ihrem Besitz, außerdem ein Fotoarchiv mit über 20.000 Negativen und eine Sammlung von Webarbeiten.

Im Gegensatz zu vielen anderen EmigrantInnen, die glauben, sich aus Dankbarkeit für die Aufnahme aus der Politik Mexicos heraushalten zu müssen, engagiert sich Ruth Deutsch de Lechuga in der 1989 gegründeten oppositionellen "Partei der Demokratischen Revolution" (PRD). Die PRD konnte vor kurzem einen wichtigen Sieg erringen, der möglicherweise der erste Schritt hinsichtlich eines Machtwechsels in Mexico ist. Im Juli erhielt die PRD bei den Bürgermeisterwahlen von Mexico City fast 50 Prozent der Stimmen. Ihr Kandidat Cuauthémoc Cárdenas wird damit als erster von der Bevölkerung direkt gewählter Bürgermeister sein Amt im Dezember antreten.

Mit Ruth Deutsch de Lechuga sprach Ulrike Schätte im Mai diesen Jahres, als der Ausgang der Wahl noch ungewiß war.

Ruth, Sie waren 18 Jahre alt, als Hitler im März 1938 Österreich annektiert hat. Wie erinnern Sie sich an dieses Ereignis?

Ich war damals eigentlich noch sehr kindlich. Ich habe alles so selbstverständlich genommen, mir ist nicht in den Sinn gekommen, daß so eine große Umwälzung stattfinden könnte. Am Tag des Anschlusses habe ich die Wiener absolut nicht wiedererkannt. Im allgemeinen sind die Leute dort ziemlich zurückgezogen und leben in ihren Häusern. Sie auf der Straße jubeln zu sehen, war ein großer Schock, denn man hat sofort gesehen, daß von diesem Moment an das Leben anders sein wird. Soweit es möglich war, habe ich danach "normal" weitergelebt in dem Sinn, daß ich noch Matura gemacht habe, was sich später als großer Vorteil herausgestellt hat, denn dadurch bin ich schon mit etwas Abgeschlossenem hergekommen.

Vor der Kristallnacht im November 1938 ist mein Vater gewarnt worden, deshalb hat er sich versteckt gehalten, und meine Mutter hat noch gearbeitet. Zu Hause waren also nur mein Bruder, der vier Jahre jünger ist als ich und der wirklich noch ein Kind war, und meine Großmutter, eine alte Dame. Ich war die einzige mehr oder weniger Erwachsene, und so hat man mich in das Hauptquartier mitgenommen, das in dem Gebäude war, in dem ich die Volksschule besucht habe. Es war natürlich ein Schock, da hinzukommen. Ich habe die Schreibmaschine meiner Familie mitnehmen müssen, was damals etwas sehr Großartiges war. Die haben sie dort behalten. Aber sie haben nicht so recht gewußt, was sie mit mir anfangen sollten; denn wo mein Vater war, habe ich wirklich nicht gewußt. Es waren auch meine Schulkolleginnen dort - ich bin in eine Mädchenschule gegangen, wie das damals so üblich war - und das war wieder ein Schock zu sehen, daß alle Nazis waren. Sie haben mich angespuckt und mich zum Vergnügen die Stiegen aufreiben lassen. Doch dann ist es Ihnen zu dumm geworden, und sie haben mich losgelassen. Ich bin dann wieder nach Hause gegangen, und das war alles.

Haben Sie den Antisemitismus als junges Mädchen in Österreich schon vorher bewußt wahrgenommen?

Nein, eigentlich nicht. Da meine Familie nicht religiös war, habe ich ja selber nicht gewußt, worin der Unterschied besteht, ein Jude zu sein oder nicht zu sein.

Warum sind Sie ausgerechnet nach Mexico emigriert?

Meine Mutter hat einen Bruder gehabt, der schon lange hier war und der uns die Möglichkeit verschafft hat, herzukommen. Es war damals nicht leicht, irgendwohin auszuwandern. Unsere ganze Familie ist gekommen: mein Vater, meine Mutter, mein jüngerer Bruder, meine Onkel, Tanten, Kusinen, Cousins. Und sogar meine Großmutter konnte, zwar ein bißchen später als wir, noch herkommen. Wir sind mit dem Schiff von Holland aus, von Vlissingen, gefahren.

Nach der Kristallnacht hatten wir im Dezember 1938 den Versuch gemacht, illegal über die Grenze nach Holland zu gehen, weil wir nicht verstanden haben, warum es solange gedauert hat, die Papiere von hier zu bekommen. Man hat uns erwischt, und wir sind zurückgeschickt worden, aber wir konnten meinen Bruder, der noch nicht fünfzehn war, in einem Heim für Flüchtlingskinder lassen. Wir anderen Familienmitglieder sind dann wieder nach Wien zurückgefahren und haben bei meiner Großmutter, die dort noch eine Wohnung hatte, unser Visum gefunden. Wir sind ohne weiteres wieder nach Wien zurückgekommen, aber wir hatten Angst, daß man uns an der Grenze einsperren würde. Es war nicht so, Gott sei Dank.

Wir haben gleich die Auswanderung erneut betrieben. Die Möbel hatten wir schon lange vorher nach Mexico geschickt. Wir haben dann ein Transitvisum für Holland bekommen, was uns erlaubte, für eine gewisse Zeit dort zu sein und das Schiff zu erwarten. Wir waren ungefähr eine Woche in Amsterdam und haben meinen Bruder abgeholt. Das war nicht leicht, mein Vater hat ziemlich kämpfen müssen, denn sie wollten ihn nicht zurückgeben.

Mit dem Schiff sind wir nach New York gekommen, wo wir zwei Wochen geblieben sind. Eine Nacht mußten wir in Ellis Island bleiben, wie alle Flüchtlinge. Aber wir konnten uns das damals absolut nicht erklären; wir hatten ein Durchreisevisum, und für uns kam es gar nicht in Frage, dort zu bleiben, denn das wäre nicht legal gewesen.

Von New York aus sind wir mit dem Zug nach Mexico gefahren. An der Grenze hat man uns natürlich aussteigen lassen; wir waren 24 Stunden in Ladero. Schließlich sind wir hier angekommen und von unseren Verwandten abgeholt worden. Sie hatten schon eine kleine Wohnung für uns gemietet. Es war eigentlich alles normal und ohne große Aufregung.

Es ist uns dann eine Zeitlang nicht so sehr gutgegangen. Das Geld ist ausgegangen, es war nicht leicht, hier ein neues Leben anzufangen. Wir haben alle kein Wort Spanisch gekonnt. Mein Vater hat Stunden genommen, aber ich nicht. Ich habe das Spanische praktisch gelernt.

Ich habe mich sehr rasch eingewöhnt, weil ich hier in die Schule gegangen bin. Später habe ich Medizin studiert. Von Anfang an habe ich Freundschaften mit den Mexikanern geschlossen. Die Kultur und die damaligen politischen Verhältnisse in Mexico haben mich sehr beeindruckt, weil es hier eine wirkliche Demokratie gab. Wir haben im faschistischen Europa mit der Angst gelebt, umgebracht zu werden. Hier hatten wir die Freiheit, uns auszusuchen, was wir machen wollten und unser Denken auszudrücken. Es war damals weniger als ein Jahr her, daß das Öl nationalisiert worden ist - das war eine große Tat. All das hat mich sehr zu Hause fühlen lassen. Gleichzeitig habe ich sofort verstanden - was mich heute sehr wundert, weil ich doch recht jung war -, daß es eine ganz andere Kultur ist, und daß man sie nicht an österreichischen oder europäischen Standards messen kann. Ich habe mich darauf eingestellt, zu verstehen und zu lernen und wie eine Mexikanerin zu denken. Ich habe einen Mexikaner geheiratet, und es ist mir eigentlich nie in den Sinn gekommen zurückzugehen. Es war mir selbstverständlich, ein anderes Leben hier anzufangen.

War es denn damals für Ihren Onkel so einfach, Ihnen und Ihrer Familie ein Visum zu besorgen?

Nein, wir haben natürlich Geld geschickt, aber es war politisch doch ganz anders als heutzutage in Mexico. Es war die Zeit von Lázaro Cárdenas, der politische oder rassische Flüchtlinge aufgenommen hat. Es war viel leichter. Man hat auf jeden Fall den unteren Behörden dafür zahlen müssen, aber von der Regierung aus war es erlaubt, und nach fünf Jahren konnte man Mexikaner werden, was heutzutage fast unmöglich ist. Es ist ganz anders hier heutzutage.

Der Unterschied zwischen Arm und Reich war damals nicht so groß wie jetzt. Die Armen waren nicht so arm und vor allem gab es mehr Hoffnung. Der Zapatismus war noch etwas ganz Aktuelles. Die Leute haben ihr Land mit Stolz bebaut, sie waren keine Sklaven mehr, was sie heute wieder sind - auch wenn sie rechtlich frei

sind. Die Mittelklasse ist inzwischen auch betroffen. Noch vor fünfzehn bis zwanzig Jahren konnte man mit einer Anstellung recht gut leben, aber heutzutage muß man schon ein bißchen die Centavos zusammenhalten.

Als Sie damals angekommen sind, standen Sie in Kontakt zu anderen Emigrantinnen und Emigranten?

Ja, da war eine Gruppe - ich weiß nicht mehr, wie die hieß - wir haben zusammen Ausflüge gemacht, und die Älteren haben kulturelle Verantaltungen gemacht. Mein Vater und mein Onkel waren im Heine-Klub ziemlich engagiert. Damals sind interessante Leute hergekommen, die später aber wieder zurückgegangen sind.

Nachdem ich dann bald auf die Universität gegangen bin - ich habe Medizin studiert -, habe ich rasch einen mexikanischen Kreis gefunden. Das hat sich so ergeben. Das war mir nicht einmal bewußt, aber ich finde doch, daß es das Richtige war. In einem Ghetto zu leben, ist schlimm genug, sich ein eigenes Ghetto aufzustellen, nur weil man nicht mit anderen Leuten verkehrt und ein Leben lang steckenbleibt in dem, was man in der Jugend gehabt hat, ist schlimmer. Es ist eine unnütze Begrenzung.

Wie ist es Ihrer Familie hier in Mexico ergangen?

Mein Vater war Kaufmann, hat aber nie ein eigenes Geschäft geführt. Er ist in irgendeine große Firma hineingekommen. Meine Mutter hat gearbeitet, so lang sie konnte. Sie hat nicht sehr gut Spanisch gesprochen. Sie hat das Nötige gelernt, um sich zu verständigen, aber ihre Sprache ist immer das Deutsche geblieben. Sie hat dann als Kassiererin im Geschäft eines Österreichers gearbeitet. Sie ist bald gestorben, sie war krank.

Mein Vater hat sich schon früher von ihr geschieden und wieder geheiratet. Er hat dann die Arbeit aufgegeben, weil er eine recht gute Kompensation bekommen hat. Er hat es geschafft, ein bißchen Geld zu machen, sie waren wirkliche Lebenskünstler. Mein Vater ist 1991 im Alter von 96 Jahren gestorben, meine Stiefmutter lebt noch. Ich sehe sie auch ziemlich häufig. Sie ist mein Band zur deutschen Sprache, sonst habe ich überhaupt keine Gelegenheit, Deutsch zu sprechen.

Mein Bruder war zunächst lange in Mexico. Später hat er ein Stipendium für Deutschland bekommen. Er ist Chemie-Ingenieur und hat sich auf Glas spezialisiert. Nach seiner Rückkehr nach Mexico hat er mit anderen zusammen eine große Glasfabrik aufgebaut. Vor achtzehn oder neunzehn Jahren ist er dann nach New York ausgewandert, weil er eine Möglichkeit hatte, dort zu arbeiten, und weil seine Frau Amerikanerin ist. Jetzt lebt er dort, aber er hat lange Zeit hier gelebt und war auch sehr mexikanisch. Er ist auch heute noch Mexikaner und lebt mit einer Greencard, d.h. er kann arbeiten, aber er hat sich nicht nationalisiert, obwohl er es hätte tun können.

Sie haben in Mexico Medizin studiert und auch lange in diesem Beruf gearbeitet. Was waren die Gründe für Ihre Berufswahl?

Das war eigentlich ein Zufall. Mein Onkel war Doktor, und der Vater seiner Frau , der als erster hergekommen ist, war auch Doktor. Nachdem ich immer nur von Medizin umgeben war, schien es mir ganz selbstverständlich, Medizin zu studieren. Es war auch ein Zufall, daß ich ein klinisches Laboratorium gehabt habe. Denn seit dem zweiten Studienjahr - sechs Jahre waren es insgesamt - habe ich sehen müssen, wie ich Geld verdiene. Uns ist das Geld halt ausgegangen. Irgendein Bekannter hat einen Herrn Pils gekannt, der im amerikanischen Spital das Laboratorium geführt hat. Man hat mich ihm vorgestellt, und er hat Hilfe gebraucht. So habe ich das gelernt. Es war mir dann selbstverständlich, daß ich diese Arbeit weitermache, das einzige, in dem ich wirklich spezialisiert war. Ich habe lange im Laboratorium von Pils gearbeitet, später habe ich mein eigenes gehabt.

Sie haben erzählt, daß Sie einen ehemaligen mexikanischen Mitschüler geheiratet haben. Ist Ihr Mann schon vor langer Zeit gestorben?

Er ist schon lange tot, aber es ist viel länger her, daß ich nicht mehr mit ihm lebe. Als er gestorben ist, habe ich das erst zehn Tage später erfahren.

Wir hatten kein sehr gutes Verhältnis. Es war gleichberechtigt in dem Sinn, daß ich mehr Einkommen nach Hause gebracht habe als er. Aber sonst hat er gemacht, was er wollte. Er ist so erzogen worden, das war zum Teil nicht einmal seine Schuld.

Kurz nachdem wir geheiratet hatten, habe ich auf sehr mysteriösen Wegen, offensichtlich von seiner Familie, ein Heftchen bekommen, in dem die Verpflichtungen der Frau und die Verpflichtungen des Mannes aufgezählt wurden. Da wurde sehr klar gesagt, was der Mann außerhalb des Hauses macht, ist nicht die Angelegenheit der Frau.

Ich glaube, daß das System an und für sich schlecht ist und daß die Männer darunter leiden und die Frauen auch, vielleicht die Frauen noch mehr als die Männer. Ich war nie dafür, daß die Frauen zu Hause sitzen und auf den Mann warten sollen, das ist nicht das Richtige. Jeder Mensch hat das Recht, sich selbst zu entwickeln, und das ist individuell.

Ihre Wohnung ist auch ein Museum, in dem sich eine der größten Maskensammlung Mexicos befindet. Außerdem sammeln Sie Textilien. Wann haben Sie angefangen, sich für mexikanische Volkskunst zu interessieren?

Sofort. Ich habe kleine Sachen gekauft, weil ich kein Geld hatte, große Sachen zu kaufen. Es war damals alles viel billiger, und ich habe langsam angefangen, systematisch zu sammeln. Heute ist hier ein Museum, und es kommen Besucher. Es ist nicht so, daß immer geöffnet ist und den ganzen Tag Leute kommen, denn ich wohne hier. Es kommen Gruppen, hauptsächlich ausländische, die sich die Sammlung anschauen und denen ich sie erkläre. Das Museum ist auch ein Archiv, in dem man lernen und studieren kann und wo Stücke für Ausstellungen ausgeliehen werden können.

Ich habe lange im Bereich der Volkskunst gearbeitet, zuerst im Fondo Nacional para el Fomento de las Artesanías (FONART) und dann im Museo Nacional de Artes e Industrias Populares, das inzwischen geschlossen ist. Siebzehn Jahre lang habe ich im Museum gearbeitet und dadurch Kontakte zu den Volkskünstlern gehabt, zu den Leuten also, die diese Sachen herstellen. Das ist etwas ganz anderes als tote Dinge zu kaufen. Ich bin schon vorher sehr viel im Land herumgefahren. Meine Arbeit im Laboratorium mußte ich irgendwann aufgeben. Am Anfang bin ich in der Frühe noch ins Laboratorium gegangen, und so gegen zwölf, eins bin ich dann zum FONART gefahren, um dort am Nachmittag zu arbeiten. Aber dann ist der Moment gekommen, wo ich sehr zuviel unterwegs war. Ich konnte die Arbeit im Laboratorium deshalb nicht mehr weitermachen. Ich habe dort sehr gute Leute gehabt, aber es wäre irgendwie ungerecht gewesen, wenn sie einen festen Lohn gekriegt hätten und ich den Gewinn eingestrichen hätte, ohne weiter mitzuarbeiten. So habe ich es ihnen einfach überlassen.

Ich vermute, daß Sie sich auch für die Traditionen und Lebensbedingungen der Indigena-Gruppen interessiert haben.

Ja, hinter jeder Maske und hinter allen Textilien - ich habe ungefähr 1.200 Masken und über 2.000 Textilstücke - also hinter jedem von diesen Dingen steht eine Geschichte. Die Masken sind aus 25 der 32 mexikanischen Staaten, wenn man den Distrito Federal als Staat mitzählt. Die Masken stammen aus verschiedenen Zeiten. Die meisten sind verhältnismäßig neu, manche sind ganz neu. Es sind aber Masken, die zum Tanzen benützt werden, keine dekorativen Stücke, die zwar sehr schön sind, die aber keinen wirklichen Wert für die Leute haben, die sie machen.

Es gibt in jedem Ort eine oder mehrere Personen, die Masken schnitzen oder aus anderen Materialien herstellen, nicht alle sind aus Holz. Sie machen genau die Masken, die für die Tänze gebraucht werden. Ihnen ist es ganz gleich, ob das der Tänzer kauft oder jemand, der von außen kommt. Und mir ist es auch gleich, ob die Maske neu ist oder alt. Natürlich sind alte ein bißchen anders und mit mehr Details gearbeitet. Es ist ein guter Vergleich, aber ich habe nichts gegen neue Dinge.

Sie sind Anfang der achtziger Jahre einmal nach Österreich gereist. Wie ist es zu der Reise gekommen, und wie haben Sie das Land erlebt?

Ich bin 1981 oder 1982 in Wien gewesen, und zwar war ich die mexikanische Abgesandte für den World Crafts Council. Wir haben in Mexico damals eine Gruppe mit Leuten gehabt, die am Kunsthandwerk interessiert waren. Kunsthandwerk in deutscher Sprache ist eigentlich etwas anderes. Wir sagen Volkskunst, aber das ist sehr unterschiedlich, weil es in Mexico viele indianische Gruppen gibt, die eine ganz andere Auffassung von Volkskunst haben. Auf jeden Fall wurde ich zu diesem Kongreß geschickt, weil ich Deutsch spreche und Mexico in der deutschen Sprache vertreten konnte.

Es war mir völlig fremd, nach Wien zurückzukommen. Es war, als würde ich eine schöne Stadt kennenlernen, aber etwas, was nichts mit mir zu tun hat. Damals habe ich schon ganz anders gefühlt und gedacht, da war ich halt schon sehr Mexikanerin, obwohl es gewisse Dinge gibt, die man nie verlernt, z.B. die Pünktlichkeit. Für mich ist es furchtbar, zu spät zu kommen, hier wird es nicht anders erwartet. Es gibt so Kleinigkeiten, die man halt von Kind auf lernt. Ähnlich ist es mit dem Essen, ich bin nicht so hundertprozentig für Tortillas jeden Tag, aber im allgemeinen, was das Leben an und für sich ist, bin ich völlig Mexikanerin.

Die Österreicher haben sich nicht sehr geändert in der ganzen Zeit, sie sind noch genauso kleinbürgerlich, rassistisch und schauen auf diejenigen herab, die nicht so leben wie sie. Das hängt wahrscheinlich auch davon ab, in welche Kreise man kommt. Im World Crafts Council waren Leute aus der ganzen Welt, alle Rassen, alle Auffassungen usw. Aber im Hotel hat man sofort gespürt, daß sie hauptsächlich die schwarzen Leute mit einem Haß angesehen haben, das ist unglaublich. Das erste, was man mich gefragt hat, war: "Sind sie wirklich Mexikanerin?" Da sag ich: "Ja". Ich habe die huipil angehabt, so richtige mexikanische Kleidung. "Ja, Sie schauen doch aus wie unsereiner und Sie reden wie unsereiner, also wieso sind Sie Mexikanerin?" Das ist ihm nicht in den Kopf gegangen. Ich war mit einer Freundin dort, die Mexikanerin von Geburt auf ist. Sie ist ein bißchen früher angekommen. So sagt er: "Also hör'n Sie mal, das Fräulein, die ist doch 'ne richtige Schwarze". Das war mein Empfang in Österreich. Ich kann da nicht mit.

Glauben Sie, daß es Unterschiede gibt zwischen den jüngeren Leuten, die nach der Zeit des Faschismus geboren sind, und den älteren?

Das ist schwer zu sagen, ich war nicht lange genug dort, um das beurteilen zu können. Ich habe auch sehr wenig Kontakt gehabt. Es gibt natürlich, so wie überall, alle. Auch hier in Mexico gibt es Rassismus. Ich will nicht verallgemeinern.

Sie haben sich im Rahmen Ihrer Arbeit lange mit Indigena-Bewegungen beschäftigt. Stellen die Zapatisten für Sie eine neue Qualität dar? Und wie sehen Sie deren aktuelle Situation?

Eigentlich gibt es heutzutage in allen Gruppen Widerstand. Aber es gibt keine Gruppe außer den Zapatisten, die das so lange geheim gehalten hat, die trainiert und sich bewaffnet hat. Doch es gibt überall Widerstand, und überall werden die Leute umgebracht, und überall werden neue Projekte gemacht, die sich gegen die Einheimischen richten. Das sind alles Projekte, in deren Folge das Land verkauft wird. Das Gesetz ist geändert worden, man kann das Land jetzt verkaufen, früher konnte man es nicht. Oft werden die Leute genötigt, das Land zu verkaufen.

Von Anfang an haben Ausländer Land aufgekauft. Die Leute haben dann überhaupt nichts mehr. Man baut ein großes Hotel, oder das Land wird abgeholzt, und Eukalyptusbäume werden gepflanzt, die werden nach vier Jahren wieder abgeschlagen, und es wird Papier daraus gemacht. Das Land ist danach kaputt; da kann man nichts anderes mehr anbauen. Oder es werden an den schönsten Stellen am Meer große Hotels gebaut. Nun wollen sie auch Kasinos machen, bis jetzt ist es allerdings noch nicht gelungen, die Erlaubnis dafür zu bekommen. Auch Golfklubs werden überall in die kleinen Orte hineingesetzt. Es wird alles getan, um die Leute auszurauben.

Es gibt vielleicht zwölf oder fünfzehn Millionen Indigenas in Mexiko und viele Mestizen, die noch ziemlich viel von Indigenakultur haben und die genauso arm sind. Es ist eine große Sache, daß die Zapatisten den Mut gehabt haben zu sagen, wir wollen da nicht mehr mittun. Ihre Lage ist im Moment nicht sehr günstig, weil sich alles zu lange hinzieht. Alles, was sie tun, wird einfach umgedreht. Wenn kein Dialog und keine Verhandlungen stattfinden, weil die ersten Verhandlungen, die schon zu einem Resultat gekommen sind, nicht eingehalten werden, so beschuldigt der Staat die Zapatisten dafür. Nachdem sich alles schon so lange hinzieht, verlieren die Leute im allgemeinen das Interesse. Doch die Militarisierung im Land ist furchtbar und wird immer schlimmer. Wie das enden wird, ist schwer zu sagen. Es sind noch drei Jahre, bis ein neuer Präsident gewählt wird. Das ist eine lange Zeit.

Sie sind seit 1989 Mitglied in der PRD, der Partei von Cuauhtémoc Cárdenas. Am 6. Juli kandidiert Cárdenas für das Amt des Gouverneurs im Distrito Federal, und gleichzeitig finden die Wahlen zum Parlament statt. Wie schätzen Sie den Ausgang der Wahlen ein?

Es gibt eine große Chance, daß Cuauhtémoc die Gouverneurswahlen im Distrito Federal gewinnt. Aber es ist kaum möglich, daß eine der Parteien eine wirkliche Mehrheit sowohl für das lokale Haus als auch für das federale Haus bekommt. Es ist anzunehmen und zu hoffen, daß die PRI (die staatstragende Partei, die seit nahezu 70 Jahren an der Macht ist, die Red.) nicht mehr die Mehrheit hat und einfach alles überstimmen kann, daß man jedes neue Gesetz diskutieren muß. Es ist zu hoffen, denn ich glaube nicht, daß eine der drei großen Parteien wirklich gewinnen kann. Das ist eine vollständig neue Angelegenheit für Mexico. Diese Lage hat es noch nie gegeben, seitdem die PRI existiert. Sie ist seit über 65 Jahren die einzige Mehrheitspartei. Die Abgeordneten sind eigentlich nur dazu da, ja zu sagen zu allem, was der Präsident vorschlägt. Sonst haben sie keine Funktion. Und das muß sich ändern, damit sich das Land ändert.

Sie haben sich schon immer für die Indigenagruppen oder auch für den Kauf des Edificio Condesa, in dem sie noch heute wohnen, durch die Mieterinnen und Mieter engagiert. Aber was hat den Ausschlag gegeben, daß Sie in den letzten Jahren auch parteipolitisch so aktiv geworden sind?

Weil sich die Lage hier sehr zum Schlimmen verändert hat und weil ich fühle, daß ich diesem Land etwas schuldig bin. Schließlich war es zur Zeit Hitlers nicht leicht, in einem Land aufgenommen zu werden und gleich behandelt zu werden wie jeder andere, der hier geboren ist, und dieselben Möglichkeiten zu haben, um etwas im Leben zu werden, d.h. eine Arbeit zu finden, die einem gefällt. Und ich finde das heute noch großartig und einzigartig. Es ist nicht mehr so in Mexiko, und es ist nicht mehr so auf der ganzen Welt, und das hat mich jetzt angespornt.

Mit Ruth Deutsch de Lechuga sprach Ulrike Schätte. Das Interview ist auch in ila 207 erschienen.

21. "... damit alles beim Alten bleibt." Opposition erzielt Zugewinne bei Parlamentswahlen in Argentinien

Opposition erzielt Zugewinne bei den Parlamentswahlen in Argentinien

Autor: l.p.tisso · Rubrik: Argentinien · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:09

In zwei Jahren wird in Argentinien ein neuer Präsident gewählt. Da der Amtsinhaber Carlos Saúl Menem laut Verfassung kein drittes Mal antreten darf, wurden die Parlamentswahlen vom 26.10.1997 u.a. unter dem Aspekt betrachtet, wie potentielle NachfolgerInnen in der Wählergunst abschneiden würden. Die Ergebnisse deuten darauf hin, daß die Herrschaft der Peronisten 1999 zu Ende gehen könnte. Das oppositionelle Mitte-Links-Bündnis Allianz für Arbeit, Bildung und Gerechtigkeit schnitt am besten ab und darf sich Hoffnung auf eine Regierungsübernahme in zwei Jahren machen.

Zur Abstimmung standen die Hälfte der Parlamentsabgeordneten, die 60 Abgeordneten der Hauptstadt Buenos Aires, der Ministerpräsident des nordöstlichen Bundesstaates Corrientes sowie zahlreiche BürgermeisterInnen. Die Wahlen zum nationalen Parlament gewann mit 45,6% die Allianz, ein Wahlbündnis aus der Unión Cívica Radical (UCR, Mitglied der Sozialistischen Internationale) und dem Frente País Solidario (FREPASO, dies ist ein Bündnis der christdemokratischen PDC mit verschiedenen sozialistischen Parteien unter Einschluß einzelner früherer Peronisten sowie unabhängiger PolitikerInnen). Die peronistische (1) Regierungspartei Partido Justicialista (PJ, Gerechtigkeitspartei) von Präsident Menem erzielte 36,1% der abgegebenen Stimmen. Sie verliert 13 Sitze und damit die absolute Mehrheit im Abgeordnetenhaus (2), bleibt jedoch mit 119 Abgeordneten die stärkste Fraktion. Die Allianz kommt auf 110 Abgeordnete; ein Zugewinn von 19 Mandaten gegenüber der bisherigen Stärke von UCR und FREPASO.

Die von Domingo Cavallo, dem früheren Wirtschaftsminister der PJ-Regierung, gegründete Aktion für die Republik - Neue Führung, die sich den Kampf gegen die Korruption auf ihre Fahnen geschrieben hatte, gewann drei Mandate. Die rechte Partei MODIN unter Führung des Ex-Militärs und Putschisten Aldo Rico verlor ihre vier Abgeordneten. Die restlichen 25 Mandate verteilen sich auf regionale Parteien. In der Hauptstadt Buenos Aires, wo zum ersten Mal ein kommunales Parlament gewählt wurde, gewann die Allianz die absolute Mehrheit.

Mit Graciela Fernández Meijide, einer Christdemokratin des FREPASO, die sich einen Namen als Menschenrechtlerin gemacht hat, zeichnet sich eine ernsthafte Bewerberin um die Nachfolge Menems ab. Sie führte die KandidatInnenliste der Provinz Buenos Aires an (mit 9 Mio. WählerInnen der größte Wahlbezirk des Landes) und errang einen deutlichen Sieg. Als Verlierer wird hingegen der Gouverneur des Bundesstaates Buenos Aires, Eduardo Duhalde (PJ), angesehen. Er stand hinter der erfolglosen Kandidatur seiner Ehefrau Hilda und verschlechterte damit seine Aussichten als kommender Präsidentschaftskandidat der Peronisten. (3)

Bürgerliche Demokratie

zeigt Krisenerscheinungen

Stand in Argentinien ein alternatives politisches Projekt zur Wahl, eine reale Opposition? Keineswegs. Zwar wurde die Regierung vor allem wegen der Arbeitslosigkeit (16,3% nach offiziellen Angaben) abgestraft, doch letztlich ging es hier nur darum, den Institutionen der bürgerlichen Demokratie ihre formellen Funktionen zurückzugeben. Im Wahlprogramm der Allianz wurden als vorrangige Ziele genannt: "Die Korruption stoppen, die Eigenständigkeit der Justiz stärken, dem Parlament die frühere Bedeutung zurückgeben ..." Und der Kommentator des Wall Street Journal bemerkte zum Wahlsieg der Allianz: "Sie besiegte geschickt die mächtigen Peronisten im Kampf um die Kontrolle des Parlaments, ohne das wirtschaftliche Modell in Frage zu stellen."

Die Funktion des Parlaments als Entscheidungs- und Kontrollorgan der Regierung war bisher deutlich beschnitten. Jedes Gesetz, das nicht die nötige Mehrheit im Parlament erhielt, wurde von der Regierung mittels eines Notstandserlasses umgesetzt. Die Übernahme solcher legislativer Funktionen wird von der Verfassung in bestimmten, schwerwiegenden Notfällen zugelassen. Die Regierung nutzte diese Möglichkeit, um einen großen Teil ihres Strukturanpassungsprogramms durchzusetzen. Zwar gibt es auch in Argentinien

die Möglichkeit der Verfassungsklage, mit der solche Erlasse im Fall eines nicht erwiesenen Notstands aufgehoben werden können. Das hilft jedoch nur in erster Instanz, denn das höchste Gericht ist fest in Händen der PJ. Eine der ersten Maßnahmen der Regierung des Präsidenten Menem bestand 1989 darin, die Zahl der Richter dieses Tribunals durch die Aufnahme politisch manipulierbarer Richter zu verdoppeln, um sich dort eine Mehrheit zu verschaffen. Fortan war für dieses Gericht jede Privatisierung von staatlichen Unternehmen aus der Not geboren. Menem gab in einem Interview mit der New York Times zu, daß der Privatisierungsprozeß und die wirtschaftlichen Reformen nicht ohne "einige Entscheidungen des Höchsten Gerichtshofs, das diese Veränderungen unterstützte", umgesetzt worden wären.

Bis vor einem Jahr hatte der neoliberale Flügel der Peronisten - angeführt von Menem - kaum Schwierigkeiten, Mehrheiten im Parlament zu erzielen. Als er jedoch eine Gesetzesvorlage (Ley de reformas laborales) ins Parlament einbrachte, mit der die Errungenschaften der ersten peronistischen Regierung (1946-1952) zur Disposition gestellt wurden, gab es Ärger. Die geplanten "Flexibilisierungsmaßnahmen" sollten den Unternehmen u.a. Kündigungen erleichtern sowie Arbeits-und Urlaubszeiten ändern. Entscheidend war aber, daß das geplante Gesetz die Macht der Gewerkschaften erheblich beschneiden würde, und dies stieß auf Widerstand in der eigenen Partei. Nun blockierten auch die gewerkschaftstreuen Abgeordneten der Peronisten den Gesetzesentwurf. Landesweite Streiks wurden nicht nur von den kämpferischen Gewerkschaftszentralen MTA (Bewegung der argentinischen ArbeiterInnen) und CTA (Kongreß argentinischer ArbeiterInnen) organisiert, sondern auch von der bis dahin äußerst regierungstreuen CGT (Generalverband der Arbeit).

Der Versuch der Regierung, dieses Gesetz mit einem Noterlaß durchzubringen, scheiterte in erster Instanz vor Gericht. Es wies die vorgeschobenen Argumente der Regierung (die Flexibilisierung war als Notfallmaßnahme im Kampf gegen die hohe Arbeitslosigkeit präsentiert worden) ab. Dieses Verfahren wiederholte sich bei zwei weiteren Gesetzesvorlagen, nämlich zur Privatisierung der 38 nationalen Flughäfen und beim Haushaltsgesetz für 1998.

Wirtschafts- und Sozialpolitik der Allianz

Der Wahlerfolg der Allianz ist nicht dadurch zu erklären, daß sie etwa mit einem alternativen wirtschaftlichen Konzept gegen den neoliberalen Regierungskurs angetreten wäre. Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik wurde nicht in Frage gestellt. Vielmehr beschränkte sich die Opposition darauf, der Regierung soziale Kälte vorzuwerfen.

VertreterInnen der Allianz trafen sich am 1.10. mit "Investoren" in der US-amerikanischen Handelskammer. Dabei erklärten sie, daß sie die Richtlinien der Regierung unterstützten, wie z.B. die Bindung der Währung an den amerikanischen Dollar (die Regierung garantiert einen Wechselkurs von 1 argentinischen Peso zu 1 US-Dollar), das Haushaltsgleichgewicht und die wirtschaftliche Deregulierung. Sie fügten hinzu, daß sie den Privatisierungsprozeß nicht umkehren würden. Einer der Wirtschaftsexperten der UCR, José Luis Machinea, sagte: "Wir sind überzeugt, daß die Privatwirtschaft eine noch größere Rolle in der Wirtschaft spielen muß. Die Privatisierungsverträge können nicht geändert werden ..." Auch Bill Clinton traf sich zehn Tage vor den Wahlen mit VertreterInnen der Allianz und versprach seine Unterstützung des Demokratisierungsprozesses.

Die Opposition sprach viel von einer "moralischen Krise", ohne dies näher zu erläutern, und kritisierte die große soziale Zerrüttung. Dabei vollbrachte sie das Kunststück, die Arbeitslosigkeit, die Unterbeschäftigung von 13% oder den Kaufkraftverlust (50% binnen der letzten sechs Jahre) von der Wirtschaftspolitik der Regierung abzukoppeln und als "soziale Schuld", die noch "zu begleichen wäre", darzustellen. Domingo Cavallo, neu gewählter Parlamentarier der Acción Nueva República, sagte dazu: "Die Regierung zeigte während der zwei letzten Jahren keine Sensibilität und Intelligenz, um die sozialen Themen aufzugreifen." Dabei fehlte es nicht an Programmen, mit denen die Regierung versuchte, die Konsequenzen der Wirtschaftspolitik abzufedern. In der bevölkerungsreichsten Provinz Buenos Aires wurde ein kostspieliges Sozialprogramm aufgelegt, das sich jedoch nicht in Stimmengewinnen für die Regierung umsetzte.

Konkrete Alternativen versprach die Allianz bei der Bekämpfung des katastrophalen Zustands der öffentlichen Bildung. Die staatlichen DozentInnen erhalten miserable Löhne und befinden sich seit April im Hungerstreik vor dem Parlament. Die Allianz hat zugesichert, daß sie sich vehement gegen das Gesetz der Regierung stellen wird, mit dem der Bildungshaushalt erheblich reduziert werden soll.

Die linken Parteien, die alleine oder in Bündnissen strukturelle Einwände gegen die Regierungspolitik erhoben haben, hatten angesichts des "Stabilitätsbonus" der Regierung wenig Chancen, die WählerInnen zu überzeugen. Da die Oppositionsparteien auf eine scharfe Konfrontation mit der Regierung verzichteten, blieb die Mobilisierung der 23 Mio. Wahlberechtigten gering. Dies zeigte sich an der trotz Wahlpflicht und des Verbots, am Wahltag Fußball zu spielen (!), niedrigen Wahlbeteiligung von 83%. Die Stimmengewinne der Allianz, deren WählerInnen eher den Mittelschichten angehören, sind wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß traditionelle PJ-WählerInnen, die überwiegend zu den Ärmsten der Gesellschaft gehören und in den Elendsgürteln der großen Städte der Provinz Buenos Aires leben, diesmal für die Allianz gestimmt haben.

Die nächsten zwei Jahre

Die PJ wird bis zu den Präsidentschaftswahlen 1999 in Ruhe weiter regieren können. Weder die Allianz, noch die Aktion für die Republik oder die regionalen Parteien werden eine reale Oppositionspolitik im Parlament ausüben. Die Allianz hat angekündigt, bereits vor den Präsidentschaftswahlen Anstrengungen zu unternehmen, "um langfristig nationales und internationales Kapital anzuziehen". Dafür schlägt sie einen Pakt zwischen Staat und Industrie vor. Roberto Frenkel, Wirtschaftsexperte der Allianz, kündigte an, "die Parlamentsdebatte zu aktivieren, um die Reform der Arbeitsgesetze zu verabschieden. Die UCR und die FREPASO sind für eine Reform, die in der Mitte zwischen der Position der CGT und der der Unternehmer liegt."

Optimistischer stimmen Aussagen von Graciela Fernández Meijide, die ankündigte: "Wir werden uns in einen Kontrollfaktor verwandeln, der einen Raum schafft, in dem größere Partizipationsmechanismen gedeihen könnten." Und: "Das Parlament wird in Zukunft über Arbeitslosigkeit diskutieren und darüber, was wir mit den Kinder und den Alten machen ...". Es ist aber leider nicht erkennbar, mit welchem Instrumentarium die Allianz diese Diskussion führen wird. Ihre Kontakte zu kämpferischen sozialen Organisationen können nur als dürftig bezeichnet werden.

Die Regierung hat inzwischen zu erkennen gegeben, wie sie die soziale Problematik angehen wird, nämlich mit erhöhter Repression. Innenminister Carlos Corach gab am 6.11. die Aufstockung der Polizei in der Hauptstadt um 1.000 zusätzliche Beamte bekannt und fügte hinzu, daß die Haushalte für 1998 und 1999 Finanzmittel für eine Erweiterung der Polizeikräfte sowie für deren Ausrüstung beinhalten werden.

Auf das diesjährige Wahlergebnis treffen die Worte des italienischen Schriftstellers Lampedusa in dem Roman "Der Leopard" zu: "Etwas muß sich ändern, damit alles beim Alten bleibt." Das System hat ein neues Ventil, das die Ausbeutung und die soziale Polarisierung der argentinischen Gesellschaft verschleiern soll. Es ist jedoch nicht zu erwarten, daß damit ein Ende der wiederholt zu Tage getretenen, sozialen Unruhen bevorsteht. Der Wahlerfolg der Allianz wird die Probleme Argentiniens nicht lösen, das längst zur verarmten Peripherie des Kapitalismus gehört.

l.p.tisso

Anmerkungen:

1) Die Peronisten - von Juan Domingo Perón 1946 gegründet - hatten ihre Wurzeln in der Arbeiterklasse und nahmen deren Forderungen mit einer fortschrittlichen Sozial- und Arbeitsgesetzgebung auf. In den letzten Jahren verwandelten sie sich von einer korporatistischen Partei in ein Instrument des Neoliberalismus.

2) Das argentinische Parlament besteht aus zwei Kammern: die Mitglieder der Deputiertenkammer werden in 24 Wahldistrikten gewählt. Entsprechend der WählerInnenzahl schickt jeder Distrikt eine unterschiedlich große Zahl von Abgeordneten ins Parlament. Für den Senat wird in jedem Bundesstaat eine gleich große Zahl von Deputierten gewählt.

3) Nach der Pleite Duhaldes haben sich beim PJ zwei weitere Anwärter auf die Präsidentschaftskandidatur gemeldet: Ramón "Palito" Ortega und Carlos Reutemann: der eine ein berühmter früherer Schlagersänger, der andere ein nicht minder bekannter Ex-Formel-1-Rennfahrer.

22. Irak: Souveräne Briganten. Der Krieg zwischen den kurdischen Parteien weitet sich aus

Autor: Thomas Uwer · Rubrik: Irak; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:30

"Ja, es herrschte jetzt Wahnsinn und krasse Gewalt. Nachdem (sie) die Gemäßigten fast alle beseitigt hatten, zerfleischten sie sich untereinander. Simon Bar Giora bekämpfte den Eleasar und Eleasar den Johann von Gischala, und Johann wieder den Simon, und zusammen hielten sie nur gegen eines: gegen die Vernunft." Der Makkabi-Aufstand gegen die Römer, den Lion Feuchtwanger (1) als eine groteske Mischung von Fanatismus, ideenloser Machtgier und bandenhafter Marodesse beschrieb, endete in der Zerstörung Jerusalems und der Versklavung seiner Bevölkerung. Noch während die Übermacht römischer Armeen den Belagerungsring um die Stadt enger und enger zog, errichteten die Milizen im Inneren der Mauern eine Terrorherrschaft, keilten sich um die letzten Vorräte der Stadt und stachen nieder, was nach Stand oder Überzeugung dem letzten Raubzug der Milizionäre im Wege stand. Die Stadt war ein Gefängnis, das man nur als Toter verlassen konnte und deren Insassen unter einem Zustand litten, der keine Alternative, keine Vernunft zuließ.

Am 14. Oktober meldete Reuters einen er- neuten Ausbruch innerkurdischer Kämpfe in Irakisch-Kurdistan, kurz nachdem türkische Truppen zur Unterstützung ihrer Mandats-Miliz KDP (Kurdische Demokratische Partei) in den Nordirak einmarschiert waren. Milizen der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) hatten einige der KDP-Stellungen überrannt und eine Offensive auf die Stadt Shaqlawa gestartet. Das nur wenige Kilometer entfernte Hauptquartier der KDP und die Stadt Salahuddin wurden mit russischen Bodenraketen beschossen, die vermutlich der Iran geliefert hat. Irakische Elitetruppen, iranische Pasdaran-Kämpfer (Revolutionswächter) und die syrische Armee marschierten an den Grenzen auf. Der Sprecher des gesamt-irakischen Oppositionsbündnisses INC (Iraqi National Congress), der nur selten die Contenance verliert, sprach von den heftigsten Kämpfen seit der Anfal-Kampagne, jener Militäroperation, während derer die irakische Armee kurdische Dörfer und Städte im Nordirak mit Giftgas bombardierte und mehr als 200.000 Menschen ermordet wurden. So sehr sich ahistorische Vergleiche verbieten (2), so legen doch die zu Banden und korrupten Milizen verkommenen Parteien Irakisch-Kurdistans, der ökonomische und militärische Belagerungszustand und die Hoffnungslosigkeit, es könne sich eine relevante gesellschaftliche Kraft entwickeln, die in der Lage wäre, Interessen zu vertreten, die jenseits von Stamm, Region und Miliz liegen, den Vergleich nahe. Sieben Jahre Embargo, ein zerstörtes Land und eine Bevölkerung, die zum größten Teil aus Flüchtlingen besteht, haben ein Regime der Warlords hervorgebracht, deren Protagonisten nicht einmal mehr der Logik des Marktes, sondern nur noch dem Drang folgen, vor dem anstehenden Desaster abzuräumen. So fällt Talabani über Barzani her, während Barzani Öcalan bekämpft. Ein Zustand, der keine Alternative, keine Vernunft zuläßt.

Die Umkehrung der Verhältnisse, die zur Folge hatte, daß aus der kurdischen Befreiung eine Tyrannei der Briganten wurde, hat jene zu den letzten Vertretern der Vernunft avancieren lassen, deren strategisches Kalkül einen Großteil der Verantwortung für die desaströse Situation trägt. Von der Allianz der Golfkriegs-Koalition sind nur die USA und Großbritannien geblieben, die als letzte der Staaten mit ständigem Sitz im UN-Sicherheitsrat nach wie vor an der Beseitigung des Regimes von Saddam Hussein festhalten. In eiliger Mission arrangierte das US-Außenministerium via Ankara einen Waffenstillstand zwischen den kurdischen Fraktionen. Ein verzweifeltes und hoffnungsloses Unterfangen: Keine 48 Stunden später brachen die Kämpfe erneut aus, diesmal mit vehementer Unterstützung der türkischen Armee und heftiger als jemals zuvor.

Am 23.10.97 wurden Beobachtern zufolge Stellungen der PUK von türkischen F-16-Fliegern mit Napalm bombardiert. Zur gleichen Zeit rückten türkische Panzerdivisionen über den Zab-Fluß im Zentrum der Region bis an die Frontlinie vor und beendigten vorerst alle Bemühungen um einen Waffenstillstand. Die Rechtfertigung für die militärische Operation gegen die PUK, mit der Ankara vor allem eigene diplomatische Kanäle verstopft hat, sagt einiges über die Verfassung der Region aus: Am 24.10.97 erklärte die türkische Militärführung, sie habe in die Kämpfe eingegriffen, da ihr Bündnispartner Barzani gedroht habe, andernfalls das irakische Militär zu Hilfe zu rufen. Die Waffenbruderschaft zwischen der irakischen Führung und Barzanis Miliz, die im September 1996 für kurze Zeit fast die gesamte kurdische Region des Nordiraks unter die Kontrolle seiner Partei KDP brachte, stellt sich als anhaltende Niederlage für die US-amerikanische Irak-Politik heraus. Die Drohung einer erneuten Kooperation hat nicht nur das amerikanisch-türkische Bündnis schwer belastet, sondern die diplomatischen Interventionen der USA in die Region nahezu unmöglich gemacht. Über

die Türkei, die faktisch zur Kriegspartei geworden ist, hat auch ihr Bündnispartner USA einen schweren Stand als neutraler Mediator zwischen den Milizen. Das "progressive Bündnis" aus PUK, PKK, kurdischer Hisbollah, nationaler und sozialistischer Partei befindet sich nun in einer verzweifelten militärischen Unterlegenheit, die sie in weitere Abhängigkeit von der Unterstützung durch den Iran bringt. Nicht nur diese Ostanbindung der kurdischen Parteien, die sich für die PUK während der gemeinsamen Offensive von irakischem Militär und Barzanis Milizen 1996 als lebensrettend erwies (3), macht ein Bündnis für die USA schlicht unmöglich. Der zusätzliche Waffenbund mit der PKK bringt die PUK in direkte Gegnerschaft zur US-Regierung. Diese hat in der Vergangenheit wiederholt klargemacht, daß sie die Bekämpfung der PKK als ihr wichtigstes Anliegen betrachtet.

Am 28.10.97 meldeten die Nachrichtenagenturen, Sicherheitskräfte der irakischen Regierung hätten die Mitarbeiter der UN-Kommission zur Überwachung der nach UN-Sicherheitsrat-Resolution 688 vereinbarten Abrüstung chemischer, biologischer und atomarer (bzw. atomwaffenfähiger) Waffen im Irak bei der Ausübung ihrer Arbeit behindert. Das Spielchen ist nicht neu: Immer wieder wurden UN-Kommissionen behindert. Chemische und biologische Waffen bzw. die zu ihrer Herstellung benötigten Materialien wurden wiederholt an sichere Orte verbracht und die Kommission ständig bei der Ausführung ihrer Arbeit behindert. Dies alleine erklärt schon, warum die zuständigen Kommissare auch sechs Jahre nach Antritt ihrer Arbeit immer noch vor einer unübersichtlichen Menge potentieller Kampfstofflager stehen. In der gleichen Zeit wurde noch nicht eine einzige Inspektion der Gefängnisse von der irakischen Regierung zugelassen, obwohl dieselbe Resolution auch die Einhaltung allgemeiner Menschenrechte sowie den Zugang internationaler Beobachter zu allen Bevölkerungsgruppen fordert. Nicht um die Inspektionen die sicherlich erfolgreicher wären, würde das UN-Kommissariat auch bei den deutschen Firmen nachforschen, die in erheblichem Umfang Material zur Herstellung chemischer und biologischer Kampfstoffe geliefert haben -, sondern um die US-amerikanischen Beteiligung an den UN-Kommissionen dreht sich der Streit. Den Vorwurf der irakischen Regierung, die US-amerikanischen Mitarbeitern, der überwachenden UNSCOM (UN Special Commission) arbeiteten für den ClA, kann man getrost als Unfug abtun: Die Ergebnisse der UNSCOM müssen ohnehin den im UN-Sicherheitsrat vertretenen Regierungen regelmäßig en detail vorgelegt werden. Vielmehr nutzt die irakische Regierung zur Zeit die schwache Position der US-Regierung und die Uneinigkeit zwischen den ehemaligen Golfkriegs-Alliierten aus. Nachdem Frankreich über die rumänische Botschaft mindestens seit 1994 normalisierte diplomatische Kontakte mit der Hussein-Regierung pflegt, hat Rußland in den vergangenen zehn Monaten zwei bedeutende Verträge mit der Bagdader Regierung abgeschlossen, die russischen Gesellschaften die Alleinrechte an der Ausbeutung irakischer Ölfelder zusprechen. Beide Regierungen haben ein vehementes Interesse daran, ihre eigene Nahostpolitik vom US-amerikanischen Einfluß zu befreien. Während das französische Außenministerium über das ehemalige Mandatsgebiet Syrien eine Anbindung des Iraks an das pro-französische/ anti-amerikanische Lager betreibt, versucht Rußland über die ökonomische Wiedereingliederung des Iraks Druck auf den UN-Sicherheitsrat auszuüben. Denn solange sich das US-amerikanische Konzept mit den Beschlüssen des UN-Sicherheitsrates deckt, wird die US-amerikanische Hegemonie am Golf nicht zu brechen sein. Mit der momentanen Weigerung der irakischen Regierung, amerikanische Mitarbeiter in der UNSCOM zu akzeptieren, ist also zuallererst der Versuch verbunden, die USA aus ihrem ureigenen Terrain zu vertreiben: Wenn die US-Regierung auf einer Fortführung des Embargos besteht, dann muß man sie eben aus den das Embargo kontrollierenden Institutionen drängen. Folgerichtig setzt die Mehrheit der im UN-Sicherheitsrat vertretenen Staaten auf Verhandlungen mit dem irakischen Regime, während die US-amerikanische Ankündigung, die Einhaltung der Embargobedingungen notfalls militärisch zu erzwingen, lediglich von der britischen Regierung unterstützt wird.

So ist es auch nicht reine Koinzidenz, daß der irakische Vorstoß genau zu einem Zeitpunkt erfolgt, zu dem der kurdische Nordirak an inneren Auseinandersetzungen zu implodieren droht. Der Rückzug der Golfkriegs-Allianz hat dort erst zu jenem Machtvakuum geführt, das den befreiten kurdischen Gebieten oft bescheinigt wurde. Denn obgleich die US-amerikanisch dominierte Politik nach dem Golfkrieg dazu führte, daß sich die demokratisch legitimierte Autonomieregierung nicht konsolidieren konnte und an deren Statt sich jene Tyrannei der Briganten entfaltete, die den aktuellen verzweifelten Bandenkrieg nach sich zog, zielte sie sehr wohl auf eine innerirakische Alternative. Als nachrichtendienstlicher Stützpunkt und Destabilisierungsfaktor gegenüber dem Hussein-Regime war der kurdische Nordirak nicht Machtvakuum, sondern vielmehr die Operationsbasis jenseits der - wie sich jetzt zeigt - unzuverlässigen UN-Resolutionen. Die politische und ökonomische Implosion des kurdischen Nordiraks ist zwar eine direkte Folge der US-amerikanischen Politik,

doch erst der Wegfall der Ordnungsmacht USA hat jene Kräfte freigesetzt, die zuvor durch die Anti-Irak-Koalition gebunden waren. Kurzfristig zumindest spielt die Destabilisierung der Region jenen zu, die mit der US-Regierung um die Hegemonie am Golf konkurrieren. Daß sie zukünftig in der Lage sein werden, den entfesselten Bandenkrieg ohne Husseins Armeen wieder unter Kontrolle zu bringen, ist mehr als zweifelhaft.

Als gelte es, wenigstens am Ende Souveränität zu beweisen, indem man den Laden selbst dichtmacht, stürzen sich die kurdischen Milizen in einen aussichtslosen und verzweifelten Kampf aufeinander. Während die verelendete Bevölkerung in Agonie versinkt, mobilisieren die Parteien ein letztes Mal alle Reserven. Aus dem PUK-Radio war zu hören: "Freie und mutige Peshmerga, Gott segne Euch und Eure starken stählernen Arme, die die Köpfe der Verräter und Lakaien abschlagen, so daß sie zur Vernunft kommen mögen." Nicht untätig blieb auch die Propaganda-Abteilung der KDP: "Bis zum heutigen Tag bekämpft die PKK das Volk Kurdistans (...) und hat mit ihrem Vorgehen bewiesen, daß sie ein Instrument in den Händen von Ausländern ist. Sie verwirklicht eine große multilaterale Verschwörung gegen den Willen und die Bestrebungen unseres Volkes." Ein Zustand, der keine Vernunft und keine Alternative zuläßt.

Thomas Uwer, WADI e.V.

Anmerkungen:

1) Lion Feuchtwanger, "Der jüdische Krieg".

2) Hier sei nur an das Bonmot Talabanis erinnert, der 1994 in der kurdischen Provinzstadt Kirkuk das "Jerusalem Kurdistans" entdeckte.

3) Nachdem die größte Stadt des PUK-kontrollierten Südens Suleymaniyah von der KDP erobert wurde, flohen große Teile der PUK-Kader und -Milizen in den Iran.

23. Import-Export-Kontrakte. Über das äußere und innere Sanktionsregime im Irak

Autor: A. Fischer- Tahir, Ch. Pommerening · Rubrik: Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:31

Seit Dezember letzten Jahres gelangt irakisches Erdöl wieder legal auf den Weltmarkt. Die Resolution 986 des UN-Sicherheitsrates und die zwischen UN und Irak ausgehandelten Modalitäten des "Oil-for-food"-Handels läuteten eine neue Phase der Sanktionspolitik gegenüber dem Irak ein. Für die KurdInnen bedeutet die Resolution eine engere Anbindung an Bagdad.

Die Ölexporte begannen am 12. Dezember 1996. Doch erst drei Monate später, als mehr als die Hälfte der vorgesehenen Menge exportiert war, fuhren die ersten Lastwagen mit Lebensmitteln über die türkisch-irakische Grenze. Wenig später traf das erste Schiff mit Weizen ein. UN-Generalsekretär Kofi Annan beklagte diese Verzögerungen. Er begründete sie mit Zahlungsschwierigkeiten der UN, die die Mittel für Transport und Verteilung nicht rechtzeitig aufbringen konnten. Doch auch, als der Irak Ende Mai seine Exporte einstellte (am 8. Juni endete der 180-Tage-Handel), waren erst weniger als ein Drittel der Lebensmittel geliefert.

Die offensichtliche Verzögerungs- und Blockadetaktik der USA und Großbritanniens bildet einen ständigen Konflikt zwischen UN und Bagdad. Über den Abschluß von Lieferverträgen entscheidet der UN-Sanktionsausschuß, dem alle Mitglieder des Sicherheitsrates angehören. Während Anfang Januar bereits das gesamte Erdöl an insgesamt 21 Ölgesellschaften aufgeteilt war und die Verträge genehmigt waren, dauerte es mitunter Monate, bis die Lieferungen von Lebensmitteln und anderen Gütern genehmigt wurden. Der Großteil des Erdöls ging an russische, türkische und französische Firmen. Die Importe kamen hauptsächlich aus Rußland, Frankreich und China. Doch auch amerikanische Firmen kauften Öl, und Mitte Mai wurde die Lieferung von Lebensmitteln im Wert von 70 Mio. Dollar aus den USA bekanntgegeben.

Die USA machen eine Verlängerung des Handels von schärferen Kontrollen bei der Verteilung von Lebensmitteln abhängig. So fordern sie zu verhindern, daß die irakische Armee von den Verteilungen profitiere. Außerdem müsse besonders in Kurdistan eine stärkere Kontrolle erfolgen. Doch gerade diese Forderung ist unverständlich. Von Seiten der UN ist das Department for Humanitarian Aid für die Implementierung des Abkommens zuständig. Während die UN im Irak die Umsetzung der Resolution nur beobachtet, verwaltet sie das Geld für Kurdistan und kooperiert dort mit den zuständigen Stellen.

Der Streit um die irakische Rüstungskontrolle geht trotz scheinbarer Annäherung zwischen Irak und UN weiter. UNSCOM kritisierte im Juni ernste (und gefährliche) Behinderungen bei ihren Ermittlungen. Das biologische Waffenprogramm ist immer noch nicht offengelegt. Außerdem werden noch 2800 kg Nervengas im Irak vermutet. Der UN-Sicherheitsrat rügte den Irak. Wenige Tage späterverlängerte er den "Oil-for-food"-Handel um weitere 180 Tage (Resolution 1111). Der Irak stimmte nicht zu und unterbrach seine Ölexporte bis zum August. Am 8. August konnte endlich gemeldet werden, daß die Ölexporte wieder möglich seien; die UN legte eine neue Formel für den Bruttopreis des Rohöls fest. Durch das Aussetzen der Exporte war es dem Irak jedoch nicht möglich, bis zum September Öl im Wert von einer Mrd. Dollar zu liefern. Der Kompromiß besteht darin, daß zwischen September und Dezember mehr als die in der Resolution 1111 vorgesehene Menge exportiert oder der Beginn des Handels (9. Juni) nachträglich verschoben wird.

Während der Abwicklung des Handels verschärften sich die Widersprüche innerhalb des UN-Sicherheitsrates. Den USA und Großbritannien stehen mit Rußland, China und Frankreich Befürworter einer Aufhebung der Handelssanktionen gegenüber. Druckmittel in Form von Wirtschaftsverträgen gibt es genügend. Ein im März unterzeichneter Kooperationsvertrag zwischen Rußland und Irak vereinbart die Bildung einer gemeinsamen Ölgesellschaft zur Ausbeutung des Ölfeldes Qurna/Basra. Im Juni folgte ein Abkommen mit China über das Ölfeld al-Ahdab. Irak verhandelte ebenfalls mit 100 französischen Firmen. Dabei geht es v.a. um die Rückzahlung der neun Mrd. Dollar Auslandsschulden. Gelegentlich droht der Irak mit der Umsetzung dieser Handelsverträge, wenn die Sanktionen nicht bald aufgehoben würden. In der zweiten Phase des "Oil-for-food"-Handels weigerte sich Irak aus politischen Gründen, Öl an britische, holländische und japanische Firmen zu verkaufen. (Dutch/Shell und Mitsubishi kauften Öl gemäß Resolution 986.)

Eine Aufhebung der Sanktionen vor dem Jahre 2000 wird nicht erwartet. Ebensowenig ist mit einer baldigen Änderung der amerikanischen Politik des "double containment" bezüglich Iran und Irak zu rechnen, obwohl der Druck der Konzerne größer wird. Ein amerikanischer Ökonom warf deshalb die Frage auf, ob eine Privatisierung der irakischen Ölindustrie - wenngleich illusorisch - nicht ein Zeichen wäre, um die Verhandlungen zum Beenden der Sanktionen zu erleichtern.

Zentralmacht verliert und gewinnt an Macht

Die desolate Wirtschaftslage im Irak zwingt das Bagdader Regime zu einer wirtschaftlichen Öffnung. Der Staat kann weder die Bevölkerung ausreichend ernähren noch genügend Gehalt zahlen. Fast die gesamte Mittelschicht ist verarmt. Der Staat bietet mittlerweile die Hälfte seiner Anteile an staatlich-privaten Unternehmen zum Kauf an. Davon profitieren jedoch nicht die Angestellten. Bestehen kann nur, wer viel besitzt. Seit 1995 sind auch private Banken erlaubt. Wechselstuben können offiziell arbeiten. Eine kleine Schicht von Embargogewinnern (hauptsächlich Händler) hat sich herausgebildet. Obwohl nicht an der politischen Macht beteiligt, verhält sie sich loyal zum Regime. Alles was sie braucht, bekommt sie vom Staat: Versorgungs- und Marktlücken, Immobilien, Betriebe und Fachkräfte.

Doch solche Privatisierungen sind nichts Neues. Schon in den 80ern waren sie ein Versuch, die durch den Golfkrieg beeinträchtigte Versorgungslage zu verbessern. Damals wurden Teile der Bodenreformen rückgängig gemacht und v.a. der Bausektor privatisiert. Während des Krieges konnten Ärzte private Praxen einrichten. Mittlerweile wendet sich die Bevölkerung trotz der hohen Kosten verstärkt den privaten Praxen und Kliniken zu. Das staatliche Gesundheitssystem liegt komplett am Boden.

Auch die seit Jahren bekannte, aber kaum zu unterbindende Ausfuhr von irakischem Erdöl und Diesel durch Lastwagen in die Türkei ist keine neue Erscheinung. Über die irakisch-türkische Grenze bei Zakho läuft seit den 80er Jahren ein "informeller Handel" mit allen erdenklichen Gütern. Die beste Grundlage dafür bildete das repressive System der Lebensmittelverteilungen des Bagdader Regimes. Auf den regionalen Teilmärkten variierten die Preise je nach Angebot (bedingt z.B. durch die Nähe zur Grenze) und Nachfrage. Subventionierte bzw. staatlich verteilte Lebensmittel sowie aus der Türkei beschaffte Konsumgüter wurden schon damals frei angeboten.

Für die KurdInnen, die nach den Ereignissen vom 31. August 1996 mittlerweile zwei Regierungen, nämlich eine der DPK und eine der PUK gebildet haben (vgl. ak 395 und ak 399), bedeutet die neue Situation eine engere Anbindung an das Regime. Bagdad handelt mit internationalen Firmen und Regierungen Verträge über den Import von Lebensmitteln und anderen Gütern aus. Den kurdischen Verwaltungen ist der Inhalt dieser Verträge oft unbekannt. Außerdem wurde nun das bereits in den 70er Jahren etablierte System zur Verteilung von subventionierten Lebensmitteln wiederbelebt.

In den Provinzhauptstädten Dohuk und Erbil sowie Suleimaniya wurden jeweils an zentralen Straßen gelegene riesige Lagerhallen eingerichtet. Diese "ware houses" dienen als Lager für Lebensmittel und Waren zur Versorgung von Grundbedürfnissen sowie Gütern zur medizinischen Versorgung und zur Versorgung mit Utensilien für das Bildungswesens. Die "main ware houses" für die kurdischen Gebiete befinden sich jedoch unter Bagdader Kontrolle: in Mosul das für die Versorgung Erbils und Dohuks, in Kirkuk das für die Versorgung Suleimaniyas und Neukirkuks (die Gebiete der Provinz, die von der PUK kontrolliert werden).

Für die Versorgung Kurdistans stehen 300 Mio. Dollar zur Verfügung. Das irakische Regime bestand anfangs darauf, der Verteilungssumme für den Norden eine Bevölkerungszahl von 2,8 Mio. zugrunde zu legen. Diese Zahl basierte auf der Volkszählung von 1987, bei dem die von den Peshmerga befreiten Orte nicht erfaßt wurden. Außerdem berücksichtigte diese Zahl weder die Tausende kurdischen Flüchtlinge aus Kirkuk und Mosul noch arabische Flüchtlinge. Das World Food Programme (WFP) und Unicef gingen von 3,4 Mio KurdInnen im Norden aus. UN und Bagdad einigten sich schließlich auf eine Bevölkerungszahl von 3,2 Mio.

Das innere Regime der Überlebenskontrolle

Von den irakischen Öleinnahmen werden sowohl die Lebensmittelverteilungen vorgenommen als auch humanitäre Leistungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Siedlung und Infrastruktur finanziert.

Das WFP schloß Verträge mit Transportunternehmen, die die Waren nach Kurdistan bringen. Die bereits in den 70er Jahren gegründeten State Companies for Food Trading, die jetzt an die kurdischen Food

Departments angebunden sind, schlossen wiederum Verträge mit (denselben) Unternehmen über den Transport der Waren von den Warenhäusern in die Provinzstädte bis in die linzensierten städtischen Läden und in die einzelnen Dörfer der Provinzen.

Die Lebensmittel und Versorgungsgüter sind weder völlig kostenlos noch werden sie als Pakete geliefert. Jede Person zahlt monatlich 2,250 ID (Irakische Dinar) an das Food Department. Davon gehen 600 Fils (= 0,6 ID) an das Bagdader Regime, ein ID an das Transportunternehmen, 200 Fils an die Lebensmittelagenten, die für die Verteilung von Mehl zuständig sind, 300 an die Agenten, die den Rest verteilen, und 150 Fils an das Food Department. Jede Familie erhält entsprechend ihrer Personenzahl Lebensmittelbezugsscheine. Mit diesen können innerhalb bestimmter Fristen die Güter in den Läden abgeholt werden. Pro Person werden Rationen von monatlich 9 kg Mehl, 2,5 kg Reis, 2 kg Zucker, 1 l Speiseöl, 1 kg Bohnen, 150 g Tee, 150 g Salz sowie 250 g Seife und 350 g Wasch- und Spülmittel ausgegeben. Neugeborenen steht bis zum ersten Lebensjahr 2,7 kg Milchpulver zu.

Für die Bevölkerung in den Städten und collective towns - letztere ließ das Regime Ende der 70er Jahre und nach den Anfal-Offensiven für die verschleppten Bauern einrichten - bedeuten die Lebensmittelverteilungen momentan eine enorme Erleichterung im Alltag. Internationale Hilfsmaßnahmen hatten sich fast nur auf den ländlichen Bereich beschränkt. Während tausende Bauern wieder in die Lage versetzt wurden, ihre Existenz durch den eigenen Anbau zu sichern, sahen sich Lehrer, Beamte und Angestellte mehr und mehr gezwungen, Wertgegenstände und Haushaltsgeräte zu verkaufen, um zu überleben. Der Mittelstand verarmte bzw. verkaufte alles Hab und Gut, um nach Europa abzuwandern. Ein geregelter Aufkauf und subventionierter Verkauf von Lebensmitteln durch die kurdische Administration scheiterte an der Ignoranz internationaler Hilfsorganisationen und schließlich an dem seit 1994 anhaltenen "internen Krieg". Die gegenwärtige Erleichterung der städtischen Bevölkerung wird vorstellbar in der Vergegenwärtigung einer Rechnung: Würde eine Person die Art und Menge der verteilten Waren auf dem Basar kaufen, müßte sie dafür ungefähr das Monatsgehalt eines Beamten (250 ID) ausgeben.

Was die kurdische Landwirtschaft betrifft, die durch die internationale Nothilfe in den vergangenen Jahren rehabilitiert wurde, so bedeuten die eingeführten Lebensmittel eine harte Konkurrenz. Kurdische Politiker befürchten eine Rückwanderung von den wiederaufgebauten Dörfern in die urbanen Zentren. Bisherige Gespräche und Verhandlungsversuche z.B. der PUK mit der UN um einen Aufkauf der kurdischen Ernte, um sie im Rahmen der Resolutionsumsetzung zu verteilen, scheiterten an dem Verweis der UN-Beamten darauf, daß sie nichts vom Irak kaufen dürften. So werden die KurdInnen wie in den Zeiten der Baath eher ausländischen Weizen und Reis essen, anstatt den eigenen Anbau zu intensivieren. Die kurdische Landwirtschaft erscheint somit wieder ganz im Zeichen der irakischen Erdölwirtschaft.

In diesem Zusammenhang sei noch einmal auf die collective towns eingegangen. Als das Regime im Frühjahr 1991 mit der UN um ein Memorandum of Understanding verhandelte, bestand es darauf, den status quo ante 1991 anzuerkennen. Dennoch leisteten UN-Organisationen und internationale NGOs umfangreiche Hilfe für den Wiederaufbau der Dörfer und die Rücksiedlung. Aus landrechtlichen Gründen, aber auch aus psychologischen Gründen blieben vor allem Anfal-Witwen mit ihren Kindern in den Deportationslagern zurück. Im Rahmen des UN-Handels engagiert sich jetzt HABITAT bei der Schaffung einer Infrastruktur für die collective towns. Die in Erbil sitzende Regierung der DPK, die nach wie vor mit dem Regime in Verhandlung steht, erließ im Februar den Beschluß, daß in den collective towns keine Häuser mehr zerstört werden dürfen. Instandsetzungen und Mordernisierungen der ehemaligen Deportationslager bieten für viele Bauern einen zusätzlichen Anreiz zur Rückkehr in die collective towns.

Kurdische Politiker befürchten aber auch ernste Auswirkungen auf das Gesundheits- und das Bildungswesen. Abgesehen von der politischen Fragwürdigkeit von "Food-for-Work"-Programmen und der Tatsache, daß viele Hilfsprojekte, die auf Selbsthilfe und spätere Eigenständigkeit abzielten, an den politischen Rahmenbedingungen, die der Region den Stempel permanenter Unsicherheit aufdrückten, scheiterten, stellen sich kurdische Politiker die Frage, ob der UN-Handel nicht dazu dient, die irakische Bevölkerung und mit ihr die Kurden vollständig in Konsumenten zu verwandeln. Die bereits durch den "irakischen Wohlfahrtsstaat" in den 70er und 80er Jahren anerzogene Haltung des Wartens auf Leistungen wurde durch einzelne Hilfsprojekte hier und da zwar zeitweilig unterbrochen, die Umsetzung des "Oil-for-food"-Handels gereicht jedoch zu ihrer Wiederbelebung. Parteien der irakischen Opposition halten den UN-Handel deshalb auch nur für eine neue Form der Sanktionen. Sie weisen aber immer wieder darauf hin, daß der Irak die Bedingungen der Resolution

688 endlich und vollständig erfüllen müsse. Dazu gehören neben der Rüstungskontrolle die Beendigung der Verfolgung der KurdInnen, die Einhaltung der Menschenrechte und der Demokratie. Die Vertreibung von KurdInnen und TurkmenInnen aus Kirkuk geht ohne internationale Proteste weiter. Fast vergessen ist schon, daß jenes Regime die eigene Bevölkerung mit Giftgas bekriegte. Die deutschen Lieferer von Waffen und Know-how kamen mit lächerlichen Strafen davon. Aus menschenrechtlicher Sicht muß den westlichen Staaten der Vorwurf gemacht werden, zu den Völkerrechtsverstößen des irakischen Regimes vor dem Überfall auf Kuwait geschwiegen zu haben. Sie bleiben ein Fakt, genau wie die Fortsetzung dieser irakischen Politik. Die desolate Wirtschaftslage kann nie eine Erklärung dafür sein.

Eine Beibehaltung der Sanktionen sichert vor allem westlichen Staaten und Firmen die Möglichkeit, dem Irak mehr und mehr terms of trade zu diktieren. Eine Aufhebung der Sanktionen durch einen "humanitären Kompromiß" würde die internationale Verantwortung für die Nachkriegssituation im Irak vollends verleugnen und die irakische Bevölkerung dem Regime ausliefern, das vor dem Überfall auf Kuwait seine Lebensgrundlagen zerstört hat.

Andrea Fischer-Tahir,

Christian Pommerening (KAHINA)

24. Osttimor: Nachrichten aus einem besetzten Land

Autor: Monika Schlicher · Rubrik: Indonesien · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:28

Das erste Opfer eines Krieges ist die Wahrheit. So gesehen ist das von der indonesischen Regierung verfügte und bis 1989 für alle AusländerInnen geltende Verbot, Ost-Timor zu betreten, als ein Eingeständnis des Kriegszustandes zu verstehen. Die Tatsache, daß bis heute immer wieder angesehene Zeitungen zensiert oder verboten werden, macht deutlich, daß der Krieg, um den es hier geht, noch kein Ende gefunden hat.

Seit 22 Jahren versucht Indonesien der Welt vorzuspiegeln, die Ost-TimoresInnen hätten sich für die Integration entschieden, ihr Widerstand sei gebrochen und Normalität eingekehrt. Doch das kontinuierliche brutale Vorgehen der indonesischen Sicherheitskräfte in Ost-Timor zeichnet ein anderes Bild: Es herrscht ein Klima der Unterdrückung, Menschen verschwinden spurlos, werden willkürlich verhaftet, gefoltert, getötet. Doch der Widerstand wächst. Dominierte bis etwa Mitte der achtziger Jahre der bewaffnete Widerstand, so tritt heute der gewaltfreie, zivile in der Vordergrund. Auch das hat zur Verbreiterung des Protestes beigetragen, der sich heute in zahlreichen öffentlichen Aktionen Ausdruck verschafft. Die Gewaltbereitschaft der indonesischen Regierung ist jedoch unvermindert hoch. Niemand, der in Ost-Timor für die Achtung der Menschenrechte eintritt, kann sich seines Lebens sicher sein. Im November 1991 schoß das Militär ohne Vorwarnung in einen friedlichen Demonstrationszug und tötete mehr als 270 Menschen. Aber selbst die weltweiten Proteste gegen dieses Massaker haben die indonesische Regierung nicht zu einer Revision ihrer Ost-Timor-Politik bewegen können. Was blieb, war die Gewöhnung an eine neue Qualität von Gewalt, die heute mit der Kategorie "Völkermord" zu kennzeichnen ist. Etwa ein Drittel der zuvor knapp 700.000 BewohnerInnen der ehemaligen portugiesischen Kolonie sind seit dem 7.12.1975 Massakern, Exekutionen und einer Hungerblockade zum Opfer gefallen.

Ein Nobelpreis macht noch keinen Frieden ...

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an zwei prominente Vertreter des Ost-Timoresischen Widerstands setzte den Bemühungen der indonesischen Regierung, ihre Verbrechen vor der Weltöffentlichkeit zu verbergen, ein vorläufiges Ende. Allzu deutlich trat nun auch das Unrecht zu Tage. Der Nobelpreis gab den Menschen neue Hoffnungen und neues Selbstvertrauen. Besonders erfreulich sind die Reaktionen aus den Kirchen. Beide Nobelpreisträger wurden direkt nach der Verleihung von kirchlichen Einrichtungen nach Deutschland eingeladen. Das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche sowie die bischöflichen Hilfswerke Misereor und Missio machten dabei deutlich, daß es Aufgabe auch der Kirchen sein müsse, für politische Lösungen im Sinne von Gerechtigkeit und Frieden einzutreten.

Humanitäre und entwicklungspolitische Hilfe würde dort an ihre Grenzen stoßen, wo Menschen unterdrückt sind. Dabei wurde wiederholt Kritik auch an der Indonesienpolitik der Bundesregierung geäußert, insbesondere an den Waffenlieferungen. Sie konterkarierten, so Dr. Hahn, Vizepräsident des Diakonischen Werkes, jede Diplomatie für den Frieden. Damit unterstützt Dr. Hahn die Forderung der beiden Nobelpreisträger, sich dafür einzusetzen, daß keinerlei Waffen mehr an die Suharto-Regierung geliefert werden. In London sagte Belo vor einigen Monaten: "Als Bischof in Ost-Timor, dessen Bevölkerung schrecklich unter den Einwirkungen von Waffen leidet, die in Ländern fern von unserem gefertigt werden, appelliere ich an Großbritannien und all seine Verbündeten, deren Fabriken eine Vielfalt von Waffen herstellen, die zum Einsatz auf dem Land, zur See und in der Luft verkauft werden, sich der furchtbaren Konsequenzen dieser sogenannten Verteidigungsindustrie bewußt zu sein. Ich bitte Sie inständig, schränken Sie die Bedingungen ein, unter denen der Handel mit solchen Waffen erlaubt ist".

Deutschlands Interessen: gute Geschäfte

Aus der Perspektive der Bundesregierung sind die südostasiatischen Länder wirtschaftlich äußerst attraktiv. Es geht um Absatzmärkte, billige Importe und industrielle Kooperationen. So verwundert es nicht, daß bei Staatsbesuchen Menschenrechtsfragen allenfalls am Rande und ohne merkliche Konsequenzen angesprochen werden. Beim Treffen mit Bischof Belo Ende letzten Jahres in Bonn sagte Bundeskanzler Helmut Kohl zwar zu, sich für eine friedliche und gerechte Lösung in Ost-Timor einzusetzen. Früchte dieser Bemühungen sind bisher aber nicht zu erkennen. 1994 unterstrich Gerhard R. Baum, heute Leiter der Delegation für die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, nach einem Besuch in Ost-Timor die

Dringlichkeit einer Aussöhnung: "Ohne eine politische Lösung werden sich die Menschenrechtsprobleme nicht lösen lassen".

Die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen rang sich dieses Jahr zu einer von Deutschland und den anderen EU-Staaten eingebrachten Ost-Timor-Resolution durch. Viele Staaten fühlten sich durch die Verleihung des Friedensnobelpreises in die Pflicht genommen. Maßgeblich dürfte jedoch auch die unnachgiebige Haltung der indonesischen Regierung zu der Resolution beigetragen haben: sie hat Empfehlungen aus früheren Stellungnahmen nicht umgesetzt, Versprechungen nicht eingehalten. Doch allein bei der Resolution darf es aus Sicht der Menschenrechtsorganisationen jetzt nicht bleiben, vielmehr sind die Staaten gefordert, in ihren bilateralen Beziehungen mit der indonesischen Regierung Ost-Timor zu berücksichtigen und auf die Umsetzung der Empfehlungen zu drängen.

Seitens der Bundesregierung ist bis jetzt noch keine Änderung ihrer Indonesienpolitik zu beobachten. Ungeachtet der wachsenden Spannungen hält sie an ihrer Rüstungsexportpolitik und der damit verbundenen Unterstützung der indonesischen Regierung fest. Alle Aufforderungen auch der beiden Nobelpreisträger, zumindest die Rüstungsgeschäfte mit der Regierung Suharto einzustellen, wurden bislang übergangen. Damit setzt sich die Bundesregierung über zahlreiche Beschlüsse der Parlamentarischen Versammlung der Westeuropäischen Union und des Europäischen Parlaments hinweg, denen zufolge alle Mitgliedsstaaten ein unverzügliches Waffenembargo über Indonesien verhängen und militärische Abkommen aussetzen sollten. Die Bundesregierung verweist diesbezüglich auf den lediglich empfehlenden Charakter dieser Beschlüsse und liefert weiterhin. Nach den USA und Großbritannien ist Deutschland der drittgrößte Waffenlieferant für dieses Regime. Eigenen Angaben zufolge hat sie von 1986 bis 1996 680 Ausfuhrgenehmigungen für Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter nach Indonesien erteilt. 13 Projekte befinden sich 1996 im Genehmigungsverfahren. 39 NVA-Schiffe, mehr als 50 Patrouillenboote der Bremer Lürssen-Werft, 2 U-Boote der Klasse 209, MBB-Hubschrauber in Lizenzproduktion, SUT-Torpedos von STN/AE und Scharfschützengewehre MSG-90 sowie Sturm- und Maschinengewehre von Heckler & Koch hat Indonesien bereits erhalten. Aktuell steht die Lieferung von 5 U-Booten der Klasse 206 aus Marinebeständen an, von denen zwei bereits am 23.9.97 der indonesischen Marine übergeben wurden, sowie von 15 Patrouillenbooten. Für beide Geschäfte bürgt die Bundesregierung mit insgesamt 688,6 Millionen DM.

Die Verleihung des Friedensnobelpreises hat die Situation in Ost-Timor kurzfristig in das Licht der Öffentlichkeit gerückt, was bei einigen Regierungen zu einem vorsichtigen Umdenken auch in ihrer Rüstungsexportpolitik geführt hat. Ob das allerdings eine nachhaltige Wirkung haben wird, ist noch offen. In Ost-Timor selbst hat sich jedenfalls die Situation seitdem drastisch verschlechtert.

Indonesien hat sogar noch mehr Truppen stationiert. Die Hoffnung der Menschen auf Entspannung und Dialogbereitschaft hat sich noch nicht erfüllt. Ohne ausreichenden internationalen Beistand werden Bischof Belo, José Ramos-Horta und alle anderen, die in Ost-Timor und auch in Indonesien für Freiheit und Demokratie eintreten, weiterhin einen schweren Stand haben.

7.12.97:

22 Jahre Besetzung

Ob sich die Situation in Ost-Timor ändert, hängt auch davon ab, ob die Weltöffentlichkeit das Unrecht wahrnimmt und dagegen protestiert. Deshalb hat die Indonesien-AG(1) in diesem Jahr sowohl über eine Zeitungsanzeige als auch mit Briefen an alle Bundestagsabgeordneten die Bundesregierung aufgefordert, ihre Indonesienpolitik von Grund auf zu ändern und Waffengeschäfte zu stoppen. Solche Initiativen werden nicht von heute auf morgen Erfolg bringen, aber mit jedem einzelnen Schritt kann man diesem Ziel näher kommen. Deshalb hat die Indonesien-AG für den 7. Dezember, den Jahrestag der Besetzung Ost-Timors vor 22 Jahren, eine Aktion unter dem Motto "Erhebt die Stimme für Ost-Timor" initiiert.

Informationen dazu gibt es bei: Indonesien-AG c/o Watch Indonesia! Haus der Demokratie Friedrichstraße 165 10117 Berlin Tel. und Fax: 030-2044409 E-mail: nakal@watchin.snafu.de.

Die Aktion kostet Geld. Wer sich an den Kosten mit einem kleinen Beitrag beteiligen, hier das Konto: Watch Indonesia!, Stichwort: Weihnachtsaktion , Dresdner Bank, Konto Nr.: 0632136701, BLZ: 10080000

Außerdem ruft das Europäische Netzwerk gegen Waffenlieferungen (ENAAT - European Network against Arms Trade) am 7. Dezember zu einer gemeinsamen Aktion auf. Europaweit sucht es für den folgenden Text, der sich an die jeweiligen nationalen Regierungen und Parlamente richtet, UnterstützerInnen und UnterzeichnerInnen.

"Während der letzten drei Jahre hat das Europäische Parlament sechs Resolutionen zu Indonesien und Osttimor angenommen. In allen bekräftigt das Parlament seine Forderung, daß die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union jede militärische Hilfe und jeden Waffenverkauf an Indonesien zurückhalten (EP 15. Mai 1997, 19. September 1996, 19. Juni 1996, 14. Dezember 1995, 20. September 1995, 17. November 1994). Wir, die unterzeichnenden Personen und Gruppen appellieren an die Bundesregierung, diese Resolutionen in der deutschen Politik umzusetzen und jeglichen Waffenhandel mit und militärische Hilfe an Indonesien auszusetzen."

In Deutschland koordiniert die BUKO Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport", als ENAAT-Mitglied, die Aktion. Wer sich an dem Aufruf beteiligen möchte, soll sich bitte bis spätestens 1. Dezember 1997 beim BUKO melden: BUKO Kampagne Stoppt den Rüstungsexport, Michaela Müller Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen, Tel.: (0049) 0421-32 60 45, Fax.: (0049) 0421-337 8177

e-mail: rexbuko@oln.comlink.apc.org

Monika Schlicher, Watch Indonesia

Anmerkung:

(1) Auf Initiative der christlichen Kampagne "Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen" hat die Indonesien-AG 1994 ihre Arbeit aufgenommen. Sie protestiert auf vielfältige Weise gegen Rüstungsexporte und Menschenrechtsverletzungen in Indonesien und Ost-Timor. In der Indonesien-AG arbeiten zusammen: Watch Indonesia!; Buko - Stoppt den Rüstungsexport; IMBAS; Kampagne Produzieren für das Leben - Rüstungsexporte stoppen; Ökumenische Arbeitsstelle für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung im Kirchenkreis Stormarn. "Erhebt die Stimme für Ost-Timor" ist eine Aktion der Indonesien-AG im Verbund mit dem Internationalen Katholischen Missionswerk missio in Aachen und der Missionszentrale der Franziskaner.

25. Der edle Versuch, einen Vulkan zu löschen

Ruanda: Die juristische Aufarbeitung eines Völkermords

Autor: Ruth Pfriem · Rubrik: Rwanda · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:43

Ist ein Massenmord, in den das ganze Volk verwickelt war - die Mehrheit auf Seiten der Täter - strafrechtlich zu beurteilen? Ein Internationaler Gerichtshof und die mühsam wiederaufgebaute ruandische Justiz bemühen sich darum.

"Er stellte sich auf meinen Kopf, während ich am Boden lag, er hat mich getreten, überall war ich blutig." Der Zeuge C., dessen Name aus Sicherheitsgründen nicht genannt wird, sagt vor dem Internationalen Gerichtshof der UNO im tansanischen Arusha, der über Verantwortliche des Massenmords in Ruanda richten soll, aus. Verhandelt wird schon seit dem Frühjahr über Jean Paul Akayesu. C., der den Angeklagten sogleich erkannt hat, zieht sein Hemd aus und zeigt dem Gericht tiefe Narben auf seinem Rücken. Auch die Zeugin N., eine ältere Frau, identifiziert Akayesu ohne Zögern. "Er hat mich an Händen und Beinen gebunden, vor sein Auto gezerrt und mir gedroht, daß er mich überfahren würde." Zeugin N. berichtet von Vergewaltigungen ihrer Schwiegertochter und zwei weiterer Frauen aus ihrer Familie. Insgesamt 22 Zeugen hat der Staatsanwalt seit dem Frühjahr aufgerufen, gegen Akayesu auszusagen. Sie erzählen ihre immergleichen Geschichten über Folterungen, Morde, Verstümmelungen, Vergewaltigungen und Plünderungen in der Gemeinde von Taba, dessen Bürgermeister der Angeklagte war. Allein in Taba fielen damals 2.000 Menschen den Mordkommandos zum Opfer.

Damals, zwischen April und Juni 1994, starben in Ruanda Hunderttausende; in dem wohlgeplanten und kaltblütig inszenierten Versuch der herrschenden, um ihre Macht fürchtenden Hutu-Gruppe, die Tutsi-Minderheit der Landes, aber auch oppositionelle Hutu umzubringen. Der Wahnsinn endete mit der militärischen Eroberung der Hauptstadt Kigali durch Soldaten der von Exil-Tutsi dominierten Ruandischen Patriotischen Front (RPF) unter Führung Paul Kagames. Viele der Verantwortlichen, die den Haß zwischen Hutu und Tutsi systematisch geschürt und den Terror organisiert hatten, flohen in die Nachbarstaaten, die meisten nach Zaire und Tansania. Dabei trieben sie Millionen von Flüchtlingen als Schutzschild vor sich her.

Die Weltöffentlichkeit begriff nur langsam, daß es weder um irgendwelche Palastintrigen ging - das Blutbad hatte wenige Stunden nach dem bis heute nicht ganz geklärten Tod des Staatspräsidenten Julius Habyarimana begonnen - noch allein um Kämpfe der Machthaber gegen eine bewaffnete Opposition. Erste Schätzungen über die Zahl der Opfer riefen weltweit Entsetzen hervor, doch getan wurde nichts. Erst im November 1994, sieben Monate später, kam der UNO-Sicherheitsrat zur Erkenntnis, daß in Ruanda wie in Ex-Jugoslawien "Verbrechen gegen die Menschheit" begangen worden waren. Er beschloß, nach dem Vorbild des Nürnberger Tribunals einen Internationalen Gerichtshof einzurichten, der die Verantwortlichen hier wie dort zur Rechenschaft ziehen sollte.

Die Startschwierigkeiten

Anstatt nun sofort loslegen zu können, mußte der Gerichtshof zunächst seine Rechnung mit der UNO-Bürokratie machen. Wertvolle Zeit ging verloren. Erst im Februar 1995 wurde Arusha, die Stadt im Norden Tansanias, zum Sitz des Gerichtshofes bestimmt. Wieder zwei Monate später wurden dann die sechs Richter für zwei Strafkammern ernannt. Logistisch und technologisch bot Arusha zu dem Zeitpunkt gerade mal ein paar Schreibtische und ein Telefon. Der Gerichtshof mußte aus dem Nichts aufgebaut werden. Vorhandene Räume wurden zu Gerichtssälen umgebaut, Sicherheitszellen für zukünftige Angeklagte im Gefängnis von Arusha eingerichtet. Erst in diesem September wurde ein zweiter Gerichtsaal fertiggestellt.

Ein weiteres Problem: die örtliche Verzettelung des Gerichtshofes. Die Richter sitzen in Arusha in der Zentrale. Der Generalstaatsanwalt, gleichzeitig verantwortlich für die Anklagevertretung vor dem UNO-Gerichtshof für Kriegsverbrechen in Bosnien, sitzt in Den Haag. Der stellvertretende Staatsanwalt und das Ermittler-Team haben ihre Büros in Kigali. Und schließlich arbeiteten bis zum Frühjahr diesen Jahres die Verantwortlichen für die Verwaltung im UNO-Hauptquartier in New York. Allein die Kommunikation zwischen den verschiedenen "Arbeitsplätzen" verschlingt eine Unmenge Zeit: Die Telefonleitungen haben tansanischen Standard.

Drei Verfahren gegen vier Angeklagte konnten bisher eröffnet werden. Die Prozesse brauchen viel Zeit. Dies liegt in der Natur des Auftrages des Internationalen Gerichtshofes. Die Ereignisse im Verlauf der mörderischen Monate des Frühsommers 1994 in Ruanda sind im großen und ganzen bekannt. Fest steht auch, wer die politische Verantwortung für die Massaker trägt. Die Prozesse sollen aber die strafrechtliche Verantwortung Einzelner feststellen und beurteilen. Die Anklage muß dazu zweifelsfrei die persönliche Verantwortung der Angeklagten nachweisen. Nur - die Zeuginnen und Zeugen, die bei den Massakern und Folterungen anwesend waren und die Verantwortlichen identifizieren könnten, haben Angst vor Vergeltungsmaßnahmen der noch freien, in manchen Landesteilen sogar wieder organisierten Hutu-Mörder. Diese Angst ist nicht unbegründet: Fast täglich ist zur Zeit von neuen Morden an potentiellen Zeugen in Ruanda zu hören. Ihr Schutz ist deshalb ein gewaltiges Problem. Gelder für technische Hilfsmittel, beispielsweise einen Stimmenverzerrer, wurden erst in diesem Herbst von UNO-Sicherheitsrat zur Verfügung gestellt.

Arbeitsteilung

der Gerichte

Auch die bisherigen Ermittlungsergebnisse gerieten in die Kritik. Die ruandische Regierung befürchtete, daß die Hauptverantwortlichen für den Völkermord ungeschoren davonkommen könnten. In der Tat waren unter den 21 bis Anfang Juli angeklagten Personen lediglich vier, die als Haupttäter verdächtigt wurden. Mit dem Antritt von Louise Arbour als Nachfolgerin von Richard Goldsmith im Amt des Generalstaatsanwalts für beide internationale Gerichtshöfe änderte sich die Ermittlungsstrategie. Arbour und die ruandische Regierung verständigten sich nämlich auf eine Arbeitsteilung zwischen dem Internationalen Gerichtshof und der nationalen Gerichtsbarkeit. Das UNO-Tribunal, erklärte Arbour, werde sich darauf konzentrieren, die "großen Fische" zu jagen und unter Anklage zu stellen. Viele Länder könnten schon aufgrund ihrer Verfassung verdächtige Flüchtlinge nicht an Ruanda ausliefern, da dort die Todesstrafe praktiziert werde. Diese rechtlichen Beschränkungen gelten jedoch nicht bei Kooperationen mit dem Internationalen Gerichtshof, der aufgrund seiner Statuten keine Todesstrafe verhängen kann.

Am 18. Juli, kaum einen Monat nach der Amtsübernahme Arbours, landeten die Ermittler dank gekonnter diplomatischer Vorarbeit Ruandas ihren ersten großen Coup: In der kenianischen Hauptstadt Nairobi wurden acht Personen verhaftet, denen schwere Verbrechen vorgeworfen werden. Prominentester Gefangener ist der ehemalige Ministerpräsident Jean Kambanda, der gerade in den Monaten des großen Mordens die Regierung führte. Er hat, so der Vorwurf der Anklage, in öffentlichen Versammlungen zu den Massakern an Tutsi und oppositionellen Hutu aufgerufen, Waffen und Munition für die Täter beschafft und die Bürgermeister und Präfekten zusammengerufen, um mit ihnen die Massaker überall im Land zu organisieren.

Nach Nairobi hatte sich auch Gratien Kabilingi abgesetzt. Er war Mitglied des ruandischen Generalstabs unter Habyarimana und hatte die Ermordung der Tutsi und aller Oppositionellen bereits vor dem Tod des Präsidenten angekündigt. Als dann die Massaker begannen, sorgte er in den berüchtigten Hutu-Milizen für den Feuereifer des Mobs.

Den Aufbau der Milizen, die aus der Jugendorganisation der ehemaligen Regierungspartei Habyarimanas gebildet wurden, hatte Theoneste Bagasora organisiert, der dritte prominente Gefangene aus Nairobi. Und schließlich wurde in Kenia auch Georges Ruggiu geschnappt und als erster Europäer in Arusha unter Anklage gestellt. Ruggiu war Redaktor und Sprecher von Radio Liberation Milles Collines, dem Sender, der während der Massaker den Mob bei Laune hielt oder Fluchtorte von Tutsi bekanntgab.

Viele Verantwortliche befinden sich jedoch nach wie vor auf freiem Fuß. Sie sind untergetaucht in den Nachbarländern, die früher enge Beziehungen zu Ruanda pflegten. So hielt sich beispielsweise bis zum Mai diesen Jahres die ehemalige Justizministerin in Sambia auf. Ihr Verschwinden nahmen beide Staaten zum Anlaß, endlich ein Auslieferungsabkommen auszuhandeln. Auch Malawi, Kongo-Brazzaville und Gabun signalisierten mittlerweile ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem UNO-Gerichtshof und der neuen Regierung Ruandas; und selbst Kenia, dessen autokratischer Präsident Arap Moi sich wohl nicht ganz zu Unrecht von Uganda und Ruanda bedroht fühlt, will wieder diplomatische Beziehungen aufnehmen. Unter dem Schutzmantel alter Allianzen hatten viele Verantwortliche für das ruandische Gemetzel in den letzten drei Jahren relativ behaglich weiterleben können.

Das änderte sich erst nach dem Sturz des zairischen Diktators Mobutu und der damit verbundenen grundlegenden Veränderung der politischen Landschaft in dieser Region. Mit dem Umbruch in Zaire, dem heutigen Kongo, verschwand das Zentrum all der alten Allianzen. Nicht zuletzt aus Sorge, das Schicksal Mobutus teilen zu müssen, begannen sich dessen langjährige Freunde in der Nachbarschaft, mit der neuen ostafrikanischen Machtallianz, dem Dreieck Uganda, Ruanda und Kongo, zu arrangieren. Zumal sich das auch noch als profitabel erweisen könnte, setzen doch die USA und zumindest die Mehrheit der Europäischen Union offenbar langfristig auf die neuen Mächtigen.

Bestrafung und Versöhnung

In Ruanda selbst sitzen heute noch etwa 100.000 Menschen in heillos überfüllten Gefängnissen und warten auf ihren Prozeß. Sie entkamen Racheakten versprengter Einheiten der heute regierenden und ganz überwiegend aus Tutsi bestehenden Ruandischen Patriotischen Front (RPF), das war ihr Glück. Ihr Pech ist die fast völlige Zerstörung des nationalen Justizsystems, ganze dreizehn Richter gab es nach der Ermordung der Tutsi-Minderheit und der Massenflucht vieler Hutu noch im Land. Nach Angaben der amerikanischen Organisation Africa Faith and Justice Network haben bisher gerade 100 Prozesse stattgefunden, und es würde bei gleichem Tempo 200 Jahre dauern, bis alle heutigen Gefangenen zu ihrem Recht gekommen wären.

Nach einem intensiven Austausch mit Südafrika - ruandisches Justizpersonal und Mitglieder der Wahrheits- und Versöhnungskommission« besuchten sich mehrmals gegenseitig - entschieden sich die neuen Herren in Kigali, welchen Weg sie gehen sollten. "Wir haben es nicht mehr nötig, die Wahrheit aufzudecken", erklärte Charles Murigande, heute Minister für Transport und Kommunikation, nach Abschluß der Gespräche. "Wir wissen, was passiert ist. In unserem Land sind die Morde am hellichten Tag geschehen. Die Killer begannen um acht Uhr morgens und mordeten bis um vier Uhr nachmittags. Dann sind sie in die Bar gegangen, um sich zu betrinken, und sie ruhten sich aus, um wieder fit zu sein für den nächsten Tag. In Südafrika muß erst noch die Wahrheit entdeckt werden."

Im September 1996 erließ die ruandische Regierung ein Gesetz, das das Problem von Gerechtigkeit und Versöhnung lösen helfen soll. Die 100.000 Verdächtigen werden in vier Kategorien eingeteilt. Die erste umfaßt die Hauptverantwortlichen am Massenmord, aber etwa auch überführte Vergewaltiger. Wenn diese schuldig gesprochen werden, erwartet sie die Todesstrafe. Etwa 1.900 Personen sind auf dieser "Todesliste", die im Dezember letzten Jahres veröffentlicht wurde.

Die zweite Kategorie umfaßt all diejenigen, die sich direkt an den Morden beteiligt haben. Wenn sie verurteilt werden, erwartet sie lebenslängliche Haft - sofern sie nicht von sich aus ihre Verbrechen gestehen, die Namen ihrer Mittäter nennen und die Familienangehörigen ihrer Opfer um Verzeihung bitten. In dem Fall reduziert sich ihre Haftstrafe auf sieben Jahre. Die beiden restlichen Kategorien umfassen Vergehen wie Gewaltanwendung, Diebstahl und Plünderung. Auch in diesen Fällen wird Verdächtigen die Möglichkeit eingeräumt, Geständnisse abzulegen, was mit erheblichem Straferlaß honoriert werden soll. Die Verdächtigen dieser Kategorie werden wahrscheinlich bald ganz auf freien Fuß gesetzt werden. Allerdings müssen sie noch damit rechnen, den Familien ihrer Opfer Schadensersatz zu leisten. Das Gesetz über Gerechtigkeit und Versöhnung hat eine Wirkungsdauer von 18 Monaten und kann höchstens noch einmal um die gleiche Zeit verlängert werden. Auch in dieser Hinsicht will Ruanda von Südafrika lernen und versuchen, zumindest die juristische Aufarbeitung der Vergangenheit in überschaubarer Frist abzuschließen.

Ruth Pfriem

Dieser Artikel erschien am 13.11. in der WoZ. Die Autorin ist Rundfunkjournalistin. Ihr besonderes Interesse gilt der Entwicklung in Ostafrika

Den Haag - Arusha

Seit drei Jahren versuchen von der UNO eingesetzte Internationale Gerichtshöfe im niederländischen Haag und im tansanischen Arusha Kriegsverbrecher im ehemaligen Jugoslawien und Verantwortliche des Massenmords in Ruanda strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Die beiden Institutionen haben klar begrenzte Aufträge, gelten aber gleichzeitig als Probeläufe für die Einrichtung eines permanenten Strafgerichtshofes zur Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen. Dessen Gründung war bereits als

Konsequenz der großen Kriegsverbrecherprozesse in Nürnberg und Tokio nach dem Zweiten Weltkrieg im Gespräch, der Kalte Krieg schloß dann aber eine Gerichtsbarkeit jenseits der politischen Lager aus.

Die Bereitschaft zur Unterstützung der Gerichte ist auch jetzt noch ein entscheidendes Problem. Im Falle des Ruanda-Tribunals in Arusha beginnt das schon bei der ungenügenden finanziellen Ausstattung durch die UNO-Mitgliedsstaaten. Gegenüber dem Gericht in Arusha ist das Bosnien-Tribunal im Haag komfortabel ausgerüstet. Dafür erhält es bei weitem nicht die Unterstützung, die es brauchte, um Verdächtiger habhaft zu werden. Immerhin können sich die Versuche einer rechtlichen Bewältigung des Bosnien-Kriegs noch internationaler Beachtung erfreuen, wieder ganz im Gegensatz zu den Ruanda-Verfahren, die im Schatten der zairisch-kongolesischen Ereignisse standen.

Ein gemeinsames, die gute Absicht einer internationalen Gerichtsbarkeit grundsätzlich in Zweifel ziehendes Problem haben schließlich beide Tribunale: In ihrem Ziel einer strafrechtlichen Beurteilung von (Bürger-)Kriegshandlungen Einzelner müssen sie zwangsläufig die - immer auch internationalen - politischen Interessen und Verantwortlichkeiten ausklammern. Zugleich aber droht die gerichtliche Beweiserhebung, in der es um persönliche Schuld eines Einzelnen gehen soll, unter der Last einer allgegenwärtigen politischen Vorverurteilung zur Farce zu werden. Mit anderen Worten: Diejenigen, die den Zerfall Jugoslawiens zumindest mitverantworteten oder die damaligen Machthaber Ruandas in ihrer Weigerung bestärkten, ihr Regime zu demokratisieren, müssen sich vor Gericht niemals verantworten. Die Angeklagten aber haben nur geringe Chancen, gegen sie persönlich erhobene Vorwürfe zu widerlegen, weil die Verbrechen der Gruppen,der sie angehörten, seien es die Hutu-Miliz, sei es eine der bosnischen Kriegsbanden, für strafrechtliche Detailwürdigungen in der Wirklichkeit oder auch nur in der vorherrschenden Vorstellung von der Wirklichkeit viel zu monströs waren. ms.

26. Victor Serge, Beruf: Revolutionär. Vor 50 Jahren starb Victor Serge

Vor 50 Jahren starb Victor Serge: anarchistischer Sozialist und bolschewistischer Vagabund

Autor: Christoph Jünke · Rubrik: Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:07

Schon als Kind beschlich den am 30. Dezember 1890 als Sohn russischer Emigranten in Brüssel Geborenen "das Gefühl ..., daß ich in einer Welt lebte, aus der kein Ausweg möglich war und in der einem nichts anderes übrig blieb, als um einen unmöglichen Ausweg zu kämpfen". Victor Serge, mit bürgerlichem Namen Viktor Lwowitsch Kibalchich, stellte sich diesem Kampf zeit seines Lebens: "Ich empfand eine mit Zorn und Entrüstung gemischte Abneigung gegen die Menschen, die sich vor meinen Augen in dieser Welt komfortabel einrichteten. Wie konnten sie nur ihre Gefangenschaft nicht erkennen, wie konnten sie ihr Unrecht nicht einsehen?" Er führte ein ungewöhnliches Leben, das Leben eines Berufsrevolutionärs und Schriftstellers, der in sieben Ländern aktiv kämpfte, zehn Jahre Gefangenschaften der verschiedenen Art hinter sich bringen mußte, unzählige Artikel und über 20 Bücher schrieb. Und dessen "unmöglicher Ausweg" die russische Oktoberrevolution wurde, deren Aufstieg und Niedergang er erleben sollte.

Der junge Individualist

Seine Kindheit wurde von Armut und Hunger geprägt. Mit den Gesellschaften der Vorkriegszeit mochte sich der junge Serge nicht arrangieren. Es war die große Zeit des Reformismus, die Zeit der Sozialdemokratie der II. Internationale, für deren innere Grenzen der junge Serge ein Gespür entwickelte: "Auf einem außerordentlichen Kongreß der belgischen Arbeiterpartei sprach Vandervelde (Führer der belgischen Sozialdemokraten; Anm. C.J.), noch jung, mager, dunkel, voll Feuer für die Annexion des Kongos. Wir standen auf, protestierten und verließen den Saal unter zornigen Gebärden. Wo sollten wir hin, was sollte aus uns werden bei diesem Bedürfnis nach dem Absoluten, dem Drang zu kämpfen, dem dumpfen Willen, trotz allem aus der Stadt und dem ausweglosen Leben zu fliehen? Wir brauchten eine Regel. Vollenden und sich hingeben: sein." Diese Regel fanden Serge und andere im Anarchismus. "Der Anarchismus nahm uns ganz und gar gefangen, weil er alles von uns verlangte, weil er uns alles bot. Da gab es keinen Winkel des Lebens mehr, den er nicht erhellte - wenigstens schien es uns so. ... Darum gingen wir zu der (in jenem Augenblick) extremen Richtung, die aufgrund einer rigorosen Dialektik durch äußersten Revolutionarismus dahin gelangte, daß sie gar kein Bedürfnis nach Revolution mehr empfand."

Mit 15 Jahren beginnt der Autodidakt eine Fotografenlehre, wird Fotograf und Zeichner und arbeitet in einer anarchistischen Druckerei. Es folgen erste journalistische Arbeiten und Übersetzungen, das Engagement in sozialistischen und anarchistischen Gruppen in Brüssel. Serge organisiert und schreibt und schreibt und organisiert - bis er schließlich in einen Anarchistenprozeß verwickelt und zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt wird. Er beginnt, v.a. unter dem schockierenden Einfluß des Ersten Weltkrieges, sich vom Anarchismus abzuwenden: "Man lebt niemals nur aus sich selbst, für sich selbst. Man darf es auch nicht versuchen. Man muß wissen, daß unser intimstes Denken, im eigentlichen Sinn unser Eigenstes, tausendfach an das Denken der Menschen geknüpft ist ... Ich sah die Niederlage des Anarchismus ein und durchschaute völlig die Verirrungen des Individualismus. Aber einen Ausweg sah ich nicht." Anders als für viele seiner Zeitgenossen ist für Serge der Schiffbruch seiner bisherigen politischen Praxis allerdings nicht der Schiffbruch aller emanzipativen Praxis, kein Grund, die Seiten zu wechseln.

Der begeisterte Kollektivist

1917 wird er entlassen und geht nach Barcelona. Er wird Mitglied der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft CNT und nimmt im Juli 1917 am Volksaufstand in Barcelona teil. Als dieser niedergeschlagen wird, will er 1918 ins revolutionäre Sowjetrußland, die Heimat seiner Eltern, gehen und sich der Revolution anschließen. "Ich wollte auf der Seite der Bolschewiken stehen, weil sie zäh, ohne den Mut sinken zu lassen, mit großartiger Begeisterung, mit überlegener Leidenschaft, das Notwendige taten; weil sie die einzigen waren, die es tun konnten, da sie alle Verantwortung und alle Initiativen übernommen hatten und eine erstaunliche Seelenstärke bewiesen." Doch in Paris wird Serge festgenommen und interniert. Das revolutionäre Petrograd erreicht er erst, nachdem er im Geiselaustausch Frankreichs mit Sowjetrußland im Januar 1919 freigelassen wird. Er wird

Mitglied der Bolschewiki und Mitarbeiter Sinowjews im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (KomIntern), die ehemalige linke Sozialdemokraten, Anarchisten und revolutionäre Syndikalisten zu einer neuen linken Synthese vereint. Serge gibt seine anarchistischen Grundideen nicht auf, erweitert und transformiert sie jedoch. Er wird zum libertären Leninisten, zum Anhänger der permanenten Revolution, zum kritischen, aber loyalen Kommunisten: "Was das furchterregende Jakobinertum der russischen Revolution anging, so erschien es mir unvermeidlich. ... Ich verstand die Revolution als ein großes, für die Zukunft notwendiges Opfer; und nichts schien mir wesentlicher, als dabei den Geist der Freiheit aufrecht zu erhalten und wiederzufinden."

Victor Serge wird verantwortlicher Redakteur der KomIntern-Presse und übersetzt deren Schriften, u.a. diejenigen von Lenin, Trotzki, Sinowjew. Als sich der sowjetische Bürgerkrieg seinem Ende neigt, hofft er auf die Lockerung des harten Regimes, auf Demokratisierung und Rückkehr zur alten Produzentendemokratie der Rätezeit. Auch nach der Niederschlagung des Kronstädter Aufstandes bleibt er loyal und rechtfertigt dessen Behandlung. Doch der Keim der Skepsis entwickelt sich, und Serge sucht wieder einmal nach unmöglichen Auswegen. Er läßt sich im Auftrage der Kommunistischen Internationale nach Westeuropa versetzen, wo er sich 1923 bis 1926 in Berlin und Wien aufhält. Als Anhänger der entstehenden sowjetischen Linksopposition um Leo Trotzki, die eine Änderung des wirtschaftspolitischen Kurses in Moskau und eine Demokratisierung der Kommunistischen Partei fordert, verfolgt er die Stalinisierung der westeuropäischen Parteien mit Abscheu: "Die Luft in den Dienststellen der Internationale konnte ich nicht mehr atmen ... Die Parteien wechselten ihr Gesicht und sogar ihre Sprache ... Die Internationale bietet immer noch eine imposante Fassade, sie hat Hunderttausende von Arbeitern als Anhänger, die mit ihrer ganzen Seele an sie glauben; aber ich sehe, wie sie im Innern verfault. Und ich sehe, daß sie nur in Rußland gerettet werden kann, und zwar durch eine Erneuerung der Partei. Ich muß nach Hause."

Der linke Oppositionelle

Er kehrt nach Moskau und Leningrad zurück, engagiert sich in den parteiinternen Auseinandersetzungen, organisiert Treffen und Demonstrationen, schreibt Flugblätter und beginnt mit intensiven literarischen und historischen Arbeiten. Es ist die Zeit der beginnenden Geschichtsfälschung durch den stalinistischen Apparat, und es gilt, dem etwas entgegenzusetzen. Er glaubt zwar nicht mehr an den Erfolg der Opposition, kritisiert deren vermeintliche Illusionen, ihren "Parteipatriotismus", der sie "das Übel in seiner ganzen Größe", die bürokratische Konterrevolution und ihren neuen despotischen Staat, nicht sehen läßt, doch aufgeben tut er nicht: "Wenn die Niederlage unvermeidlich ist, was soll man dann anderes tun als sie mutig hinnehmen? Als ihr mit unbesiegtem Geist entgegengehen?"

1928 wird er inhaftiert, aus der Partei ausgeschlossen und lernt die Gefängnishöfe als die "letzten Zufluchtsorte der freien sozialistischen Forschung in der U.d.S.S.R." kennen. Er hat Glück, wird bald wieder freigelassen und schreibt an einer Romantrilogie über die ersten, die heroischen Jahre der russischen Revolution. Da ihre Veröffentlichung in der Sowjetunion undenkbar ist, er selbst unter permanenter polizeilicher Bewachung steht, erscheinen seine Bücher nur in Frankreich und machen ihn zum international bekannten Linksoppositionellen. 1933 wird er erneut verhaftet und in den Ural verbannt. Hier lernt er das Gulag- System kennen und muß hilflos zusehen, wie seine Frau zunehmend den Verstand verliert.

Internationale Proteste namhafter französischer Intellektueller bringen ihm 1936, wenige Monate vor den Moskauer Schauprozessen, überraschend die Befreiung, den unmöglichen Ausweg. Er geht, sämtlicher Manuskripte verlustig, mit Frau, Sohn und Tochter zurück, zuerst nach Brüssel, dann ins Paris der Volksfrontzeit, wo er seine Tätigkeit als revolutionärer Journalist und Schriftsteller fortsetzt und den Terror des stalinistischen Systems bezeugt: "Wir bekämpfen den Faschismus. Wie aber können wir ihm mit so vielen Konzentrationslagern im Rücken den Weg verstellen? Die Aufgabe ist nicht mehr einfach, wie Sie sehen", schreibt er 1936 an André Gide: "Niemand hat mehr das Recht, sie zu vereinfachen. Kein neuer Konformismus, keine heilige Lüge könnte das Schwären dieser Wunde verhindern. Die Revolution wird nicht mehr ausschließlich an der Weichsel und der mandschurischen Grenze verteidigt. Die Aufgabe, die Revolution nach innen, gegen das reaktionäre Regime zu verteidigen, das sich im Arbeiterstaat breitgemacht hat und die Arbeiterklasse nach und nach um den größten Teil ihrer Eroberungen prellt, drängt nicht weniger."

Die Isolation

Doch praktisch werden kann seine Kritik kaum. Radikaldemokratische Intellektuelle meiden ihn, den Verteidiger der Oktoberrevolution und des originären Leninismus, genauso wie seine früheren Freunde, die Anarchisten. Und von der kommunistischen Bewegung wird er, der gestandene Antistalinist, verleumdet und denunziert. Es bleibt nur der aufrechte Leo Trotzki und seine kleine Schar derjenigen, die eine neue, die Vierte, Internationale aufbauen wollen. Er schließt sich ihnen an, wird ein enger persönlicher Freund von Trotzkis in Paris lebendem Sohn und Mitstreiter, Leo Sedov, schöpft mit dem Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges neue Hoffnung, solidarisiert sich mit der POUM, die eine neue, gleichermaßen antikapitalistische wie antistalinistische politische Kraft aufzubauen versucht, und schreibt verzweifelt gegen die Moskauer Prozesse an, die mit der Ermordung der alten bolschewistischen Garde enden: "Der Massenmord stand unter dem Gesetz einer grausamen Logik. Die Macht wollte am Vorabend des Krieges die Ersatzmannschaften beseitigen und die Sündenböcke bestrafen, um Schuldige für die Hungersnot, für die Desorganisation der Transporte, für die Not zu finden, für die sie selbst verantwortlich war. Waren aber erst einmal die ersten Bolschewiken ermordet, so mußte man natürlich auch alle anderen ermorden, weil sie zu Zeugen geworden waren, die nicht verzeihen konnten. Außerdem mußten nach den ersten Prozessen jene beseitigt werden, die sie eingeleitet hatten und die Hintergründe kannten, damit die konstruierte Legende glaubhaft wurde."

1937 erscheint schließlich seine Schrift Von Lenin zu Stalin, in der er schonungslos mit der "verratenen Revolution" abrechnet und Bilanz zieht. Alles hat sich nun verändert: Die ehemalige Avantgarde der proletarischen Weltrevolution ist ermordet, im Gefängnis, verbannt und verleumdet. Das von ihr aufgebaute Regime hat sich ins Gegenteil verkehrt. Das Ziel ist nicht mehr die internationale soziale Revolution, sondern der "Sozialismus in einem Lande". Die sich in den Sowjets verkörpernde Arbeiterdemokratie ist zur Diktatur der Funktionäre, der Geheimpolizei GPU und des Generalsekretärs mutiert. In der Partei, die Diskussionsfreiheit mit Disziplin verband, herrscht die Hierarchie der Bürokraten und Karrieristen. Die Kommunistische Internationale ist von der Propaganda- und Kampforganisation zum opportunistischen Anhängsel ihrer Zentralkomitees geworden. Der Staat ist, statt abzusterben, noch mächtiger geworden. Der Egalitarismus ist verpönt und hat einer privilegierten Minderheit weichen müssen. Die heroische Moral der alten Bolschewisten ist im Blute ertränkt, Stalin hat den alten Leninismus endgültig abgelöst.

Zunehmend kommt es hinter den Kulissen auch zu Spannungen mit Trotzki und der IV. Internationale, weil Serge "in ihr nicht das Streben der russischen Linksopposition nach einer Erneuerung der Ideen, der Sitten und der Institutionen des Sozialismus finden konnte", wie er später sagt. Die neue Internationale ist ihm nicht offen und plural genug, hält zu verbissen an den Traditionen des russischen Oktober fest und zerbeißt sich in Sektenkämpfen. Trotzki dagegen befürchtet, daß Serge das Kind der Erneuerung mit dem Bade ausschüttet und die "Lehren des Oktober" vergißt. Schließlich werden auch Serges Hoffnungen auf Reinigung im internationalen Klassenkampf enttäuscht. Die Volksfront-Regierung in Frankreich geht in Agonie über, und die spanische Revolution wird durch die spanischen Faschisten von außen und die GPU im Innern zuerst gebremst und dann zerstört.

Der Rückzug

Der grausamen Verfolgung und Zerschlagung der antistalinistischen POUM als vermeintlicher Trotzkistenorganisation stehen große Teile der Anarchisten indifferent gegenüber. Ihre mangelnde Solidarität rechtfertigen sie, indem sie Trotzki zum Zwillingsbruder Stalins erklären. War er nicht auch für die Niederschlagung des Kronstädter Aufstandes verantwortlich? Trotzki gerät außer sich - zu Recht, denn: "Wer das Opfer verleumdet, hilft dem Henker. Hier wie sonst dient die Moral der Politik." Doch Serge will Trotzkis gnadenlose Rechtfertigung der Kronstadt-Niederschlagung als einer tragischen Notwendigkeit nicht so einfach stehen lassen und weist öffentlich auf vermeintliche Fehler der damaligen Bolschewiki hin. Trotzki sieht ihn deswegen auf die Seite der Verteidiger von Verrätern und Geschichtsfälschern übergehen. Bei einer organisationsinternen Intrige gegen Trotzki, die von einem in die IV. Internationale infiltrierten GPU-Agenten inszeniert wird, sieht es so aus, als ob Serge seine Hände im Spiel gehabt hätte. Daraufhin bricht Trotzki alle seine persönlichen und politischen Beziehungen zu Victor Serge ab und greift ihn öffentlich an. Zu Unrecht, wie sich nach dem Tod der beiden herausstellen sollte.

All dies hält Serge jedoch nicht davon ab, Trotzki gegenüber loyal zu bleiben. Er macht ihren Bruch nicht öffentlich und zieht sich enttäuscht zurück. 1940 flüchtet er vor den Nazis aus Paris und schifft sich im März 1941 nach Mexiko ein, wo er im September eintrifft. Von Hunger und Krankheit gezeichnet, polizeilich überwacht, verleumdet und verlassen beginnt er die Arbeit an seinen Memoiren, an weiteren Büchern, u.a. an

einer Biographie Trotzkis, die er zusammen mit dessen Witwe schreibt. Und er sucht erneut den unmöglichen Ausweg, widmet sich einer theoretischen Neuorientierung der sozialistischen Bewegung - ohne Erfolg. Victor Serge stirbt am 17. November 1947.

Christoph Jünke

auf deutsch erschienene Schriften von Victor Serge:

- Beruf: Revolutionär. Erinnerungen 1901 - 1917 - 1941, Frankfurt/M. (S.Fischer) 1967 (in dritter und stark erweiterter Fassung 1977 im Hamburger Verlag Association unter dem Titel "Erinnerungen eines Revolutionärs 1901-1941" erschienen. 1991 erschien in der Edition Nautilus die noch greifbare Neuauflage der Fischer-Ausgabe)

- Schriftsteller und Proletarier, Frankfurt/M. (Neue Kritik) 1977

- Für eine Erneuerung des Sozialismus. Unbekannte Aufsätze, Hamburg (Association) 1975

- Die sechzehn Erschossenen. Zu den Moskauer Prozessen. Unbekannte Aufsätze II, Hamburg (Association) 1977

- Geburt unserer Macht, München (Trikont) 1976

- Eroberte Stadt, Frankfurt/M. (Freie Gesellschaft) 1977

- Die Klassenkämpfe der chinesischen Revolution von 1927, Frankfurt/M. (Neue Kritik) 1975

- Leo Trotzki. Leben und Tod, Wien (Europa) 1978 & München (dtv) 1981

- Kronstadt. Texte von W.I. Lenin, L. Trotzki und V. Serge, Frankfurt/M. (ISP) 1981

- Die große Ernüchterung (Der Fall Tulajew), Hamburg 1950

- Was jeder Revolutionär über die Repression wissen muß, in: Eschen/Plogstedt/Sami/Serge: Wie man gegen Polizei und Justiz die Nerven behält, Berlin (Rotbuch) 1973, S.49ff.

27. Im Schlafwagen an die Macht. Zur Geschichte des Faschismus, 2. Teil: Von den Anfängen bis zum "Marsch auf Rom"

Zur Geschichte des Faschismus, Teil 2: Von den Anfängen bis zum "Marsch auf Rom"

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:03

Im ersten Teil unserer Faschismus-Serie ging es um den italienischen "Historikerstreit", vor allem um die Thesen Renzo De Felices und seiner Anhänger: Der italienische Faschismus sei eine "linkstotalitäre" Bewegung in der Tradition der Aufklärung; das Regime habe nur eine "moderate" Repression ausgeübt, und Mussolini habe in den letzten beiden Kriegsjahren nur deshalb mit Nazi-Deutschland gemeinsame Sache gemacht, um sein Land vor Schlimmerem zu bewahren. In dem hier vorliegenden zweiten Teil werden die historischen Fakten rekonstruiert: die Vorgeschichte seit Entstehung des italienischen Nationalstaats, Italiens Rolle im Ersten Weltkrieg, die Klassenkämpfe seit Kriegsende, die Entscheidung der alten Eliten, dem Faschismus die Regierungsgewalt zu übertragen.

Unter konservativen Historikern ist es üblich, den Aufstieg des italienischen Faschismus zur Macht vor allem als Werk seines Führers darzustellen. Als äußere Faktoren lassen sie allenfalls die "Nachkriegswirren" gelten. Die tieferen Ursachen des Umbruchs von Oktober 1922 bleiben bei dieser Art Geschichtsbetrachtung im dunkeln. Da die Faschisten - wie noch zu zeigen sein wird - die Macht nicht "ergriffen", sondern sie von den alten Eliten übertragen bekamen, muß deren politisches Wirken zumindest seit 1861 kurz rekapituliert werden.

Die Vorgeschichte: Italiens Sonderweg

In jenem Jahr 1861 wurde mit der Proklamation des Königreichs Italien der Nationalstaat geschaffen. Treibende Kraft der Einigung war das Königreich Sardinien-Piemont, dem sich die - zum Teil gewaltsam unterworfenen - italienischen Staaten anschlossen, als letzte Venetien (1866) und Rom (1870). Garibaldi und die demokratisch gesinnten Helden des Risorgimento blieben im neuen Italien ohne politischen Einfluß. Nach dem Zensuswahlrecht waren nur 417.000 Männer in ganz Italien wahlberechtigt; durch die Reform von 1882 erhöhte sich die Zahl der Wahlberechtigten auf etwa 2 Millionen. "Der neue Staat", schreibt der Historiker Guido Procacci, "erhielt so einen stark bürokratischen, von den großen Vermögen beherrschten Charakter. Der großen Mehrheit erschien der Staat lediglich in Gestalt des Steuereintreibers verkörpert und bestand im wesentlichen aus der Verpflichtung zum Militärdienst." (1)

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der breiten Massen besserten sich im neuen Italien vorerst nicht. Im agrarischen Süden war Unterernährung ein Dauerzustand; so begann in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Massenauswanderung nach Nord- und Südamerika und in die industrialisierten Regionen Europas. Erst ab 1881 vollzog sich ein Aufschwung der norditalienischen Industrie, während die Landwirtschaft durch den Import billigen US-amerikanischen Weizens in eine schwere Krise geriet. Ende des 19. Jahrhunderts "gewann ein Kapitalismus Gestalt, der alle Charakterzüge der Leninschen Imperialismustheorie an sich hat: die hohe monopolistische Konzentration, die Verflechtung von Banken und Industrie sowie staatliche Intervention. Daneben stand die noch halbfeudale Landwirtschaft und ein weitverbreitetes Kleinhandwerk." (Procacci: 298)

Gegen die Herrschaft des "agrarisch-industriellen Blocks" (Gramsci) - das Bündnis der Kapitalisten des Nordens mit den Großgrundbesitzern - kam es immer wieder zu Unruhen sowohl der Bauern und Tagelöhner als auch des Industrieproletariats. Teile der süditalienischen Landbevölkerung sympathisierten mit dem Anarchismus Bakunins. Auf Sizilien entstanden 1889 die sozialistisch beeinflußten fasci dei lavoratori ("Arbeiterbünde"); 1892 wurde die Arbeiterpartei Italiens gegründet, die sich ein Jahr später in Sozialistische Partei (PSI) umbenannte.

Das letzte Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts war durch heftige Klassenkämpfe geprägt. Während auf Sizilien die fasci Bodenbesetzungen und andere militante Aktionen der Bauern (u.a. gegen die Finanzämter) organisierten, stürmten in Mailand die Armen die Paläste der Reichen. Auslöser der Revolte im Mai 1898 war

die Erhöhung des Brotpreises; bei den Mailänder Barrikadenkämpfen gab es mindestens 80 Tote unter der Zivilbevölkerung.

Als Ministerpräsident von 1903 bis 1914 (mit Unterbrechungen) schuf der Liberale Giovanni Giolitti das nach ihm benannte "System Giolitti". Diese Spielart des trasformismo (2) zielte auf einen breiten Konsens der parlamentarischen Kräfte, schuf Klientelismus und war zu Reformen weitgehend unfähig. Einzige Ausnahme war die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer (1912). In Abgrenzung zur kolonialistischen "Großen Außenpolitik" seines Vorgängers Francesco Crispi lehnte Giolitti größere imperialistische Abenteuer zunächst ab. Im Herbst 1911 erklärte Italien der Türkei den Krieg, der ein Jahr später mit der Eroberung Libyens endete. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges war das "System Giolitti restlos am Ende" (Procacci: 340). Die sozialen Gegensätze hatten sich verschärft, nachdem der Aufschwung zum Beginn des neuen Jahrhunderts an der Landbevölkerung des Südens vorbeigegangen war.

Aus der hier stichwortartig zusammengetragenen Vorgeschichte des Faschismus soll kein historischer Determinismus abgeleitet werden: Der Faschismus war keineswegs unausweichlich. Er war aber auch keine bloße "Parenthese der italienischen Geschichte", wie der liberale Philosoph Benedetto Croce (1866-1952) behauptete. Der von den Faschisten ermordete Sozialist Carlo Rosselli (1899-1937) schrieb dagegen, der Faschismus sei "die Autobiographie der Nation, die auf den politischen Kampf verzichtet und den Kult der Einmütigkeit pflegt". (3) Das ist nur dann überzeugend, wenn die kämpfenden "niederen Stände" aus der "Nation" ausgegliedert werden.

Mussolini und die faschistische Ideologie

Die faschistische Ideologie wurde von Mussolini nicht geschaffen, wohl aber glaubwürdig verkörpert. So wie der Faschismus widersprüchliche ideologische Elemente vereinigt, setzt sich Mussolinis politische Biographie aus krass gegensätzlichen Abschnitten zusammen:

Benito Amilcare Andrea Mussolini wurde 1883 als Sohn eines Schmiedes und einer Grundschullehrerin in Predappio (Provinz Forli, Emilia-Romagna) geboren. Der Vater war Sozialist, die Mutter bekennende Katholikin. 1901 erwarb Benito das Grundschullehrerdiplom und tat sich als sozialistischer Agitator hervor. Nach kurzer Tätigkeit als Lehrer ging er 1902 in die Schweiz, wo er verschiedene Gelegenheitsarbeiten fand, u.a. als Maurer. Er schrieb flammende Artikel für die Zeitung der italienischen Sozialisten in der Schweiz, wurde Sekretär der italienischen Gewerkschaft der Maurer und Hilfsarbeiter in Lausanne und 1904, nach einem Gefängnisaufenthalt wegen revolutionärer Umtriebe, auch PSI-Parteitagsdelegierter.

Im selben Jahr kehrte er nach Italien zurück. Nach dem Militärdienst arbeitete er noch einmal als Lehrer. 1908 wurde er Direktor der offiziellen Parteizeitung L'Avvenire del lavoratore ("Die Zukunft des Arbeiters"). 1910, als PSI-Sekretär in Forli, gründet er eine eigene Zeitung, La lotta di classe ("Der Klassenkampf"), die zum Sprachrohr des radikalen PSI-Flügels wurde. Wegen Widerstandes gegen den italienischen Kolonialkrieg in Libyen wurde Mussolini 1911 zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Der Prozeß machte ihn in ganz Italien populär. Bei seiner Entlassung aus dem Gefängnis wurde er erstmals als Duce (Führer) des revolutionären Sozialismus gefeiert. Ende 1912 bekam er den langersehnten Posten als Chefredakteur des in Mailand erscheinenden sozialistischen Zentralorgans Avanti! ("Vorwärts"). Im März 1914 wurde er wegen aufrührerischer Artikel erneut vor Gericht gestellt.

Bei Beginn des Ersten Weltkriegs vertrat Mussolini zunächst die internationalistische Linie. Die Kehrtwendung kam im Oktober, als er die Losung von der "bewaffneten Neutralität" ausgab und schließlich offen für Italiens Kriegseintritt an der Seite Frankreichs und Englands agitierte. Am 19. Oktober 1914 wurde Mussolini seines Postens enthoben. Wenig später erschien seine neue Zeitung Il Popolo d'Italia ("Das Volk von Italien"), zu deren Finanziers und Förderern die Chefs mehrerer Großunternehmen (FIAT, Ansaldo, Edison u.a.) sowie die französische Regierung zählten. Ende November 1914 wurde Benito Mussolini aus der Sozialistischen Partei ausgeschlossen.

Nur bei oberflächlicher Betrachtung ist es erstaunlich, daß Mussolini mit dieser Biographie 1914 zum Führer der faschistischen Bewegung werden konnte. Der Politologe Zeev Sternhell, Verfasser eines Standardwerks über die Entstehung der faschistischen Ideologie, schreibt: "Um Mussolini, den früheren Herausgeber des Avanti!, gruppierten sich seine früheren Partner vom linken Flügel der Sozialistischen Partei und vom revolutionären Syndikalismus, Nationalisten auf der Suche nach einem Führer und Futuristen auf der Suche

nach einem Condottiere (Feldherren)." (4) Sternhell betont, daß Mussolini nicht erst durch die Erfahrungen des Ersten Weltkriegs zum Faschisten wurde; vielmehr sei diese Wendung Ergebnis einer "intellektuellen Evolution", die schon vor dem Kriege abgeschlossen gewesen sei.

Zu dieser Evolution, die auch etliche andere Linkssozialisten durchmachten, gehören zunächst diverse Revisionen des Marxismus, u.a. der Versuch, den Klassenkampfgedanken mit Vilfredo Paretos "Theorie der Eliten" in Einklang zu bringen. Schon 1908 lobte Mussolini Paretos These, Geschichte werde durch dominante Eliten gemacht, als das "brillanteste soziologische Konzept der Moderne". Von Georges Sorel übernahm er das Konzept der Gewalt, die allerdings den Kapitalismus nicht antasten sollte. Die Sorelianer, nach eigenem Verständnis revolutionäre Revisionisten des Marxismus, waren gleichzeitig Anhänger der Marktwirtschaft; ihr revolutionäres Subjekt war nicht mehr das Proletariat, sondern die Nation. Daß sie sich sowohl in Frankreich als auch in Italien mit den Nationalisten verbündeten, war nur folgerichtig.

In der bevorstehenden Revolution sollte lediglich das "dekadente" politische System des Liberalismus gestürzt werden. Die Ideale der Französischen Revolution sollten durch neue Werte ersetzt werden wie Heroismus, Männlichkeit und Puritanismus. Um Massen für diese Ziele zu mobilisieren, so lehrte es Sorel, seien Mythen notwendig. Die lieferten u.a. die Futuristen in ihrem Manifest von 1909, verfaßt von Filippo Marinetti. Von der Liebe zur Gefahr ist dort die Rede, vom Krieg als "Welthygiene" und von der Schönheit, die es nur im Kampf gebe - gegen die Feinde "Moralismus, Feminismus, jede opportunistische oder utilitaristische Feigheit". Marinettis Ideen liefen hinaus auf einen "antibourgeoisen Nationalismus, der zusammen mit anarchischem Individualismus eine Religion der Gewalt bildete", schreibt Sternhell. Geeint wurden revolutionäre Revisionisten, Nationalisten und Futuristen durch ihren "Haß auf die herrschende Kultur und ihr Verlangen, es durch eine totale Alternative zu ersetzen. Die Sorelianer, die einen neuen revolutionären Weg geöffnet und die ursprüngliche Idee beigesteuert hatten, gaben den Nationalisten die soziale Basis und die Kräfte, die es erlaubten, die Idee des Protests in eine politische Bewegung zu überführen. Der Futurismus gab dieser Fusion künstlerisches Flair, den Geist der Jugend und des Aufgewühlten und die Magie kulturellen Nonkonformismus." (Sternhell: 30)

Italien und der Erste Weltkrieg

Zwar war schon vor Beginn des Weltkrieges die faschistische Ideologie geschaffen, auf deren Grundlage die ungleichen Bündnispartner zusammenfanden. Explosiv wurde die Mischung allerdings erst nach dem Kriege, in den Italien später als die anderen großen Nationen Europas eintrat.

Mitverantwortlich für diese Verzögerung war die sozialistische Arbeiterbewegung. Anders als in Deutschland und Frankreich, wo die Sozialisten bei Kriegsbeginn mit der eigenen Bourgeoisie "Burgfrieden" schlossen, blieb die Mehrheit des PSI den internationalistischen Idealen treu. Für eine revolutionäre Erhebung allerdings war die Partei zu schwach. Die berühmte "rote Woche" im Juni 1914 war eine Provinzrevolte in Ancona und kleineren Orten der Romagna. Wo der Aufruf zum Generalstreik in den industriellen Zentren befolgt wurde, geschah das aus Solidarität mit den Aufständischen.

Aber auch die italienische Regierung unter dem Konservativen Antonio Salandra hatte keinerlei Ambitionen, an der Seite ihrer Dreibundpartner Deutschland und Österreich in den Krieg zu ziehen, und erklärte Italien für neutral. Gleichzeitig war sie bemüht, Italien eine andere Option zu eröffnen: den Kriegseintritt an der Seite Frankreichs und Großbritanniens. Nach geheimen Verhandlungen in London erklärte Italien Österreich-Ungarn am 23. Mai 1915 den Krieg - um auf der Seite der voraussichtlichen Sieger zu sein, aber auch aus innenpolitischen Gründen: Die Arbeiterbewegung sollte diszipliniert werden, auch wenn die Gefahr der Revolution real nicht bestand. Der PSI antwortete auf den Kriegseintritt mit der defensiven Parole "Den Krieg weder mitmachen noch sabotieren".

Nicht nur militärisch, auch psychologisch war Italien auf den Krieg nicht vorbereitet. Daran änderte sich auch wenig durch die patriotischen Demonstrationen der Studenten und die lärmende Agitation prominenter Interventionisten, zu denen neben Mussolini und dem Dichter Gabriele D'Annunzio auch einige führende Sozialisten gehörten. Trotz schlechter Ausrüstung kam das italienische Heer mit 600.000 Kriegstoten vergleichsweise glimpflich davon. Nach der Niederlage bei Caporetto im Oktober 1917 (der Name ist in Italien noch heute Synonym für schwere politische Niederlagen) leisteten die italienischen Soldaten den deutschen

und österreichischen Truppen erfolgreich Widerstand; Anfang November 1918 eroberten sie die bis dahin zu Österreich gehörenden Städte Trient und Triest.

Als die Habsburger Monarchie und das deutsche Kaiserreich zusammenbrachen, gehörte Italien zu den Siegern. Der Weltkrieg hatte für das Land aber noch ein weiteres, ambivalentes Ergebnis: "... seine armen Söhne erfuhren erst durch die Uniform und den Kampf in den Schützengräben, daß sie Bürger Italiens waren. Man kann sogar sagen, daß sich ein Nationalbewußtsein im weiteren Sinne erst mit dem Ersten Weltkrieg, mit der ersten kollektiven Erfahrung des italienischen Volkes herausbildete..." (Procacci: 346f.)

Zwei "rote Jahre" sind keine Revolution...

Die italienische Arbeiterbewegung fand 1919 zu nie gekannter Stärke. Die Zahl der Streiks und der Streikenden war höher als im Rekordjahr 1901/1902. In der Industrie konnte der Acht-Stunden-Tag durchgesetzt werden, Lohnerhöhungen wurden erkämpft, und die Gewerkschaften hatten mehr Mitglieder als je zuvor. Das Beispiel der Oktoberrevolution faszinierte nicht nur das Industrieproletariat, sondern auch die LandarbeiterInnen. "Fare come in Russia" ("es wie in Rußland machen") wurde zum geflügelten Wort.

Die politische Praxis hinkte allerdings weit hinter den revolutionären Parolen her. Die in mehrere Flügel gespaltene Sozialistische Partei hatte keine realitätstüchtige Strategie, und der Einfluß der "Maximalisten" blieb beschränkt. Die Revolutionäre um die Redaktion der Zeitung L'ordine nuovo (Antonio Gramsci, Angelo Tasca, Umberto Terracini, Palmiro Togliatti), die die Turiner Fabrikrätebewegung unterstützten, scheiterten mit ihrem Vorhaben, Turin zu einem "italienischen Petrograd" zu machen. Es fehlte ein Bauernprogramm und ein Konzept für die Lösung der "süditalienischen Frage". Mit dem verlorenen Streik der Turiner Metallarbeiter im April 1920 war der Höhepunkt der revolutionären Welle überschritten. Die "zwei roten Jahre" blieben eine vorübergehende Episode. Angesichts der faschistischen Offensive ab Herbst 1920 stellte sich zudem heraus, daß die Linken die Gewalt nur "theoretisierten" (Giorgio Amendola); zu wirksamer Gegenwehr waren sie nicht in der Lage.

Der Krieg hatte aber nicht nur die roten Massen in Bewegung gesetzt. Die Mehrheit der Frontsoldaten waren Bauern gewesen, denen für die Zeit nach dem Krieg große Versprechungen gemacht worden waren, die nun nicht gehalten wurden. Revolten mit Landbesetzungen waren die Folge. Betrogen fühlten sich aber auch viele Unteroffiziere und Offiziere, die nun nicht mehr gebraucht wurden. Die nationalistische Propaganda erklärte ihnen, sie seien Opfer der unfähigen liberalen Politiker, die aus Italiens glanzvollem militärischen Sieg am Verhandlungstisch einen "verstümmelten Sieg" gemacht hätten. Der Dichter Gabriele D'Annunzio wurde zum Volkshelden, als er im September 1919 mit 1.000 meuternden Legionären der Armee das kroatische Rijeka (italienisch: Fiume) besetzte, um es heim ins (König-)Reich zu holen. Daß Italien bei den Friedensverhandlungen in Versailles und Saint-Germain Südtirol, Venezia-Giulia mit Triest und Istrien zugesprochen bekommen hatte, war den Nationalisten zu wenig.

Die Fasci - Demagogie und Terror

Den enttäuschten Frontkämpfern und Nationalisten bot sich seit 1919 ein neuer organisatorischer Bezugspunkt: Am 23. März gründeten sich in der Mailänder Industrie- und Handelskammer die Fasci italiani di combattimento ("italienische Kampfbünde"). Der Name fascio wurde von den sizilianischen Arbeiterbünden übernommen; das Programm enthielt eine Reihe sozialreformerischer Forderungen (Acht-Stunden-Tag, Mindestlöhne, Mitbestimmung der Arbeitervertreter, progressive Vermögenssteuer, Beschlagnahme von 85% der Kriegsgewinne), mit denen die Massen gewonnen werden sollten. Die soziale Demagogie steigerte sich in den folgenden Programmen noch. Auch den Bauern wurden Versprechungen gemacht. Im Wahlprogramm von November 1919 wurden u.a. die Beschlagnahme sämtlicher Kriegsgewinne und eine hohe Erbschaftssteuer gefordert - der reine Betrug, wie sich unmittelbar nach Amtsantritt der Regierung Mussolini im Herbst 1922 herausstellte: Zu ihren ersten Taten gehörte die Abschaffung der Erbschaftssteuer und die Auflösung der Kommission zur Prüfung der Kriegsgewinne.

Mussolini gab schon Ende 1921 den überwiegend demagogischen Charakter der faschistischen Frühprogramme zu und bezeichnete sie als taktische Mittel zur Bekämpfung des Bolschewismus, um seine mächtigen bürgerlichen Bündnispartner zu beruhigen. Für ihn selbst war Italiens Größe einziges Ziel: "Für mein ganzes politisches Handeln gibt es nur eine Richtschnur: Alles, was Italien groß macht, ist gut, und umgekehrt, alles, was die Größe unseres Landes schmälert, gefährdet oder bedroht, ist schlecht." (5) Um

Italien groß zu machen, mußte er selber groß werden - im Bündnis mit denen, die schon groß waren. Drei Jahre nach dieser Rede nahmen sie seine Bewerbung an.

Einen ersten Beweis ihrer Brauchbarkeit für die Herrschenden lieferten die faschistischen Stoßtrupps im November 1920 in Bologna, einer Hochburg der Sozialisten. Durch Schüsse in die Menge, die dem neugewählten Bürgermeister zujubelte, töteten die Faschisten neun Menschen und verletzten mehr als 100. Zusammen mit der staatlichen Militärpolizei Guardia regia beschossen sie das Rathaus, bis der Widerstand der Sozialisten zusammenbrach. Nach getaner Arbeit, für die sie von den Großgrundbesitzern der Provinz bezahlt wurden, trugen sie den Terror aufs Land. Die bewaffnete Staatsmacht sah tatenlos zu.

Antonio Gramsci (1891- 1937) zählte in den 18 Monaten zwischen Januar 1920 und Juni 1921 4.000 Menschen, "Männer, Frauen, Kinder und Greise", die "unter den Kugeln der öffentlichen Sicherheitsorgane und des Faschismus den Tod auf Straßen und Plätzen" fanden. Hinzu kommen die Verwüstungen, derer sich die Faschisten offen rühmten. Nach einer "nicht erschöpfenden" Aufstellung ihres parteioffiziellen Historikers G.A. Chiurco zerstörten die Sturmtrupps allein im ersten Halbjahr 1921:

25 Volkshäuser

59 Arbeitskammern

85 Genossenschaften

43 Landarbeiterverbände

51 politische Zirkel

10 Druckereien

6 Tageszeitungen.

Die faschistischen Überfälle auf die rote Landarbeiterschaft liefen immer wieder nach einem Schema ab, das der kommunistische Schriftsteller Ignazio Silone (1900-1978) so beschreibt:

"a) die Grundbesitzer eines noch von den ‚Roten` beherrschten Dorfes wenden sich an den Fascio der nächstliegenden Ortschaft mit der Bitte um Intervention;

b) der Fascio bestimmt den Tag der Vergeltung, macht sich an die technische Vorbereitung der Expedition, an die Beschaffung der erforderlichen Waffen, des Petroleums, der Bomben und legt den interessierten Grundbesitzern die Rechnung vor;

c) die Polizei des Hauptortes, von den Fascisten und der Grundbesitzerorganisation benachrichtigt, wird noch vor der Ankunft der Fascisten in das betreffende Dorf dirigiert, ‚um den Zusammenstoß zu verhindern`. Die Polizei führt eine Haussuchung im ‚roten` Verband durch, beschlagnahmt die Waffen, verhaftet die tapfersten Elemente, empfiehlt den Gemäßigten, beruhigend auf die anderen einzuwirken, und gibt die Versicherung ab, die Fascisten würden durch die öffentliche Macht zurückgeschlagen werden;

d) am Abend kommen die Fascisten (...) in Wagen angefahren. Unter polizeilichem Schutz ziehen sie durch das Dorf, begeben sich in das Rathaus und erklären dort ‚im Namen des wahrhaft italienischen Volkes` den aus Landarbeitern zusammengesetzten Gemeinderat als abgesetzt. (...) dann gehen sie zur Genossenschaft, wo sie Geld und Waren an sich nehmen und sich in Gesellschaft der Polizei über den Wein und die dort lagernden Lebensmittel hermachen. Hierauf schlagen sie den Weg zum Sitz des Tagelöhnerverbandes ein und stecken ihn in Brand. Schließlich beginnen sie an Hand der von den ansässigen Grundbesitzern gemachten Angaben mit den Haussuchungen. Sie verbrennen die Häuser der als gefährlich bezeichneten Elemente (...) Andere Elemente wieder werden für unbestimmte Zeit aus dem Dorf verbannt, andere, oft die friedlichsten, mit Rizinusöl traktiert oder in Gegenwart ihrer Frauen und Kinder verprügelt." (6) Wer Widerstand leistet, wird schwer zusammengeschlagen oder getötet; Silone weiß von zahlreichen Fällen, in denen Frauen und Mädchen von den Faschisten öffentlich vergewaltigt wurden.

Den Gewalttaten der Faschisten hatten die Linken wenig entgegenzusetzen. Die "Verbindung von nichtlegaler Massengewalt und repressiver Aktion des traditionellen Staatsapparates" (Giorgio Amendola) (7) war für die Arbeiterschaft, die mit der Wirkung von Polizeiknüppeln vertraut war, eine neue, demoralisierende Erfahrung.

Auch führende Köpfe der sozialistischen und der im Januar 1921 gegründeten kommunistischen Partei (PCI) waren mit der Analyse des Faschismus überfordert.

Eine Ausnahme bildete allenfalls Antonio Gramsci, der am 23. Juli 1921 in der kommunistischen Tageszeitung L'ordine nuovo schrieb: "Von der herrschenden Klasse die Zerschlagung des Faschismus zu fordern, hieße so viel, wie ihren Selbstmord zu fordern." (8) Er schrieb dies anläßlich einer außergewöhnlichen Polizeiaktion: In Sarzana (Ligurien) verhinderten Carabinieri eine faschistische "Strafexpedition" und töteten 13 Faschisten. Der Vorfall zeigt, daß der Staat den faschistischen Terror durchaus hätte stoppen können - wenn die Herrschenden das gewollt hätten.

Der "Marsch auf Rom"

Schon im Juli 1921 konnte Mussolini triumphieren: "Es gibt keine ernsthafte bolschewistische Gefahr mehr in Italien. Der Bolschewismus ist so gut wie ausgerottet!" (9) Mit seinen vergleichsweise gemäßigten Artikeln und Reden verfolgte er jetzt einen doppelten Zweck: Er wollte die Extremisten in den Sturmtrupps mäßigen und zugleich den Bürgerlichen die Angst vor einem gewaltsamen faschistischen Umsturz nehmen. Vorübergehend kam es sogar zu einem "Waffenstillstand" mit den Sozialisten. Den Antiklerikalismus schwächte Mussolini ab und betonte den Patriotismus.

Wegen seines "Legalismus" geriet er zeitweilig unter den Druck der "Intransigenten" Farinacci, Balbo und Grandi, deren Anhänger ihn einen Verräter nannten. Gegenüber den Bürgerlichen aber zahlte sich die taktische Mäßigung aus. Zu den Neuwahlen im Mai 1921 bot Giolitti den Faschisten ein Wahlbündnis an, das Mussolini akzeptierte. Nach ihrem Fiasko von 1919 konnten sie auf diesem Wege 35 Sitze gewinnen. Mussolini erhielt in seinem Mailänder Wahlbezirk fast 125.000 Stimmen - gegenüber nur 4.000 Stimmen zwei Jahre zuvor.

Im November 1921 konstituierte sich die faschistische Bewegung als Partei (Partito Nazionale Fascista - PNF) und gab sich ein neues Programm, aus denen die sozialreformerischen Forderungen getilgt waren. Die Partei hatte jetzt 218.000 Mitglieder; davon waren "24,3% ländliche Werktätige, 15,4% Arbeiter, 13% Studenten, 12% Landeigentümer und Pächter, 9,8% Angestellte, 9,2% Händler und Handwerker, 15,3% andere bourgeoise Schichten." (10) Das Jahr 1922 stand im Zeichen militärischer Aktionen der Faschisten; im Mai/Juni besetzten sie jeweils für mehrere Tage Ferrara und Bologna. Ein von den sozialistischen Gewerkschaften ausgerufener Generalstreik brach Anfang August zusammen, auch weil die Faschisten die Arbeit der öffentlichen Institutionen aufrechthielten. Mussolini drohte: "Der Faschismus ... soll möglichst auf legalem Wege an die Macht gelangen. Aber ich muß hier auch auf die andere Möglichkeit hinweisen." (11) Seit August gab es Gerüchte über einen bevorstehenden "Marsch auf Rom". Ministerposten, die ihm mehrfach angeboten wurden, lehnte Mussolini ab.

Am 20. September hielt er auf einer Massenkundgebung seine berühmte "Rede von Udine", die vorweggenommene Regierungserklärung des Faschismus. Sie kombiniert widersprüchliche Elemente: das Bekenntnis zur Gewalt ("um einen Seuchenherd zu beseitigen") und zu Disziplin und Gehorsam ("und zwar müssen wir in erster Linie und in aller Strenge uns selbst disziplinieren, sonst haben wir kein Recht, die Nation in Zucht und Ordnung zu halten"); eine Absage an die Demokratie ("wir verehren die Massen nicht... Wir konnten uns der Massen nicht erwehren, sie sind zu uns gekommen") und die Ankündigung, die Massen zur Unterstützung italienischer Machtpolitik zu mobilisieren ("Eine auswärtige Politik vermögen wir nur dann zu treiben, wenn die Massen innigen Anteil am Leben und am Geschick des Staates nehmen"). Italiens Größe - statt einer "Politik der Entsagung und der Feigheit" - ist das Hauptziel. Die Feinde des Faschismus müßten "eine Zeitlang in einer geistigen und politischen Quarantäne gehalten werden". Anders gesagt: "Der sozialdemokratische Unterbau muß zerstört werden." Bleiben solle hingegen die Monarchie ("damit das Volk nicht das Gefühl habe, als ob alles zusammenfiele") - dieses Zugeständnis war eine bittere Pille für die republikanischen Faschisten, aber eine entscheidende Voraussetzung für den Regierungsantritt des Faschismus.

Auch die Zurücknahme des Antiklerikalismus zahlte sich aus. Unter dem im Februar 1922 neugewählten Papst Pius XI. entzog der Vatikan der Katholischen Volkspartei (PPI) die Unterstützung. Finanzielle Zuwendungen erhielten die Faschisten vor allem von den Großagrariern. Die Industriellen hielten sich mit Spenden bis Ende 1921 weitgehend zurück. Die danach zunehmenden Zahlungen sind vor allem auf die Schlagkraft der

faschistischen Sturmtrupps gegen die Arbeiterbewegung zurückzuführen. Hinzu kamen ständige Bekenntnisse zur "freien Marktwirtschaft" und die unternehmerfreundlichen Forderungen des neuen Programms (u.a. Abschaffung des Streikrechts im öffentlichen Dienst, Subventionen für die Privatwirtschaft und Schließung unrentabler Staatsbetriebe, Förderung der Rüstungsproduktion).

Wichtiger als die Geldspenden war die Kapitulation des politischen Liberalismus. Der alte Taktiker Giolitti, letztmals Ministerpräsident bis Juli 1921, hatte den Faschisten den Weg ins Parlament geebnet. Seine Nachfolger als Regierungschefs, der Ex-Sozialist Ivanoe Bonomi (bis Februar 1922), und der Liberale Luigi Facta (bis Ende Oktober 1922), ließen die Faschisten gewähren. Die erkannten die Schwäche der Regierung und gingen im Oktober 1922 aufs Ganze. Von ihrem am 24. Oktober begonnenen Parteitag in Neapel brachen sie zum "Marsch auf Rom" auf, der konspirativ vorbereitet worden war. An der Spitze der Operation stand ein Quadrumvirat (ohne Mussolini); die faschistischen Massen sollten sich in drei Marschsäulen auf Rom zubewegen. Zusammenstöße mit der Armee sollten dabei "unter allen Umständen" vermieden werden. Mussolini wartete derweil in Mailand, um sich notfalls in die Schweiz absetzen zu können. Die Nachrichten von den faschistischen Aufmärschen führten in Rom zu hektischen Aktivitäten der Politiker. Das Angebot, in eine von dem konservativen Antonio Salandra geführte Koalitionsregierung einzusteigen, lehnte Mussolini ab.

Die Entscheidung führte schließlich König Vittorio Emanuele III. herbei. Am 28. Oktober weigerte er sich, die von der Regierung verfaßte Proklamation über den Ausnahmezustand zu unterschreiben: So konnte die Armee nicht gegen die schwachen faschistischen Kampfgruppen eingesetzt werden. Insgesamt waren nur 14.000 Faschisten an drei Orten (Civitavecchia, Monterotondo und Tivoli) aufmarschiert. Sie waren schlecht ausgerüstet und hatten große Probleme mit der Beschaffung von Quartieren und Verpflegung. "Weder zwischen den drei Kampfgruppen, noch zwischen ihnen und dem Hauptquartier in Perugia bestand Verbindung. Mit Geschützen und Panzern ausgerüstete Truppenverbände hätten leichtes Spiel gehabt, sie einzeln anzugreifen und aufzureiben." (Kirkpatrick: 130) Für die schlecht organisierte Truppe war es ein Glück, daß sie, statt den "Marsch auf Rom" wirklich durchzuführen, in sicherer Entfernung von der Hauptstadt den Gang der Dinge abwarten konnte.

Am 29. Oktober erklärte sich der König bereit, Mussolini zum Regierungschef zu machen. Am Mittag des 29. Oktober hielt Mussolini ein entsprechendes Telegramm in Händen; am nächsten Morgen traf er im Schlafwagen in Rom ein und wurde offiziell mit der Bildung einer Regierung beauftragt. Der König war sich der Tragweite des Ereignisses bewußt. Über den neuen Ministerpräsidenten sagte er: "Der Mann weiß, was er will, und wird nicht so bald wieder zurücktreten." Mussolini regierte Italien bis zum 25. Juli 1943, als er durch eine Palastrevolte gestürzt wurde.

Js.

Anmerkungen:

1) Guido Procacci: Geschichte Italiens und der Italiener, München (Beck) 1989, S. 279

2) Der Begriff geht zurück auf Agostino Depretis (1813-1887), den Führer der parlamentarischen Linken. Als Ministerpräsident verfolgte er eine trasformismo genannte Politik der Übereinkunft mit der parlamentarischen Rechten. Später wurde trasformismo zum Synonym für eine auch linke Kräfte einbeziehende Politik auf konservativer Grundlage.

3) zitiert in Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte: Der italienische Faschismus. Probleme und Forschungstendenzen; München und Wien (Oldenbourg) 1983, S. 17

4) Zeev Sternhell: The birth of fascist ideology. From cultural rebellion to political revolution; Princeton/New Jersey (Princeton University Press) 1994, S. 195

5) Rede am 22.7.1919 in Mailand; zitiert bei Ivone Kirkpatrick: Mussolini, Westberlin (Propyläen) 1965; S. 70 f.

6) Ignazio Silone: Der Fascismus (1934); Auszug in Ignazio Silone: Fontamara, Leipzig (Reclam) 1990, S. 179f.

7) Giorgio Amendola: Der Antifaschismus in Italien. Ein Interview von Piero Melograni, Stuttgart (Klett-Cotta) 1977, S. 47

8) Antonio Gramsci: Zu Politik, Geschichte und Kultur; Frankfurt am Main (Röderberg) 1986, S. 103

9) Il popolo d'Italia, 2.7.1921; zitiert bei Kirkpatrick: a.a.O., S. 82

10) Dietmar Stübler: Geschichte Italiens 1789 bis zur Gegenwart, Westberlin (das europäische buch) 1987, S. 119

11) zitiert bei Kirkpatrick, a.a.O., S. 102

Daten zur italienischen Geschichte 1861-1922

1861 Proklamation des Königreichs Italien; Vittorio Emanuele II. von Piemont-Sardinien wird König

1870 Italienische Truppen besetzen Rom

1871 Rom wird Hauptstadt; die weltliche Herrschaft des Papstes endet

1876-1887 Regierung der Linken (Depretis)

1878 Umberto I. wird König

1882 Dreibund zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien

1883-1889 Entstehung der Großunternehmen Pirelli, Edison, Terni, Ansaldo, Ilva, Montecatini

1887-1896 Regierung Crispi

1889 Gründung der fasci dei lavoratori (Arbeiterbünde) auf Sizilien

1890 Eritrea wird erste italienische Kolonie

1892 Gründung der Sozialistischen Partei (PSI)

1894 Militäreinsatz gegen sizilianische fasci

1894-1896 Verbot des PSI

1898 Barrikadenkämpfe in Mailand (80 Tote)

1899 Gründung der FIAT in Turin

1900 König Umberto I. wir bei einem Attentat getötet; König wird sein Sohn Vittorio Emanuele III. (bis 1946)

1903-1914 Regierung Giolitti

1906 Gründung des Gewerkschaftsbundes CGL

1908 Protektorat Somalia Italiana

1909 Manifest des Futurismus (Marinetti)

1911/12 Türkisch-italienischer Krieg. Libyen wird italienische Kolonie

1912 Spaltung des PSI, Ausschluß der Reformisten

1912 Wahlrecht für etwa 23% der Bevölkerung, ausschließlich Männer

1913 Parlamentswahlen, Gewinne für die Linken

1914 "Rote Woche" (7.-14. Juni)

1915 Geheimvertrag Italiens mit Großbritannien. Italiens Kriegseintritt gegen Österreich (23. Mai)

1916 Deutsche Kriegserklärung an Italien

1917 Niederlage der italienischen Armee bei Caporetto

1918 Italienische Truppen besetzen Trient und Triest

1919 Dekret über den Acht-Stunden-Tag (4.3.). Gründung der fasci di combattimento (23.3.). Dekret über die Aufteilung unbebauten Landes (2.9.). Besetzung Fiumes durch D'Annunzios Legionäre (12.9.)

1920/21 Regierung Giolitti

1920 Fabrikbesetzungen in der Metallindustrie des Nordens. Faschisten stürmen das Rathaus von Bologna (21.11.)

1921/22 Regierung Bonomi (Sozialistischer Reformist)

1921 Spaltung des PSI, Gründung des PCI (21.1.). Parlamentswahlen (15.5.): Faschisten im Parlament. Befriedungsabkommen mit Sozialisten (2.8.). Gründung des Partito Nazionale Fascista (7.11.). Faschisten kündigen Befriedungsabkommen mit Sozialisten (15.11.)

1922 Regierung Facta (26.2.-31.10.). Faschisten belagern Ferrara (11./12.5.) und Bologna (29.5.-2.6.). Generalstreik gegen faschistischen Terror scheitert (1.-3.8.). Parteitag der Faschisten in Neapel (24.-27.10.). "Marsch auf Rom" (28.10.). 31.10.1922-25.7.1943 Regierung Mussolini

28. "Nur das Phantastische ergreift die Menschen." Theodor Herzl und die Anfänge des Zionismus

Autor: Kt. · Rubrik: Geschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:33

"Mit Völkern muß man in einer kindischen Sprache reden: ein Haus, eine Fahne, ein Lied sind die Verständigungszeichen."

So trug es Theodor Herzl am 10. Juli 1898 in sein Tagebuch ein. Das war anderthalb Monate vor dem zweiten Zionistischen Kongreß, der - wie schon der erste ein Jahr zuvor - wieder in Basel stattfinden sollte.

Fahne und Lied, klar. Aber was war das für eine Geschichte mit dem Haus? Herzl wollte, als zionistisches Versammlungshaus und als "Symbol für die Judenheit", in Basel einen Prachtbau im "neujüdischen Stil" errichten lassen, dessen Fassade er auch gleich mit ungelenken Strichen in sein Tagebuch skizzierte. Dahinter notierte er: "Die Kunst, die mir jetzt am meisten sagt, ist die Architektur. Leider beherrsche ich ihre Ausdrucksmittel nicht. Wenn ich was gelernt hätte, wäre ich jetzt ein Architekt."

Vielleicht wäre Bühnenbildner die richtigere Bezeichnung gewesen? Aber das würde Herzls vielseitige Interessen nur unzureichend erfassen. Tatsächlich plante er seinen "Judenstaat" bis ins Detail, als wäre es eine Melange aus Aida in Verona und Holidays on Ice. Der Auszug der Israeliten aus Ägypten unter Führung von Moses werde sich zu seinem, Herzls, Projekt verhalten "wie ein Fastnachtsingspiel von Hans Sachs zu einer Wagnerschen Oper", hatte er seinem Tagebuch am 7. Juni 1895 anvertraut. "Erhabene Einzugsmärsche für große Feste" wollte er inszenieren (5. Juni 1895), "Nationalfeste mit enormen Sehenswürdigkeiten, farbigen Aufzügen usw.". Die Einwanderer sollten mitsamt ihrem gewohnten Milieu verpflanzt werden: "Circenses baldigst: Deutsches Theater, internationales Theater, Oper, Operette, Zirkus, Café-concert, Café Champs Elysées". Von den besten jüdischen Komponisten wollte Herzl "Volkshymnen (Marseillaise der Juden) komponieren lassen". "Die Hohenpriester werden imposanten Ornat haben; unsere Kürassiere gelbe Hosen, weißen Waffenrock. Offiziere silbernen Küraß." (7. Juni 1895).

Schon die Einwanderung nach Palästina stellte sich Herzl als Teil des grandiosen Gesamtkunstwerks vor. "Eine Truppe von Schauspielern, Sängern und Musikanten wird die Überfahrt verkürzen". (10. Juni 1895) "Es wird Schiffe I., II. und III. Klasse geben. Jedes mit Belehrungen und Unterhaltungen seiner Art. Dadurch wird das aufreizende Beispiel der Standesunterschiede vermieden. (...) Ich will den Luxus, aber nicht den unfruchtbaren Neid." (11. Juni 1895)

Höhepunkt der Inbesitznahme des Landes sollte die feierliche "Dogenkrönung" sein. Richtig, Herzl, der erklärtermaßen gegen die Demokratie war, da das Volk den Staat und seine Bedürfnisse nicht begreifen könne (28. Juni 1895), plante eine aristokratische Regierung. Als Vorbild dachte er sich die Verfassung der früheren Adelsrepublik Venedig, mit einem Dogen an der Spitze.

Und der Krönungszug also? Natürlich Kürassiere vorweg, anschließend Artillerie und Infanterie. "Und dann die kleinen Mädchen", wie es in einem zeitgenössischen Lied hieß? Noch lange nicht! "Die Beamten aller Ministerien, Abordnungen der Städte, die Geistlichkeit, zuletzt der Hohepriester der Hauptstadt. Die Fahne mit Ehrenwache von Generälen."

Goldblitzende Staatsgewänder, Baldachine. Im Kontrast dazu der Doge selbst, in der "Schandtracht eines mittelalterlichen Juden", mit spitzem Hut und gelbem Fleck. Als Kulisse des Krönungszuges sollte eine historische Ghettogasse errichtet werden. Hinter dem Dogen dann Minister, Generäle, Abgesandte der Fürsten- und Königshöfe, das gesamte Diplomatische Korps, Senat und Parlament, Abordnungen der Berufsgruppen, und zum Schluß natürlich noch einmal Artillerie und Infanterie. (9. Juni 1895)

"Eigentlich bin ich darin noch immer der Dramatiker", notierte Herzl am 11. Juni 1895 in sein Tagebuch. "Ich nehme arme, verlumpte Leute von der Straße, stecke sie in herrliche Gewänder und lasse sie vor der Welt ein wunderbares, von mir ersonnenes Schauspiel aufführen. Ich operiere nicht mehr mit einzelnen Personen, sondern mit Massen: der Klerus, das Heer, die Verwaltung, die Akademie usw.". (11. Juni 1895)

Stichwort Dramatiker: Der Journalist Herzl hat auch eine Anzahl Theaterstücke geschrieben, mit denen ihm aber nur mäßiger Erfolg beschieden war. Weiter im Tagebuch: "Manches in diesen Aufzeichnungen wird

lächerlich, übertrieben, verrückt erscheinen. (...) Künstler werden es verstehen, warum ich, bei im übrigen recht klarer Vernunft, die Übertreibungen und Träume zwischen meinen praktischen, politischen und gesetzgeberischen Einfällen wuchern ließ wie grünes Gras zwischen Pflastersteinen. Ich durfte mich nicht aufs Nüchterne herunterschrauben. Dieser leichte Rausch war notwendig. Ja, Künstler werden das ganz verstehen. Aber es gibt so wenig Künstler."

"Geistesjude"

sucht "Geldjuden"

Von einem Künstler soll hier also die Rede sein, der sich aufmachte, ein Politiker zu werden. "Tatsächlich sind jetzt die Journalisten die einzigen Juden, die etwas von Politik verstehen. Der beste Beweis bin ich." (12.6.1895)

Eine liebevoll gepflegte Legende berichtet, daß der 1860 geborene, weitestgehend "assimilierte" Theodor Herzl erst 1894/95 sein jüdisches Coming Out gehabt habe. Äußerer Anstoß sei die Dreyfus-Affäre gewesen. Also die skandalöse Verurteilung eines französisch-jüdischen Offiziers wegen angeblicher Spionage für Deutschland. Das Verfahren löste in Frankreich eine antijüdische Massenstimmung aus, bis hin zu tätlichen Angriffen und Mordparolen, aus. Herzl lebte damals als Korrespondent der Wiener Zeitung "Neue Freie Presse" in Paris, beobachtete als Augenzeuge den Prozeß gegen Dreyfus im Dezember 1894 und auch die entwürdigende Degradierung des Verurteilten im Januar 1895.

Sicher ist aber, daß Herzl schon als Student, spätestens 1882, sich mit dem weit verbreiteten Antisemitismus und mit seinem eigenen Jüdischsein auseinanderzusetzen begann. Die Lektüre von Eugen Dührings 1881 erschienenem antisemitischen Buch "Die Judenfrage als Racen-, Sitten- und Culturfrage" habe auf ihn gewirkt, "wie wenn ich einen Schlag auf den Kopf bekommen hätte", erinnerte sich Herzl noch viele Jahre später. 1883 trat Herzl als Zeichen des Protests aus der schlagenden Studentenverbindung "Albia" aus, nachdem deren Vertreter eine mit judenfeindlichen Ausfällen gespickte Rede gehalten hatte.

Herzl selbst schrieb 1895: "Wann ich eigentlich anfing, mich mit der Judenfrage zu beschäftigen? Wahrscheinlich, seit sie aufkam. Sicher, seit ich Dührings Buch gelesen." (26. Mai 1895) - Und etwas später: "Auf dreizehn Jahre schätze ich die Zeit, in der dieser Gedanke (der Zionismus) sich in mir durcharbeitete. Denn aus dem Jahre 1882, wo ich Dührings Buch las, stammen meine ersten Aufzeichnungen. Jetzt, wo alles in mir so klar daliegt, staune ich, wie nahe ich oft daran war, und wie oft ich am Lösenden vorübergegangen bin." (16.6.1895)

Ende Mai 1895 begann Herzl sein "politisches Tagebuch". Die ersten Sätze lauten: "Ich arbeite seit einiger Zeit an einem Werk, das von unendlicher Größe ist. Ich weiß heute nicht, ob ich es ausführen werde. Es sieht aus wie ein mächtiger Traum. (...) Was daraus wird, ist jetzt noch nicht zu ahnen."

Zu diesem Zeitpunkt hatte Herzl bereits versucht, Kontakt zu dem jüdischen Finanzmann Baron Hirsch aufzunehmen, um diesem seine Idee vorzutragen und dessen immense Millionen für sein Vorhaben zu gewinnen. Der Baron hatte schon seit vielen Jahren im großen Umfang Hilfsprojekte für osteuropäische Juden finanziert. 1891 hatte er die Jewish Colonization Association gegründet, deren Zweck es war, Land in Argentinien, Brasilien und anderen Teilen Amerikas zu kaufen, um dort russische Juden als Bauern anzusiedeln.

Herzl verachtete diese Art von, wie man damals sagte, philanthropischer Tätigkeit zutiefst: Sie züchte nur "Schnorrer" heran, da sie (modern gesprochen) keine Hilfe zur Selbsthilfe bedeutete und die jüdischen Siedler zudem an die rückständige Landwirtschaft fesselte. Aber "Sie sind der große Geldjude, ich bin der Geistesjude", wie Herzl nicht besonders taktvoll an den Baron schrieb (3. Juni 1895). Mit anderen Worten: Hirsch besaß die Millionen, während Herzl lediglich eine Idee hatte, wie man sie am zweckmäßigsten ausgeben könnte.

Hören kostet nichts, dachte sich vermutlich der damals schon 64jährige Baron, und empfing den sonderbaren jungen Schwärmer am 2. Juni in seinem Haus. Andererseits brachte er aber - wenn Herzls Tagebuchaufzeichnungen zutreffen - nicht die Geduld auf, den Besucher erst einmal sein Projekt insgesamt vortragen zu lassen, sondern schlug ihm stattdessen seine Lebensweisheiten um die Ohren.

Herzl war beleidigt und verabschiedete sich. Setzte sich am folgenden Tag hin und schrieb dem Baron einen bitterbösen Brief: Ich hätte Sie gern für meine Pläne benützt, aber sei`s drum, ich bin auf Sie nicht angewiesen, es gibt auch andere, und Sie werden schon sehen, was Sie davon haben! - Dies war so Herzls übliche Reaktionsweise, sein Selbstwertgefühl wieder aufzufrischen, wenn ihm jemand, den er gerade eben noch freundlich umworben hatte, eine Abfuhr erteilte.

Es gab ja auch andere. Den alten Bismarck beispielsweise, der 1890 von Kaiser Wilhelm II zwangsweise in den Ruhestand geschickt worden war und der also eigentlich Muße genug hätte haben sollen, um aufmerksam alle Briefe zu lesen, in denen ihm die Lösung der großen Menschheitsfragen und andere "unterhaltende Utopien" (O-Ton Herzl) angeboten wurden. Aber Herzls Schreiben vom 19. Juni 1895, mit dem er den Ex-Reichskanzler darum bat, ihm seine Idee vortragen zu dürfen, blieb unbeantwortet.

Machte auch nichts! Herzl hatte unmittelbar nach dem verunglückten Besuch bei Baron Hirsch damit begonnen, sämtliche Einfälle und Gedankensplitter in sein Tagebuch einzutragen. Daraus kristallisierte sich dann ein Gesamtplan heraus, den er am 13. Juni ins Reine zu schreiben begann und innerhalb weniger Tage vollendete. Er nannte es "Dem Familienrat" oder "Rede an die Rothschilds".

Die Rothschilds hatten noch viel mehr Millionen als der Baron Hirsch, und auch sie waren im großen Umfang philanthropisch engagiert. Insbesondere Baron Edmond de Rothschild unterstützte schon seit den frühen 80er Jahren die "Chibbat Zion"-Bewegung, die Siedlungen russischer und anderer osteuropäischer Juden in Palästina gründete und subventionierte. Ende Juni 1895 schrieb Herzl dem in Wien lebenden Vertreter der Familie, Baron Albert von Rothschild: "Ich habe eine Denkschrift über die Judenfrage für den Deutschen Kaiser verfaßt" (Was nicht ganz stimmte), "Meine Denkschrift wird dem Kaiser Ende Juli oder Anfang August zugestellt" (Was erst recht nicht stimmte), und falls der Baron interessiert wäre, sei Herzl bereit, ihm sein Werk gelegentlich vorzulesen.

Der Baron war offenbar nicht interessiert, antwortete jedenfalls nicht. Von nun an begann Herzl, sich mit großer Bitterkeit und Entschiedenheit über die Schädlichkeit der Familie Rothschild und ihres Vermögens für die jüdische Sache zu äußern.

"Der Judenstaat"

Die "Rede an die Rothschilds" erschien im Februar 1896, für die Veröffentlichung überarbeitet und zweckentsprechend gekürzt, als Buch unter dem Titel "Der Judenstaat - Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage".

Aus Herzls Aufzeichnungen geht hervor, daß diese ausführliche Darstellung seiner Idee ursprünglich nicht für die Veröffentlichung gedacht war, sogar ganz im Gegenteil: In jedem Brief bat er darum, seine Überlegungen streng vertraulich zu behandeln. Er betrachtete seine Aufzeichnungen eigentlich als einen Geheimplan, dessen Offenlegung in Gänze zumindest sehr zwiespältige Folgen für die Juden haben würde - insbesondere, weil dies dem Antisemitismus Stoff geben würde und weil es einige der von ihm vorgeschlagenen praktischen Schritte, wie beispielsweise den Ankauf von Land zu niedrigen Preisen, erschweren würde.

Außerdem war Herzls ganzer Plan, ebenso wie überhaupt sein Politikverständnis, zu dieser Zeit in erster Linie auf Geheimdiplomatie eingestellt. "Wir wollen ja im Einvernehmen mit den Regierungen vorgehen - nur ungestört vom Parlaments- und Presspöbel" (12. Juni 1895). In der Herstellung von Öffentlichkeit und der Mobilisierung von Massen sah Herzl nur einen unerwünschten Notbehelf und ein äußerstes Druckmittel für den Fall, daß mit Geheimdiplomatie allein nicht voranzukommen wäre. Und die Drohung, er könnte seine Überlegungen vielleicht als Buch veröffentlichen, verstand Herzl ursprünglich auch als ein Mittel der Erpressung gegenüber den Rothschilds (15. Juni 1895).

Der Grundgedanke des "Judenstaats" ist, daß für die Juden auf Dauer ein Leben als Minderheit innerhalb nichtjüdischer Gesellschaften nach aller bisherigen Erfahrung und Voraussicht unmöglich sei. Der Antisemitismus aller nichtjüdischen Völker mache es unmöglich. In einigen Ländern (wie Rußland und Rumänien) sei das bereits offensichtlich. "In den anderen, wo sich die Juden augenblicklich wohlbefinden, werden meine Stammesgenossen meine Behauptungen vermutlich auf das heftigste bestreiten. Sie werden mir erst glauben, bis sie wieder von der Judenhetze heimgesucht sind. Und je länger der Antisemitismus auf sich warten läßt, umso grimmiger muß er ausbrechen."

Auch durch "Assimilierung" sei die Lage der Juden nicht grundlegend zu verbessern. Erstens wäre eine solche Entwicklung gar nicht wünschenswert. "Unsere Volkspersönlichkeit ist geschichtlich zu berühmt und trotz aller Erniedrigungen zu hoch, als daß ihr Untergang zu wünschen wäre." - Aber abgesehen von diesem Einwand wäre die "Assimilierung" auch praktisch überhaupt nicht möglich: "Man wird uns nicht in Ruhe lassen. Nach kurzen Perioden der Duldsamkeit erwacht immer und immer wieder die Feindseligkeit gegen uns." "So sind und bleiben wir denn, ob wir es wollen oder nicht, eine historische Gruppe von erkennbarer Zusammengehörigkeit. Wir sind ein Volk - der Feind macht uns ohne unseren Willen dazu, wie das immer in der Geschichte so war."

Die Lösung könne nur darin bestehen, die Juden aus den nichtjüdischen Gesellschaften herauszuziehen und ihnen einen eigenen souveränen Staat zuzuweisen. So gesehen lief Herzls Plan selbstverständlich und von der Sache her unvermeidlich parallel zu den Programmzielen der radikalsten Antisemiten, ihre Länder "judenfrei" zu machen.

Herzl sah diese Problematik voraus, zumal hier natürlich ein starkes Argument von jüdischer Seite gegen seine Vorschläge auf der Hand lag. "Ernster wäre der Einwand, daß ich den Antisemiten zu Hilfe komme, wenn ich uns ein Volk, Ein Volk nenne. Daß ich die Assimilierung der Juden, wo sie sich vollziehen will, hindere, und wo sie sich vollzogen hat, nachträglich gefährde, soweit ich als einsamer Schriftsteller überhaupt etwas zu hindern oder zu gefährden vermag."

Sein Gegenargument: Nein, er hindere doch keinen Juden daran, sich individuell zu "assimilieren". Ganz im Gegenteil, auch diesen Juden würde die Verwirklichung seines Judenstaat-Planes nützen. "Sie könnten sich ruhig assimilieren, weil der jetzige Antisemitismus für immer zum Stillstand gebracht wäre. Man würde es ihnen auch glauben, daß sie bis ins Innerste ihrer Seele assimiliert sind, wenn der neue Judenstaat mit seinen besseren Einrichtungen zur Wahrheit geworden ist, und sie dennoch bleiben, wo sie jetzt wohnen."

Nicht einmal den Einwand, daß bis zur Staatsgründung auch im allergünstigsten Fall noch viele Jahre vergehen würden und die Juden bis dahin weiter unterdrückt, verfolgt und schikaniert würden, wollte Herzl gelten lassen: "Nein, wenn wir auch nur beginnen, den Plan auszuführen, kommt der Antisemitismus überall und sofort zum Stillstand. Denn es ist der Friedensschluß."

Diese Behauptung Herzls ist zweifelsfrei durch den wirklichen Verlauf der Geschichte, bis in die Gegenwart, widerlegt. Und sie war auch schon von vornherein, immanent betrachtet, unlogisch. Denn wenn Herzls Grundthese richtig war, daß der Antisemitismus eine unvermeidliche Folge der Anwesenheit von Juden in einer nichtjüdischen Umgebung war, so konnte er auch durch die Existenz eines jüdischen Staates nicht aufgehoben werden, solange Juden noch außerhalb dieses Staates lebten. Das galt selbstverständlich erst recht, wenn sich in diesem Staat auch langfristig nur eine Minderheit aller Juden der Welt einfinden würde, wie es sich in der Realität ergeben hat - allerdings ganz entgegen Herzls Absichten und Prognosen.

Herzl hat an diesem Punkt offenbar aus taktischen Gründen nicht gemäß seiner eigenen Erkenntnis und Überzeugung argumentieren können. Oft sprach er sogar davon, er wolle doch nur "die überschüssigen jüdischen Proletarier" abziehen - was er in seinem Tagebuch ausdrücklich als Täuschungsmanöver kennzeichnete. Tatsächlich wollte er alle Juden (abgesehen von einem wirklich sehr kleinen Rest) in seinem Staat versammeln, und er ging davon aus, daß von seinem Plan, wenn er erst einmal beginnen würde, praktische Gestalt anzunehmen, zwangsläufige Folgewirkungen ausgehen würden, denen sich dann kaum noch ein Jude entziehen könnte. Das heute zugunsten des Staates Israel geltend gemachte, durchaus plausible Argument, daß er jedenfalls eine höchst zweckmäßige und notwendige Rückversicherung für die Juden in aller Welt darstelle, liegt zu Herzls Vorstellungen konträr. Wahrscheinlich hätte er dafür nur Hohn und Verachtung übrig gehabt.

Herzl ließ im "Judenstaat" die Frage offen, ob für diesen Zweck Palästina oder Argentinien vorzuziehen sei. Man werde schließlich nehmen, was zu haben sei "und wofür sich die öffentliche Meinung des Judenvolkes erklärt".

Argentinien habe, behauptete Herzl, "das größte Interesse daran, uns ein Stück Territorium abzutreten". Andererseits: "Palästina ist unsere unvergeßliche historische Heimat. Dieser Name allein wäre ein gewaltig ergreifender Sammelruf für unser Volk. Wenn Seine Majestät der Sultan uns Palästina gäbe (das damals noch zum türkischen Reich gehörte), könnten wir uns dafür anheischig machen, die Finanzen der Türkei gänzlich zu

regeln. Für Europa würden wir dort ein Stück des Walles gegen Asien bilden, wir würden den Vorpostendienst der Kultur gegen die Barbarei besorgen. Wir würden als neutraler Staat im Zusammenhange bleiben mit ganz Europa, das unsere Existenz garantieren müßte."

Ob Herzl auch nur einen Moment lang wirklich angenommen hat, Argentinien könnte eine Alternative zu Palästina darstellen? Das ist höchst unwahrscheinlich. Aus seinem Tagebuch wissen wir, was Herzl dem Baron Hirsch eigentlich hatte sagen wollen: "Glauben Sie mir, die Politik eines ganzen Volkes - besonders, wenn es so in aller Welt zerstreut ist - macht man nur mit Imponderabilien, die hoch in der Luft schweben. (...) Denken Sie doch, was die Juden seit zweitausend Jahren für diese Phantasie ausstehen. Ja, nur das Phantastische ergreift die Menschen. Und wer damit nichts anzufangen weiß, der mag ein vortrefflicher, braver und nüchterner Mann sein, und selbst ein Wohltäter in großem Stil: führen wird er die Menschen nicht, und es wird keine Spur von ihm bleiben." (3. Juni 1895)

"Nächstes Jahr in der Pampa"? - Damit war ganz gewiß kein Hund hinter dem Ofen hervorzulocken. Andererseits ging vom historischen Palästina ein Glanz und Zauber aus, dem sich selbst unter den jüdischen Gegnern des Zionismus die meisten nicht gänzlich entziehen konnten. Übrigens ist zweifelsfrei festzustellen, daß Herzls gesamte private Geheimdiplomatie (die gelegentlich die border line zur plumpen Hochstapelei kreuzte) von Anfang an ausschließlich auf den Erwerb Palästinas ausgerichtet war.

"Autoemancipation"

Theodor Herzl war nicht der Erfinder der Idee vom "Judenstaat". Der Zionismus - das Wort wurde anscheinend erstmals 1890 von Nathan Birnbaum verwendet - hat so zahlreiche Vorläufer, daß es gar nicht möglich ist, sie alle zu erwähnen und die "allerersten" unter ihnen auszumachen. Zevi Hirsch Kalischer beispielsweise, ein rabbinischer Gelehrter, hatte schon 1836 dem damaligen Familienoberhaupt der Rothschilds vorgeschlagen, Palästina den Türken abzukaufen. Moses Hess, ein Sozialist, der mit Karl Marx befreundet war, hatte 1860 in seinem Buch "Rom und Jerusalem" die Gründung eines jüdischen Staates gefordert.

Mehr als alle anderen Projekte weist aber Leon Pinskers Schrift "Autoemancipation", die im September 1882 erstmals veröffentlicht wurde, verblüffend ins Detail gehende Übereinstimmungen mit Herzls "Judenstaat" auf.

Pinsker, 1891 gestorben, war ein polnisch-russischer Jude, hatte Jura und anschließend Medizin studiert, arbeitete die längste Zeit seines Lebens in Odessa, wo auch die "Autoemancipation" erschien, bemerkenswerterweise in deutscher Sprache.

In seiner Interpretation des Antisemitismus war Pinsker sehr viel radikaler als Herzl. Dieser war immer geneigt, von "Gründen" des Antisemitismus zu sprechen und ihn teilweise als (selbstverständlich von Ressentiments geprägten und verzerrten) Reflex auf die jüdische Existenz zu erklären, beispielsweise als Folge einer verstärkten Neueinwanderung. Herzl schrieb schon mal: "Ja, wir sind eine Geißel geworden für die Völker, die uns einst quälten", auch wenn er hinzusetzte: "Freilich leiden wir unter den Leiden, die wir verursachen." (11. Juni 1895)

Pinsker hingegen sah die Begründung des Antisemitismus ausschließlich "im Seelenleben der Völker". "Die Judeophobie ist eine Psychose. Als Psychose ist sie hereditär (erblich), und als eine seit zweitausend Jahren vererbte Krankheit ist sie unheilbar." - Aus dem Wesen des Judenhasses als einer "ererbten Verirrung des menschlichen Geistes" ergebe sich die Schlußfolgerung, "daß man auf die Bekämpfung dieser feindseligen Strebungen ebenso verzichten muß, wie auf die Bekämpfung jeder anderen erblichen Disposition." "Wir müssen uns ein für allemal mit der Idee befreunden, daß die anderen Nationen vermöge eines ihnen innewohnenden, naturgemäßen Antagonismus uns ewig ausstoßen werden."

Der erste Schritt müsse, so Pinsker, jetzt darin bestehen, die bereits auf diesem Gebiet arbeitenden Gruppen (die in erster Linie die Emigration osteuropäischer Juden unterstützten) zu einem Nationalkongreß zusammenzubringen. Dieser Kongreß müßte ein Direktorium bilden, dessen zentrale Aufgabe darin bestehen sollte, "ein für unsere Zwecke passendes, möglichst einheitliches und zusammenhängendes Territorium ausfindig zu machen", das für die Ansiedlung von mehreren Millionen Menschen ausreichend sein müßte. Eine vom Direktorium einzusetzende Sachverständigenkommission sollte gründlich untersuchen, welches der in Frage kommenden Territorien - entweder in Nordamerika oder in Vorderasien - das geeignetste für eine

jüdische Staatsbildung wäre. In Gemeinschaft mit einem Konsortium von Kapitalisten sollte das Direktorium dann mit dem Ankauf von Land beginnen.

Es gibt zwischen "Judenstaat" und "Autoemancipation" so weitgehende Übereinstimmungen, daß Herzls ausdrückliche Behauptung, er habe Pinskers Schrift vorher nicht gelesen und nicht gekannt, erstaunlich ist. Genau zu der Zeit, als Herzl selbst in Wien studierte, 1882, war dort eine jüdisch-nationalistische Studentengruppe namens Kadimah gegründet worden, die sich ausdrücklich auf Pinsker berief und diesen auch als Ehrenmitglied führte. Die Gruppe gab eine Zeitschrift heraus, die in Anlehnung an Pinskers Schrift "Selbstemanzipation" hieß. Gelegenheit, auf diesen Text zu stoßen, hätte Herzl also damals schon gehabt.

Jedenfalls, nicht Pinsker, sondern Herzl gilt als Gründer der zionistischen Bewegung, und das zu Recht. Aber nicht weil er eine Idee entwickelte, denn diese war alles andere als neu, und sie war auch überhaupt nicht originell, sondern kam aus dem Kern der jüdischen Tradition - was gerade ihre Erfolgsträchtigkeit ausmachte. Daß die teilweise sehr liebevoll ausgemalten Details von Herzls "Judenstaat" ein besonders attraktives Modell darstellten, muß ebenfalls bezweifelt werden. Und schon gar nicht wies die Schrift einen plausiblen, realistisch scheinenden Weg zur Erreichung des hohen Ziels.

Was also hatte Herzl, was Pinsker nicht hatte? Einige Anhaltspunkte dazu:

Erstens hatte Pinsker zu einer Zeit geschrieben, als sich die Massenbewegung der "Liebe zu Zion" unter den osteuropäischen Juden gerade erst zu entwickeln begann, während 1895, dreizehn Jahre später, bereits ein Netz von Strukturen und sozusagen ein gründlich vorbereiteter Boden vorhanden waren.

Zweitens betraf Mitte der 90er Jahre der Antisemitismus auch die Juden der mittel- und westeuropäischen Länder sehr viel stärker und direkter als zu Beginn der 80er Jahre. In vielen Ländern war er zu einer auch parlamentarisch präsententen Massenbewegung und Massenstimmung geworden.

Drittens kam der Popularisierung des "Judenstaats" zugute, daß der Autor zugleich sein eigener PR-Manager, Organisationsleiter und Starredner war. Herzls Motto war denkbar einfach: "Publizität im größten Maßstab. Europa soll darüber lachen, schimpfen, kurz: reden!" (7. Juni 1895)

Nachdem durch die Anfangspublizität erst einmal deutlich gemacht worden war, daß hier ein Mann stand, der in der Öffentlichkeit ernst genommen wurde, rollte das weitere fast im Selbstlauf ab. Vielleicht kann Herzl sogar als Erfinder der Methode "Wie mache ich mit Hilfe der Medien einen Star" gelten; zumindest hat er zu diesem Thema einen wichtigen praktischen Beitrag geleistet.

"Nächstes Jahr in Jerusalem"

Heute kann man oft die Behauptung lesen, Herzls Idee sei bei der übergroßen Mehrheit der Juden, jedenfalls bei denen in den westlichen Ländern, zunächst (und noch jahre- oder sogar jahrzehntelang) auf entschiedene Ablehnung gestoßen.

Gern wird in diesem Zusammenhang noch darauf hingewiesen, daß der erste Zionistische Kongreß (Ende August 1897 in Basel) ja eigentlich in München hätte stattfinden sollen, aber wegen des Protests der jüdischen Gemeinde verlegt werden mußte. Nun ja, das ist nur eine Halbwahrheit, eigentlich noch nicht einmal das. Herzl wollte den Kongreß von Anfang an in der Schweiz durchführen, und zwar am liebsten in Zürich. München wurde von der Mehrheit des Vorbereitungskomitees gegen seinen Willen durchgesetzt, und das mit Argumenten, die ihm nebensächlich oder sogar lächerlich erschienen, wie etwa der Hinweis, in München gebe es mehr koschere Gaststätten.

Der Protest der Münchner Gemeinde kam Herzls also sehr gelegen, wie aus seinem Tagebuch hervorgeht: "Ich glaube, daß dieser Zwischenfall dem Kongreß sehr nützen wird. Die allgemeine Diskussion wird entbrennen, und wir verlegen die Versammlung vom ungeeigneten München nach dem geeigneten Zürich." (16. Juni 1897) "Ich ging nicht gern nach München (...). Darum benützte ich die kläglichen patriotischen Proteste der Münchner Kultusvorsteher dazu, den Kongreß nach der Schweiz zu verlegen." (22. Juli 1897) - Vorher hatte Herzl noch schnell pro forma bei der bayerischen Regierung anfragen lassen, ob sie "den Kongreß freundlich zu dulden gewillt ist". Antwort: Ja.

Gegen die Idee des "Judenstaats" konnte vom Prinzip her kein Jude Einwände erheben. "Nächstes Jahr in Jerusalem" war zum Pesach-Fest alljährlich in fast jeder jüdischen Familie zu hören.

Man kann sich das vergleichsweise vielleicht so vorstellen, als würde man mit einem Sozialdemokraten über die Idee der sozialen Gerechtigkeit sprechen. Man wird kaum einen finden, der offen die Idee als solche ablehnt, zumal solange man ihm praktisch keinerlei Opfer abverlangt. Nein, das sei eine ganz ausgezeichnete Idee, eigentlich sogar die einzig mögliche, aber leider aus diesen und jenen Gründen derzeit und auf absehbare Zeit nicht zu verwirklichen. Wahrscheinlich sei es auf Grund der menschlichen Natur sowieso illusionär. Jedenfalls müsse man sich im Machbaren einrichten.

Herzl bewegte sich also von Anfang an in einem jüdischen Umfeld, das seiner Idee überwiegend freundlich oder jedenfalls tendenziell gesprächsbereit gegenüberstand. Selbst mit überzeugten Gegnern seiner konkreten Vorschläge gab es oft eine gemeinsame Gesprächsbasis. Halbernste Frozzelei oder taktische Gegenargumente waren viel öfter die Austragsform der Meinungsverschiedenheiten als kalte Feindseligkeit.

Das Verhältnis Herzls zu seinen Chefs, den jüdischen Herausgebern der Wiener "Neuen Freien Presse", bietet für diese Umgangsformen viel Anschauungsmaterial. Angesichts des herrschenden antisemitischen Klimas vermieden sie sorgfältig, geradezu überängstlich jeden Anschein, als sei die NFP eine "Judenzeitung". Selbstverständlich waren sie in großer Sorge, daß es sich äußerst schädlich auswirken würde, wenn ausgerechnet einer ihrer bekanntesten Journalisten mit der Idee eines jüdischen Nationalstaats Furore machte. Und doch ergaben sich dann die sentimentalen Waldspaziergänge, wo man dem Herzl unter vier Augen eingestand, eigentlich habe er ja recht, aber ... aber ...

Oder der Wiener Oberrabbiner Moritz Güdemann. Immer wieder notierte sich Herzl 1895 ins Tagebuch, mit diesem feigen Opportunisten sei er nun aber wirklich endgültig fertig. Dafür nannte der Rabbi den Herzl einen "Operettengeneral". Und verhalf ihm dennoch zu einigen wichtigen Gesprächskontakten, aus denen sich dann die nächsten ergaben, usw. Von Güdemann wurde Herzl beim Vizepräsidenten der französischen Alliance Israélite Universelle (der ältesten und bedeutendsten Hilfsorganisation für osteuropäische Juden), Leven, eingeführt. Der schickte ihn - zusätzlich ausgestattet mit einem weiteren Empfehlungsschreiben Güdemanns - zum Pariser Oberrabbiner Kahn, der gleich zu einem enthusiastischen Anhänger Herzls wurde. Kahn schließlich verschaffte Herzl Zugang zu einigen der einflußreichsten Vertreter der jüdischen Gesellschaft Großbritanniens, von denen sich etliche als Förderer des Zionismus gewinnen ließen.

In den wenigen Monaten zwischen Juli 1895 (als Herzl die Korrespondentenstelle in Paris aufgab und in die Wiener Redaktion der NFP zurückkehrte) und Februar 1896 (als sein Buch herauskam) hatte Herzl bereits ein Netz wichtiger Verbindungen geknüpft, hatte seine Idee in Paris und London vorgetragen, und in Wien war der "Judenstaat" ohnehin schon vor seinem Erscheinen Tagesgespräch.

Der Rest war vor allem Reisetätigkeit, Vorträge und Reden vor Juden aus allen sozialen Schichten, Organisationsarbeit. Im März 1897 fand eine Vorkonferenz statt, auf der alle Strömungen des mit dem Zionismus sympathisierenden Spektrums vertreten waren. In diesem Kreis wurde die Einberufung des ersten allgemeinen Zionistischen Kongresses Ende August 1897 formell beschlossen. Seit Anfang Juni 1897 verfügte Herzl auch über eine eigene Zeitung, "Die Welt", als Informations- und Propaganda-Organ seiner Bewegung.

Was Herzl sich nach dem Basler Kongreß am 3. September 1897 ins Tagebuch notierte, ist heuer anläßlich des hundertsten Jahrestags vielfach zitiert worden. Hier noch einmal: "Fasse ich den Baseler Kongreß in ein Wort zusammen - das ich mich hüten werde, öffentlich auszusprechen - so ist es dieses: in Basel habe ich den Judenstaat gegründet. Wenn ich das heute laut sagte, würde mir ein universelles Gelächter antworten. Vielleicht in fünf Jahren, jedenfalls in fünfzig wird es jeder einsehen."

Und auch dies sei noch zitiert, das Gedicht eines Herrn Heyse, das Herzl am 12. Juni 1895 ahnungsvoll in sein Tagebuch eintrug:

"Ich bebe:

Daß ich hinfahren könnte über Nacht,

Hinfahren, ehe ich dies Werk vollbracht."

Herzl starb am 3. Juli 1904, gerade 44jährig, an einer Herzschwäche, unter der er schon lange gelitten hatte und die vermutlich durch schonungslose Überarbeitung und durch frustierende, persönlich äußerst verletzende Streitereien in der zionistischen Bewegung noch forciert worden war.

Kt.

29. Vor 25 Jahren. Als der KB zur Wahl der SPD aufrief

Autor: Willi Klaus Goltermann, Knut Mellenthin · Rubrik: SPD; Westdeutsche Linke allgemein; KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:08

Wer seinen Lenin gelesen hat, erinnert sich vielleicht noch: In einer polemischen Schrift "Gegen den Linksradikalismus" gab er den englischen Kommunisten den überraschenden Rat, zur Wahl der sozialdemokratischen Labourpartei aufzurufen. Ein halbes Jahrhundert später, 1972, erinnerte sich der Kommunistische Bund an diese Option und plädierte für eine Stimmabgabe zugunsten der SPD und ihres Bundeskanzlers Willy Brandt.

Die Sozialdemokraten erreichten damals mit 45,9% ihr bestes Ergebnis aller Zeiten, aber ganz sicher nicht wegen der kaum bemerkten Anschubhilfe des KB. In Hamburg, wo der Kommunistische Bund mit großem Abstand zu allen anderen Städten und Regionen seine Hochburg hatte, ging der SPD-Anteil sogar ganz leicht um 0,2% gegenüber der vorangegangenen Bundestagswahl 1969 zurück. Auch dies gewiß nicht wegen der Handreichung des KB, sondern weil die SPD sich in der Hansestadt schon 1969 überdurchschnittlich stark um gut 6 Prozentpunkte verbessert hatte und an die Grenzen ihrer Möglichkeiten gestoßen war.

Der gerade erst als Zusammenschluß von mehreren, meist norddeutschen, örtlichen Gruppen gegründete Kommunistische Bund bildete aufgrund der Ereignisse des Jahres 1972 seine politischen Besonderheiten heraus, wuchs in den Kampagnen jenes Jahres überhaupt erst zur Organisation zusammen. Gleiches gilt für die Herausbildung seiner Leitung.

Zwei Stimmen zuwenig für Barzel

Am 27. April 1972 hatte der Bundestag zum ersten Mal über ein Konstruktives Mißtrauensvotum zu entscheiden, d.h. über den Versuch, eine Regierung durch die Wahl eines neuen Bundeskanzlers zu stürzen.

In Kürze zur Vorgeschichte: Am 27. Oktober 1966 war die Koalitionsregierung unter Ludwig Erhard durch den Rücktritt der vier FDP-Minister zu Fall gebracht worden. Damit ging die seit 1949 ohne Unterbrechung anhaltende absolute Vorherrschaft der Christdemokraten zu Ende. Die CDU/CSU beauftragte Kurt Georg Kiesinger, ehemaliges NSDAP-Mitglied und Funktionsträger im NS-Propaganda-Apparat, mit der Bildung einer neuen Regierung. Am 27. November 1966 gaben CDU/CSU und SPD ihre Einigung über eine Große Koalition bekannt. Willy Brandt übernahm das Außenministerium - Ausdruck der Tatsache, daß bereits diese Regierung mit der Einleitung der sog. Neuen Ostpolitik begann.

Nach der Bundestagswahl am 28. September 1969 wurde Brandt Kanzler einer Koalition von SPD und FDP. Die Mehrheit dieser Regierung im Bundestag war von Anfang an mit nur 12 Mandaten äußerst knapp und gefährdet. Innerhalb der FDP bildete sich schon 1970 ein "nationalliberaler", tatsächlich teilweise noch rechts von der CDU agierender Minderheitsflügel unter Erich Mende, der sich der Neuen Ostpolitik zwar nicht grundsätzlich, aber doch in ihren konkreten Formen ganz entschieden widersetzte. Mehrere Abgeordnete, auch aus der SPD, kündigten in den nächsten Monaten der sozialliberalen Koalitionsregierung die Unterstützung auf und verließen ihre Fraktion. Kräftige finanzielle Belohnungen und Karriereversprechungen durch die CDU/CSU (und deren Sponsoren) spielten dabei offenbar zumindest in mehreren Fällen eine wesentliche Rolle.

Bei der CDU/CSU wurden die Häupter der Überläufer eifrig mitgezählt. Am 24. April 1972 war es dann soweit: Die Bundestagsfraktion beschloß, einen Konstruktiven Mißtrauensantrag mit Rainer Barzel als Kanzlerkandidaten zu stellen. Den letzten Ausschlag hatte, jedenfalls den Bekundungen der Christdemokraten zufolge, die Landtagswahl in Baden-Württemberg vom Vortag gegeben. Deren Ergebnis feierte die CDU/CSU als riesigen Erfolg und als Beweis, daß Brandts Regierung keine Mehrheit in der Bevölkerung habe. Sachlich betrachtet war diese Deutung oder Propaganda-Behauptung grotesk: Zwar hatte sich die CDU gegenüber der vorangegangenen Wahl beträchtlich steigern können und mit 52,9% erstmals die absolute Mehrheit erreicht. Sie verdankte dieses Ergebnis aber wohl in erster Linie der Tatsache, daß die NPD, die 1968 in Baden-Württemberg auf 9,8% gekommen war, diesmal zugunsten der CDU auf eine Kandidatur verzichtet hatte. Auf der anderen Seite hatte auch die SPD kräftig zugelegt, von 29,0 auf 37,6%. Unter den Arbeitern der Industriezentren hatten die Sozialdemokraten um 12 bis 15 Prozent hinzu gewonnen.

Die Ankündigung des Mißtrauensvotums rief an den folgenden zwei Tagen Protestdemonstrationen in zahlreichen Städten hervor. Als Organisatoren wirkten linke Gewerkschaftler, Betriebsräte, Jusos und einzelne Sozialdemokraten sowie sozialdemokratische Wählerinitiativen, außerdem mit teilweise erheblichen Anstrengungen auch die DKP, die die gesamte Neue Ostpolitik in Gefahr sah. In vielen Betrieben gab es politisch motivierte Warnstreiks. Ohne großen agitatorischen oder publizistischen Vorlauf kamen diese Protestaktionen weitgehend spontan zustande. Die Gewerkschaftsführung verhielt sich eher bremsend, da sie die "demokratischen (= parlamentarischen) Spielregeln" nicht in Frage stellen wolle.

Am 27. April stand der Mißtrauensantrag zur Abstimmung. Nach der Auszählung gab es lange Gesichter bei der CDU/CSU und das allerlängste bei Kanzlerkandidat Barzel: Er hatte, entgegen allen 100% wasserdichten Vorausberechnungen, die Mehrheit um zwei Stimmen verfehlt. Anscheinend hatte jemand aus seiner eigenen Fraktion ihm einen üblen Streich gespielt.

Andererseits, auch kein voller Erfolg für Brandt und seine Regierung: Am folgenden Tag gab es in der Abstimmung über den Haushalt nur einen Gleichstand der Stimmen - womit die Vorlage der Regierung erst einmal gescheitert war. Das offensichtliche parlamentarische Patt war nur noch durch Neuwahlen oder allenfalls durch eine andere Koalitionsbildung aufzuheben, wozu aber allseits keine große Neigung bestand.

Was die FAZ befürchtete

Also Neuwahlen. Aber nicht gar so schnell. Erst einmal mußte, wie SPD-Politiker nachträglich offen bekannten, die Neue Ostpolitik weitgehend abgeschlossen oder zumindest unumkehrbar vorangetrieben werden. Also gaben sich Regierungs- und Oppositionsparteien scheinheilig gegenseitig die Schuld, daß sie sich nicht auf einen ganz schnellen Modus und Termin für Neuwahlen einigen konnten. Zugleich bastelten sie, einer Anregung Brandts folgend, an einer gemeinsamen Erklärung zur Neuen Ostpolitik, die am 17. Mai 1972 bei nur fünf Enthaltungen praktisch einstimmig vom Bundestag angenommen wurde. Gleichzeitig ermöglichte die CDU/CSU-Fraktion durch geschlossene Stimmenthaltung in Bundestag und Bundesrat die Annahme der heiß umstrittenen Verträge mit der Sowjetunion und Polen.

Während in den Verträgen die Bundesregierung scheinbar die Nachkriegsgrenzen anerkannte, wurde in der gemeinsamen Erklärung das genaue Gegenteil ausgesagt: Die sog. Ostverträge stellten nur einen "Modus Vivendi", aber keinen Vorgriff auf eine endgültige Regelung durch. Die künftige Regierung eines vereinigten Deutschlands wäre an die Grenzgarantien dieser Verträge nicht gebunden. Im Licht dieser staatstragenden Einigung stellte sich der vehement ausgetragene Parteienstreit um die Neue Ostpolitik zu erheblichen Teilen als bloßes Kasperletheater mit verteilten Rollen dar.

Am 22. September machte die Regierungskoalition schließlich durch eine manipulierte Vertrauensabstimmung, an der sich die Minister nicht beteiligten (so daß das "Scheitern" des Vertrauensantrags auf jeden Fall feststand) den Weg frei für die Auflösung des Bundestags und die definitive Ansetzung von Neuwahlen. Diese fanden am 19. November 1972 statt. Die starke parteipolitische Polarisierung und Mobilisierung führte zu einer Rekordwahlbeteiligung von 91%. Zum ersten und einzigen Mal wurde die SPD mit 45,8% stärkste Partei vor der CDU mit 44,8%. Verglichen mit der vorhergehenden Wahl 1969 hatte die SPD 3,1% gewonnen, die CDU/CSU (tatsächlich ausschließlich die CDU) hatte 1,3% verloren.

Kein sensationelles Ergebnis also, keine "erdrutschartigen" Veränderungen. Aber die "FAZ", jahrzehntelang gewissermaßen das Sprachrohr der regierenden CDU/CSU, kommentierte in allerdunkelstem Pessimismus, ja geradezu in Weltuntergangsstimmung: "An diesen 19. November wird die CDU/CSU lange denken. Ihre Niederlage hat schon fast den Charakter eines demütigenden Desasters. (...) Vorerst hat sie mit der Gefahr zu rechnen, daß sie im öffentlichen Bewußtsein herabsinkt zu einer Partei, die sich am politischen Kampf beteiligt ohne ernsthafte Aussicht, in absehbarer Zeit an die Regierung zu kommen." - Die konservative Zeitung bescheinigte der christdemokratischen Oppositionspolitik eine "Unbeirrbarkeit, die an den Todesmarsch der Lemminge erinnert".

Die Befürchtung der "FAZ" erfüllte sich nicht ganz. Zehn Jahre später, im Oktober 1982, kehrte die CDU/CSU mit Helmut Kohl an die Regierung zurück. Eine wesentliche Ursache dafür war, daß die SPD die politisch-ideologische Hegemonie, die ihr 1972 zum Erfolg verholfen hatte - innenpolitische und soziale Reformerwartungen, außenpolitisch eine Abkehr vom Konfrontationskurs gegen Osteuropa - selbst zerstört hatte. Dagegen hätte die SPD von einer klaren, die ganze Gesellschaft erfassenden Polarisierung zwischen

offen reaktionären Zielvorstellungen auf der einen und eher progressiv-reformerischen auf der anderen Seite - wie 1972 und noch einmal 1980 (als Strauß mit der Parole "Freiheit statt Sozialismus" antrat) - wahltaktisch nur gewinnen können.

Hauptfeind SPD

Im AK/Juni 1972 kommentierten wir die Demonstrationen gegen das Mißtrauensvotum so: "Diese spontane Massenbewegung gegen die offensten und konsequentesten Agenten des Großkapitals, Barzel und Strauß, war die bedeutendste politische Aktion der Arbeiterklasse und des übrigen werktätigen Volkes seit der Anti-Atom-Bewegung Ende der 50er Jahre."

Für uns stand damals sofort fest, daß es zweckmäßig und notwendig war, die Gegenbewegung gegen die Come-Back-Versuche der CDU/CSU zu unterstützen und, soweit es mit unseren geringen Mitteln möglich war, auf diese Bewegung politischen Einfluß zu nehmen. Mit dieser Auffassung standen wir in der sog. antirevisionistischen Linken - der Neuen Linken jenseits der DKP - nahezu völlig allein da.

Für die ML-Parteien, die ihr Grundwissen aus der "Peking Rundschau" bezogen - wir nannten sie damals "die Superlinken" -, handelte es sich bei dem Bonner Konflikt nur um ein Postengerangel zwischen zwei Agenturen der Bourgeoisie. Wegen ihres vorherrschenden Einflusses in der Arbeiterklasse galt die SPD sogar als die "gefährlichere" der Parteien und somit als "Hauptfeind". Die Neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition bedeutete außerdem für die stark nationalistisch argumentierenden ML-Parteien eine "Kapitulation vor dem sowjetischen Sozialimperialismus".

Etwas differenzierter und realitätsbezogener, aber im Wesentlichen ähnlich argumentierten auch die Vorläuferorganisationen des KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschland). Sie erkannten äußerst scharfsichtig, daß die Parole "Stoppt Strauß und Barzel!" nach Lage der Dinge gewollt oder ungewollt, jedenfalls objektiv, nur auf die Erhaltung der SPD/FDP-Regierung hinauslaufen konnte, weil "die Arbeiterklasse heute nicht den bürgerlichen Staat zerschlagen kann, um ihre eigene Macht zu errichten". - Folgerichtig riefen die KBW-Vorläufer zum Boykott dieser Demonstrationen und Protestaktionen auf.

Die Meinungsverschiedenheit zwischen KB und KBW in dieser Frage erwies sich als grundsätzlich. Wir gingen von der Einschätzung aus, daß die Arbeiterklasse - wir verwenden hier der Einfachheit halber unseren damaligen undifferenzierten, historisierenden Begriff - in der gegenwärtigen Phase auf allen Gebieten im Wesentlichen nur Abwehrkämpfe führen konnte: Gegen den Abbau demokratischer Rechte, gegen polizeistaatliche Maßnahmen, gegen die "Faschisierung von Staat und Gesellschaft", gegen die Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage. Die Aufgabe der Linken bestand nach unserer Auffassung darin, sich an diesen Kämpfen zu beteiligen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zunehmend organisierende Funktionen zu übernehmen, dadurch ihre eigenen Kaderstrukturen überhaupt erst zu entwickeln und schließlich in die realen Bewegungen "politisches Bewußtsein hineinzutragen". Das war allerdings nicht ganz so hölzern und elitär gemeint, wie es nachträglich wohl klingen muß. Daß man nicht "Lehrer" der Massen sein kann, ohne zunächst einmal ihr "Schüler" zu werden, wie Mao Tse-tung es ausgedrückt hatte, war im KB zumindest als Prinzip unumstritten.

Im Gegensatz zu uns betrachtete der KBW die real stattfindenden defensiven Kämpfe als perspektivlos, da sie lediglich auf Erhalt bestehender Zustände hinausliefen. Aufgabe der Linken müßte es sein, in diese Bewegungen "positive Forderungen" hineinzutragen und sie in diesem Sinn zuzuspitzen und voranzutreiben.

Das führte später dazu, daß der KBW beispielsweise spontan entstandene Protestaktionen gegen Fahrpreiserhöhungen in eine von der realen Bewegung losgelöste Kampagne "für den Sturz der Magistrate" umzuwandeln versuchte. Während wir damals mit einigem Erfolg in Hamburg eine breite Jugend-Protestbewegung "gegen die Sparpolitik des Senats" organisierten, agierte der KBW mit völlig abgehobenen Parolenkreationen wie der "Wahl der Lehrer durch das Volk" neben den wirklichen Verhältnissen.

Alle diskutierten mit

Schon bald nach dem Scheitern des Mißtrauensvotums und dem Patt in der Haushaltsabstimmung wurde deutlich, daß es voraussichtlich im Laufe des Jahres 1972 Neuwahlen geben würde. Die Leitung des KB initiierte daraufhin eine Debatte innerhalb der gesamten Organisation, wie im Fall von Neuwahlen agiert

werden sollte. Bis Anfang August lagen - zum Teil recht ausführliche - Diskussionsberichte und Stellungnahmen aus 66 "Grundeinheiten" (Betriebszellen, Branchenzellen usw.) vor. Fast 90% der Berichte sprachen sich eindeutig dafür aus, eine "Wahlempfehlung" zugunsten der SPD abzugeben.

Die Festlegung der praktischen Politik in einer solchen "breiten Aussprache", mit einer öffentlichen Darstellung auch von kontroversen Positionen, war innerhalb der Neuen Linken eine absolute Ausnahmeerscheinung. Von den ML-Parteien war man gewohnt, daß selbst Linienschwenks um 180 Grad ohne erkennbare Diskussion, einfach per ZK-Beschluß oder durch eine "große Rede" des jeweiligen Parteivorsitzenden bekannt gegeben wurden.

Im Gegensatz dazu waren wir grundsätzlich der Auffassung, daß das, was dann gemeinsam nach außen vertreten werden soll, auch gemeinsam entwickelt werden sollte. Im Fall der von der KB-Leitung von vornherein favorisierten Option eines Wahlaufrufs zugunsten der SPD, mit dem wir in der Linken außerhalb der SPD völlig allein standen und uns tatsächlich auf politisches "Glatteis" wagten, war eine solche gemeinsame Entscheidungsfindung ganz besonders notwendig.

Die Stellungnahme der KB-Leitung, die im AK/November 1972 veröffentlicht wurde, war allerdings in jeder Hinsicht ganz sicher kein Glanzstück. Ihr Aufbau ist unsystematisch, als wären einzelne Abschnitte durcheinander gewürfelt worden; es gibt ermüdende Wiederholungen; andererseits fehlen manche Argumente und Gesichtspunkte, die in der bisherigen Debatte als wichtig herausgearbeitet worden waren. Der Text verfehlte die Aufgabe, die im AK geführte Debatte (zu der u.a. auch Artikelserien über die SPD als "bürgerliche Arbeiterpartei" und über die "Faschisierung von Staat und Gesellschaft" gehörten) schlüssig zusammenzufassen. Statt dessen blieb er teilweise in Niveau und Aussagekraft hinter den bisherigen Beiträgen zurück.

Im Wesentlichen wird in der Leitungsstellungnahme gesagt: Die Unterschiede zwischen CDU/CSU und SPD seien zwar gering, aber doch vorhanden. Die Aufgabe der bürgerlichen Parteien bestehe u.a. darin, "die Kapitalisten mit unterschiedlichen kurz- und langfristigen politischen Vorstellungen zu bedienen und gegebenenfalls deren Durchführung zu übernehmen. (...) Hierbei vertritt die SPD stärker die Methode des politischen Betrugs und des ‚Reformen`-Schwindels, während die CDU/CSU stärker die Methode der Gewalt und Erpressung zur Geltung bringen möchte."

Wahlen seien für die Kapitalisten in erster Linie "ein Test, wie weit sie ihre Angriffe auf die Arbeiterklasse offen durchführen können". "Darüber hinaus werden durch den Ausgang der Wahlen bis zu einem gewissen Maße auch neue Bedingungen geschaffen. Ein Wahlsieg der CDU/CSU wird auf das Kräfteverhältnis der Klassen auch rückwirken, und zwar zu Ungunsten der Arbeiterklasse. Die Kapitalisten werden ein Votum für die CDU/CSU nicht nur als Bestätigung werten, daß nun Tempo und Intensität des Prozesses der Faschisierung gesteigert werden können. Die durch einen Sieg der CDU/CSU erfolgende Stimmungsverschiebung in der Arbeiterklasse würde das auch noch begünstigen."

Andererseits wurde aber auch gewarnt: "Gerade bei einem Wahlsieg der SPD/FDP werden die Kapitalisten alles daransetzen, ihre Anstrengungen außerordentlich zu verstärken, um die Dinge möglichst schnell auf den Punkt zu treiben, wo die CDU/CSU die Regierungsgeschäfte wieder übernehmen kann, wo die Kapitalisten die Faschisierung ohne nennenswerte Verzögerungen vorantreiben können."

Gegen "Parteikandidaturen"

Außer dem KB riefen unter den zahlreichen Gruppen und Organisationen der Neuen Linken nur noch die Münchner Arbeiterbasisgruppen zur Wahl der SPD auf. Die KPD/ML, die KPD (nicht zu verwechseln mit der 1956 verbotenen KPD, der Vorläuferin der DKP) und die örtlichen Gruppen, aus denen später der KBW hervorging, riefen dazu auf, den Stimmzettel durch irgendwelche "revolutionären" Parolen ungültig zu machen. Der vor allem in Baden-Württemberg ansässige KABD forderte dazu auf, überhaupt nicht an der Wahl teilzunehmen.

Außerdem kandidierte zum ersten Mal die 1968 gegründete DKP. In den Jahren 1961, 1965 und 1969 hatten die Anhänger des "realen Sozialismus" aufgrund des KPD-Verbots nacheinander die Bündnisprojekte DFU (Deutsche Friedensunion) und ADF (Aktion Demokratischer Fortschritt) unterstützt. Die DKP gewann nur 0,3% der Stimmen, während es 1961, einen Monat nach dem Bau der Berliner Mauer, in der allerschlimmsten Phase

des Antikommunismus, die von der Springer-Presse als "Die Freunde Ulbrichts" angegriffene DFU immerhin noch auf 1,9% gebracht hatte. Die ständigen Versuche der DKP, ihre anhaltend jammervollen Wahlergebnisse immer wieder mit dem vorherrschenden Antikommunismus zu begründen, wurden deshalb von uns als unglaubwürdig kritisiert.

Auch abgesehen vom Spezialfall 1972 ist der KB immer wieder gegen die von vornherein total aussichtslosen "Parteikandidaturen" und "Programmkandidaturen" aufgetreten, wie sie ansonsten von fast allen Organisationen der Neuen Linken regelmäßig und mit großem prinzipiellen Eifer betrieben wurden. Keine dieser Organisationen kam auf Bundesebene jemals über 0,1% hinaus. Unser Hauptargument dagegen war, daß solche Wahlergebnisse die radikale Linke noch sehr viel schwächer aussehen ließen, als sie in der politisch-gesellschaftlichen Wirklichkeit ohnehin war. Die Auseinandersetzungen, die die PDS derzeit mit einigen ihrer westdeutschen Landesverbände führen muß, zeigen, daß in den kleinen Restbeständen, die von der alten radikalen Linken noch übrig geblieben sind, der Unfug der Kandidatur um jeden Preis sich immer noch großer Beliebtheit erfreut.

Wenn Wahlbeteiligung einen Sinn machen sollte, so mußte sie unserer Auffassung nach eine "Zielgruppe" ansprechen, die erheblich breiter sein mußte als die Anhängerschaft der einzelnen linken Gruppierungen. Aus dieser Überlegung heraus entwickelten wir in Hamburg in der zweiten Hälfte der 70er Jahre das Konzept der "Bunten Liste", einer Wahlaktionseinheit von Basisgruppen, deren Gerüst und Motor natürlich der KB war, die aber auch Kräfte darüber hinaus einbezog. Das neue Bündnis erreichte bei der Bürgerschaftswahl 1978 auf Anhieb 3,5% und zwei Mandate in der Eimsbüttler Bezirksversammlung.

Von Brandt zu Schmidt

Bereits das Wahlergebnis vom 19. November kommentierte der KB im AK/Dezember 1972 mit der Überschrift "Fußtritt für SPD-Linke". Tenor des Artikels war, daß nach der Sicherung der Regierungsmacht nun eine deutlichere Wendung der SPD nach Rechts erfolgen würde, vor allem auf den Gebieten Wirtschafts-/Sozialpolitik und "Innere Sicherheit". Linke Teile der SPD, wie die Jusos und manche allzu reformbegeisterten Gewerkschafter, wurden von der Parteispitze verwarnt, sie sollten nun nicht etwa irgendwelche Forderungen aus dem Wahlsieg ableiten. Was schon in der ersten Jahreshälfte 1972 mit dem "Extremisten-Erlaß" (Berufsverbot gegen linke Lehrer, zumeist Mitglieder oder Anhänger der DKP) und der Aufrüstung des Polizeistaats im Namen der Kampagne gegen den Terrorismus begonnen hatte, wurde nach dem November 1972 verschärft fortgeführt.

Am 6. Mai 1974 erklärte Willy Brandt seinen Rücktritt. Als vorgeschobener Grund diente die sog. Guillaume-Affäre, d.h. die Tatsache, daß es der DDR gelungen war, jahrelang einen Agenten als engen persönlichen Mitarbeiter in der Nähe des Bundeskanzlers zu plazieren.

Als Rücktrittsgrund war das kaum glaubwürdig: Erstens war der Vorgang nicht von Brandt verschuldet. Zweitens war der Sachverhalt intern schon mindestens seit dem 29. Mai 1973, fast ein Jahr vor dem Rücktritt Brandts, bekannt gewesen. Drittens lag zumindest der Verdacht nahe, daß die westdeutschen Geheimdienste schon erheblich früher als 1973 erkannt hatten, wessen Sache Guillaume vertrat. Die angebliche Affäre war demnach, wie wir im AK/22.5.74 mutmaßten, eine "Zeitbombe", die von interessierter Seite zum passenden Zeitpunkt instrumentalisiert werden konnte, um einen Kanzlerwechsel mit Signalwirkung zu inszenieren.

Brandt, in Wirklichkeit selbstverständlich alles andere als ein linker Einzelkämpfer in der SPD, hatte es trotz der von ihm zu verantwortenden Politik verstanden, eine Aura von persönlicher Integrität, guten Absichten und Reformhoffnungen um sich zu verbreiten. Sein Kniefall im ehemaligen Warschauer Ghetto und sein Spruch, man müsse "mehr Demokratie wagen", waren noch in Erinnerung. Im Gegensatz dazu stand sein Nachfolger Helmut Schmidt erklärtermaßen auf dem rechten Flügel seiner Partei und genoß den Ruf eines allem reformerischen Schnickschnack abgeneigten Machers und Durchmarschierers.

Die Zeitschrift "Capital" hatte schon in der Ausgabe vor Brandts Rücktrittserklärung begründet, "warum Willy Brandt nicht regieren kann" und warum sie Schmidt für den geeigneten Nachfolger hielt: Von ihm könne man erwarten, daß er "Volkes Wille vollstreckt, die längst geahnten Wahrheiten ausspricht, vorhandene Opferbereitschaft abfordert, Schwätzer feuert, Köpfe rollen läßt."

Der AK/22.5.74 drückte im Grunde ungefähr den gleichen Gedanken aus, allerdings in der uns gemäßeren Diktion: "Mit Helmut Schmidt, der nicht zufällig oft mit dem Arbeiterschlächter Noske ('Einer muß den Bluthund machen') verglichen wird, hat das Kapital einen Mann an die Stelle Brandts gesetzt, der für eine schärfere Gangart der Faschisierung einstehen soll." - Unser neuer Begriff der "Beschleunigten Faschisierung" war geboren.

Der SPD gelang es bis heute nie wieder, ihr Ergebnis von 1972 zu erreichen. Zum ersten und einzigen Mal war sie (mit 45,9%) stärkste Partei vor der CDU/CSU (44,8%) geworden. 1976 fiel sie auf 42,6% zurück, während die CDU auf 48,6% stieg - ihr bis dahin zweitbestes Ergebnis. Gegenüber 1972 verlor die SPD eine Million Stimmen, während die CDU/CSU anderthalb Millionen hinzu gewann.

Trennung zweier Wege

Die "Wahlempfehlung" für die SPD - die natürlich nur ein besonders markanter Punkt einer viel allgemeineren strategischen Orientierung war - bedeutete eine wichtige Weichenstellung für die weitere Entwicklung des KB. Zum einen vertiefte sie unsere Isolation vom ganzen Rest der Neuen Linken, einschließlich des sich ungefähr zeitgleich mit dem KB herausbildenden KBW. Es ist bezeichnend, daß die Genossinnen und Genossen, die im Lauf der Jahre aus anderen linksradikalen Organisationen zum KB kamen, sozusagen an den Fingern einer Hand abzuzählen waren. Umgekehrt ist wohl auch kaum jemand vom KB zu den ML-Organisationen abgewandert.

1972 bedeutete eine Trennung zwischen zwei Wegen der Neuen Linken. Der KB übte so von Anfang an kaum eine Anziehungskraft auf die damals zahlreichen oberflächlich anradikalisierten Kreise aus, denen zwar soziale Absichten nicht grundsätzlich abzusprechen waren, aber denen es letztlich nicht um realitäts- und wirksamkeitsbezogene Massenarbeit ging. Politik war für den KB nicht Selbstzweck aus Freude an der eigenen Radikalität und Prinzipienfestigkeit. Politik mußte sich unserem Verständnis nach immer an dem messen lassen, was sie tatsächlich bewirken wollte und konnte. Sie war - allerdings keineswegs im Sinn der heutigen Begriffsbildung bei den Grünen - ihrer Zielsetzung und ihren Methoden nach Realpolitik.

Vor der Kampagne, die mit dem Mißtrauensvotum der CDU/CSU begann, war der Kommunistische Bund noch gar nicht wirklich eine Organisation. Diese, ebenso wie ein leitendes Kollektiv von Genossinnen und Genossen, wurde überhaupt erst durch diese Kampagne "geschmiedet", herausgebildet und gefestigt.

Es ist daran zu erinnern, daß der AK, damals noch "Arbeiterkampf", gerade erst im Dezember 1971 zum ersten Mal erschienen war. In formaler Hinsicht definierte sich der Kommunistische Bund 1972 noch als ein föderativ aufgebauter Dachverband örtlicher Gruppe, unter denen natürlich das Hamburger SALZ (Arbeiter- und Lehrlingszentrum) allein schon durch seine Mitgliederzahl dominierte.

Zwischen diesen Gruppen hatte es zwar schon vor dem Zusammenschluß eine mehr oder weniger lange Zusammenarbeit gegeben - aber was hieß damals schon lange: ein Jahr, anderthalb Jahre vielleicht. Es gab nur in sehr groben Zügen so etwas wie eine gemeinsame "politische Linie". Ein gemeinsamer Nenner war aber, bei allen sektiererischen Verschrobenheiten und Selbstüberschätzungen unserer frühen Jahre, ein positiver, relativ offener (d.h. auch lernfähiger) Bezug auf die wirklich vorhandene "Arbeiterklasse", oder die Lohnabhängigen, wie man wohl zu APO-Zeiten etwas weniger ideologisch überhöht gesagt hätte.

Diese grundsätzliche Orientierung schloß jedoch Tendenzen einer pauschalisierenden Ablehnung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften noch keineswegs aus. Tatsächlich waren solche Stimmungen sogar in einigen Vorläuferorganisationen des Kommunistischen Bundes recht stark vorhanden gewesen.

Daß dennoch aus praktisch allen Teilen des KB ein so einmütiges Votum für die SPD-"Wahlempfehlung" zustande kam, wirkt im Rückblick verblüffend. Dieses Ergebnis ist zu einem erheblichen Teil wohl damit zu erklären, daß schon zu einem frühen Zeitpunkt eine Vorverständigung in der Leitung und unter den Kadern des KB erreicht worden war, mit der dann in die "Einheiten" der Organisation "hineingegangen" wurde.

Einseitig zugespitzt wäre aber die Vorstellung, diese Entscheidung sei damals einfach nur "von oben nach unten durchgesetzt" worden, falsch. Offenbar gab es ein grundlegendes gemeinsames Politikverständnis - oben bezeichnet als Orientierung auf die wirkliche "Arbeiterklasse" (und "Arbeiterbewegung") -, das der großen

Mehrheit der KB-Mitglieder unter den konkreten Voraussetzungen ein solches taktisches Verhalten zumindest hochgradig plausibel, wenn nicht sogar politisch notwendig erscheinen ließ.

Wir mußten allerdings noch lernen, daß auch die Hinwendung zur realen Arbeiterbewegung und die Öffnung gegenüber den Massenbewegungen kein politisches und organisatorisches Allheilmittel war. Das wurde spätestens an dem Punkt sichtbar, wo sich unsere Erwartung eines allgemeinen und kontinuierlichen Aufschwungs - wenn auch zunächst auf der Ebene von wirtschaftlichen und politischen Abwehrkämpfen - nicht bewahrheitete. Berufsverbote, Gewerkschaftsausschlüsse, oft gleich zusammen mit der Entlassung aus dem Betrieb, schließlich der Einschüchterungsdruck und die Stimmungswende des "Deutschen Herbstes" 1977, machten uns die Grenzen unserer Möglichkeiten und unseres zahlenmäßigen Wachstums deutlich.

Vor neue Probleme gestellt, die wir in dieser Form nicht erwartet hatten, spaltete sich der Kommunistische Bund 1979 an der Frage der adäquaten Antworten auf die Krise der linksradikalen Organisationen einerseits und das Aufkommen einer neuen politischen Alternative in Gestalt der Grünen andererseits.

Aber das ist schon wieder eine andere Geschichte.

Willi Klaus Goltermann

Knut Mellenthin

(Die Autoren gehörten 1972 der Leitung des KB an)

30. Polizei behindert Castor-Parade in Ahaus

Autor: Komitee für Grundrechte und Demokratie · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:01

Am Wochenende, den 18./19.10. 1997, fanden in Ahaus Proteste für den Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie und gegen die Transporte von hochradioaktivem Müll in "Castor"-Behältern nach Ahaus statt. Das Bild von den Protestaktionen am Samstag, den 18.10.1997, wie es von vielen Medien gezeichnet worden ist, rückt "Krawalle", zahlreiche die Polizei angreifende vermummte StraftäterInnen, gefährliche Eingriffe in den Schienenverkehr und erhebliches Gewaltpotential innerhalb der Protestbewegung in den Vordergrund. Aufgrund eigener Beobachtungen und einer Reihe von belegbaren und nachvollziehbaren ZeugInnenaussagen widersprechen wir diesem Gesamtbild, das mit den Geschehnissen in keiner Weise in Übereinklang zu bringen ist.

Die Auftaktkundgebung am Bahnhofsvorplatz und die "Castor-Parade" durch die Innenstadt verliefen friedlich. Die TeilnehmerInnen boten durch Tanzen, Musik und phantasiereiche Transparente den am Rand und manchmal in großer Distanz stehenden BürgerInnen ein "farbenfrohes Bild" und wurden mit Interesse und Skepsis wahrgenommen. Der Zug durch die Innenstadt, an dem sich der größte Teil der TeilnehmerInnen beteiligte, verlief ebenfalls friedlich.

Anzuklagen ist jedoch ein in vielen Fällen unangemessenes Vorgehen der Polizeikräfte gegenüber denjenigen, die sich in die Nähe der Schienen begaben. Unzutreffend ist, daß es sich hier um eine Gruppe von "gewaltbereiten Chaoten" handelte.

Eine Situation auf den Schienen konnten wir ausführlicher beobachten. Eine Gruppe von ca. 25-30 Jugendlichen wurde auf den Schienen von der Polizei eingekesselt. Einer aus dieser Gruppe war, ohne jede Fremdeinwirkung, vorher auf den Gleisen so unglücklich gefallen, daß er mit einem Krankentransporter abgeholt werden mußte. Die Polizei ließ jedoch keine weitere Person diesen Kranken begleiten. Sie begründete dies damit, daß sie "außer dem Verletzten keinen anderen Straftäter hier herauslasse". Von verschiedenen TeilnehmerInnen und BeobachterInnen wurde herausgestellt, daß es an diesem Ort keine Schienenaktion gegeben hätte, daß einige auch nur dem Gestürzten zu Hilfe gekommen wären. In der Umgebung dieser Gruppe waren keinerlei Spuren von Beschädigungen zu finden. Trotzdem hielt die Polizei daran fest, daß es sich um "Straftäter" handele. Die Eingekesselten, zu denen auch einige zählten, die man fast noch als Kinder bezeichnen konnte, ließen keinen Zweifel aufkommen, daß sie sich kooperativ verhalten wollten. Die Polizei hatte jedoch beschlossen, sie zur Gefangenensammelstelle zu bringen und ED-behandeln zu lassen. Die Personen wurden einzeln aus dem Kessel geführt, wobei einige BeamtInnen sehr ruppig vorgingen und z.B. die erste Abgeführte an den Haaren zogen. Am Gefangenenbus wurden sie durchsucht, abgetastet, mit Kabelbindern auf dem Rücken gefesselt und in den Gefangenenbus gebracht. Auf die Nachfrage, warum man eine solche Fesselung für verhältnismäßig ansehe, wurde mitgeteilt, daß dies für den gesamten Einsatzbereich für alle zur Gefangenensammelstelle zu transportierenden Personen "von höherer Stelle" angeordnet worden sei. Später hörten wir, daß sich auch in der Gefangenensammelstelle erneut einige Personen einer Leibesvisitation unterziehen mußten.

In der Auflage zu der angemeldeten Demonstration wird - obwohl der angemeldete Demonstrationszug nicht auf den Gleisen stattfinden sollte - vor allem auf Sachbeschädigungen eingegangen, die bei früheren Aktionen dort stattgefunden haben. Daraus wird abgeleitet, daß die Demonstration nicht auf den Gleisen, sondern nur bis zu einem Abstand von 25m daneben stattfinden dürfe. Begründet wird dies mit der Notwendigkeit des Eigentumsschutzes. Angeführt werden vor allem Sachbeschädigungen wie die Unterhöhlung der Gleisanlage, das Aufrichten von Denkmälern auf dem Bahndamm, das Aufrichten von Barrikaden auf dem Bahndamm und das Zersägen von Schienen.

Nun ist es richtig, daß solche Handlungen nicht legal sind und die Polizei sie nicht erlauben kann. Viele Beteiligte verstehen solche Aktionen jedoch angesichts der lebensbedrohlichen Anwendung der Atomenergie als legitimierbaren Akt zivilen Ungehorsams. Deshalb kann die Polizei nicht berechtigt sein, mit allen Gewaltmitteln gegen diejenigen vorzugehen, die die Gleisanlagen betreten. Die Verhältnismäßigkeit der Mittel muß auch dann noch gewahrt bleiben.

Der Kriminalisierung der Proteste gegen die Nutzung von Atomenergie und der Legitimierung jeglicher Gewaltmittel gegen Demonstrierende muß konsequent widersprochen werden. "Respekt" vor einem "friedlichen Widerstand" - so der neue Polizeipräsident von Münster - wird zur Worthülse, wenn Protest leichtfertig kriminalisiert und Schlagstockeinsatz legitimiert wird.

Komitee für Grundrechte

und Demokratie e.V.

31. Nix mehr! Wir sind unberechenbar!

Autor: Die Guten · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:44

Der Atommülltransport aus dem AKW Krümmel in die "Wiederaufbereitungsanlage" Sellafield/England konnte weder zur geplanten Zeit starten, noch die geplante Route nehmen. Es ist uns offenbar gelungen, der Gegenseite ein Bild zu vermitteln, das uns uneinschätzbar macht und Stärke demonstriert:

Am 20./21.09. findet das Auftaktwochenende der Krümmel-Kampagne mit Schienendemontage statt.

21.-30.10.:

Bullen und Zivis bewachen nachts die Transportstrecke in Schleswig-Holstein und Hamburg, Infrarotkameras werden installiert, anderswo wird die Strecke ausgeleuchtet. Bis zum 23.10. finden mindestens vier Anschläge auf Bahnkörper in Geesthacht und Uelzen statt.

25.10.:

In Krümmel sind die beiden leeren Behälter auf das Gelände des AKW gefahren.

31.10.:

Es wird begonnen, das Camp "Nix geht mehr" in Geesthacht aufzubauen. Per Allgemeinverfügung wird die Bahnstrecke (incl. 25 m zu beiden Seiten) vom 31.10., 15 Uhr, bis zum 4.11., 24 Uhr, mit einem Demonstrationsverbot belegt.

1.11.:

Es versammeln sich 500 Menschen zur Kundgebung in Geesthacht; anschließend begeben sich fast alle gemeinsam auf und an die Strecke Richtung Escheburg. Es finden Blockaden statt, Schotter wird beseitigt, und andere notwendige Arbeiten am Gleiskörper werden erledigt. Es gibt z.T. massive Bulleneinsätze und gezieltes Herausgreifen Einzelner mit sechs Festnahmen. Im Verlauf der Aktionen werden über 70 Platzverweise ausgesprochen.

Im Vorfeld wurde bekannt, daß der Transport, über Deutschland und Frankreich fahrend, auf ein Schiff in Dunkerque verladen werden sollte. Zusammen mit den zwei Castoren aus Krümmel sollten drei Behälter aus dem AKW Lingen, einer aus Brokdorf, einer aus dem AKW Dodewaard/Holland und zwei Castorbehälter aus dem AKW Mühleberg/Schweiz mit dem Schiff transportiert werden.

Beim Schließen des Castorbehälters in Brokdorf gibt es wieder einmal Schwierigkeiten mit dem Deckel, so daß dieser Transport verschoben werden muß.

3.11.:

Es stellt sich heraus, daß die beiden Transporte aus der Schweiz und aus Holland reine Straßentransporte gewesen wären - wäre da nicht der Brummistreik in Frankreich gewesen. Aufgrund des Streiks sinf sie kurzfristig abgesagt worden.

Weiterhin werden Schienen demontiert, Barrikaden brennen. Die Bullen leisten sich regelrechte Verfolgungsjagden durch Geesthacht, es gibt mehrere Festnahmen, und es werden willkürlich Platzverweise erteilt. Nachts fährt jetzt stündlich ein Schienenkontrollzug die Strecke zwischen Geesthacht und Bergedorf ab.

4.11.:

5.00-5.25 Uhr: Die Elbuferstraße wird gesperrt, der Verkehr umgeleitet, die AKN-Lok fährt von Bergedorf in Richtung Geesthacht.

5.40-6.22 Uhr: Die Leute aus dem Camp sind mit ca. 60 Menschen auf der Strecke, einige ketten sich an die Schiene an. Die Lok steht vor der Blockade, die dann eingekesselt und geräumt wird. Die Lok fährt zum AKW.

7.10 Uhr: Die Leute aus dem Camp werden fast komplett festgenommen.

Die Betreiber müssen auch den Ersatz-Transporttermin am Dienstag morgen (bis 6 Uhr) streichen, da es für Geesthacht eine Vereinbarung gibt, keine Transporte während der Schulzeit zwischen 8 und 13 Uhr zu fahren.

9.20-10.20 Uhr: Die Beladung ist abgeschlossen. Der Atomtransport steht abfahrbereit auf dem Gelände.

10.50 Uhr: In Bergedorf gehen ca. 35 Menschen auf der Schiene in Richtung Hamburg - das Reparaturfahrzeug ist ihnen immer dicht auf der Spur.

14 Uhr: Die Lok verläßt mit beiden Castoren das AKW. Der Atomtransport vom AKW Krümmel zur Wiederaufbereitungsanlage Sellafield startet mit eineinhalb Tagen Verspätung.

14.47 Uhr: Der Transport stoppt in Bergedorf, fährt nach Räumung der Blockade weiter.

15.40 Uhr: Am Mittleren Landweg wird die Lok gewechselt, jetzt zieht eine Diesellok der DB den Atomzug.

16-17 Uhr: Der Atomtransport fährt in Maschen-Nord ein und verläßt Maschen-Süd in Richtung Buchholz/Bremen.

17 Uhr: Der Transport wird nach Maschen zurückgeholt, da er (laut Radiomeldungen) "aus Versehen" das falsche Gleis genommen habe.

17.12-19.30 Uhr: Über Stelle, Winsen, Lüneburg (Protest von 30 Leuten am Bahnhof, dann Demo mit 50 Leuten in der Stadt) und Celle erreichen die Castoren Lehrte, wo - begleitet von Aktionen am Bahnhof - die Lok gewechselt wird.

19.55 Uhr: Von Lehrte geht es Richtung Hannover und danach über Nebenstrecken z.B. über Hameln, Bad Pyrmont, Paderborn, Lippstadt und Soest

5.11.:

1.20 Uhr Duisburg: Hier werden zusätzlich die drei Castorbehälter aus dem AKW Lingen angekoppelt.

3 Uhr: Der Transport verläßt Köln: 50 Leute haben eine Papp-Blockade und wurden auf der Brücke über dem Castor-Gleis eingekesselt, bis er durchgefahren ist.

5 Uhr: Stopp vor einer Blockade in Bengel. Sie hält den Castor dreieinhalb Stunden auf!

8 Uhr: Die Blockade wird geräumt, ca. 20 Festnahmen. Weil die Blockade auf einer bergauf gelegenen Strecke stattfindet, kann eine Lok allein den Transport nicht mehr anfahren, und es muß eine zusätzliche Lok herangeschafft werden.

8.30-9.30 Uhr: Abfahrt Bengel. Die geplante Trierer Blockade wird durch vorherige Festnahmen vereitelt - macht nix - nächstes Mal sind wir noch mehr!

9.45 Uhr: Blockade in Apach/Frankreich

10.25 Uhr: Transport in Apach, deutsche Loks werden gegen französische ausgetauscht.

Am Abend des 5.11. soll der Transport in Dunkerque ankommen, am 6.11. auf das Schiff verladen werden und nach Barrow/England starten. Am 8.11. abends ist das Schiff immer noch nicht dort ankommen und der Transport immer noch nicht nach Sellafield gefahren.

Entlang der gesamten Transportstrecke (und auch an den Ausweichstrecken) gibt es diesmal auffallend viele Polizeikontrollen, Personalienfeststellungen, Platzverweise und Festnahmen.

Auch anderswo gibt es viele Aktionen, von denen wir einige aufzählen können: Buchholz: 25 Leute am Bahnhof und in der Innenstadt; Eichenberg: 100 Leute an der Schiene; Göttingen: 500 Leute belagern Schröder im Ratskeller und machen Ramba Zamba in der Stadt; Minden: 50 Leute am Bahnhof; ebenso Aktionen in Münster, Osnabrück und Rotenburg.

Es ist uns gelungen, der Internationalisierung des Widerstands ein Stückchen näher zu kommen und gleichzeitig einen überregionalen, facettenreichen Widerstand zu leisten. Nur durch die bundesweiten Aktionen, die neben den Aktivitäten am Ausgangsort und, nicht zu vergessen, auch am Bestimmungsort Sellafield stattfanden und -finden, sind wir unberechenbar und damit eine ernstzunehmenden Kraft. Nicht

umsonst griffen die Schergen von Staat und (Atom-)Industrie zu der Maßnahme, möglichst viele von uns vorübergehend festzunehmen, um damit den Widerstand zu schmälern. Wenn sie das bundesweit nötig haben, kann das ein Indiz dafür sein, daß sie (auch) sonst nicht in der Lage sind, uns unter Kontrolle zu halten, und wir die z.Zt. richtige Form des Widerstands gefunden haben.

Es ist uns gelungen, einen der Transporte, die quasi ständig und vor jeder Haustür rollen, öffentlich zu machen. Unser Konzept, die Atomtransporte überregional und sogar international anzugreifen, überall Präsenz zu zeigen, ist unserer Meinung nach diesmal voll aufgegangen.

Die Guten

32. Dialog mit einem Mythos. 40. Internationales Leipziger Festival für Dokumentar- und Animationsfilme

Autor: Alexander Buchs, Maria Pins · Rubrik: Kultur; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:35

ak berichtet über das Festival aus der Sachsenmetropole. Wir hatten die Gelegenheit, ein Interview mit Festivaldirektor Fred Gehler zu führen.

ak: Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum. Andere Festivals würden sich selbst großartig feiern, Sie aber nicht. Verstehen Sie Ihr Festival eher als Arbeitstreffen ?

Fred Gehler: Die 40 ist in meinem Begriffsvolumen nicht eine so großartige Zahl - die 50 ist natürlich die etwas kritischere Zahl. Es begann damit, daß wir vor zwei Jahren bei der Festlegung der Retrospektive mit dem Bundesarchiv sagten: "Vierzig Jahre Leipzig sind ein Anlaß, die Preisträgerfilme aus vier Jahrzehnten zu präsentieren." Und als dann Anfang des Jahres auch noch die Idee eines Symposiums dazukam, haben wir auch über eine eigene kleine Publikation nachgedacht.

"Dialog mit einem Mythos" - welche Assoziationen verbinden Sie mit diesem Titel?

Im Eröffnungsbeitrag des Symposiums hat uns Prof. Dr. Günther Wartenberg von der Universität Leipzig eine rein begriffliche Erklärung von "Mythos" gegeben. Eine seiner Definitionsmöglichkeiten lautete: Annäherung an eine Wahrheit oder an Wahrheiten - oder auch eine Vergewisserung von Wirklichkeit und von Wahrheit durch Erzählungen, also durch Narration. Das war es auch, was wir gemeint haben, sei es in der Retrospektive, die auch diesen Titel trägt, sei es in den Begegnungen im Symposium. Und über den Mythos Leipzig - ob es nun einer war oder nicht - wurde auf dem Symposium ganz spannungsvoll und ganz kontrovers diskutiert.

Die Festivalzeitung zitiert Stanley Forman. "Leipzig war eine Kombination aus der Wärme der internationalen Solidarität und der Kälte des Kalten Krieges. Das Besondere an Leipzig war immer die politische Leidenschaft." Was prägt das Festival heute?

Heute ist es vielleicht viel wichtiger, von der internationalen Wärme der Dokumentaristen selber zu sprechen. Ich denke, wenn wir in Leipzig ein maximales Klima für die Aufnahme von Filmen und für die Begegnung mit dem Publikum geschaffen haben, dann ist das schon sehr viel. Daß wir die Welt mit unseren Filmen von Leipzig aus nicht bewegen und verändern können, ist schon klar, aber es ist sicherlich auch wichtiger, ein Publikum hier für die Dinge zu sensibilisieren und jetzt nicht an weiterreichende Dimensionen zu denken - was sollen das auch für welche sein?

Sie haben ein dichtgedrängtes Programm zusammengestellt. Wie groß ist die Zahl der Filme, die sich der Auswahl gestellt haben?

Es waren über 1.000. Aber damit ist die Zahl noch nicht erschöpft, denn unser Netz von Mitarbeitern in einzelnen Ländern ist größer, und Kompetenzen sind soweit verteilt worden, daß in New York, Budapest oder auf anderen Festivals die Mitarbeiter eine Vorauswahl treffen und selbst entscheiden, welche Filme eingeladen werden. Das klappt z.B. in den USA ganz vorzüglich. Dort macht Jürgen Brüning für uns die sogenannte amerikanische Auswahl, hat vielleicht 80 oder 90 Filme dort gesichtet und bringt einen Teil mit nach Leipzig. Andere Mitarbeiter haben Kontingente in anderen Ländern gesichtet, so daß die Zahl der in Leipzig registrierten Filme zwar über 1.000 liegt, aber eigentlich viel zu klein ist.

Amerika, Europa und Asien sind traditionell recht stark im Programm vertreten. Für Afrika hingegen gilt, daß meistens nur der Blick von außen auf den Kontinent gerichtet wird, selten aber Filme direkt aus Afrika kommen. Wie erklären Sie sich dieses Phänomen?

Nun, das liegt mit Sicherheit nicht in unserer Auswahl, sondern in den tatsächlichen Produktionsbedingungen für Filme begründet und auch in der Tatsache, daß die meisten bekannten afrikanischen Cineasten inzwischen nicht mehr in ihren Heimatländern leben und produzieren. Wenn sie beispielsweise in Brüssel oder Paris leben, dann ist das bereits dieser Blick von außen. So gibt es kaum noch Filme, die wirklich aus afrikanischen

Ländern kommen. Der Beitrag "Ghetto-Tagebücher" aus Südafrika, der im Informationsprogramm läuft, ist einer dieser wenigen Filme, die ohne "europäischen Umweg" produziert worden sind. Jemand aus unserem Mitarbeiterkreis war in diesem Jahr in Burkina Faso, um sich zu informieren, aber dort bot sich kein anderes Bild. Es ist also keineswegs so, daß wir da nicht hinschauen.

Wir hatten zuletzt eine iranische Retrospektive und sind zu der Meinung gelangt, daß es sich lohnt, von Fall zu Fall, von Jahr zu Jahr mit einem Land ohne aktuellen Wettbewerbszwang ein Programm zu erarbeiten, um ein Bild von der dortigen Kinematografie zu geben.

Animations- und Dokumentarfilme wurden trotz getrennter Wettbewerbe früher in gemeinsamen Vorführungen gezeigt. Der Animationsfilm hat jetzt nicht nur ein größeres Programm, sondern ist auch räumlich vom Dokumentarfilm getrennt worden.

Diesen Platz im Festivalprogramm hatte der Animationsfilm bereits vor zwei Jahren. Alternierend mit Stuttgart versuchen wir, alle zwei Jahre hier in Leipzig einen maximalen Wettbewerb zu organisieren ...

... sicher sehr zur Freude der Animationsfans.

Ja. Es ist unwahrscheinlich, was dort täglich abläuft. Publikum und Jury sind begeistert - und die Abendveranstaltungen sind regelmäßig ausverkauft. Die Kombination von Dokumentar- und Animationsfilmen auf einem Festival hat sich bewährt. Probleme oder Berührungsängste gibt es dabei eigentlich auch nicht. Spannend wird es dann, wenn beide Formen in einem kreativen Prozeß oder Werk zusammenkommen. Es ist sicher eine interessante Aufgabe für später, in einer Reihe nachzufragen und zu schauen, wo es Grenzüberschreitungen gibt.

Welche Filme dieses Jahrgangs liegen Ihnen besonders am Herzen?

Den Film "Demütiges Leben" von Alexandr Sokurow möchte ich dabei besonders erwähnen. Es ist das erste Mal, daß ein brandneuer Film von ihm im Wettbewerb gezeigt werden kann, und das macht mich stolz. Ich hätte Alexandr Sokurow schon gern früher hier in Leipzig gesehen - dieses Jahr war es nun möglich.

Und dann bin ich ein absoluter Apologet des Films von Jan Troell "Ihr erstarrter Traum". Der ist in einer anderen Art und Weise ein fast klassisch reiner Dokumentarfilm, der mit seinen Tugenden an die großen Dokumentaristen der 30er Jahre erinnert. Ob das nun ein "moderner" Dokumentarfilm ist, kann ich nicht sagen, aber ich denke, es ist ein großer Dokumentarfilm.

Interview: Alexander Buchs

Preisgekrönte Filme

Welche Beinamen das Leipziger Festival auch immer bekommen hat, "Mekka des Dokumentarfilms" oder "Schaufenster zur Welt", es war immer ein Forum des Gedankenaustauschs. Zum 40. Jubiläum allerdings wurde weniger über die Filme als über die eigene Geschichte diskutiert. Bereits zur Eröffnung der diesjährigen Dokumentarfilmwoche stand fest, daß dieser Wettbewerbsjahrgang schwer am Jubiläum und am Titel zu tragen haben wird.

Vielleicht ist deshalb die Wahl des Eröffnungsfilms "Große weite Welt" von Andreas Voigt eher als Gruß an die Gastgeber, die Stadt und das Publikum zu verstehen. Im achten Jahr der deutschen Vereinigung zeichnet Voigt ein widersprüchliches Bild von der Befindlichkeit einiger Ostdeutscher, die bereits in seinen früheren Filmen über ihre Hoffnungen und Wünsche sinnierten. Ein eher biederes filmisches Mosaik über Zwänge, zerplatzte Träume und Wertewandel, das dem Betrachter aber doch bedrückend nahe rückt.

Ganz anders hingegen läßt Thomas Heise seinen Protagonisten in "Barluschke" philosophieren. Für die schizophrene Selbstdarstellung eines ständig rauchenden, Rotwein trinkenden und stets belehrenden Ex-Stasi-, Ex-CIA- und Ex-BND-Mannes konnte Heise eine Silberne Taube mit nach Hause nehmen. Nach 94 langen Minuten ist der Spion endlich mit der Legende, die er um sich selbst gebaut hat und mit der er immer noch lebt, fertig und dem Zuschauer genauso nah wie jeder andere beliebige (un)schuldige Staatsdiener oder Parteifunktionär - ein einfach ärgerliches Ereignis.

Mit nur 17 Minuten entschieden kürzer, aber dafür viel intensiver, gelingt Züli Aladag mit "Zoran" in einer Produktion der Kunsthochschule für Medien Köln das Portrait eines jungen deutschen Filmemachers

serbischer Herkunft. Zoran hat den Kopf voller Gedanken und ist alles andere als ein Vertreter der Null-Bock-Generation, ständig in Bewegung und mit behender Kamera verfolgt. Fern von Jugoslawien und dem Krieg auf dem Balkan äußert er sich über seine Empfindungen, setzt sich mit seiner Identität auseinander und zeichnet ein Selbstbild von jugendlich naiver Klarheit und verworrener Komplexität. Für diesen Film erhielt Züli Aladag nicht nur viel Beifall, sondern verdientermaßen auch eine Silberne Taube in der Kategorie Kurzfilm.

Ebenfalls ein Kurzfilm, "Blight - Zerstörung" von John Smith, wurde mit einer Goldenen Taube prämiert. Aus ungewöhnlicher Perspektive verfolgt Smith den Abriß einiger Häuser im Londoner Osten, die einer Verbindungsautobahn weichen müssen. Wie von Geisterhand entfernen sich Träger und Dachbalken von ihrer Konstruktion, bersten Wände und verharren Mauerwerkskelette vor dem endgültigen K.o. Eine poetische, aber zornige filmische Collage von Geräuschen und Musik, Bildern und Erinnerungsstücken läßt den Betrachter teilhaben an persönlichen Emotionen und am Verlust.

In der Kategorie Langmetrage (Filme über 45 Minuten) vergab die Jury eine Goldene Taube ex aequo (zu gleichen Teilen) an "Nicht gesehen" von Miroslav Janek aus der Tschechischen Republik und an die US-Amerikanerin Shelley Silver für "37 Geschichten vom Weggehen". Blinde Kinder sind genauso neugierig wie sehende. Doch wenn blinde Kinder fotografieren, hört die Selbstverständlichkeit auf. In "Nicht gesehen" beobachtet Miroslav Janek mit sensibler Kamera blinde Kinder in ihrem Schulalltag in Prag und bei ihren fotografischen Versuchen. Mit reger Anteilnahme und wachem Geist fachsimpeln die Kinder mit Lehrerin und Kameramann über Objektive, Blitzlicht, Autofocus und eigene Ergebnisse. Miroslav Janek vollzieht mühelos den Schritt vom Mitleid zum selbstverständlichen Miteinander und schafft ein Dokument gegen die Absurdität "sehender Normative". Der Film und seine Helden beeindruckten auch die Leipziger Jugendjury und den Mitteldeutschen Rundfunk, was der Produktion außer weiteren Preisen auch das Versprechen einbrachte, für das MDR-Programm (und somit für die ARD) angekauft zu werden.

In "37 Geschichten vom Weggehen" versucht Shelley Silver, sich drei Generationen japanischer Frauen zu nähern, die über den Konflikt zwischen Mutter und Tochter berichten. Die Schilderungen lassen die Brüchigkeit der traditionellen Frauenrolle erkennen und fördern gleichzeitig auch Erschreckendes zu Tage. Die formale Gestaltung des Themas gewinnt ihre Besonderheit durch die umrahmende Erzählung eines alten japanischen Volksmärchens, in dem eine Mutter ihre Tochter sucht, die am Hochzeitsabend von einem Ungeheuer geraubt wurde.

Nicht mit einer Taube, aber dafür mit dem Preis der IG Medien bedacht wurde Ken Loach für eine Reportage, die er für das Fernsehen produzierte. In "Die Docker von Liverpool" berichtet er über die Geschehnisse des Jahres 1995, in deren Ergebnis 329 Docker und weitere 100 andere Arbeiter entlassen wurden. Ken Loach begleitet den Kampf der Hafenarbeiter um sichere Löhne und Arbeitsbedingungen sowie um gewerkschaftliche Solidarität. Entstanden ist eine informative und ergreifende Reportage über Sozialabbau, Profitgier und Gewerkschaftsklüngel wie auch von der Notwendigkeit internationaler Solidarität - oder, wie es der Untertitel formuliert, ein "Bericht über die heutige Moral".

Die stumme Journalistengilde auf der Abschlußpressekonferenz hätte die allgemeine Gesprächsmüdigkeit dieser Tage kaum besser unterstreichen können. Wenigstens der Applaus des Publikums blieb nicht aus. Doch als qualitativer Gradmesser taugt auch dieser wenig. Die Verleihung einer "Goldenen Taube ehrenhalber" an Santiago Alvarez aus Kuba als Hommage an ein Lebenswerk und als Würdigung von Verdiensten für die Entwicklung des Genres wurde gewissenhaft mit Beifall bedacht, obgleich das mehrheitlich junge Publikum wohl weder die Person noch dessen Filme kannte. Der gleichermaßen geehrte Fernando Birri hingegen konnte sich seiner Popularität gewiß sein - seinem neuen Film "Che: Tod der Utopie?" wird diese wohl versagt bleiben. Sein Puzzle von Statements gegen Vergessen und Selbstgefälligkeit, eingefangen zwischen Berlin und Bolivien, bleibt irgendwo zwischen Verklärung und Ratlosigkeit unvollendet.

Eine Utopie wurde aber doch noch klar zum Ausdruck gebracht - eine Gruppe von Dokumentarfilmenthusiasten forderte mit der zeitweisen Besetzung des stillgelegten ehemaligen Festivalkinos Casino dessen Wiedereröffnung und protestierte gegen den miserablen Zustand der Kinolandschaft und gegen Immobilienspekulationen. Mit einem Stapel Filmrollen und einem unverwüstlichen russischen Projektor belebten sie für wenige Stunden den Saal, in dem vor Jahren noch heftig über Filme debattiert und über Ansichten gestritten wurde. Ein Rebellenstück, das den "Leipziger Mythos" an "historischer" Spielstätte beschwor.

Alexander Buchs, Maria Pins

Die Retrospektive

Dem Leipziger Mythos versuchte man auch mit der diesjährigen Retrospektive, in der preisgekrönte Filme aus vier Jahrzehnten zu sehen waren, näherzukommen. Bedeutete dies für die Älteren vor allem ein "Wiedersehen", so bot sich dem jüngeren Publikum damit die Möglichkeit, dem Mythos in den Vorführungen nachzuspüren. Von den fast 500 seit der ersten Leipziger Kultur- und Dokumentarfilmwoche 1955 ausgezeichneten Filmen wurden 43 Dokumentar- und Animationsfilme ausgewählt.

Legendäre Namen, eine brisante Thematik oder ein besonderes Ereignis waren wichtige Kriterien bei der Auswahl, die aber auch von organisatorischen und finanziellen Zwängen mitbestimmt wurde. Neben ehemaligen Preisträgern kamen in Sonderveranstaltungen der Retrospektive aber auch unprämierte Filme, die in Leipzig heftige Diskussionen ausgelöst hatten, zur Aufführung.

Berühmte Filme von Ivens, Marker, Rotha, Böttcher, Alvarez und vielen anderen waren zu sehen, aber auch Filme, bei denen man sich fragte, warum diese Filme prämiert worden sind. Auf eine wünschenswerte Einführung in die zeitliche und gesellschaftliche Bedeutung der Filme wurde leider verzichtet. Somit blieben dem Publikum interessante Aspekte der Festivalgeschichte verborgen.

"Der gewöhnliche Faschismus" von Michail Romm, der 1965 in Leipzig uraufgeführt wurde und den Sonderpreis der Internationalen Jury erhielt, wurde zum Beispiel gezielt nach Leipzig geholt, weil man befürchtete, daß er in Moskau im Keller verschwinden würde. Der Film ermöglichte Parallelen zwischen dem Faschismus und der Entwicklung in der Sowjetunion ziehen zu können. Durch die Uraufführung und die internationale Anerkennung hoffte man, daß es niemand wagen würde, diesen Film einfach verschwinden zu lassen.

In "Winter ade" demontiert Helke Misselwitz mit sehr privaten Interviews und Bildern den Mythos von der Gleichberechtigung der Frau und der glücklichen Familie im Arbeiter- und Bauernstaat DDR. Die enorme Resonanz des sehenswerten Filmes erklärt sich die Regisseurin auch durch die Geschehnisse im Vorfeld des Festivals. Die sowjetischen Filme von Glasnost und Perestroika wurden regelrecht ausgeladen, der Spielfilm "Die Reue" und die Zeitschrift "Sputnik" wurden in der DDR verboten, als konterrevolutionär und parteifeindlich eingestuft. Trotz massiver Anfeindungen durch Funktionäre wurden die Frauenportraits von Helke Misselwitz, die so gar nicht mit dem offiziellen DDR-Bild harmonieren wollten, mit der Silbernen Taube 1988 geehrt und kamen im folgenden Februar in die Kinos.

Die Organisatoren der Retrospektive hatten nicht den Anspruch, die vierzigjährige Geschichte des Festivals aufzuarbeiten und die preisgekrönten Filme nochmals zu bewerten. Als Anregung zu weiteren Diskussionen war das Programm gedacht und nicht zur Schaffung eines neuen Mythos.

Maria Pins, Alexander Buchs

Das Symposium

Auf dem zweitägigen Symposium wollte man sich an die ästhetische und politische Entwicklung des Leipziger Dokumentarfilmfestivals in den zurückliegenden vier Jahrzehnten erinnern. Es sollte ein Erinnern sein, das weder in Ressentiments noch in Nostalgie verfällt. Der Wahrheit - den Wahrheiten - ein Stück näherzukommen durch Zusammensetzen verschiedener Sequenzen und Momentaufnahmen - dies war das Ziel. Persönliche Wahrnehmungen und Analysen von Quellentexten bildeten die Elemente dieser Erinnerungsarbeit.

In Anlehnung an das langjährige Motto "Filme der Welt für den Frieden der Welt" widmeten sich die ReferentInnen dem janusköpfigen Antlitz der Dokwoche. In ihren Beiträgen thematisierten sie die Funktionalisierung und Instrumentalisierung des Festivals durch das ZK der SED für deren außenpolitische Selbstdarstellung, die Restriktionen wie auch die Möglichkeiten des Leipziger Festivals als Begegnungsort und Spielraum.

Erinnert wurde beispielsweise an die Absage der sogenannten Underground-Filme aus den USA und an die Auseinandersetzungen um die französischen Filme des cinéma vérité, denen 1966 die Retrospektive gewidmet war und die kurz vor der Eröffnung abgesagt werden sollte. Wäre dies passiert, wäre auch das Motto "Filme der Welt ..." ad absurdum geführt worden. Erinnert wurde auch an die "Nichtauswahl" der polnischen

"Schwarzen Serie" (1956/57) sowie der tschechischen Filme, die den Prager Frühling vorausahnen ließen, aber auch an die "Koffer-Filme", die ohne Stempel und Papiere den Weg in die Vorführungen fanden.

Über die Verflachung des Programms und seine fehlende ästhetische Innovativität wurde referiert, besonders im Zusammenhang mit den Auswirkungen des 11. Plenums. Aber des Leipziger Festivals wurde auch gedacht als Stätte der Begegnungen zwischen Ost und West und als einem Ort linker Utopien und Illusionen. Vergessen wurden auch nicht die Solidaritätsbekundungen mit Vietnam, Chile und Kuba. Geschildert wurden ebenso die Schwierigkeiten und Möglichkeiten nach 1989, die organisatorischen und inhaltlichen Veränderungen, die Suche nach neuen Wegen und die Angst um Verlust von Tradition und Identität.

Zwei Tage des Nachdenkens, voll Geschichte und Geschichten, an denen Interessantes und Anekdotenhaftes zur erfahren war. Der Dialog von Innen- und Außenansichten, von Ost-Beteiligten und West-Beobachtern in einer Veranstaltung des Erinnerns gegen das Vergessen kreiste um Legenden wie auch um den Zwiespalt zwischen Politik und Ästhetik.

M.P.

33. Deutsche bei Titos Partisanen

Autor: Gerd Bedszent · Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:02

Dieses Buch schließt eine historische Lücke. Wurde der bewaffnete Kampf deutscher Antifaschisten an der Seite der Anti-Hitler-Armeen in der Bundesrepublik Deutschland oftmals als "Landesverrat" verleumdet oder zumindest totgeschwiegen, so erfolgte eine entsprechende Würdigung in der DDR in höchst unterschiedlichem Maße. Wer in der "falschen" Armee mitgekämpft hatte, konnte später von Glück reden, wenn gnädig darüber hinweggesehen wurde. Titos Bruch mit Stalin erwies sich für viele (nicht nur deutsche) Internationalisten, die in den Reihen der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee gestanden hatten, später als verhängnisvoll.

Zwei ehemalige DDR-Bürger - ein Historiker und ein Ex-Diplomat - unternehmen jetzt den Versuch, diese historische Lücke zu schließen. Das ist um so wichtiger, als der geschilderte Kampf deutscher Antifaschisten untrennbar verbunden ist mit dem Kampf um die Entstehung der Sozialistischen Förderation Jugoslawien - eines Staates, der sich in den letzten Jahren in einem blutigen Bürgerkrieg praktisch aufgelöst hat. Dieses Buch ist also in doppelter Hinsicht ein Beitrag wider das Vergessen.

Die Autoren haben gründlich recherchiert. Sie zitieren Erinnerungen ehemaliger deutscher Internationalisten sowie jugoslawischer Kämpfer der Partisanenarmee und lassen ehemalige Angehörige der Naziarmeen, die auf der Gegenseite kämpften, zu Wort kommen. Unzählige zeitgenössische Quellen sind in diesem Buch - z.T. faksimiliert - wiedergegeben: Flugblätter des Widerstandes, Aktenauszüge der Kriegsgerichte, Fernschreiben der SS und Befehle von Partisanenstäben. Außerdem Plakatanschläge mit Hinrichtungsankündigungen, die Bilder von Ermordeten und ihrer Mörder.

Die Aussagen der wenigen überlebenden deutschen Internationalisten sind in eine sehr detaillierte Schilderung des jugoslawischen Befreiungskrieges - vom Überfall der Hitlertruppen bis zum endgültigen Sieg der Partisanenarmee und der verbündeten sowjetischen Truppen - eingestreut. Geschildert werden unzählige Kriegsverbrechen von Wehrmacht, SS und deren einheimischen Helfern. Und es wird kein Zweifel daran gelassen, daß die überwältigende Mehrzahl der Besatzungssoldaten bis zuletzt "Hitlers willige Vollstrecker" geblieben sind. Es war nur eine winzige Minderheit, die sich den barbarischen Befehlen ihrer Vorgesetzten verweigerte, und es waren noch weniger, die mit der Waffe in der Hand auf die andere Seite übertraten.

Gewürdigt wird vor allem der Mut der Wenigen, die diesen Schritt unternahmen. Zahlreich sind die Fälle, wo deutsche Soldaten wegen Befehlsverweigerung, Sabotage oder versuchter Desertion hingerichtet wurden. Und es werden Beispiele genannt, wo die Überläufer auf der anderen Seite der Tod erwartete. Tschetniks und nationalistisch eingestellte Partisanengruppen pflegten mit deutschen Deserteuren kurzen Prozeß zu machen. So war es ein größeres Risiko, einen Schlußstrich zu ziehen, als im verhaßten Waffenrock weiterzumachen.

Einige hundert deutsche Internationalisten standen in Titos Partisanenarmee. Die genaue Zahl wird sich wohl nie ermitteln lassen - die meisten fielen, ohne daß ihr Name bekannt wurde. Darunter waren Emigranten, die es aus verschiedenen Gründen nach Jugoslawien verschlagen hatte, Angehörige der deutschen Minderheit in Jugoslawien und oftmals Deserteure aus der SS-Division "Prinz Eugen". Die meisten waren aber direkt aus der Wehrmacht, bzw. der Strafdivision 999, zu den Partisanentruppen übergelaufen. Ihre Zahl war immerhin so hoch, daß im März 1943 vom Stab der Partisanenarmee eine Kompanie "Ernst Thälmann" gebildet wurde, die ausschließlich aus deutschen Überläufern bestand. Seite an Seite kämpften sie mit jugoslawischen Partisaneneinheiten, mit der italienischen "Garibaldi-Division", der tschechischen "Jan Zizka-Brigade", dem ungarischen "Sandor Petöfi-Bataillon" und anderen internationalistischen Einheiten. Von den "Telmanovci" haben nur wenige überlebt - die meisten ruhen in einem Massengrab bei Mikleus, wo im November 1943 Panzereinheiten der Wehrmacht die Stellungen der Partisanen niederwalzten.

Leider gibt es (meines Wissens) kein vergleichbares Werk über den Kampf deutscher Internationalisten an der Seite der ELAS-Partisanen in Griechenland. Dort ging Ende 1944 der Befreiungskrieg der kommunistisch geführten ELAS unmittelbar in einen Bürgerkrieg über, in dem sich die gelandeten britischen Truppen auf die Seite der königlich-griechischen Armee stellten. Nachdem ein Befehl des britischen Stabes bekannt wurde, gefangene deutsche Partisanen sofort zu erschießen, wurden diese aus den Reihen der ELAS ausgegliedert und marschierten nach Norden, um an der Seite von Titos Partisanen weiter gegen den Faschismus zu

kämpfen. Der in diesem Buch enthaltenen Schilderung dieser letzten Kämpfe konnte leider nur eine kurze Zusammenfassung der Ereignisse in Griechenland vorangestellt werden.

Das Buch liefert zahlreiche Fakten zur Geschichte Jugoslawiens unter der deutschen Besatzung. Titos kommunistische Partisanenarmee war in dieser Zeit die einzige politische und militärische Kraft, die für einen gesamtjugoslawischen Staat und für ein friedliches Miteinander der Balkanvölker eintrat. Auf der Gegenseite standen nicht nur deutsche, italienische, ungarische und bulgarische Besatzer, sondern auch die serbisch-profaschistischen Nedic-Truppen, kroatische Ustaschi, muslimische SS-Einheiten und königlich-serbische Tschetniks. Der Befreiungskrieg, aus dem Titos Partisanen siegreich hervorgingen, war gleichzeitig ein Bürgerkrieg. Nicht verwunderlich ist es daher, daß nach dem politischen und ökonomischen Scheitern des titoistischen Sozialismusmodells die einstmals Geschlagenen aus ihren Ritzen hervorgekrochen kamen. Den alten und neuen Geschichtslügen setzt dieses Buch ein Stück Wahrheit entgegen.

Gerd Bedszent

Heinz Kühnrich, Franz-Karl Hinze: "Deutsche bei Titos Partisanen 1941-1945, Kriegsschicksale auf dem Balkan in Augenzeugenberichten und Dokumenten", GNN Verlag 1997, 274 Seiten, DM 24,80.

34. Fin de Siècle oder Frank Deppes Hoffnung auf einen neuen Sozialismus

Autor: Werner Ruhoff · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:16

Am Ende eines Jahrhunderts wird bilanziert, obwohl historische Zäsuren sich nicht an Kalenderdaten halten. Der Professor für Politikwissenschaften an der Uni Marburg, Frank Deppe, versucht, den Charakter der historischen Epoche zu ergründen, der in der Krise und im Zusammenbruch des Sozialismus, in der Beendigung des Kalten Krieges und der Veränderung des übrig gebliebenen Kapitalismus in Erscheinung tritt. Dabei betont er die Notwendigkeit der Rekonstruktion der kritischen Theorie und eine Revitalisierung der Kapitalismuskritik.

Am Verhältnis von Ökonomie und Demokratie macht er den entscheidenden Ansatzpunkt aus, an dem die kritische Theorie notwendigerweise im Rekurs auf Marx ansetzen müsse. Die Linke müsse für die "Re-Regulation" des Verhältnisses von Markt und Staat kämpfen (S.143). Für die Deregulierung macht Frank Deppe den Neoliberalismus verantwortlich, den es zu bekämpfen gilt, um die verselbständigte Kapitalregulation wieder einzufangen. Dies sei die zentrale Aufgabe am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts (S.132).

Die Frage, ob der Nationalstaat im Globalisierungsprozeß verlorenes Terrain zurückerobern muß, beantwortet Frank Deppe mit einem Ja, das er an die Demokratisierung staatlicher Institutionen und die Erweiterung gesellschaftlicher Handlungsmöglichkeiten knüpft. Dies steht freilich im Widerspruch zu der Feststellung, daß sich die Voraussetzungen für den institutionalisierten, nationalen Klassenkompromiß als Folge der Transnationalisierung der Ökonomie und der Schwächung der nationalstaatlichen Souveränität aufgelöst haben (S.176).

Auch die Niederlagen der Linken macht der Autor nicht am Neoliberalismus fest. Er deutet sie vielmehr als Reflexe gesellschaftlicher "Modernisierungsprozesse", in deren Resultat die Verankerung der sozialistischen Arbeiterbewegung in der Gesellschaft sich selbst zunehmend auflöst und erodiert (S.161). Die Kapitel des Buches, die auf verschiedenen Vorträgen und Aufsätzen für die Zeitschrift "Sozialismus" beruhen, geben keinen Hinweis auf eine kritische Verarbeitung der marxistischen Theorie selbst. Der Autor verharrt in einem Optimismus über die weltweite Zunahme sozialer Auseinandersetzungen als Hinweis auf die Wahrscheinlichkeit der Entstehung einer künftigen sozialistischen Bewegung. Als Beleg zitiert der Autor am Schluß seines Buches den schwedischen Soziologen Göran Therborn, der im Spannungsfeld der globalen Probleme und bei gleichzeitiger Vernetzung der internationalen Kommunikationsnetzwerke neue AnhängerInnen für die fundamentalen Werte von "Gleichheit und Solidarität" entdeckt (S.193).

Die Texte sind insgesamt mit vielen Hinweisen und Zitaten anderer Autoren gespickt, die den Feststellungen und Mutmaßungen des Autors Nachdruck verleihen sollen. Tiefergehende Analysen enthalten die Kapitel kaum. Zudem beschränkt sich Deppe nach wie vor auf das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital. Die Fragen von Krieg und Frieden, Ökologie, Rassismus und Sexismus werden in ihren komplexen Zusammenhängen mit den verschiedenen gesellschaftlichen Fraktionierungen nicht behandelt. Die alten Klassengrenzen der Lohnarbeiter und der Bourgeosie sind längst in jenem historischen Kompromiß aufgehoben, der jeden Anspruch von "außen" mit einem kulturellen und politischen Abwehrkampf pariert. Je mehr dieser Kompromiß durch die Erosion der traditionellen Erwerbsarbeit ökonomisch untergraben wird, desto mehr klammern sich die LohnarbeiterInnen an die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze gegen andere MitkonkurrentInnen. Sind die aktuellen Streiks also ein Indiz für eine neue fortschrittliche Sozialbewegung?

Ich fürchte eher nein, so lange die Lohnabhängigen mit billigen Arbeitsplatzargumenten erpreßbar bleiben. Auch Deppe zitiert ziemlich zum Schluß die Feststellung Rifkins, daß in Zukunft die meiste Arbeit von Maschinen statt von Menschen erledigt wird (S.182). Wäre es da nicht an der Zeit, eine Diskussion vom Zaun zu brechen, die sich nicht am Begriff der Vollbeschäftigung (Erwerbsarbeit) abarbeitet, sondern der Frage nachgeht, wieviel Arbeit (nicht nur und nicht in erster Linie Erwerbsarbeit) die menschliche Gesellschaft braucht und wie sie diese aufteilt, damit alle ein gutes Leben führen können?

Werner Ruhoff

Frank Deppe: Fin de Siècle. Am Übergang ins 21. Jahrhundert, Köln (PapyRossa) 1997, 28 DM.

35. Kapitalismus in kollektiven Strukturen. Kai Ehlers antwortet seinem Rezensenten

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:04

In ak 407 veröffentlichten wir eine kritische Rezension des Buches "Herausforderung Rußland". Hier ist die Antwort des Buchautors Kai Ehlers:

Liebe ak-Redaktion,

lieber Kt.,

zunächst möchte ich mich bei Euch bedanken für die zwei schönen Seiten, die Ihr in ak 407 zu Rußland und zu meinem neuen Buch gemacht habt. Beides zusammen gibt ja doch ein gutes Bild von dem, was gegenwärtig in Rußland geschieht.

Besonders Dir, Kt., danke ich, daß Du Dir die Mühe gemacht hast, ein Buch zu lesen, daß Dir - wie es scheint - so gar nicht angenehm war. Die Argumentation Deiner Kritik allerdings reizt mich, Dir unmittelbar zu antworten.

Du begründest Dein Erstaunen darüber, daß jemandem überhaupt so ein Titel wie: "Vom Zwangskollektiv zur selbstbestimmten Gemeinschaft?" für ein Buch über Rußland einfallen konnte, damit, daß dieses Land noch reichlich Unterstützung von außen brauchen werde, um innerhalb der nächsten zwanzig Jahre wenigstens annähernd so etwas wie Kapitalismus und "bürgerlich-demokratische" Verhältnisse herzustellen. Nach dieser Vorgabe pflückst Du die, wie sie Dir offenbar scheinen, illusionären Vorstellungen auseinander, die ich Deiner Ansicht nach mit dem "Zauberwort" Obschtschina verbinde.

Die Einschätzung der Weltlage, die aus Deiner einleitenden Anmerkung ",Herausforderung Rußland?` Nun ja" hervorschimmert, kann ich Dir nicht ausreden, ja nicht einmal verübeln. Vieles steht schlecht heute, und es gibt genug Grund, pessimistisch zu sein. Deine Argumentation bez. meines Buches aber finde ich schade, denn sie verbaut die Auseinandersetzung um die entscheidende Frage, die in diesem Buch vor jeder Erwähnung der Obschtschina ausführlich und mit vielen Fakten behandelt wird. Ich meine die Tatsache, daß es in Rußland nicht nur 20 Jahre dauern wird, bis ein Kapitalismus entsteht, wie wir ihn aus Westeuropa kennen, sondern daß es einen solchen Kapitalismus dort nicht geben wird. Der Kapitalismus, der in Rußland heute entsteht, wird vielmehr korporativistische Züge tragen, und der freie Markt wird nicht frei, sondern in kollektiven Strukturen organisiert sein. Beziehungen innerhalb dieser kollektiven Strukturen sind zu großen Teilen nicht über Geld, sondern über direkten Natural- oder Dienstleistungstausch organisiert. Dies alles in Bausch und Bogen als Mafia, also als kriminell, oder als unterentwickelt oder beides zusammen abzutun, geht am Kern der Sache vorbei. Die heutige Realität ist Ausdruck der Geschichte des Landes. Ihre Kennzeichnung als korporative Strukturen ist letztlich nur ein anderes Wort für "Obschtschinost".

Erst vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum ich mich in dem Buch so eingehend mit der Geschichte der russischen Gemeinschaftsstrukturen und auch den Versuchen ihrer gegenwärtigen Transformation im Zuge der Privatisierung befasse. Diese Bestandsaufnahme, meine ich, kann man nicht einfach beiseite lassen, wenn man sich mit der heutigen Entwicklung im Bereich der ehemaligen Sowjetunion befaßt. Es wäre, meine ich, eine Erwähnung in Deiner Besprechung wert gewesen, zumal schon der zweite Untertitel: "Eine Bilanz der Privatisierung" darauf verweist.

Wohin diese Obschtschinost sich heute entwickelt, ist selbstverständlich eine offene Frage. Diese aus der Geschichte weit vor dem Sowjetsozialismus begründete, kollektive Verfaßtheit der russischen Gesellschaft jedoch mit der Nachkriegssituation in Deutschland 1945 gleichzusetzen, ist noch weniger hilfreich.

Die deutsche Wirtschaft lag am Boden zerstört, ja, das ist vergleichbar. Selbsthilfe war angesagt, das ist ebenfalls vergleichbar. Aber da hören die Vergleichbarkeiten bereits auf: Deutschland war ein Land, in dem die Voraussetzungen für die Entwicklung von Kapitalismus Wurzeln haben, die mehr als 500 Jahren zurückreichen. Die Marshallhilfe konnte Hilfe zum Wiederaufbau zerstörter, aber im Grunde vorhandener Strukturen leisten. In Rußland ist alles ganz anders. Rußland hat vor der Revolution von 1917 nicht nur keine, bzw. nur ansatzweise kapitalistischen Strukturen, die Revolution von 1917 hat auch noch die Ansätze beiseite

gefegt. Ergebnis: ein industrialisiertes Land ohne kapitalistischen Geld-Ware-Geld-Kreislauf. Wer glaubte, daß mit dem Ende des sowjetischen Modells der Kapitalismus westlicher Prägung in dem ehemaligen sowjetischen Raum einziehen würde, sieht sich getäuscht. Eben das geschieht nicht. Und da wird auch Gewalt nicht helfen. Die Verantwortlichen in Moskau und ihre Berater beim IWF, bei der Weltbank etc. haben das schon lange begriffen, spätestens nach dem Krieg in Tschetschenien. Jetzt versuchen sie den Weg der korporativen Übereinkunft.

Rußland ist eben auch kein Südamerika, Indien oder Afrika. So wenig es ein kapitalistisches Land ist, so wenig ist es ein sog. Entwicklungsland. Die Kapitalisierungsstrategien des IWF, der Weltbank etc., an diesen Ländern praktiziert, sind in Rußland rundherum gescheitert. Rußland geht seinen eigenen Weg.

Und weiter zu dem Vergleich Deutschland - Rußland, den Du in Deiner Kritik anstellst, Kt.: Wenn in Deutschland bzw. im westeuropäischen Raum die Bauerngemeinde bereits mit der Entstehung der "römischen Reiche deutscher Nation" zunächst von den feudalen, dann von sich daraus absetzenden bürgerlichen Strukturen der Städte aufgelöst wurden, so lief der Prozeß in Rußland vollkommen anders. Dort wurde die Bauerngemeinde nicht aufgelöst, sie wurde auch nicht nur als Überbleibsel konserviert, sie bildete sich vielmehr zur herrschenden gesellschaftlichen Organisationsform heraus, die ihre besonderen sozialpsychologischen Mechanismen entwickelte. Die wirken bis heute. Das ist eine der deutschen Entwicklung entgegengesetzte Realität. Da ist jede Analogie fehl am Platze. Und eben das arbeite ich in meinem Buch heraus, denn nur so sind die russischen Prozesse zu verstehen - ohne in Resignation und Angst gegenüber den unverständlichen Entwicklungen im heutigen Rußland zu verfallen. Auch dies, meine ich, muß man herausstellen, gerade weil diese falsche Analogie immer wieder benutzt wird.

Schließlich noch, lieber Kt., zu einem Schlenker, der mich bei Deiner ansonsten sehr freundlich und sachlich gehaltenen Besprechung doch sehr gewundert hat: Deine Vermutung, ich hätte im Laufe der Jahre bei meinen Gesprächen in Rußland nur "wenige, ganz normale Partner" gehabt. Mit geringer Mühe hättest Du in dem Buch selbst, noch mehr aber bei einem Blick in die schon in den Jahren davor von mir veröffentlichten Bücher und anderen von mir angegebenen eigenen Quellen, erkennen können, daß ich im Gegensatz zu vielen anderen Sowjetologen, Theoretikern oder auch Korrespondenten überwiegend mit "normalen" Partnern gesprochen habe. Das ist in der Branche gewissermaßen sogar mein "Markenzeichen". Sind Gespräche in Sowchosen, in Fabriken, in Schulen, mit Frauen und Frauengruppen, Kindern, Jugendlichen, mit rechten und mit linken Oppositionellen, mit ethnischen Minderheiten, mit Wissenschaftlern aller Couleur etc.pp., die auch Berater und Vertreter der Moskauer wie regionaler Parteien und Bürokratie miteinschließen, denn keine Gespräche mit "normalen Partnern"? Und dies alles nicht nur in Moskau und St. Petersburg, sondern weit und oft über die Zentren hinaus? Zudem war ich nicht Wochen, sondern über Jahre hinaus immer wieder Monate, ja, mehrmals ganze viertel und halbe Jahre im Land und habe dort auch viel Alltag erlebt. Was, lieber Kt., wären denn Deiner Meinung nach "normale Partner", wenn diese Menschen es nicht waren?

Jetzt, beispielsweise bin ich wieder gerade von einem dreimonatigen Aufenthalt in Rußland zurück, wo ich mehrere Wochen in den autonomen Republiken an der Wolga, dann in Sibirien verbracht habe. Diese drei Monate bestätigen mir noch mehr als schon zuvor, daß Rußland keinen Kapitalismus westlichen Typs entwickeln wird. Rußland entwickelt ein System korporativer Vermittlungswirtschaft. Mit Kapitalismus bisherigen Typs hat das, wie Boris Kagarlitzki es in dem im ak abgedruckten Gespräch zwischen uns richtig benennt, nur die Fassade gemeinsam; die hat es gemeinsam - aber auch nicht mehr.

Mit lieben Grüßen

Kai Ehlers

Das Buch von Kai Ehlers heißt "Herausforderung Rußland. Vom Zwangskollektiv zur selbstbestimmten Gemeinschaft? Eine Bilanz der Privatisierung" (Schmetterling Verlag, Stuttgart). Es hat 245 Seiten und kostet 29,80 DM. Der Autor macht zum Thema des Buches auch Veranstaltungen (gegen Honorar) unter dem Motto: "Ende der Sowjetunion - Ende des Sozialstaats?". Außerdem ist er für das Thema "Nomadentum und Industrialismus - die andere Modernisierung" (Vorträge und Video) ansprechbar.

36. Gnadenlos gegen die deutsche Linke. Ein Buch zur Goldhagen-Rezeption

Autor: Werner Rätz · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:23

Daniel Jonah Goldhagens Buch "Hitlers willige Vollstrecker" hat eine Flut von Reaktionen und Veröffentlichungen hervorgerufen. Diese zeichnen sich vielfach durch mehr oder weniger weitgehende und wütende Ablehnung von Goldhagens Aussagen aus. In der deutschen Linken wird die Studie meist zwar akzeptiert, in einzelnen, oft zentralen Punkten aber kritisiert. Da war es naheliegend, daß sich AutorInnen aus der antinationalen Strömung mit einer eigenen Publikation auf die linken Meinungsäußerungen beziehen würden. Zwei Frauen und sechs Männer, die "vor 1989 in diversen linken Organisationen (DKP, KB, SHB, Ökosozialisten bei den Grünen) oder autonomen Zusammenhängen engagiert" waren (S.10), haben bei Elefanten Press ein Buch über "Goldhagen und die deutsche Linke" veröffentlicht, das den programmatischen Untertitel "Die Gegenwart des Holocaust trägt".

Die in den letzten zehn Jahren möglich gewordene öffentliche Rede über den Holocaust hatte nicht zuletzt den - oft ausdrücklich oder indirekt auch gewollten - Effekt, das beispiellose Verbrechen der Deutschen an den Juden zu relativieren, zu historisieren, letztlich zu entsorgen. Wer wahrgenommen hat, wie gerade Goldhagens unbestreitbare Zentralaussage "No Germans, no Holocaust" heftigst zurückgewiesen wurde, der/dem mußte schwanen, daß die mentalen Voraussetzungen für den Holocaust auch noch in der Gegenwart virulent sind.

Wer nun aber von dem vorliegenden Buch erwartet, daß es einen Beitrag dazu leistet, wie mit dieser Gegenwart im Alltag, in der politischen und privaten Praxis umzugehen sei, sei gewarnt: Die AutorInnen betonen entschieden ihre "grundsätzliche Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen, in welcher die Kritik an den deutschen Massen und den sich auf sie positiv beziehenden Linken ausdrücklich enthalten ist" (S.10). Diese radikale Absage an jede auf Breitenwirkung zielende Politik ist ernst gemeint. Das Buch kann nicht gelesen werden, um einen irgendwie gearteten praktisch-politischen Nutzen daraus zu ziehen. Es kann aber der persönlichen "Gewissenserforschung" dienen, dem Nachspüren nach der eigenen Verstricktheit in die antisemitischen und rassistisch-nationalistischen Konsense dieser Gesellschaft, dem Auffinden der eigenen Ängste und Tabus.

Aber dazu gehört die Bereitschaft, sich durch die gnadenlose Anmache der AutorInnen gegen die gesamte deutsche Linke nicht irritieren zu lassen. Sie verzichten auf jegliche Differenzierung, lesen jeden Text immer nur in der negativst möglichen Weise, verzerren oft bis zur Unkenntlichkeit, damit es in ihr Bild paßt, und kommen so zu dem Urteil, daß "die Ablehnung der Thesen Goldhagens durch die übergroße Mehrheit der deutschen Linken evident" (S.98) sei. Daß in dieses Verdikt auch Kt.s Beitrag aus ak 392 einbezogen wird, mag mit persönlichen Animositäten aus gemeinsamer KB-Zeit erklärbar sein. Aber auch Autoren wie Emil Carlebach ("Altkommunist") oder Hannes Heer ("Ex-Funktionär der maoistischen KPD" - in der er noch nicht einmal Mitglied war!) werden völlig niedergemacht, Heer und die von ihm geleitete Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht geradezu als Vorreiter einer historisierenden Entsorgung des Holocaust angeklagt.

Wer es schafft, die Selbstgerechtigkeit der AutorInnen von "Goldhagen und die deutsche Linke" zu übersehen, findet allerdings in dem Buch reiches Material. Das beginnt bei zum Teil fast beiläufig erwähnten "Kleinigkeiten" wie der Bemerkung von Günter Anders, daß es die Kollektivschuldthese in ihrer zugespitzten Form (ausnahmslos alle waren schuldig) nur in den Köpfen ihrer Gegner gab. Und es geht weiter bis zu existentiellen Infragestellungen des eigenen Verhaltens: "Goldhagen zeigt aber unabhängig von seinem idealistischen Kategoriensystem auf, daß die Deutschen sich selbst unter den Bedingungen des Nationalsozialismus entscheiden konnten. Diese Erkenntnis hat Auswirkungen auf das Verständnis von Verantwortung und Schuld. Gerade in Deutschland ist die Tendenz verankert, die individuelle Verantwortung zu leugnen, wozu auch die materialistische Theorie mißbraucht werden kann. Die gesellschaftlichen Kräfte, die auf die Individuen einwirken, können den Rassismus oder Antisemitismus der Einzelnen erklären, nicht aber entschuldigen. Solange es andere Angebote gibt (schon die Existenz dieses Buches ist ein Angebot), ist jede und jeder dafür verantwortlich, welchen Umgang mit den deutschen Verhältnissen sie oder er wählt." (S.93)

Auch die kurze Zusammenfassung von Moishe Postones Antisemitismustheorie, die auf dem Fetisch-Begriff von Marx' "Kapital" aufbaut, ist sicher eine nützliche Erinnerung und ein Anreiz, das Original (wieder) zu lesen. Von herausragender Bedeutung aber scheinen mir die beiden Erklärungsansätze zu der Frage zu sein, warum Goldhagen (auch von Linken) abgewehrt wird. Wer kann schon die persönliche "Verstrickung mit dem Hause des Henkers" leugnen? Und wer würde nicht erschrecken bei Klaus Manns Charakterisierung der ExilantInnen des "anderen Deutschland" in den USA von 1943: "Diese Patrioten im Exil werden sehr ungehalten und schlechtgelaunt, wenn jemand die Taktlosigkeit begeht anzudeuten, das deutsche Volk könnte in gewissem Grade für die ungeheuerlichen Gewalttaten verantwortlich sein, die die Deutschen verübt haben... Sie glauben allen Ernstes, daß Millionen von Deutschen sich unablässig wie die Vandalen benehmen, nur weil Hitler sie dazu 'zwingt'... Auch wenn die Kommunisten und Sozialdemokraten, die Katholiken, Liberalen und Konservativen in fast allen wesentlichen Fragen uneinig sind, so gibt es mindestens zwei Punkte, in denen sie sich fast ausnahmslos einig sind: daß die Nazis böse sind und die Deutschen gut." (S.115)

Es bleibt Goldhagen zuzustimmen, wenn er betont, daß die Deutschen Juden neben anderen möglichen Motiven vor allem deshalb umbrachten, weil sie es wollten. Und es bleibt den AutorInnen zuzustimmen, daß "ohne diese Erkenntnis in Zukunft trotz aller Abwehrgefechte keine ernst zu nehmende Erklärung des Holocaust mehr entwickelt werden" kann (S.88).

Werner Rätz

Matthias Küntzel, Klaus Thörner und andere: Goldhagen und die deutsche Linke oder Die Gegenwart des Holocaust, Berlin (Elefanten Press) 1997, 192 Seiten

37. Klarstellung zu den Kritiken an "Gollwitz und die Heuchler" in ak 407

Autor: ak-Redaktion · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:47

Mit dem Aufmacher von ak 407 ("Gollwitz und die Heuchler") haben wir wie erwartet in ein Wespennest gestochen. Heftiger Widerspruch und Kritik kam von Vertretern der Antideutschen/Antinationalen und wurde in der jungle World artikuliert: "Zeitungen wie die junge Welt und der Hamburger ak entschuldigen den Haß der Dörfler auf die jüdischen Flüchtlinge mit dem Argument, in dem Kaff gebe es kein Jugendzentrum und überhaupt würden Rassismus und Antisemitismus in Bonn gemacht. Die eigentlichen Opfer seinen also nicht die Juden, sondern die Dorfbewohner selbst - bedroht von den ‚Pressegeiern über Gollwitz` (jw). Dieser Mechanismus ‚deutscher Viktimologie` (Bodemann) ist zugleich Bekenntnis und Angriff. Bekenntnis zur Nation und zum nationalen Kollektiv, Angriff auf alle, die es wagen, das nationale Kollektiv zu kritisieren." (6.11., S. 16) Aus dem Kreis unserer ak-AutorInnen erreichten uns drei Diskussionsbeiträge zu dem genannten Artikel. Da sich die Kritik teilweise direkt gegen den unterzeichnenden Kt. richtet, möchten wir ausdrücklich darauf hinweisen, daß die Aufmacher auf der Titelseite von der ak-Redaktion diskutiert und verantwortet werden. Kritik daran kann sich daher nicht allein gegen den/die jeweiligeN VerfasserIn richten. Anders sieht es mit namentlich oder mit Kürzeln unterzeichneten Artikeln im Blattinneren aus. Sie werden zwar auch von der Redaktion verantwortet, stimmen aber nicht immer mit unseren Positionen überein.

ak-Redaktion

38. Idylle und Zwangskollektiv. Eine Erwiderung auf den Artikel "Gollwitz und die Heuchler" aus ak 407

Autor: Thomas v. der Osten-Sacken · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:42

Die Antisemiten sind dabei, ihr negatives Absolutes aus eigener Macht zu verwirklichen, sie verwandeln die Welt in die Hölle, als welche sie sie schon immer sahen. Die Umwendung hängt davon ab, ob die Beherrschten im Angesicht des absoluten Wahnsinns ihrer selbst mächtig werden und ihm Einhalt gebieten. In der Befreiung des Gedankens von der Herrschaft, in der Abschaffung der Gewalt, könnte sich erst die Idee verwirklichen, die bislang unwahr blieb, daß der Jude ein Mensch sei. Es wäre der Schritt aus der antisemitischen Gesellschaft, die den Juden wie die anderen in die Krankheit treibt, zur menschlichen. (Adorno/Horkheimer; Dialektik der Aufklärung)

Die Befreiung des Gedankens von Herrschaft, jener Schritt zur menschlichen Gesellschaft, die auch als sozialistische bezeichnet werden könnte, liegt den VerfasserInnen des Artikels "Gollwitz und die Heuchler" (ak 407) offenbar fern. Noch das geistloseste Klischee vielmehr wird bemüht, um zu erklären, was hierzulande Normalität ist, nämlich der Antisemitismus breitester Bevölkerungsschichten. Nicht der autoritäre Charakter konformierender Asozialer, nicht der ressentimentgeladene Haß auf alles, was anders scheint oder ist und etwas Leben verspricht, wird herangezogen, wenn der Gemeinderat eines ostdeutschen Dorfes sich in antisemitischer Pose gefällt, nein, die Verhältnisse der verblichenen DDR müssen dafür herhalten. Die Entschuldungsthese, daß die "zweite deutsche Diktatur" an der Gesinnung der Mordbrenner von Rostock, Hoyerswerda und den anderen bekanntgewordenen Orten, in denen Ähnliches geschah, schuld sei, war bisher nur aus FAZ, taz, Welt, FR, Woche usw. bekannt. Ist es antibürgerlicher Nonkonformismus, wenn dem unwidersprochenem Mainstream ak dann eine weitere Stimme meint hinzufügen zu müssen, wenn die bürgerliche Presse sich ausnahmsweise nicht schützend vor den rassistischen Mob stellt, sondern die Haltung der Gollwitzer als das bezeichnet, was sie offensichtlich ist, nämlich als schäbigen Antisemitismus? Oder ist es Teil einer späten, schmerzhaften Trennung vom Glauben an das sozialistischen Arbeiterparadies, wenn soziologisierende Analysen wie die folgende niedergeschrieben werden: "Abschottung und Mißtrauen gegen Einflüsse von außen gehörten zu den Existenzgrundlagen dieses Staates. Stärker als in Westdeutschland blieben in Teilen der DDR alte Unterschiede zwischen Stadt und Land bestehen, überlebten in der Provinz idyllische Szenerien, aber auch mentale Zurückgebliebenheit."

Abgesehen davon, daß Antisemitismus keine ländliche Erscheinung ist, abgesehen auch von der Tatsache, daß in Umfragen Ostdeutsche sich als weniger antisemitisch herausstellten als Westdeutsche (was nichts weiter heißt) (1), stellt Antisemitismus keine mentale Zurückgebliebenheit dar, die, wenn denn genug Antje Vollmers Ostdeutschland "gründlich zivilisieren", verschwindet, sondern ist ein höchst modernes Phänomen. Wer aber vorgibt, die Schriften Adornos etwa nicht mehr zu kennen, ist nicht nur gezwungen, mit der Kategorie der geistigen Zurückgebliebenheit zu hantieren, sondern auch genötigt, Antisemitismus von anderen, verwandten bzw. benachbarten Wahnsystemen zu trennen. Denn die Tatsache, daß in der deutschen Provinz nicht nur Juden, sondern so gut wie alle Anderen gehaßt und, wo möglich, verfolgt werden, wird anscheinend benutzt, um den Antisemitismus in Gollwitz zu relativieren. (2) Die "Wahrscheinlichkeit" spreche nämlich dafür, daß man in Gollwitz genauso reagiert hätte, wenn Ausländer, Aussiedler oder andere Volksfremde in Gollwitz einquartiert hätten werden sollen. Richtig ist, daß der Haß auf Ausländer und Aussiedler, der in der Ex-DDR herrscht, selbst Antisemitismen kolportiert, also nichts entschuldet, sondern lediglich eine Objektverschiebung darstellt. Das Wahnsystem, in welchem Leute leben, die glauben, von fremden, äußeren Mächten penetrant übervorteilt, betrogen und ums wahre Leben gebracht zu werden, bedarf nicht einmal der Juden, um ihren Ressentiments freien Lauf zu lassen. Auch der Haß auf den Westen, der in ak unter Fremdenfeindlichkeit subsumiert wird, stellt genauso Teil dieses Wahns dar wie der ständig geäußerte Vorwurf, Sozialhilfeempfänger, Ausländer und jetzt Juden würden einem die Butter vom Brote nehmen. Dabei wird erahnt, was Adorno und Horkheimer schon in den frühen 30er Jahren beobachten mußten, daß irgendein materieller Nutzen aus der Schäbigkeit nicht entspringt: "Der eigentliche Gewinn, auf den der Volksgenosse rechnet, ist die Sanktionierung seiner Wut durchs Kollektiv. Je weniger sonst herauskommt, um so verstockter hält man sich wider die bessere Erkenntnis an die Bewegung. Gegen das Argument mangelnder Rentabilität hat sich der Antisemitismus immun gezeigt."

Erst nämlich, wenn das Kollektiv sich seiner annimmt und der Volksgenosse sich bestätigt fühlt, erst also wenn sein Ressentiment in den Bereich des Politischen vordringt, ist es sanktioniert. Die Suche nach Gründen, die dann einsetzt und angeführt wird von Journalisten und Politikern, erhebt das Pathologische zum ernstzunehmenden Standpunkt dann, wenn man öffentlich vor einer Fernsehkamera beispielsweise erzählen darf, Hitler habe wohl offensichtlich nicht genügend Juden vergast (3). Dies, die Vorstufe des Pogroms und es selbst, sind Sinn und Ziel der Veranstaltung, keinesfalls der Wunsch, die Einquartierung der Juden zu verhindern, weil sie "in das seit Jahrhunderten gebildete dörfliche Gemeinschaftsleben eingreift und nicht förderlich für die weitere Entwicklung unserer Gemeinde ist". (4) Diese Erklärung ist so vorgeschoben wie die, ausländerfeindliche Politik werde in Bonn, nicht in den Dörfern konzipiert. Nicht nur wird die dörfliche Gemeinschaft in Gollwitz ziemlich sicher zugrundegehen auch ohne Juden. Wirtschaftliche Krise und Arbeitslosigkeit in Brandenburg werden dafür sorgen ja vermutlich würden die paar Mark Sozialhilfe, die die Juden in Gollwitz notwendigerweise dort würden ausgeben müssen, diesen Untergang sogar etwas verlangsamen. Die Gollwitzer und die Logik des ak-Artikels ähneln sich mit ihren Argumenten auch darin, daß beide die - vermeintlich - Schuldigen irgendwo anders suchen. Zudem liegt die Vermutung nahe, daß, entgegen ihren Verlautbarungen, Bewohner ostdeutscher Gemeinden die Ankündigung, in ihrem Dorf solle eine AsylbewerberInnenunterkunft oder ähnliches eingerichtet werden, förmlich herbeisehnen, um ihre angestauten Haßgefühle in adäquater, öffentlicher Weise endlich Luft machen zu können, statt sie nur dem Nachbarn in der Dorfkneipe zu erzählen. Nicht die Bösartigkeit Bonner Politiker ist der "anzuprangernde Skandal", sondern die arbeitsteilige Vorgehensweise in der BRD, die in monotoner Wiederholung irgendein Kaff in Deutschland, in Brandenburg ebenso wie in Hessen oder Bayern, in die Schlagzeilen bringt. Daß es generell abzulehnen ist, Flüchtlinge und andere wehrlose Menschen in der Provinz einzuquartieren, bedarf des weiteren Kommentars nicht, eine mögliche Entschuldigung für das Verhalten der Gollwitzer aber ist diese Tatsache keinesfalls.

Denn gerade Antisemitismus beruht traditionellerweise auf Einverständnis zwischen "denen in Bonn", der politischen Elite also, und dem Mob, repräsentiert durch die Gollwitzer. Wäre dies nicht so, sondern wären die ostzonalen Provinzler verführte Massen, die dem "Sozialismus der dummen Kerle" frönen würden, hätte nicht der Populist Stolpe die Gunst der Stunde gewittert und sich mit "seinen Brandenburgern" fraternisiert und damit einmal mehr die Richtigkeit der, von der KPD in den 20er Jahren dümmlicherweise in die Welt gesetzten These vom Sozialfaschismus der SPD als traurige Realität der 90er bestätigt. Erst diese Komponente macht das "Ereignis Gollwitz" so gefährlich. Der allgemeine Haß, der auf ostdeutschen Dörfern Grundstimmung zu sein scheint, alleine ist noch relativ ungefährlich, da jeder vernünftige Mensch sieht diese Gegend zu meiden. (Der Einwand, hier seien Flüchtlinge oder Juden besonders bedroht, gilt nur, solange von entsprechender Seite Einverständnis für das Tun der Dorfbewohner signalisiert wird. Rassisten sind keine Rebellen, sondern von der Sanktionierung von "oben" abhängig. Würde Politik und Exekutive hart durchgreifen, würde die offene Bedrohung von Nichtdörflern verschwinden.) Nimmt sich aber ein Politiker dieser Ressentiments an und sucht sie für seine reaktionären Zwecke zu nutzen, entsteht jenes gefährliche Gemisch, das spätestens seit den Ereignissen in Rostock in solchen Fällen jeden Versuch, emanzipative Politik in Ostdeutschland durchzusetzen, zum Scheitern verurteilt. (5) Stolpe nämlich versucht, wobei er Schröder als großes Beispiel nachahmt, die Gollwitzer stellvertretend für alle Brandenburger zum Opferkollektiv umzumodeln, daß bedroht von jüdischer Gemeinde, ausländischer Presse bösen westlichen Unternehmern usf., um seine Existenz zu kämpfen hat. Kumpelhaft augenzwinkernd verrät er, daß er "unsre Leute besser als die Herrschaften in London oder sonstwo" kennt. Politisch "seine Leute", die ihr moralisches Bewußtsein offensichtlich ausgeschaltet haben, zu bedienen, heißt, sie zur Gefolgschaft zu machen, indem man ein verschworenes Kollektiv bildet. Dies ist zu allen möglichen Schandtaten so lange in der Lage, wie es von offizieller Seite gedeckt wird. Wenn nun in einem verschwiemeltem Satz andeutet wird, irgendwie sei sozialistische Politik "mit diesen Deutschen" doch möglich, obgleich "viele ex-linke AutorInnen von der taz bis zur jungle world" die Ereignisse in Gollwitz als weiteren Beweis genommen hätten, sich "von jeder sozialistischen Politik" zu verabschieden, kann mit sozialistisch emanzipatorisch nicht gemeint sein.

Befriedigung von Ressentiments, deren bestes noch Sozialneid ist, kann nur zu weiterer Verhärtung der bestehenden Verhältnisse führen. Die Tatsache, daß Strukturen, aus denen sozialneidische Forderungen entstehen, dabei sogar mit einiger Sympathie betrachtet werden, rundet das Bild des Artikels noch ab. Der dümmste aller Vorwürfe gegen einen vermeintlichen Kritiker, er lebe nämlich in besseren sozialen Verhältnissen als die Kritisierten, welchen ak meint am Ende des Artikel bemühen zu müssen, kolportiert selbst

offensichtlich eine dem Antisemitismus entlehnte Ideologie. Der Kritiker an den Antisemiten, in diesem Fall Klaus Bittermann, habe doch gefälligst sein Maul zu halten, statt "gehässig und selbstgefällig" die Dörfler anzuklagen. Er sei einer der Menschen, "die sich im bürgerlichen Leben schon ganz satt eingerichtet haben - satter und angenehmer jedenfalls als viele der GollwitzerInnen".

Einkommen und Lebensstandard eines Schriftstellers als Argument heranzuziehen, er könne und wolle die Situation der vermeintlich kleinen Leute nicht verstehen, Haß gegen Reichtum und Luxus also, ist ein Dauerbrenner völkischen Denkens in Deutschland. Hier wird nicht nur eine Struktur der kapitalistischen Gesellschaft auf ein sozialpolitisches Phänomen reduziert, als schwände Antisemitismus und Xenophobie, schaffte man ein paar Arbeitsplätze mehr und baute den obligatorischen Spielplatz respektive das Einkaufszentrum (6), sondern der Antisemitismus selbst wird auf ein soziales Problem reduziert, als wäre und ist er nicht eines der klassen- und schichtenübergreifende Markenzeichen der Landsleute. Und so verwundert, warum nicht anstelle des Artikels, wenn schon unbedingt ein Beitrag in ak abgedruckt werden mußte, groß ein Satz von Ignatz Bubis stand, der eigentlich alles Denkwürdige über dieses Ereignis sagt: "1933 waren es ganz stinknormale Bürger, die sich so verhalten haben - und heute sind es wiederum stinknormale Bürger, die sich so verhalten".

Thomas v. der Osten-Sacken

Anmerkungen:

1) Es hat in der DDR Antisemitismus gegeben, sowohl verkleidet als Antizionismus vermeintlich sozialistischer Provenienz als auch in der Grundhaltung vieler Bürger. Wahnhaft und stilbildend aber wurde er erst nach der Wiedervereinigung als gesamtdeutsches Phänomen, dem im Osten, nach Wegfall des staatlichen Regulariums, offener nachgegangen werden kann als im Westen. Die erwähnte Umfrage fand 1991 statt, erinnerte also eher noch an die DDR Zeiten, als Antisemitismus staatlicherseits verpönt war.

2) Vgl. Adorno: "Wer Feindschaft zeigt gegenüber einer Minderheitengruppe, hegt sie wahrscheinlich auch gegen die meisten anderen. Eine rationale Basis für solche Generalisierungen ist nicht denkbar (...). Die objektive Situation des Individuums kommt als Ursprung solcher Irrationalität kaum in Frage; besser sieht man sich dort um, wo die Physiologie bereits die Quelle von Träumen, Phantasien und Fehlinterpretationen der Welt gefunden hat - in den verborgenen Bedürfnissen der Charakterstruktur". (Studien zum autoritären Charakter.)

3) Zitat aus einer ARD Fernsehsendung über Gollwitz.

4) Erklärung des Gemeinderates.

5) Symptomatisch hierfür ist auch, daß die Nazis eine Flugblattkampagne in Gollwitz durchführten, nachdem sich ihre potentielle Anhängerschaft dort bemerkbar gemacht hatte.

6) Passenderweise stammt diese Forderung diesmal nicht von der FAZ, sondern von Werner Pirker in junge welt vom 7.10.97.

39. Was für ein Eigentor! Zur Gollwitz-Debatte

Autor: ef. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:37

Der Artikel "Gollwitz und die Heuchler" von Kt., der aber auch von der Redaktion der ak getragen wird, kann nicht unwidersprochen bleiben. Und dies aus mehreren Gründen:

1. Der Artikel verstrickt sich in einen Widerspruch, wenn auf der einen Seite geschrieben wird, "eine ganz allgemeine Fremdenfeindlichkeit zum einen, nationalistische Ressentiments zum anderen bilden gerade in der ostdeutschen Provinz eine unentwirrbare Gemengelage". Doch nur zwei Absätze später wird aus dem Faktum, daß in zehn Ortschaften Brandenburgs bisher 2.000 jüdische EinwanderInnen aufgenommen wurden, die Behauptung abgeleitet, daß "an der simplen Hochrechnung des ‚Falles Gollwitz` auf die Stimmung der deutschen Bevölkerung insgesamt oder auch nur in der ostdeutschen Provinz doch sehr gezweifelt werden" muß. (alle Hervorhebungen ef.)

Was stimmt nun? Und warum? Diesen Widerspruch hätte ich gerne aufgelöst. Aber bitte nicht mit irgendwelchen dialektischen Finessen.

2. Der verwendete Begriff von "allgemeiner Fremdenfeindlichkeit" kann so nicht stehenbleiben. Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit, Aversionen gegen sogenannte deutschstämmige AussiedlerInnen und Ressentiments gegen den "Wessi, der sich in einem pommerschen Dorf ein Haus gekauft hat", werden gleichgesetzt. Das ist politisch verheerend, weil hier Äpfel mit Birnen verglichen werden. Weniger salopp formuliert: Das Spezifische am deutschen Antisemitismus, am deutschen Volks- und Nationenbegriff wird verwischt. Natürlich gibt es Aversionen zwischen "Ossis" und "Wessis". Aber diese liegen doch viel eher auf der Ebene von "Differenzen" zwischen Preußen und Bayern, zwischen Schwaben und den Gelbfüßlern aus Baden oder zwischen Schalkern und Dortmundern. Daß die Wut vieler Ossis auf die "Wessis" auch nur annähernd die Qualität des Antisemitismus besitzt, wurde m.W. in dieser Zeitung bisher noch nicht behauptet.

3. "Weitaus mehr als die Mentalität der Leute von Gollwitz steht der jüdischen Einwanderung aus Rußland die auch von der SPD mitgetragene Politik der Bundesregierung entgegen." Dieses Argument erinnert doch zu sehr an alte, längst totgeglaubte Traditionals linker Analyse und Kritik. Als da wären:

a) der Essentialismus: Zentrales Element dieser Argumentationsfigur ist das "eigentlich". Eigentlich und seinem Wesen nach ist das Proletariat revolutionär, nur die bestochene Arbeiteraristokratie verhindert, daß das Proletariat diesen Weg auch wirklich einschlägt. Konkret für Gollwitz lautet das Argument dann eben: Eigentlich sind die Gollwitzer gar nicht so schlimm, wenn nicht die Politik der Bundesregierung wäre;

b) der Instrumentalismus: Hier handelt es sich um eine uralte Argumentationsfigur. Sie lag Dimitroffs Faschismusanalyse zugrunde, und auch bei der Faschisierungstheorie des KB spielte sie eine wichtige Rolle. Demzufolge setzt die Regierung etwa den Antisemitismus ein, um von der Klassenfrage abzulenken. Das stimmt natürlich zum Teil auch. Aber die berechtigte Frage lautet natürlich: Warum kann man immer so gut mit dem Antisemitismus instrumentalisieren? Diese Argumentationsweise greift auf jeden Fall viel zu kurz. Im Umkehrschluß hieße dies, daß es ohne den staatlichen Antisemitismus und Rassismus diese ideologischen Konstrukte gar nicht geben würde.

Warum wird diese Trennung von Volk/Massen und Regierung vollzogen? De facto läuft das auf einen grandiosen Freispruch für konkrete antisemitische Taten hinaus. Was heißt das für die politische Praxis? Soll gegen antisemitische Ausfälle gar nicht mehr vor Ort demonstriert werden dürfen? Daß es sich vielfach um relativ hilflose Aktionen handelt und daß die "Wir-haben-euch etwas-mitgebracht - Haß-Haß-Haß"-Gesänge auch nicht weiterhelfen, gebongt.

Trotzdem ist es mir lieber als diese Melange aus Schweigen, Relativieren, das heuchlerische Bekenntnis zur eigenen Verantwortung, um am nächsten Tag mit der Konstruktion von Feindbildern fortzufahren. Ich glaube, das Bild vom "Extremismus der Mitte" trifft recht gut die Situation in diesem Land. Rassismus und Antisemitismus sind Alltag in diesem Lande; beileibe nicht nur im Osten.

Nur ein Beispiel: In einem Ort in der Nähe von Erlangen formierte sich eine Initiative, um einen Straßennamen, der nach dem Nazi-Bürgermeister Wilhelm Koch benannt war, umzubenennen. Eine pogromartige Stimmung

war die Folge: Bei einem Umzug wurde die Gruppe von einer aufgebrachten Menge bespuckt, angebrüllt ("Juden raus"; "Euch sollte man vergasen und erschlagen"); zwei Bürger ließen es sich nicht nehmen, der Initiative mit entblößtem Hintern zu zeigen, was man von ihr hält. (Nürnberger Nachrichten, 13.8.97)

Was tun? Nach Bonn gehen? Es ist zu einfach, den "Antinationalen" vorzuwerfen, sie würden sich von jeglicher Form "sozialistischer Politik" verabschieden. Dies unterstellt, als gäbe es einen immergültigen Kanon, den man dann als "sozialistische Politik" bezeichnen kann. Als müßte dies nicht immer wieder konkret bestimmt werden. Wie kann gegen die unterschiedlichen Macht-, Herrschafts- und Ausbeutungsmechanismen angegangen werden? Ich bin mir da oft unsicher. Und ein bißchen mehr Eingeständnis dieser Unsicherheit würde ich mir wünschen. Das schafft Raum für Diskussion und Auseinandersetzungen, die produktiv verlaufen können, anstatt sich in unergiebige Polemiken gegen die "Antinationalen" zu verlieren.

Als Antinationaler verstehe ich mich auch, und die ak-Redaktion sich selbst sicherlich auch. Was mich an den "Antinationalen" à la Elsässer oder Bahamas nervt, ist, daß und wie sie das Banner des "Antinationalen" als alleingültige Heilsgewißheit vor sich hertragen. Klassenverhältnisse kommen bei ihnen ebensowenig vor wie patriarchale Ausbeutungsmechanismen. Da wird nur müde abgewinkt. Und meist sind es dieselben Leute, die noch vor wenigen Jahren den Rassismus als Nebenwiderspruch der Klassenfrage untergeordnet haben.

4. Der Vorwurf, bei den Gollwitz-KritikerInnen handele es sich "allzu oft (um) Menschen, die es sich im bürgerlichen Leben schon ganz schön satt eingerichtet haben", ist nun leider allerunterste Schublade. Dahinter steckt ein alter Vorwurf, der da lautet: Ihr könnt euch euer Multikulti leisten; oder anders ausgedrückt: Wenn es euch genauso dreckig gehen würde wie den GollwitzerInnen, würdet ihr genauso handeln. Eine schlichte Unterstellung.

Ich behaupte dagegen: Das Verhältnis von Arm und Reich unterscheidet sich bei den Gollwitz-KritikerInnen nicht signifikant von dem in der Gesamtbevölkerung. Aber zugegeben: Auch ich kann den empirischen Gegenbeweis nicht antreten.

ef.

40. Koalition der Heuchler? Gollwitz und die deutsche Linke

Autor: Udo Wolter · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:19

Beim Anblick der Überschrift "Gollwitz und die Heuchler" auf der Titelseite von ak 407 ließ sich zunächst ein Artikel vermuten, der sich mit der "Kehrtwende" Stolpes von der vorauseilenden Durchsetzung des völkischen Konsens zum exkulpatorischen Paternalismus ("daß wir noch eine riesige Lehr- und Lernaufgabe vor uns haben im Blick auf den Umgang mit Menschen anderer Kulturen ...") gegenüber dem antisemitischen und fremdenfeindlichen Durchbruch deutscher Volksseele in diesem Ort beschäftigt. Doch weit gefehlt. Pflichtschuldig und zugleich in Richtung "allgemeiner Fremdenfeindlichkeit" relativiert wird zugestanden, "daß heftige antisemitische Ressentiments laut wurden". Nach larmoyanten Klagen über die "ekelhafte Neigung vieler zu kurz gekommener Deutscher, ihre Wut nicht gegen die wirklich Reichen und Mächtigen zu richten, sondern sich statt dessen tierisch darüber aufzuregen, daß angeblich SozialhilfeempfängerInnen, Arbeitslose oder eben auch EinwanderInnen alles zugeschoben bekommen" (Hervorhebungen im Original), kommt der Autor zur Sache: Nicht der völkisch-antisemitische Konsens, wie er sich im Schulterschluß von Landesvater und dörflichem Kollektiv offenbart, ist der Skandal - sondern die Empörung "von antideutschen KleindarstellerInnen bis zu ReporterInnen der öffentlich-rechtlichen Medien"! (Hervorhebung im Original) Die nämlich wollen sich demnach nur "auf risikolose und unverbindliche Weise ihre eigene Vortrefflichkeit bestätigen" und sind überhaupt pauschal "ex-linke AutorInnen, von der taz bis zur jungle world", die "sich von jeder Form sozialistischer Politik verabschiedeten."

Hat die ak-Redaktion nicht mitbekommen, daß - ganz "risikolos und unverbindlich"? - eine ganze Reihe linker, antirassistischer, Antifa- und MigrantInnen-Gruppen, darunter auch fünf Gruppen aus Hamburg und nicht zuletzt die ehemalige Siemens-Zwangsarbeiterin Esther Bejerano und Hans Frankenthal, beide Auschwitz-Komitee, für den Jahrestag des Novemberprogroms am 9. November zu einer Demonstration nach Gollwitz mobilisieren, die sicher keine nur die eigene Vortrefflichkeit bestätigende Gemütlichkeit wird? Was treibt Kt. so den Schaum vor den Mund, daß er nicht mehr den Unterschied zwischen Kritik und Denunziation zu erkennen vermag? Nun wäre dies vielleicht keines weiteren Aufhebens wert, wenn es nur um den Autor des Artikels ginge. Der ist z.B. in der Goldhagen-Debatte dadurch hervorgetreten, daß er im ak 401 unter der Etikette einer Analyse der Goldhagen-Debatte selbst lediglich nochmals die von der deutschen linksliberalen Historikerzunft vorgebrachten Argumente nachbetete, die Goldhagens These von der Zentralität des eliminatorischen Antisemitismus für den volksgemeinschaftlichen Konsens des deutschen TäterInnenkollektivs im NS abwehren sollten. Was in diesem Artikel an Argumenten zusammentrug, um zu beweisen, daß die Ermordung der europäischen Juden eine von der NS-Führung in Szene gesetzte "Side-Show" zur "Big Show" der Erreichung imperialer deutscher Ziele war, die nicht von einem antisemitischen Konsens der Volksgemeinschaft getragen war und gegen passive Ablehnung einer Mehrheit der Bevölkerung durchgesetzt werden mußte, findet im jetzigen Artikel zu Gollwitz seine Entsprechung. Der antisemitische und rassistische Haß, welcher den jüdischen ImmigrantInnen schon mitten aus der sich bei solcher Gelegenheit regelmäßig neu rekonstituierenden deutschen Volksgemeinschaft entgegenschlägt, bevor Sie überhaupt Rußland verlassen haben, ist ihm vor allem das Ergebnis "der auch von der SPD mitgetragenen Politik der Bundesregierung". "Ausländerfeindliche Politik wird in Bonn konzipiert, nicht in den Dörfern." Unterschlagen wird dabei, daß zum Schulterschluß zwischen Politik und Stammtisch immer zwei gehören und die beschriebene Politik nur deshalb so gut funktioniert, weil sie sich auf das immer schon abrufbereit vorhandene Ressentiment verlassen kann. Selbst ein Autor wie Etienne Balibar, durchaus noch der These von der "manipulative(n) Umfunktionierung des Antisemitismus zum antikapitalistischen Köder" zugetan, hat schon vor zehn Jahren davor gewarnt, daß "die schlichte Idee nicht haltbar ist, daß der Rassismus gegen das 'Klassenbewußtsein' eingesetzt wird (als müßte sich dieses naturwüchsig aus der Klassenlage ergeben, wenn es nicht durch den Rassismus erstickt, verbogen, entstellt wird)"(1). Genau diese von Balibar kritisierte Idee scheint aber ak immer noch zu teilen.

Das könnte als Ausrutscher eines Einzelautoren innerhalb der ak-Redaktion durchgehen, wenn nicht bei ak wie bei jeder anderen Zeitung auch davon auszugehen wäre, daß eine Plazierung auf der Titelseite den Artikel als Blattmeinung ausweist. Und so trifft auf ak in dieser Sache zu, was Klaus Bittermann in der jungen Welt

vom 15.10. gleich nach dem von Kt. zitierten Satz geschrieben hat: "D.h. verschwörungstheoretische Hirngespinste vom geheimnisvollen Auftrag zur Verschleierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, den die Kapitalisten in den Vorstandsetagen ausbaldowern, ergeben noch keine vernünftige Zeitung" (Hervorhebung im Original). Ganz im Gegensatz zu seiner sonstigen Qualität liegt die ak hier leider auf gleicher Welle wie die junge Welt mit ihrem unsäglichen Artikel "Pressegeier über Gollwitz" (am 6.10.), gegen den Klaus Bittermann in seinem Kommentar zu Recht polemisierte. Vollends zur Reinwaschung des nationalen Kollektivs gerät Kt. die Charakterisierung von Gollwitz als "Sündenbock" und die Schlußspitze, daß die "gehässig und selbstgefällig" vorgetragenen Anklagen gegen die Gollwitzer von Menschen vorgebracht würden, "die sich im bürgerlichen Leben schon ganz schön satt eingerichtet haben - satter und angenehmer jedenfalls als viele GollwitzerInnen". Etwa so satt und angenehm wie der Gollwitzer Bürgermeister und verschiedene seiner Gemeinderäte, die gegenüber den Medien ähnlich fremdenfeindlichen und antisemitischen Kram absonderten oder zumindest deckten wie die vielzitierten "Alten, Arbeitslosen und Alkoholiker" aus der taz? Das liegt auf gleicher Linie wie der von Werner Pirker in der jungen Welt vom 7.10. veröffentlichte Kommentar zu Gollwitz, in dem dieser sich sogar zum Vorwurf des "Sozialrassismus" gegen "neudeutsch organisierte Antifaschisten" und "taz-Yuppies" verstieg. Wer wie junge Welt und ak abwiegelnd die GollwitzerInnen gegen Antisemitismus- und Rassismuskritik in Schutz nimmt und diese als sozial deklassierte OstlerInnen in einen kollektiven und unantastbaren Opferstatus versetzt, verfehlt gleich in mehrfacher Hinsicht die Grundlagen kritischer Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse. Erstens wird Antisemitismus und Rassismus damit zu einer Art Normalreaktion auf soziale Deklassierung naturalisiert, die nicht ausschließlich auf dem Hintergrund der Pathologie deutscher Volksidentität zu begreifen ist. Zweitens wird damit systematisch das eigentliche Merkmal deutscher Volksgemeinschaftlichkeit ausgeblendet, nämlich das in solchen Fällen regelmäßig hervortretende klassen- wie parteienübergreifende Bündnis zwischen "Herrschenden" und "Beherrschten".

Kaum nachvollziehbar ist auch der beschwichtigende Umgang mit dem offen zutage getretenen deutschen Antisemitismus, der in all seinen Spielarten durch Äußerungen Gollwitzer BürgerInnen gegenüber zahlreichen Medien von taz bis Report derart reichhaltig belegt ist, daß sich allein daraus ein Kompendium immer noch in Deutschland wirksamer antisemitischer Stereotype erstellen ließe. Von den üblichen Projektionen auf die jüdischen "Geschäftemacher", mit denen angeblich "schlimme Erfahrungen" gemacht wurden, bis zu typischen Antisemitismen nach bzw. wegen Auschwitz, nach denen den Juden gegenüber von Deutschland "schon genug gutgemacht" worden sei und dergleichen, fehlte wirklich nichts an Klischees, die einem den Magen umdrehen können.

Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Berlin, Andreas Nachama, bezeichnete dies völlig zurecht als "neuerlichen antisemitischen Höhepunkt". Und gerade die Anfeindungen gegen Nachama und die Entlassung des Direktors des Berliner jüdischen Museums im Aufbau, Amnon Barzel, zeigen ebenso wie die Vertreibung des einzigen nach 1945 im Dorf lebenden Juden aus dem hessischen Babenhausen und zahlreiche andere Vorfälle, daß dieser Antisemitismus weder klassen- noch ostspezifisch ist. Es geht in Gollwitz mithin auch um alles andere als ein unreflektiertes Abstempeln der OstlerInnen als AntisemitInnen und RassistInnen, in dieser Hinsicht kann einem eher die Rede Kts. über "mentale Zurückgebliebenheiten" im Osten verdächtig vorkommen. In dem Aufruf zur Demonstration in Gollwitz heißt es u.a. "Der Fremdenhaß ist in Deutschland seinem historischen Ursprung nach antisemitisch". Genau für diese These hat die ak in seiner vorletzten Nummer 405 selbst mit einem soliden historischen Aufsatz über "Antisemitismus und Nationalismus in der Romantik" ausführliche Belege geliefert - und setzt sich nun in Sachen Gollwitz in derart eklatanten Widerspruch zu seinen eigenen Inhalten. Gerade weil es zu den "Spezifika der deutschen Entwicklung" gehört, daß "die Dominanz völkischer Einheitsgedanken (...) mit dem Antisemitismus eine einzigartige Verbindung eingegangen" ist, wie der o. g. ak-Artikel zustimmend Hanno Loewy zitiert, ist vorbehaltsloser Kampf gegen jede Form von Antisemitismus und nationaler Identitätssehnsucht unabdingbare Voraussetzung für emanzipatorische Veränderungen in Deutschland.

Udo Wolter

5.11.1997

Anmerkung

(1) Balibar, Etienne, 1990, Der "Klassen-Rassismus", in: Balibar/Wallerstein, Rasse, Klasse, Nation - Ambivalente Identitäten, Hamburg, S. 247-260

41. Mit Lug und Trug zur Revolution. Guerillastrategien für das Kommunikationsgeflecht

Autor: Gottfried Oy · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:13

Ende Mai wurde sie vom Spiegel entdeckt: "Die Schwindelschule der selbsternannten Kommunikationskritiker", die autonome a.f.r.i.k.a gruppe, Luther Blisset und Sonja Brünzels. Unter der Rubrik "Kultur" fand sich eine Würdigung des Handbuches der Kommunikationsguerilla als "künstlerische Medienkritik", der eine politische Motivation nicht abzusprechen sei. Dem konnte die taz im Juni nur noch hinzufügen, die Texte der autonomen a.f.r.i.k.a gruppe seien "bemerkenswert lesbar".

Die Rezeption im linken Blätterwald hingegen, namentlich zweite hilfe, konkret, Die Beute, junge Welt, Jungle World, Spex, SoZ, Graswurzelrevolution, Terz (Düsseldorf), StadtRevue (Köln), Ralf Rabe (Berlin) und ami beschränkt sich in der Regel auf den Hinweis, daß uns die AutorInnen des Handbuches der Kommunikationsguerilla nichts wesentlich neues präsentieren würden bzw. in ihrem Bezug auf verschiedenste Traditionen "opportunistisch" (Jungle World) seien oder eine Verwertbarkeit "in Richtung Werbeagentur" (Die Beute) zu bemerken sei.

Eine Diskussion über Theorie und Praxis der Kommunikationsguerilla findet in einem breiteren Rahmen allerdings trotz zahlreicher Artikel und einer ausgedehnten Promotionstour der AutorInnen in den letzten Monaten nur in Ansätzen statt.

Ausgangspunkt des Konzeptes Kommunikationsguerilla sind die politischen Erfahrungen der radikalen Linken in den letzten Jahren. Nicht zuletzt der Asyldiskurs und die Debatte um Innere Sicherheit, die beiden großen ideologischen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik in den 90er Jahren, zeigten, daß rational argumentierende Kritikerinnen und Kritiker zunehmend ins Hintertreffen gerieten. Nicht etwa das bessere Argument trug zur Abschaffung des Asylrechts bei, sondern der geschickte Umgang mit der symbolischen Ordnung und die Setzung von Themen jenseits eines vorhandenen oder nicht vorhanden rationalen Kerns. Beispielhaft sei hier an Metaphern aus der Biologie und Wortschöpfungen wie "Ausländerkriminalität" erinnert.

Hier ist der Ausgangspunkt für die autonomen a.f.r.i.k.a gruppe, eine radikale Position im Feld gesellschaftlicher Kommunikation zu entwickeln und zu verankern. Das Konzept Gegenöffentlichkeit, so deren These, sei letztlich aufgrund seines rationalen Kerns gescheitert.

Perspektivenwechsel

Die ihm zugrundeliegende Manipulationsthese führte zu der falschen politischen Linie, mittels sogenannter Gegenmanipulation (Agnoli) eine Veränderung der Verhältnisse über das bessere Argument und die "wahrere" Information erreichen zu wollen. Die AutorInnen plädieren hier für eine andere Analyseebene. Sie versuchen, den bestehenden gesellschaftlichen Konsens ideologietheoretisch zu fassen und subversive Strategien der Unterminierung gesellschaftlicher Diskurse zu entwickeln.

Als theoretisches Gerüst dient ihnen dabei zum einen Umberto Ecos Aufruf zur Gründung einer "semiologischen Guerilla" von 1967. Das berühmte Zitat, daß nicht der Sessel des Fernsehintendanten zu besetzen sei, sondern die vielen Sessel in den Wohnzimmern vor den Fernsehgeräten, spielt auf die zentrale und oft vernachlässigte Rolle der Rezeption innerhalb von Kommunikationstheorien an. Demnach ist nicht allein die Botschaft innerhalb von Kommunikationsprozessen entscheidend, sondern die spezifische Art und Weise der Rezeption, die Informationen für die Rezipienten erst herstellt.

Zum anderen beziehen sich die AutorInnen auf das ideologietheoretische Konzept der kulturellen Grammatik, welches die fortwährende Reproduktion von Macht und Herrschaft über geschriebene und ungeschriebene Regeln, Konventionen und tagtägliche Verhaltensweisen in den Mittelpunkt politischer Auseinandersetzung rückt. Macht, so schlußfolgern sie in Foucaultscher Manier, funktioniere nicht nur über Zwang, sondern gerade auch über Identifikationsangebote.

Unter Rückgriff auf Gramscis Hegemoniebegriff wird der Versuch unternommen, daß was als kulturelle Grammatik bestimmt wurde, in einen Begriff von gesellschaftlicher Herrschaft einzubetten: Herrschaft setze

sich in erster Linie auf materiell-ideologischer Ebene durch, jedoch nicht als Ideologie der Herrschenden, sondern als Bündelung verschiedenster auch widersprüchlicher Elemente. Diese Art Konsens verbinde Ideen und Vorstellungen von Herrschenden und Subalternen und sorge so für die relative Stabilität der bürgerlichen Gesellschaft. Kritik, so läßt sich aus dieser Vorstellung von Herrschaft folgern, darf sich also nicht nur auf bloße Inhalte konzentrieren, sondern muß auch immer die Form der kulturellen Grammatik mit-thematisieren.

Diesem recht avancierten theoretischen Rahmen steht ein Bezug auf politische Praxis gegenüber, der sich auf kulturrevolutionäre Ansätze aus den verschiedensten Kontexten stützt. Im bundesrepublikanischen Rahmen spannt sich der Bogen von den Umbrüchen Ende der 60er Jahre über die Kommune I bis hin zu aktuellen Interventionen wie etwa der NOlympics-Kampagne in Berlin 1992. Im internationalen Kontext sind es insbesondere die Ansätze der Situationisten in Frankreich, der Autonomia und der Operaisten in Italien, der Yippies in den USA und der Provos und Hausbesetzerszene in den Niederlanden.

Als Aktionsbeispiele werden unter den Stichwörtern Verfremdung, Überidentifizierung, Camouflage, Fake, subversive Affirmation, Entwertung und Umdeutung insbesondere solche angeführt, die auf verschiedenste Art und Weise die kulturelle Grammatik durcheinanderbringen: Das geplante Pudding-Attentat der Kommune I auf den US-Vizepräsident Humphrey, "Der Wahrhafte Rapport über die letzten Möglichkeiten zur Rettung des italienischen Kapitalismus" von Gianfranco Sanguetti, die Entblößung sozialistischer Machtästhetik durch das Künstlerkollektiv Neue Slowenische Kunst, der Sprayer von Zürich, das Konzept Imageverschmutzung niederländischer Autonomer oder die Kunst des Tortenwerfens, praktiziert von Kees Stad.

Diese Reihe aufgeführter Aktionen und Konzepte ließe sich noch länger fortsetzten. Gemeinsam ist allen, daß Politik nicht ausschließlich als ernstes Geschäft betrachtet wird, sondern durchaus Lust und Vergnügen bereiten soll. Die subversive Kraft des wilden Lachens über Machtdemonstrationen und Herrschaftsrituale soll die Logik der von herrschender Seite produzierten Angstszenarien und gleichzeitig präsentierten ordnungspolitischen Lösungen durchbrechen.

Mehr als Spielerei

Zu bewundern ist die Ausdauer der AutorInnen, einen so breiten theoretischen und politischen Rahmen abzustecken. Kritisch sei allerdings angemerkt, daß durch die Präsentation zahlreicher Beispiel der Eindruck entsteht, es existiere so etwas wie eine Weltbewegung der Kommunikationsguerilla, die an den verschiedensten Stellen die Diskurse der Macht angreife. Daß dem nicht so ist, zeigt schon allein die marginale Rolle, die ein solches Konzept, wie es hier in Buchform vorliegt, innerhalb bundesrepublikanischer Debatten spielt.

Der strategische Versuch, über die dargestellte Bandbreite eine solche politische Identität herstellen zu wollen, ist demnach nicht von der Hand zu weisen. Darüber hinaus nimmt die Einschränkung der AutorInnen, Kommunikationsguerilla sei nur dann zu empfehlen, wenn eine klassisch aufklärerische Strategie versage, viel von der Radikalität des vorgestellten Konzeptes. Es fehlt letztlich die zunächst erforderliche theoretische Entscheidung, welche Gewichtung welcher Ebene gesellschaftlicher Herrschaft zugesprochen wird. Die daraus folgende praktisch politische Indifferenz, die freilich nicht allein den AutorInnen vorgeworfen werden kann, sondern eher Ausdruck der Hilflosigkeit zahlreicher kritisch-emanzipatorischer Projekte zur Zeit ist, trägt in einem nicht unerheblichem Maße zur Krise der Linken bei.

Gerade Projekte der Gegenöffentlichkeit, wie es der ak eines ist, sind mit einer paradoxen Situation konfrontiert. Auf der einen Seite machen die zunehmenden gesellschaftlichen Ausschlüsse Diskussions- und Publikationsmöglichkeiten jenseits staatstragender und marktorientierter Periodika immer notwendiger, auf der anderen Seite können sich immer weniger dieser Foren aufgrund des Wegbrechens sozialer Zusammenhänge halten.

Schleichend haben sich hier Veränderungen eingestellt: Nicht mehr "pure" Information steht im Mittelpunkt, sondern die Diskussion über politische Strategien und Perspektiven. Traditionelle gegenaufklärerische Politikmuster sollten hier, so läßt sich mit den AutorInnen des Handbuches der Kommunikationsguerilla schlußfolgern, ihres rationalen Kerns überprüft werden und sich stärker auf die komplexen Formen der Rezeption beziehen. Sich mit der Störung eingefahrener Bahnen der Kommunikation zu beschäftigen, heißt jedoch nicht, keine politischen Inhalte mehr zu haben. Vielmehr geht es hier um eine in linken Zusammenhängen längst überfällige Revision kommunikationstheoretischer Grundlagen.

Gottfried Oy (Frankfurt/M.)

autonome a.f.r.i.k.a gruppe, Luther Blisset und Sonja Brünzels: Handbuch der Kommunikationsguerilla. Verlag Libertäre Assoziation und Verlag der Buchläden Schwarze Risse, Rote Straße, Hamburg, Berlin 1997; 235 S., br., 29,80 DM

42. 40.000 DM für ak - das muß es Euch schon wert sein!

Autor: ak-Redaktion · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak408/49.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:49

Eigentlich wißt Ihr am besten, was Ihr an dieser Zeitung habt. Das beweist Ihr nicht allein durch den Kauf oder das Abonnement, sondern ein Großteil von Euch auch bei der jährlichen Spendenkampagne.

Mit dem Schwerpunkt "20 Jahre Stammheim", das zeigen wenigstens Eure Reaktionen, haben wir wohl einen der besten Beiträge aus der Linken zu diesem Thema gemacht. Und auch unsere Internationalismus-Berichterstattung sucht wohl unter Zeitungen, die keine Fachpublikationen sind, ihresgleichen. Darüber hinaus haben wir die Antimil-Berichterstattung, die bei uns in den vergangenen Jahren ein Schattendasein führte, ausbauen können.

Die Auflagentwicklung gibt keinen Grund zu (großer) Sorge, aber natürlich auch nicht zur Freude. Die Abozahlen sind mehr oder minder stabil. Der leichte Abwärtstrend im Buchladenverkauf geht weiter. Zwar haben wir ak an ausgewählten Bahnhofskiosken plazieren können, doch in der Bilanz ist das kein Ausgleich.

Insofern ist klar, daß sich an unserer finanziellen Situation im Vergleich zu den letzten Jahren nicht viel geändert hat. Immer noch gilt, daß der reale Preis für eine Ausgabe bei 11 Mark liegt. Daß ak aber immer noch für 7,50 DM zu haben ist, hängt neben den Beitragszahlungen der GenossInnen der Ex-KB-Mehrheit und anderer an dem Erfolg unserer Spendensammlung - und das Jahr für Jahr. Wem wir da zu Dank verpflichtet sind, wissen wir!

Auch dieses Jahr brauchen wir wieder 40.000 Mark, um die Herausgabe für das nächste Jahr zu sichern. An der ak-Erstellung arbeiten viele GenossInnen, ohne deren Mitarbeit wir ziemlich aufgeschmissen wären, z.B. als Korrektur-LeserInnen oder Lay-OuterInnen, ohne Entlohnung mit. Daneben leisten wir uns den "Luxus" bezahlter Stellen, weil wir dies als unabdingbare Voraussetzung dafür ist, eine Zeitung wie ak überhaupt herausbringen zu können. Zur Zeit teilen sich 12 GenossInnen in Redaktion und Vertrieb vier Vollzeitstellen.

Zwar gehen wir mit den uns zur Verfügung stehenden Mittel haushälterisch um, aber da beißt die Maus keinen Faden ab: Unter kapitalistischen Konkurrenzbedingungen ist eine Zeitung wie ak nicht kostendeckend zu produzieren. Und da nun nicht unbedingt zu erwarten ist, daß 1998 als Jahr der Revolution in die Geschichte eingehen wird - wo ja noch nicht einmal klar ist, ob es das Jahr der Ablösung Kohls wird - bleibt uns nichts anderes übrig, als Euch zu bitten, uns auch in diesem Jahr zu unterstützen.

40.000 Mark müßte es Euch wert sein, daß Euch ein Spendenaufruf unter dem Motto: "Kohle her, denn Kohl muß weg!", oder irgendetwas ähnlich Hausbackenes erspart bleibt. ak kann sicherlich viel vorgeworfen werden, z.B. daß sie immer noch eine arge Bleiwüste ist (obwohl wir uns sehr bemühen), daß sie nicht immer die aktuellste und umfassendste Publikation ist (das war vor ein paar Jahren - sagen wir 10 - sicherlich anders), daß sich ihr Sprachwitz in Grenzen hält (da haben wir aber in den letzten zehn Jahren dazugelernt), daß ihr manchmal die Zuspitzung fehlt, wobei Ausnahmen die Regel bestätigen (siehe den Gollwitz-Aufmacher in ak 407) ... Doch was sagte der große Vorsitzende Mao Zedong über die Aufgabe einer Zeitung. Sie habe "... die gewaltige Rolle, zu organisieren, zu ermutigen, zu begeistern, zu kritisieren und zu fördern." Wir arbeiten daran! (Aber nicht vergessen, ohne Eure Mithilfe, das Spendenziel von 40.000 Mark zu erreichen, wird es schwierig. Und das wollt doch weder Ihr, noch wir, oder?)

ak-Redaktion

43. LeserInnenbriefe

CD-Datei: daten/aksuche/ak408/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:11

Betr.: ak 406 Kuba-Artikel

Überflüssiges Zeug

Liebe Leute von der ak-Redaktion,

in seinem Artikel über Ches Knochen behelligt kuk uns eine ganze ak-Seite mit überflüssigem Zeug: Schon die Überschrift ("Schieß, Feigling! Du tötest einen Mann!") ist nichtssagend und mackerhaft. Und wen interessiert schon, daß der Ausgrabungsort Vallegrande heute 6.000 Einwohner hat und daß an 210 Stellen nach möglichen Gräbern gebuddelt worden ist usw. usf. Und wer sind: René Martinez und Orlando Pantoja Tamayo und die anderen penibel einzeln aufgelisteten Toten? Ich dachte, die Annalen der Weltrevolution werden woanders geschrieben.

Auch beim Abschnitt "Mythos Che" ebenfalls kein einziger analytischer Gedanke. kuk zitiert Belanglosigkeiten wahlloser Zeitungen. Die Fragen, auf die es in einem solchen Artikel ankäme, stellt kuk erst im allerletzten Absatz. So braucht er sie auch nicht zu beantworten. Dabei ist das Problem der Instrumentalisierung von Che durch die kubanische Führung doch die einzig spannende Frage im Hinblick auf den Verbleib seiner Gebeine. Für die Beantwortung der Frage, "welche Bedeutung die Schriften und das Handeln von Che Guevara heute noch haben" hätte kuk besser den Berliner Che-Kongreß abgewartet. Ein Kongreßprogramm, das keine kritischen Fragen stellt und kubanische Funktionäre, die - wieder einmal - auf kritische Nachfragen schweigen, das ist doch allemal bewegender, als sich über Ches Knochen auszubreiten.

Bei der Lektüre von kuks Artikel über die Bombenattentate auf kubanische Hotels meinte ich, die falsche Zeitung aufgeschlagen zu haben: Nicht nur, daß kuk uns schon wieder mit unnötigen Details aufhält (z.B. daß die von ihm zitierte ap-Meldung vom "11.9., 9:50 pm" stammt und daß es sich bei einem Anschlagsopfer um den "32jährigen in Montreal lebenden Italiener Fabio Di Celmo" handelt) . Das wirklich Schlimme an diesem Artikel ist, daß es sich kuk nicht verkneifen kann, bei der Festnahme von Dissidenten und Journalisten darauf hinzuweisen, daß deren Presseagentur angeblich "illegal" sei - was immer das auch heißen mag. Was dann folgt, ist eine Denunziation von Nicht-Regierungs-Organisationen auf Kuba als CIA-Agenten.

Der Eindruck, kuk billige die Repression, bleibt unwidersprochen. Dabei käme es in einer Zeitung, die nicht UZ, sondern ak heißt, doch gerade darauf an, die fatalen Wirkungen dieser staatlichen Repression auf die kubanische Bevölkerung darzustellen. Eins sollten wir aus dem Zusammenbruch des osteuropäischen Realen Sozialismus doch gelernt haben: die Unterdrückung der Opposition ist kein Zeichen von Stärke. Sie diskreditiert die Idee des Sozialismus und untergräbt das Ansehen und die Verankerung der Kommunistischen Partei in der Bevölkerung auf Jahrzehnte hin.

Marlies K., Berlin

Betr.: Aufmunterung

Kollektiver Organisator

Liebe Freunde,

zunächst mal - ich freue mich eigentlich immer wenn die Post mir den neuen ak bringt, und deswegen war ich doch etwas beunruhigt als die Ausgabe 406 auch nach längerer Geduld partout nicht kommen wollte. Da hatte ich doch schon etwas Bedenken, daß die Redaktion jetzt aufgegeben hat, und so war ich dann froh, als die Nr. 407 kam. Aber warum sollte die Redaktion auch aufgeben? Jedoch ein wenig Aufmunterung kann gewiß nicht schaden - das soll hiermit geschehen.

Nachdem ich nun in ak 407 an Hand der Leserbriefe festgestellt habe, daß die Ausgabe 406 schwerpunktmäßig das Thema "Deutscher Herbst 77" behandelt hat, möchte ich Euch doch sehr bitten, mir diese Nummer noch zu schicken. Übrigens, das Buch von O. Tolmein (Interview mit Irmgard Möller) habe ich schon gelesen, und ich würde mich auch freuen, wenn Ihr eine Besprechung mit entsprechender Empfehlung

dazu bringen könntet. So haltet Ihr es in der Regel ja auch mit anderen guten Büchern - und ich denke daß dies eine wichtige Aufgabe ist. Ich bin dadurch jedenfalls schon mehrfach zu interessanter Lektüre gekommen.

Dann habe ich noch ein Anliegen. Ich gehöre zu den verkrachten Existenzen, die sich 1978/79 nach viel Frust und Streitereien aus der aktiven Politik zurückgezogen haben, um das Glück im ländlichen Idyll zu suchen. Also Rückzug ins Private, ein wenig alternativ, aber ansonsten im wesentlichen bemüht, die eigene Existenz zu sichern, die Kinder durch die Schule zu bringen, etc. Nebenbei habe ich mich gefreut ehemalige Genossen so schön frech und erfrischend im Fernsehen bei Politikerrunden wiederzuentdecken, aber diese noch relativ erfreuliche Zeit war ja dann auch bald vorbei.

Nach dem endgültigen Zusammenbruch des realsozialistischen Systems und den damit verbundenen Veränderungen in der politischen Landschaft war ich noch der Meinung, die Dinge - mit dem was ich mal gelernt hatte - einigermaßen "richtig" einschätzen zu können - jedoch spätestens zum Ausbruch des Golfkrieges USA/ UNO/Irak war ich dann doch sehr verunsichert und habe mal geguckt, ob es den ak noch gibt - und ich war froh daß es ihn noch gab.

Seitdem bin ich wieder relativ eifriger Leser und habe mich nach und nach wieder mit links-radikaler Politik vertraut gemacht - jedoch nun sitze ich hier in meinem ländlichen Idyll und hätte gern ein wenig Diskussion und Austausch mit "Gleichgesinnten" - aber wo sind sie ?

Mein Anliegen also: Könnt Ihr nicht doch mal wieder ein wenig "kollektiver Organisator" sein ? Ich denke, anders geht es letztendlich doch nicht, wenn die Linke aus diesem unverbindlichen Zustand herauskommen will - aber vielleicht sieht es in Hamburg ja auch etwas besser aus.

Vielleicht finden sich im nordöstlichen Schleswig-Holstein, Raum Kiel/Schleswig/Flensburg, noch ein paar versprengte Genossen, die ein ähnliches Bedürfnis haben. Mir geht es zunächst einmal nur um eine theoretische und ideologische Auseinandersetzung und Stärkung - ich verspüre im Moment noch absolut keine Lust, mir auf irgendwelchen marginalen Demos den Kopf von den Bullen oder irgendwelchen Faschos einhauen zu lassen.

Grundsätzlich gibt es ja gerade zur Zeit mehr als genug Gründe, aktiv zu werden, jedoch steckt mir der Frust der allgemeinen und auch der persönlichen politischen Niederlage noch ziemlich in den Knochen.

Wie lautet noch der Spruch von Jutta Ditfurth? "Entspannt in die Barbarei oder warum ein vereinzeltes, zynisches Leben kraftraubender ist als ein kämpferisches". Dieses Buch ist übrigens auch sehr lesenswert.

Mit vielen solidarischen Grüßen

Werner

Wer mit Werner Kontakt aufnehmen will, wende sich bitte an die ak-Redaktion. Wir teilen dann seine Anschrift mit.

44. Quelldatei 40.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak408/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:40

Bayern München

Daß ein Buch Wirbel verursacht, kann dem Verlag nur recht sein. Im vorliegenden Fall allerdings ging die Erregung bis zu Morddrohungen gegen den Autor Dietrich Schulze-Marmeling, der in seinem Buch "Die Bayern. Vom Klub zum Konzern - die Geschichte eines Rekordmeisters" auch das Treiben neonazistischer Bayern-Fans enthüllt hat. Zum Repertoire dieser Leute gehören Schlachtrufe wie "SS, SA, Bavaria", "Ajax ist ein Judenclub" und "Eine U-Bahn bauen wir, von St. Pauli bis nach Auschwitz". Von der Vereinsführung wurde bis vor kurzem geleugnet, daß es Nazis unter den Fans gibt. Nun erhielt der kahlgeschorene Spieler Carsten Jancker, von den Rechten zum "Führer" erkoren, offiziell Order, sich die Haare wachsen zu lassen! Schulze-Marmelings Buch ist im übrigen keineswegs eine Generalabrechnung mit Deutschlands "meistgehaßtem" Fußballverein, sondern zumindest in Teilen, wie die taz schrieb, eine "Liebeserklärung". Vieles paßt nicht in das Klischee vom bösen Club der feinen Leute. Im Unterschied zum Arbeiterverein 1860, der sich nach 1933 den neuen Verhältnissen schnell anpaßte, galt der FC Bayern weiter als "Juden-Club". Sein jüdischer Präsident Kurt Landauer, der im März 1933 zum Rücktritt genötigt wurde, wurde nach seiner Rückkehr aus dem Exil 1947 erneut zum Vereinspräsidenten gewählt.

Dietrich Schulze-Marmeling: Die Bayern. Vom Klub zum Konzern. Die Geschichte eines Rekordmeisters; Verlag Die Werkstatt, Göttingen, 543 Seiten 44 DM

Stammheim

Schwerpunktthema des aktuellen Heftes der Roten Hilfe ist der 20. Jahrestag der Stammheimer Todesnacht. Der Schwerpunkt wird eingeleitet mit längeren Auszügen aus dem Interview, das Oliver Tolmein mit Irmgard Möller, der einzigen Überlebenden, führte. Wegen dieses Interviews wurde gegen Irmgard Möller inzwischen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Was geschah in der Nacht zum 18. Oktober 1977 im Hochsicherheitstrakt von Stammheim? Irmgard Möller ist noch heute überzeugt, daß damals eine "Geheimdienstaktion" stattfand, in die auch die Bundesregierung "involviert" war: "Die Verhältnisse, wie sie waren, wurden in dieser Nacht auf den Punkt gebracht." Zu den weiteren Themen des Heftes gehören: die Verfolgung linker Presse (interim, radikal), die Repression gegen Kurden in der BRD, der Prozeß gegen Benjamin Ramos Vega in Madrid, der 70. Todestag von Sacco und Vanzetti. Über den bundesdeutschen Repressionsapparat wird in mehreren kleineren Artikeln berichtet. Es geht um Anwerbeversuche des Verfassungsschutzes, die Verbindungen des VS zu Neonazis und die große Koalition für den Großen Lauschangriff.

Die Rote Hilfe 4/97, Oktober - Dezember, 44 Seiten, 3,50 DM, Postfach 6444, 24125 Kiel, Anrufbeantworter und Fax: 0431/75141

Abschiebehaft

Kanther, Schröder & Co. wollen Flüchtlinge und straffällige Nichtdeutsche immer schneller abschieben. Die Ausstellung des Jugendclub Courage (Köln) "... ich möchte nicht mehr sitzen hier für Deutschland!" und der dazu gehörende Reader stellen eindrücklich die Hintergründe, Bedingungen und Folgen von Abschiebehaft dar. Dabei wird nicht nur die rechtliche Situation betrachtet. Am Beispiel des größten Abschiebeknasts der BRD in Büren (NRW) werden die Haftbedingungen und die Geschichte des Knastes dargestellt. Auch der Widerstand in den Knästen wird dokumentiert. Eine Dokumentation von Todesfällen in Abschiebehaft zeigt die Folgen der menschenverachtenden Politik.

Reader zur Ausstellung "... ich möchte nicht mehr sitzen hier für Deutschland!" (Hrsg. Jugendclub Courage Köln e.V.), 52 Seiten, 6 DM. Informationen zur Ausstellung und zum Bezug des Readers über: Jugendclub Courage, Bimarckstr. 40, 50672 Köln, Tel.: 0221/520936; Fax: 0221/525757.

nhz-Jubiläum

1982 wurde sie nach mehrmonatiger Diskussion gegründet, heute zählt sie zu den letzten linken Regionalzeitungen: die nhz - linke Zeitschrift für die Region (vormals Neue Hanauer Zeitung). Die Oktober/November-Ausgabe ist die Nummer 100. Der Rückblick auf die Zeitungsgeschichte ist gleichzeitig

Rückblick auf wichtige Teile linker Geschichte. Ihre Blütezeit erlebte die Neue Hanauer während der Auseinandersetzungen um die Hanauer Atomindustrie und die militärische Bedeutung Südhessens: "Ohne nhz wären damals wohl kaum das Fulda Gap oder die Hanauer Atombetriebe auf diese politische Ebene gehoben worden." Damals war die Zeitung für eine breite Bewegung wichtig. Heute geht es für sie mangels Bewegung ums Überleben. Weitere Themen der Jubiläumsnummer: Einstellung einer Rubrik ("Einblick") und Gründung einer neuen ("nhz-Testfall: Zeitschriften, Broschüren und mehr im Test"), Beiträge zum "Hinterhof der Hauptstadt" (über die andere Seite Berlins), zur Schulpolitik und über "illegale" Flüchtlinge.

nhz Nr. 100, 40 Seiten, 4,30 DM, Bestellungen: nhz, Postfach 901406, 63423 Hanau

Gentechnik

30 Seiten im November-Heft der Lateinamerika Nachrichten sind dem "Risiko Gentechnik" gewidmet. In den Beiträgen wird die angebliche Harmlosigkeit der Gentechnologie ebenso widerlegt wie das Argument, sie sei die Wunderwaffe gegen den Hunger in der sog. Dritten Welt. Bei den Freilandversuchen mit genmanipulierten Pflanzen in Lateinamerika und der Karibik stehen die Profitinteressen im Vordergrund. Vor allem fünf Pflanzenarten stehen dort für die Agrarkonzerne im Zentrum des Vermarktungsinteresses: Mais, Soja, Tomaten, Baumwolle und Kartoffeln. Weltweit liegt Raps an zweiter Stelle der am häufigsten freigesetzten gentechnisch veränderten Pflanzen. Bei Raps ist bereits bewiesen, daß Fremdgene auf andere Pflanzen überspringen. Generell gilt: "Zwischen der ersten Aussaat der neuen Pflanze und dem Auftreten von massenhaften Schäden können zweihundert Jahre liegen." Und: "Einsammeln und wie manche Chemie-Schadstoffe entsorgen lassen sich vermehrungsfähige Organismen nicht."

Lateinamerika Nachrichten Nr. 281 (November 1997), 66 Seiten, 7 DM, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, Tel. 030/6946100, Fax: 030/6926590

Afrikaner in NS-Deutschland

Im aktuellen Heft der Zeitschrift 1999 stellt Marianne Bechhaus-Gerst Forschungsergebnisse vor zur Lage von Afrikanern und schwarzen Deutschen während des Nationalsozialismus. Schon unmittelbar nach der Machtübernahme der Nazis wurde deutlich, daß Menschen schwarzer Hautfarbe in Deutschland nicht mehr geduldet werden sollten. Kinder farbiger Besatzungssoldaten wurden 1937 zwangssterilisiert. Afrikanern aus den ehemaligen deutschen Kolonien, vor allem Kriegsteilnehmern auf deutscher Seite, wurde immerhin die Gelegenheit gegeben, sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen - wenn auch oft unter entwürdigenden Bedingungen. In einem mobilen "Negerdorf" durften sie sich auf Messen und Jahrmärkten zur Schau stellen. Als beispielhaft für das Schicksal von Afrikanern in Nazi-Deutschland erzählt die Autorin die Geschichte Bayume Mohammed Husseins, der in den zwanziger Jahren aus Tansania nach Deutschland kam. Nachdem ihm 1933 der Paß abgenommen worden war, versuchte er jahrlang, das Ehrenkreuz der Weltkriegsteilnehmer verliehen zu bekommen. Aufgrund einer Denunziation gekündigt, mußte er Schulden machen, um seine Familie ernähren zu können. Wegen einer sexuellen Beziehung mit einer "BDM-Maid" wurde er 1941 verhaftet. Drei Jahre später starb er im KZ Sachsenhausen. Ob seine Frau und seine Kinder Nationalsozialismus und Krieg überlebten, ist ungeklärt.

1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts Nr. 4/97. 140 Seiten, 18 DM, Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Schanzenstr. 75-77, 20357 Hamburg, Tel. 040/437232, Fax. 040/4392228

45. Quelldatei 48.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak408/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:48

Die Ereignisse des Jahres 1977 waren für ak Anlaß, mit einem Schwerpunkt in der Ausgabe 406 Stellung zu beziehen. Unter anderem setzten wir uns mit den Ereignissen in der Todesnacht von Stammheim, mit der Sympathisantenhatz und mit der Knastsituation der RAF-Gefangenen auseinander. Über das erhaltene Lob und Interesse haben wir uns sehr gefreut. Für InteressentInnen besteht noch die Möglichkeit, einige Restexemplare von ak 406 bei der Redaktion zu bestellen. (Adresse s.u. im Impressum)

46. Bombenleger gefaßt

CD-Datei: daten/aksuche/ak408/hof.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:hof

Vier Jahre lang wurde Österreich von mehreren Attentatswellen erschüttert. Sprengstoffallen und Briefbomben (letztere erreichten auch EmpfängerInnen in der BRD) richteten sich vor allem gegen Angehörige von Minderheiten und gegen bekannte Persönlichkeiten, die via Medien integrationsfreundliche Stellungnahmen abgegeben hatten. Die Bilanz des rechten Terrors: Vier Tote und zwölf zum Teil schwer Verletzte.

Polizei und Sicherheitsbehörden des Nachbarlandes waren nicht imstande, Fahndungserfolge gegen Mitglieder der "Bajuwarischen Befreiungsarmee" (BBA), die die Verantwortung für die Anschläge übernommen hatte, zu erzielen. Polizeipannen und undichte Stellen bei den Sicherheitsbehörden nährten gar den Verdacht einer Zusammenarbeit von Teilen der Exekutive mit der BBA.

Anfang Oktober kam es zur Festnahme des mutmaßlichen Täters Franz Fuchs. Wie so oft in ähnlichen Fällen schmolz im Verlauf der polizeilichen Ermittlungen die BBA zu einer One Man Gang. Und das, obwohl zahlreiche Indizien es als äußerst unwahrscheinlich erscheinen lassen, daß der Verhaftete ganz auf sich allein gestellt agiert haben soll.

Hannes Hofbauer beleuchtet das Geschehen der vergangenen Jahre und weist auf zahlreiche ungeklärte Fragen hin. S. 11

47. Grüne in Sektlaune

CD-Datei: daten/aksuche/ak408/kassel.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:kassel

Auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) in Kassel präsentierten sich die Bündnisgrünen als Regierungspartei im Wartestand. Der Streit um den als "zu links" kritisierten Wahlprogrammentwurf - mit den Reizthemen NATO-Austritt, Wehrpflicht oder Benzinpreis - wurde auf das nächste Jahr verschoben.

Zum konfliktfreien Verlauf der Kasseler BDK hatten Bundesvorstandssprecher Jürgen Trittin und Fraktionsvorsitzender Joschka Fischer jeweils ihren Teil beigetragen. Der eine mit einer betont schwunglosen Eröffnungsrede, in deren Mittelpunkt zum wiederholten Male die Notwendigkeit einer rot-grünen Koalition in Bonn betont wurde. Der andere mit einem Auftritt, der die Delegierten zu standing ovations hinriß - ein Novum auf grünen Parteitagen. Was Fischer sagte, war doppelbödig. Selbstkritisch klangen seine Worte zur Programmdebatte, die er als Fehlstart bezeichnete. Inhaltlich aber hat er nichts zurückgenommen.

Fischers Rede diente dem innerparteilichen Schulterschluß. "Kämpfen, kämpfen, kämpfen" müsse die Partei. Mindestens neun Prozent sind das Ziel für die Bundestagswahl. Dem "Machtwechsel" mit der SPD werde die grüne Regierungspartei dann den "Politikwechsel" folgen lassen.

Was von solchen Versprechungen zu halten ist, zeigt der rot-grüne Koalitionsvertrag in Hamburg, wo die Grünen immerhin fast 14 Prozent der Stimmen bekommen haben. Auch ohne Voscherau wird in Hamburg die Politik des Sozialabbaus und der "Flüchtlingsabwehr" fortgesetzt. In dieser ak-Ausgabe analysiert

Gaby Gottwald den Hamburger Koalitionsvertrag, der zum Modell für Bonn werden könnte.

Seite 4

48. Antirassismus

CD-Datei: daten/aksuche/ak408/s1.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:s1

als Farce

In einer Rede am 12. November mahnte Bundespräsident Roman Herzog die hier lebenden Nicht-Deutschen zur Integration an. Es sei nicht hinnehmbar, daß MigrantInnen "kein definiertes und einvernehmliches Verhältnis zu dem Staat entwickeln, in dem sie leben. Hier existiert nicht nur eine Bringschuld staatlicher Stellen". Kein Wort verlor er aber zur Frage des Staatsbürgerschaftsrechts. Mit welchem Recht fordert Herzog die hier lebenden AusländerInnen zur Integration auf, wenn der Staat, dem er vorsteht, und die Partei, der er angehört, sich beharrlich weigern, diese Menschen endlich rechtlich gleichzustellen? Daß 1997 das "Europäische Jahr gegen Rassismus" ist, von dem Herzog die Verbesserung des Verhältnisses zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen erwartete, hat wohl kaum jemand gemerkt. Weshalb auch? Die Generalsekretäre von CDU und CSU hatten schon im Herbst 1996 angekündigt, ein Tabuthema aufgreifen zu wollen: die sogenannte Ausländerkriminalität. Im Sommer unternahmen Voscherau und Schröder alles, die Führerschaft der SPD in dieser Hetzkampagne zu erlangen. Die "Erfolge" dieser Politik sind in den Statistiken des Bundeskriminalamts nachlesbar: Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der registrierten fremdenfeindlichen Straftaten von 880 auf 985 im ersten Halbjahr 1997. Für antisemitische Straftaten verzeichnete das BKA einen Anstieg von 380 auf 414. Während des "Europäischen Jahres gegen Rassismus" hat die Bundesregierung den hier lebenden AusländerInnen mehrfach deutlich zu erkennen gegeben, daß sie nur als - eigentlich unerwünschte - "Gäste" betrachtet werden. Bundesinnenminister Kanther, bezeichnenderweise Koordinator des "Europäischen Jahres gegen Rassismus" in der BRD, verfügte, daß jetzt auch Kinder mit der Staatsangehörigkeit der ehemaligen Hauptanwerbeländer (außerhalb der EU) ein Visum und eine Aufenthaltserlaubnis benötigen. Trotz der Mahnungen fast aller ExpertInnen setzten die Innenminister von Bund und Ländern alles daran, die bosnischen Flüchtlinge abzuschieben. Die Ausweitung des Asylbewerberleistungsgesetzes, die Verschärfungen des Ausländer- und Asylverfahrengesetzes, das Arbeitsverbot für neu eingereiste Flüchtlinge - alle diese Maßnahmen der Bundesregierung sollen signalisieren: Deutschland ist kein Einwanderungsland! Wer sich dennoch hier niedergelassen hat, ist "Gast". Als solcher hat er sich deutschen Vorstellungen bedingungslos anzupassen - und bleibt dennoch außen vor. Völlig zu Recht bezeichnen antirassistische und Menschenrechtsorganisationen dieses "Antirassismus"-Jahr als Farce. Sie vertrauen nicht auf scheinheilige Integrationsversprechen, sondern starten eigene Initiativen. So z.B. die Kampagne "Kein Mensch ist illegal", die dazu aufruft, MigrantInnen bei der Ein- oder Weiterreise zu unterstützen, ihnen Arbeit und Papiere zu verschaffen, ihre medizinische Versorgung, Ausbildung, Unterkunft und ihr materielles Überleben zu gewährleisten. Angesicht der rassistischen und antisemitischen Ressentiments in dieser Gesellschaft und der gegen die hier lebenden Nicht-Deutschen gerichteten Politik des Staates sind das weitgehend symbolische Aktionen - aber immerhin!

49. Krieg im Irak?

CD-Datei: daten/aksuche/ak408/wadi.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:408:wadi

Während in den Medien vom Countdown gesprochen wird, bereitet sich der Irak auf die ihm eigene Weise auf einen Militärschlag vor. Geiseln wurden in öffentliche Gebäude und mutmaßliche Angriffsziele gezwungen. Meldungen der irakischen Opposition zufolge finden in Bagdad großangelegte Zwangsrekrutierungen für Volksbrigaden statt. Alle Armeeinheiten stehen in höchster Alarmbereitschaft. Besonders im traditionell unsicheren Südirak rollt eine neue Verhaftungswelle an. Republikanische Garden, Geheimdienst und Sondereinheiten sollen die - letzten verbliebenen - der Opposition verdächtigen Personen kaltstellen. Die Regierung fürchtet, bei einem amerikanischen Militärschlag "den Süden zu verlieren". Der neueste Konflikt dient der irakischen Diktatur als willkommener Vorwand, den Terror gegen die Bevölkerung zu verstärken und die Armee zu reorganisieren.

Der Krieg zwischen den Kurdischen Parteien: S. 17

Die Auswirkungen des "oil-for-food"-Abkommens: S. 18